

auf die Landwirtschaft zu schaffen sich bemühte. Aber beweisen, glaube ich, muß man die Dinge, daß sie nämlich anders sind, als sie im „Bauernbündler“ einerseits und im Kammerorgan andererseits dargestellt werden. Vor allem wenn von der Milch gesprochen wird und es dort heißt „nur 15 Groschen“! Das schaut aus, als ob die Bauern wieder einmal ganz schlecht behandelt worden wären. Meine Herren, ich wollte euch heute wirklich nicht ärgern, aber es bleibt mir nichts übrig, als auf einige Dinge doch hinzuweisen, z. B. daß in der Zeit der ÖVP-Regierung zwar die Konsumenten mit einem Schilling Milchpreiserhöhung belastet wurden — wir haben es schon einmal gesagt in diesem Hause —, die Bauern davon aber nicht einen Groschen bekommen haben. Aber in der Zeit der sozialistischen Regierung, in der verhältnismäßig kurzen Zeit im Jahre 1971, wo die ganze internationale Preiserhöhung noch lange nicht so spürbar war, erhielten die Milchproduzenten eine Preisverbesserung, die die Konsumenten nur mit 30 Groschen belastete und, liebe Frau Abgeordnete, den Bauern 25 Groschen gebracht hat. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Da muß ich wohl sagen, bei der Teuerungsrate ist das doch wohl notwendig!“) Herr Landeshauptmann, wir haben voriges Jahr im Frühjahr bis in den Sommer international noch nicht diese Entwicklung gehabt, wie wir sie heuer haben. Jedenfalls ist es beachtenswert, daß von den 30 Groschen 25 Groschen den Bauern gegeben wurden. Das ist von der Bauernbündlerseite mit einem „nur“ quittiert worden. Ich möchte nicht sagen vom Herrn Präsidenten. Nun haben wir in der kurzen Zeit, wenn man vergleicht die Zeit der ÖVP-Regierung mit der Zeit der sozialistischen Regierung, erstaunlicherweise schon eine zweite Milchpreiserhöhung, die wiederum den Konsumenten mit nur 30 Groschen belastet und der Landwirt bekommt 15 Groschen davon. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Die Investitionen kosten mehr als der Milchpreis beträgt!“) Darüber möchte ich noch ein paar Worte reden, Herr Landeshauptmann. Das ist eine sehr erfreuliche Feststellung, über die wir uns alle freuen. Nur kommt vielleicht noch etwas dazu, was in der Bauernbündlerzeitung und in der Kammerzeitung nicht erwähnt wird, nämlich daß wir jetzt im Gegensatz zu früher keine Rücknahmeverpflichtung, keinen Rücknahmehang bei Butter, Käse, Magermilch etc. haben und dadurch, lieber Freund Buchberger, auch wieder eine ganz wesentliche Verbesserung des ausbezahlten Milchgeldes zustande kommt. Da, Herr Landeshauptmann, ist schon die Bezahlung der diversen Teuerungen drinnen.

Es kommt noch etwas weiteres. Nicht nur die direkte Preiserhöhung und nicht nur das Wegfallen des Zwanges der Rücknahme, sondern es kommt dazu, daß wir jetzt fast keinen Krisengroschen haben und damit eine weitere beachtliche Verbesserung des Einkommens auf diesem Gebiet erfolgt. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wie sich die Agrarstrukturgesetze 1968/1969 bewähren, mein Lieber!“) Aber obwohl das eine sehr erfreuliche Entwicklung ist, kannst ruhig nachrechnen, Kollege Schaller, läßt man in dieser Kammerzeitung, die ich zitiert habe und von der man etwas mehr Objektivität erwarten müßte, an der sozialistischen Agrarpolitik

kein gutes Haar. Wobei ich hier sehr deutlich sagen möchte, daß ich nicht den Redakteur angreife und nicht die, die die Zeitung gestalten müssen, sondern daß das einige andere Herren betrifft. Man liest jedenfalls in dieser Zeitung von „nur“ 15 Groschen und man versucht, nicht nur in der Bauernbündlerzeitung, den Bauern eine Unzufriedenheit förmlich zu suggerieren. (Abg. Koier: „Ich werde doch noch mit etwas aufwarten, wenn du so weiter tust!“) Ich glaube allerdings, daß dieses Suggestieren, dieses Einreden nicht sehr viel nützt, obwohl man es nicht allein bei der Milch, sondern bei anderen Dingen auch macht. Es scheint, abgesehen von den heute hier bis jetzt gehörten Reden, eine der obersten Bauernbündlerlinien zu sein, den Bauern eine Unzufriedenheit einzureden.

Das trifft nicht nur die Milch. Das trifft, obwohl das heute vom Herrn Präsidenten sehr positiv herausgehoben wurde, auch das Bergbauernsonderprogramm, wobei ich jetzt boshaft sein könnte, aber es unterlasse, nämlich den Vergleich mit den Jahren 1967, 1968, 1969 und 1970. (Abg. Koier: „Du kannst schon ein bisserl boshaft werden, dann werde ich dir antworten!“) Ich sage es ohnehin nicht. Demgegenüber möchte ich herausstellen, der Herr Präsident hat en passant davon gesprochen, daß der Landwirtschaftsminister Weiß für das Budget 1972 300 Millionen Schilling für das Bergbauernsonderprogramm in das Budget gebracht hat und daß damit, wie das bereits gesagt wurde, sehr viel Positives geleistet werden konnte. Nicht nur direkt für die Bergbauern, sondern auch in bezug auf die Regionalförderung, einbezogen der bäuerliche Fremdenverkehr, der andererseits, und das wurde gleichfalls bereits erwähnt, wiederum für das landwirtschaftliche Einkommen eine positive Rückwirkung hat. Ich habe eine Unterlage, die nicht uninteressant wäre, vorzulesen, aber ich verzichte darauf. Es ist dort erwähnt, daß für das Jahr 1970 ein Fachmann des Agrarwissenschaftlichen Instituts, ein Dr. Benetz, errechnet hat, daß aus dem Fremdenverkehr im bäuerlichen Bereich für die Landwirtschaft ein zusätzliches Bruttoeinkommen von 2 bis 2,5 Milliarden errechnet werden kann. Herr Dr. Benetz ist kein Sozialist. Er ist einer von der anderen Seite. Der wird schon richtig gerechnet haben. Es ist gut so, daß diese positive Auswirkung vorhanden ist. Im übrigen möchte ich sagen, das hat sich von 1970 bis heute noch um einiges erhöht. Diese 300 Millionen des Jahres 1972 sind erstens bestens angelegt gewesen und sind heuer wiederum voll im Budget drinnen. Hätte der Herr Landwirtschaftsminister im Jahr 1972 nur 100 Millionen für diese Bergbauernsonderförderung eingesetzt, dann wäre das als ein positiver Schritt erkannt worden und hätte er dann die fehlenden 200 Millionen heuer gegeben, dann hätte man auch das wohl oder übel als positive Sache anerkannt, aber die Bauern hätten dadurch um 300 Millionen weniger erhalten. Man muß die Dinge so sehen, wie sie wirklich sind und nicht so, wie sie der Bauernbund darstellt. Wenn also so hohe Förderungsmittel vorausgegeben wurden, dann kann man nicht von einem Verlustbudget sprechen, umso weniger, als zwar Verschiebungen im Budget erfolgten, aber im Endeffekt Verbesserungen zustande kommen.

Darf ich nur zwei Punkte herausgreifen: Die Kosten der Landwirtschaftslehrer mit rund 130 Millionen sind aus dem Agrarbudget des Bundes draußen. Die Kosten für das Veterinärwesen mit 50 Millionen sind aus dem Agrarbudget draußen. Damit sind 180 Millionen Belastung weg, aber das Agrarbudget des Bundes ist deswegen nicht gekürzt worden, das ist also effektiv eine Erhöhung.

Vielleicht noch eines, was auch in den Reden bereits angeklungen ist; der Kollege Buchberger hat davon gesprochen, und zwar über die Zahl der Vollerwerbsbauern. Das Bundesbudget ist nicht gekürzt worden, obwohl sich die Zahl derer, die davon etwas zu erwarten haben, leider wesentlich verringert hat. So schaut es also aus. Aber nicht nur kein Verlustbudget, sondern überhaupt Gott sei Dank kein Verlustgeschäft in der Landwirtschaft. Das ist zwar auch durchgeklungen, aber nicht ganz so deutlich, wie ich es gern gehört hätte. Wir haben in der Landwirtschaft eine gute Preissituation. Bei der Milch habe ich es bereits gesagt. Beim Getreide ist es ebenfalls nicht schlecht. Beim Vieh z. B. auch nicht. Ich könnte hier wiederum von der Aussendung der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer Überschriften und ganze Absätze vorlesen: „Sprunghaftes Ansteigen, positive Preise, günstige Preise.“ Sind wir froh. Ich freue mich darüber. Bei den Schweinen ist die Schwierigkeit des Sommers überwunden und die Preise haben sich wieder gut entwickelt. Seinerzeit im Sommer hat es viel Ärger gegeben und es wurde von bäuerlicher Seite von einer Fleischaffia, vielleicht nicht zu Unrecht, gesprochen. Zu Obst und Gemüse: Sie wissen, daß auch da die Preis- und Marktsituation erfreulicherweise sehr gut ist. Diese Tatsache ermöglicht es der Landwirtschaft, daß sie entsprechende Anschaffungen machen kann. Freuen wir uns darüber, daß auch in der Landwirtschaft die Zahl der Autos wächst, wenngleich sie zwar auch mit den anderen Autos die Gegend verstopfen. Aber die Landwirtschaft soll es haben. (Abg. Buchberger: „Wenn das nicht wäre! Ein Auto ist heute eine Selbstverständlichkeit!“) Sie kann mehr als bisher kaufen. Telefon, Waschmaschinen usw. (Abg. Buchberger: „Das ist alles nur einmalig!“) Kollege Buchberger hat von den Erhebungen der Kammer gesprochen. Ich habe vor zwei Jahren auch darauf hingewiesen und gezeigt, daß diese Erhebungen einen unglaublichen Nachholbedarf ergeben haben.

Auch da will ich nicht boshaft sein, obwohl man es sein könnte. Es ist gut, daß dieser Nachholbedarf durch die positive Preissituation einigermaßen befriedigt werden kann. Zu dem positiven Budget, zu der verhältnismäßig guten Situation der Agrarpreise kommen noch die allgemeinen Förderungsmaßnahmen der sozialistischen Regierung für die österreichische Bevölkerung, die natürlich auch der bäuerlichen Familie erfreulicherweise sehr zugute kommen. (Beifall bei der SPÖ.) Sie wissen, meine Damen und Herren, die 15.000 Schilling Hausstandsgründungsbeihilfe, von denen man draußen dort und da hören kann, daß sie ab 1. Jänner nicht mehr bezahlt werden. (Abg. Buchberger: „Kein Mensch behauptet das!“) Man versucht auch da, eine gewisse Unruhe und Unklarheit hineinzubrin-

gen; diese 15.000 Schilling werden weiter bezahlt. Dann die freien Schulbücher. Darüber ist schon gesprochen worden, ich will es nicht wiederholen. Ferner die freie Schulfahrt, auch darüber hat Kollege Laurich sehr gut gesprochen. Sie hat gerade für die bäuerliche Familie eine eminente Bedeutung, weil damit die Chancen der Bildungsgleichheit wirklich wesentlich verbessert wurden. Dann Geburtenbeihilfe, Studienbeihilfe etc. etc. Das ist kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung: Die Landwirtschaft zahlt in den Topf des Familienlastenausgleichs ungefähr 50 Millionen Schilling hinein und diese gleiche Landwirtschaft erhält aus diesem Topf, in den sie 50 Millionen Schilling hinein zahlt, rund 2 Milliarden Schilling heraus. (Abg. Buchberger: „Seit wann?“) Ich freue mich darüber. Das ist keine Kritik, sondern eine reine, positive Feststellung. Und es soll der Landwirtschaft nicht mißgönnt sein, sondern eben nur festgestellt werden. Und eine solche positive Feststellung, meine sehr verehrten Damen und Herren — ich hoffe, man ist mir nicht böse, wenn ich etwas länger bin —, ist es auch, wenn ich sage, daß im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung noch nie soviel geschehen ist als gerade in der letzten Zeit. In meinem Konzept habe ich für schärfere ÖVP-Angriffe die Zeit ab 1925, beginnend mit dem Agrarprogramm des Otto Bauer. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wir haben es ja erlebt!“) Ich streiche diesen Teil, weil ich Sie damit nicht ärgern möchte, daß 25 und noch mehr Jahre leider effektiv nichts geschehen ist. Wenn man — und das darf ich sagen — ähnlich wie bei den Arbeitern frühzeitig mit der Sozialversicherung, mit der Krankenkasse, Altersversorgung, Invaliditätsversorgung auch für die bäuerlichen Menschen angefangen hätte, dann würde man eben heute auch ungefähr so weit sein, wie es die Arbeiter und Angestellten sind. (Beifall bei der SPÖ.) Nachdem das aber nicht geschehen ist, wird nun vom Bauernbund gewissermaßen ein „sofortiges Wunder“ von der sozialistischen Regierung verlangt. Das geht eben nicht. Aber Sie wissen auch, daß die Einführung der Ausgleichszulage und die Dynamisierung wesentliche Fortschritte für unsere alten Leute in der Landwirtschaft sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Forderung der Einbeziehung der Zuschußrentner in die Bauernpension rennen Sie wirklich offene Türen ein. Alle wollen das, alle! Nur muß das halt auch budgetmäßig verkraftet werden. Und jetzt muß ich wiederum einen Passus streichen, denn hier steht eigentlich, daß man viele Versäumnisse etc. etc. nachholen muß. Ich sag's nicht. (Gelächter.) Aber die Einbeziehung der Zuschußrentner in die Bauernpension, die kann — und das muß ich doch sagen —, die kann nur dann sehr rasch erfolgen, wenn Sie alle die Bemühungen der Sozialisten um einen besseren sozialen Ausgleich unterstützen. (Abg. Schrammel: „Wie schaut das aus? Das ist ein Schlagwort!“ — Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Koiner: „Den Familienlastenausgleich nicht vergessen!“) Entschuldige, daß ich nicht mehr darauf eingehe, es ist Zeit zum Schluß zu kommen.

Abschließend und zusammenfassend möchte ich eines sagen: Es ist eine Integration der Landwirt-

schaft in die gesamte Volkswirtschaft im Gange. Und die sozialistische Regierung fördert diesen Prozeß sehr sinnvoll durch das Budget. Übrigens hier noch nicht besprochen, das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das ist auch für die Landwirtschaft von ganz besonderem Interesse. Ein eigenes landwirtschaftliches Institut ist dazu von der Landwirtschaftskammer geschaffen worden, die Hand aufzuhalten, um Geld für diese Sache zu bekommen. Nicht nur durch das Budget, durch verschiedene Sozialmaßnahmen, auch durch verbesserte Bildungschancen, durch Förderung der Agrarpreise und andere Maßnahmen ist die Lage der bäuerlichen Menschen verbessert worden. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wir haben das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz verlangt!“) Das sind zum Teil Forderungen, die fast durch ein ganzes Menschenalter von Sozialisten erhoben worden waren.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren. Ich freue mich, daß auch das Landesbudget und nicht nur das Bundesbudget in diesem Sinne wirksam werden kann, wie ich bereits zu Beginn meines Diskussionsbeitrages gesagt habe. Selbstverständlich werden wir Sozialisten auch diesen landwirtschaftlichen Abschnitten zustimmen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Trummer. Ich erteile es ihm.

Abg. Trummer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde mich sehr kurz fassen, denn beschlossen ist ja sowieso schon alles und wir wollen ja noch heute fertig werden.

Zu deiner schönen Propagandarede, lieber Kollege Zinkanell, darf ich nur eines sagen: Ich persönlich will heute nur die Sorgen meines Gerichtsbezirkes, des einzigen Grenzbezirkes, den wir in unserer Steiermark haben, mitteilen. Und unser Bezirk ist nun einmal ein Grenzbezirk. Die Antworten über deine schöne Rede und etc. werden meine Kollegen geben.

Das Jahr 1972 war für unseren Grenzbezirk ein Katastrophenjahr. Schon am 2. April und im Mai wurden Tausende Hektar von Hochwasser überschwemmt und am 3. Juli wurden wir wieder von einem Hochwasser überrascht, wie es in unserem Grenzbezirk in hundert Jahren nur selten vorkommt. 18.000 Hektar standen eine Woche lang unter Wasser. Dabei waren 30 Dörfer und ein Teil von Mureck und der Stadt Radkersburg überschwemmt. 2300 freiwillige Feuerwehrmänner unseres Grenzlandes standen 6 Tage und Nächte ununterbrochen im Einsatz. Dazu mußten noch Feuerwehren von Fürstenfeld, Hartberg, Graz-Umgebung, Bruck und Deutschlandsberg beigezogen werden. Auch das Bundesheer von Radkersburg, Straß und Leibnitz mußte zur Hilfe angefordert werden. Die Flurschäden allein betragen in unserem Gerichtsbezirk 34 Millionen Schilling. Darum müssen die Regulierungen in unserem Bezirk und der Bau des Murschutzdammes von Radkersburg fortgesetzt werden.

Wir Grenzländer sind ja **Schicksalsschläge** gewöhnt. Aber wenn ich nun letztens in der Zeitung gelesen habe, daß unser Bezirksgericht Mureck auf-

gelassen werden sollte, da muß ich wohl mein Bedauern aussprechen. Man kann als Bundeskanzler, wenn man durch unser Grenzgebiet fährt, nicht sagen, diesem Grenzgebiet muß geholfen werden, denn eine Auflassung unseres Bezirksgerichtes in Mureck bedeutet für uns keinen Erfolg, sondern nur einen ganz krassen Schaden.

Daher müssen wir vom Grenzbezirk gegen diese Sache protestieren und eine Auflassung des Bezirksgerichtes Mureck ablehnen. (Beifall. — Abg. Reich: „ÖVP-Fahrpläne sind das!“ — Abg. Ritzinger: „Ihr müßt ja nicht jeden Vorschlag ausführen!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Da ist der Justizminister zuständig!“)

Wir haben bereits einen Einspruch von den 13 Bürgermeistern unseres Gerichtsbezirkes an den Landeshauptmann und seine Stellvertreter überreicht und ich möchte den Herrn Landeshauptmann, beide Stellvertreter und die gesamte Landesregierung bitten, daß man das zurückzieht und die Auflösung nicht durchführen läßt. Der Justizminister hat es ja bereits bekanntgegeben, daher muß ich schon im vorhinein vorbereiten, nicht erst, wenn es zu spät ist. (Beifall.) Ich möchte auch eines betonen: Das Schicksal der Bevölkerung eines Grenzbezirkes ist ganz ein anderes wie das der Bevölkerung eines Binnenlandes. Und daher glaube ich, daß bei uns für solche Maßnahmen unbedingt Ausnahmen gemacht werden müssen. (Beifall.) Und nun, meine Damen und Herren, Hohes Haus, möchte ich nicht vergessen, in dieser Stunde einen herzlichen Dank zu sagen allen braven Feuerwehrmännern und braven Soldaten, die ihre Pflicht erfüllten im Einsatz für unser Grenzland. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Als nächster hat sich gemeldet Herr Abgeordneter Schrammel, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses. Die Landwirtschaft beschäftigt uns in diesem Budgetkapitel, es ist sehr erfreulich, daß von allen Seiten hier zu den Ansätzen in den Wortmeldungen und Ausführungen die Zustimmung gegeben wurde. Ich möchte nur eines noch vorweg anbringen: Wir haben gestern einiges gehört, daß Shows abgezogen werden, aber jetzt haben wir heute wieder eine Show, eine Zinkanell-Show, dargeboten erhalten (Abg. Zinkanell: „Ich möchte nicht mit der ‚Piaty-Show‘ verglichen werden!“), nur zieht sie nicht mehr, das ist eben der Unterschied. Der Piaty bringt es fertig, daß alle da sitzen, bei dir war das nur am Anfang, 1965 habe ich die erste Show in dieser Art erlebt. Ich schätze den Kollegen Zinkanell persönlich sehr, aber nur wenn es alle Jahre gleich kommt, dann wirkt es abgenützt. (Abg. Brandl: „Er hat immer etwas Neues zu sagen!“) Dann nützt es ihm auch als Alibi in der eigenen Partei nicht, daß man sehr kräftig zumindest beim Budget für die Landwirtschaft auftritt. (Abg. Zinkanell: „Du mußt es halt ein bisserl hinunterdrücken!“) Daß vom Landesrat Gruber auch in die Budgetdebatte eingegriffen wurde, freut uns sehr. Es ist immerhin ein Zeichen, daß man sich von allen Seiten

um die Landwirtschaft sehr sorgenvoll annehmen will. Hoffentlich bleibt es auch so. (Abg. Zinkanell: „Wohlthuend!“) Die Unterschiede zwischen der Aussage im „Steirischen Bauernbündler“ und der Aussage zum heutigen Budget wurden vom Freund und Kollegen Zinkanell herausgekehrt. Ich glaube, wir haben zum heutigen Budget, zum steirischen Landesbudget Stellung zu nehmen und das ist positiv. Das ist sehr erfreulich. Daß es positiv ist verdanken wir... (Abg. Zinkanell: „Sie werden dem Koiner doch nicht vorwerfen, daß er einen internationalen Überblick gegeben hat! Das war gut so!“) Das wollen wir gar nicht abstreiten. Nur wollen wir eines auch zurückweisen, lieber Kollege Zinkanell, daß du meinst, daß draußen ganz etwas anderes in negativer Form gesprochen wird und daß man heute versucht, positiv dazu Stellung zu nehmen. Ich glaube zum Landesbudget können wir uns alle sehr positiv stellen.

Ich möchte eines besonders hervorkehren. Der Herr Landesrat Dr. Krainer hat erstmals im heurigen Jahr eine Post durchgesetzt, die mit einem sehr merklichen Betrag für den Anfang dotiert wurde und zwar, daß in den ländlichen Bereichen der Telefonausbau gefördert werden soll. Wir wissen, daß gerade vom Telefonnetz sehr viel in der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der gemeinsamen Maschinenausnutzung abhängig gemacht werden kann.

Eines, lieber Kollege Zinkanell, haben wir uns sehr genau gemerkt. Du hast ausgeführt, daß die Kammerumlage zu gering ist. Wir werden uns das merken. Er ist der erste, der gemeint hat, die Kammerumlage wäre zu erhöhen. Die Kammerumlage müßte erhöht werden. Er hat Relationen angestellt, die das zutage gebracht haben. (Unverständliche Zwischenrufe.) Sehr deutlich wurde das leider von dort wiederholt gesagt.

Es wurde auch zu den „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ Stellung genommen. Warum darf man zur Agrarpolitik in einem Kammerblatt nicht schreiben? Warum nicht? Können wir dafür, daß momentan die Agrarpolitik des Bundes so negativ ist? Darf man das den Leuten nicht sagen? Das muß man auch in einem Kammerblatt schreiben. (Unverständliche Zwischenrufe.) Wenn das so positiv wäre, warum haben wir in der Einkommensentwicklung der Landwirtschaft einen Rückgang von 5 %? Jetzt frage ich dich, lieber Freund Zinkanell, warum haben wir in der Zeit, wo die Preise allgemein steigen, in der Landwirtschaft nicht gleiche Entwicklung? Die 5 % wurden vor einigen Wochen vom Minister selbst erwähnt; öffentlich sogar einige Male erwähnt. Wir können nur das zur Kenntnis nehmen, was der Landwirtschaftsminister für Österreich zur Landwirtschaft gesagt hat. Wenn, lieber Freund Zinkanell, in der SPO-Regierung für die Landwirtschaft soviel getan wurde, warum sind im vergangenen Jahr 30.000 Menschen aus der Landwirtschaft abgewandert? Aber jetzt soll es so gut gehen. (Abg. Brandl: „Das wäre ja noch schlechter, wenn sie nicht abgewandert wären!“) Das ist der deutliche Widerspruch. (Abg. Zinkanell: „Du weißt ganz genau die Ursachen. Stell dich nicht unwissend!“)

Ich habe diese Bemerkungen deshalb in mein Konzept aufgenommen, weil du so glorreich diese Regierung hingestellt hast. Es steckt hinter dieser Glorie sehr wenig dahinter.

Ich will nicht zu den anderen Dingen Stellung nehmen — Milchpreis usw. Wir haben den Kollegen Haas, der als Fachmann dazu Stellung nehmen wird. Er ist ein Milchbauer. (Abg. Zinkanell: „Hoffentlich!“)

Denn diese deine Ausführungen, Kollege Zinkanell, haben uns keinesfalls zufriedengestellt, vor allem nicht in punkto Sozialpolitik. Ich würde sagen, daß wir die beste Gelegenheit hätten, dein geschildertes Agrarprogramm von Otto Bauer wirklich zu bekommen. 1969 ist unter einer OVP-Regierung das Bauernpensionsgesetz beschlossen worden. Ab 1. Jänner 1970 ist das Gesetz Wirklichkeit geworden. Ein Segen für die Bauernschaft. Heute könnten die Sozialisten dahingehend verbessern, daß die Zuschußrenten in die Bauernpension eingebaut werden. (Abg. Preamsberger: „Die Sozialisten haben es verlangt!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Man könnte auch die Handelsdüngerpreiserhöhungen, die Verteuerungen der Betriebsmittel und dergleichen erwähnen. Aber ich glaube, wir haben noch öfter die Gelegenheit, daß wir uns in dieser Hinsicht auseinandersetzen. Wir werden uns damit im Laufe des heurigen Jahres noch beschäftigen können.

Aber eines möchte ich heute hier in diesem Hohen Haus auch erwähnen, daß es sehr wohl der steirischen Agrarpolitik gelungen ist, positive Akzente zu setzen. Ich möchte hier nur die Fleischversorgung herausgreifen. International wurde das mustergültig, vom Präsidenten schon, wie du sagst, wortwörtlich dargelegt. In dieser internationalen Sicht muß man eines positiv auch hervorheben, daß Österreich einigermaßen es zustande gebracht hat in dieser Zeit, wo Fleisch in einigen Ländern Europas zur Mangelware geworden ist, wir aber in der Steiermark diese Entwicklung sehr konstant halten konnten. Ich möchte hier vor allem den Vertretern der Landesregierung, dem Landesrat Doktor Krainer und auch den Vertretern der Kammer, an der Spitze mit dem Präsidenten Koiner, danken. Wenn ich nur ein paar Zahlen herausgreifen darf. Ich will die Kälberanlieferungsentwicklung kurz hervorkehren. Allgemein wird vor allem in den letzten Wochen davon gesprochen, daß Kälberfleisch zu wenig ist. Die Steiermark hat es beispielhaft zustande gebracht im ersten halben Jahr 1972 die Versorgung mit Kälberfleisch so weit in den Griff zu bekommen, daß wir nicht rückläufig sind. Das ist sicherlich sehr erfreulich, denn im Zuge der vielen Wohlstandserkrankungen wird Kälberfleisch vermehrt verzehrt.

Die Entwicklung der Fleischsituation am Rindersektor ist ganz besonders in der Steiermark sehr positiv. Wir sind gegenüber dem Jahr 1969 etwa gleich, sogar eine leichte Steigerung. Bei den Schweinen — kurz erwähnt — ist es so, daß wir im kommenden Jahre — der Herr Präsident hat das auch schon erwähnt — in Österreich den Markt decken können.

Und nun eine Bemerkung zum Schluß: Wenn man noch vor Jahren die Meinung vertreten hat, daß wir in Zukunft die große Sorge haben werden bezüglich einer Überproduktion bei der Fleischversorgung, so können wir heute schon sagen, daß diese Überproduktion keinesfalls in den nächsten Jahren eintreten wird, vor allem, wenn man die Entwicklung in der Weise betrachtet, daß eben täglich die Zahl der Bauern auf der ganzen Welt weniger wird, was auch in Österreich gleich ist.

Einen Aufgabenbereich will ich noch hervorheben, die einjährigen Haushaltungsschulen als berufsbildende mittlere Schulen, die in der Steiermark mit viel Erfolg in den letzten Jahren installiert wurden. Ich begrüße diese Einrichtung. Sie ist keinesfalls eine Konkurrenz zum 9. Schuljahr, zum Polytechnikum, sondern eine gute Ergänzung und mehr oder weniger ein Zwischenglied für Sozialberufe, die eben Mädchen, aufbauend auf dieses eine Jahr, ergreifen können. Ich möchte nur bitten, daß für die Steiermark noch weitere derartige Schulen geschaffen werden.

Es soll mir aber auch gestattet sein, zum Kollegen Heidinger kurz ein paar Worte zu sagen. Ich bedauere sehr, daß er es scheinbar nicht gerne sieht, wenn frei gewählte Mandatare sich um die Bevölkerung kümmern. (Abg. Brandl: „Nein, nein!“) Wenn man interveniert, und ich glaube, diese Sache ist eine völlig normale Einrichtung, die uns eben hoffentlich auch zusteht, und dazu möchte ich nur ganz kurz einen Brief verlesen, weil auch er diesen als negativ hinstellen wollte. Der Brief stammt aus dieser Gemeinde, die er in diesem Zusammenhang erwähnt hat, noch dazu von einem SPO-Mitglied, ich kann sogar den Namen erwähnen, es ist der Bruder des sozialistischen Bürgermeisters dieser Gemeinde. (Abg. Brandl: „Da kann er nichts dafür!“) Ich habe sogar mit diesem Mann Rücksprache gehalten, ob ich seinen Namen erwähnen darf. Aber darf ich ihn nun kurz vorlesen, er ist sehr bezeichnend. Der Brief stammt vom 18. November 1971: „Sehr geehrter Herr! ... Sie haben mir Unterstützung versprochen und ich habe sie bekommen. So möchte ich das nennen, was Sie für mich getan haben. Es ist ein ausgesprochen gutes Gefühl für einen Bürger dieses Staates, wenn er weiß, daß die Politiker für ihn da sind und seine Interessen, seine Sorgen und seine Anregungen vertreten. Dieses gute Gefühl ...“ (Heidinger: „Wer weiß, ob das der Bruder ist!“) Na gut, wenn er selbst sagt, daß er der Bruder ist, wird er's wohl hoffentlich wissen. „Dieses gute Gefühl hatte ich bei der ersten Unterredung mit Ihnen. Sie hörten mich an, gaben mir Ratschläge und sagten mir Unterstützung zu. Wie Sie es sagten, so machten Sie es auch. Und da liegt der Unterschied zwischen verschiedenen Politikern.“ Und da will ich nur einige Dinge noch herausgreifen. „Nicht nur das Gefühl der Dankbarkeit, sondern auch die angenehme Art“ usw. „wie man in Ihrer Partei mit Menschen umgeht, und die Verbindlichkeit, wie man Hilfe zusagt und auch einhält, haben mich besonders bewegt. Seien Sie bitte versichert, daß meine Ausführungen keine irgendwie anstandshalber in solchen Fällen üblichen Dankesworte, sondern im Hinblick auf die verschiedenen ne-

gativen“ — jetzt wird's interessant — Erlebnisse mit Herren allerdings einer anderen Farbnuance in der Vergangenheit ehrliche und mit vollster innerer Überzeugung gemeinte Ansichten sind.“ Ich könnte noch weiter lesen. (Abg. Brandl: „Was soll das besagen?“)

Es besagt, wenn du diese Äußerungen nicht verstanden hast, daß dieser Herr die erbetene Unterstützung bei seinen Anliegen auf der SPO-Seite nicht gefunden hat. Aber vielleicht beschäftigst du dich noch näher damit. Ich danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster hat sich zu Worte gemeldet der Abgeordnete Preitler. Ich erteile es ihm.

Abg. Preitler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es wurde heute schon angekündigt, recht kurz zu sprechen. Dieser Anregung werde ich wirklich Folge leisten und nur ganz kurz sprechen.

Es ist heute schon soviel kritisiert worden über die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist heute nicht nur ein steirisches und rein österreichisches Problem, sondern ein europäisches Problem. Wenn Sie die Tageszeitungen lesen, von Frankreich angefangen über Italien, Deutschland, Holland, im ganzen westlichen Raum hat man Sorgen mit der Landwirtschaft. Und diese Sorgen greifen auch auf unsere, auf die österreichische Landwirtschaft über. Wir leben jetzt in einem kolossalen ländlichen Strukturwandel. Wenn wir uns zurückerinnern, vor 15 oder 20 Jahren noch, wie verpönt war das Wort „Farmer“ oder wie verpönt war das Wort „Kolchose“ oder „Kollektivwirtschaft“. Na, heute sind wir soweit! (Abg. Trummer: „Bleiben wir Steirer!“) Nur ist bei uns, mein lieber Freund Trummer, nicht anzuwenden im westlichen Raum — du kannst Zwischenrufe machen, soviel du willst —, wir haben es ja in Österreich selbst praktiziert, wir haben Hühnerfarmen, Hühnerfabriken, wir haben auch Mastrinderställe größten Ausmaßes, in denen gleich Hunderte von Stieren und Mastrindern gezüchtet werden. Was auch den kleinen Bauern wesentlich in seinen wirtschaftlichen Einnahmen trifft, aber davon sagt ja niemand ein Wort, davon will man auch gar nicht reden, das ist das, daß Österreich nun eben einmal ein Bergland ist. Einmal hat der heutige Präsident der westeuropäischen Landwirtschaft gesagt, „Österreich ist ein Fremdenverkehrsland“, und wir wissen, daß wir unser Augenmerk in der Landwirtschaft auf den Fremdenverkehr richten müssen. Österreich ist ein Paradies, ein Paradies im Garten Europas. Und auf dieses Ziel, meine lieben Freunde, müssen wir hinstreben. Wir wissen, daß täglich immer mehr Nebenerwerbs- und Zu-Erwerbslandwirte werden. Und wir wissen auch, daß wir die Produktion hauptsächlich unseren Agraringenieuren zu verdanken haben. Ich denke nur an unsere Zuchtrinder, die wir exportieren und die international anerkannt werden. Das ist für uns als österreichische und steirische Bauern und für uns als Rinderzüchter ein wesentlicher, großer Fortschritt. Wir freuen uns, daß gerade jetzt ein aus-

gesprochen hoher Rinderpreis zu verzeichnen ist. Auf jeden Fall sind die Rinderpreise so, wie sie noch nie waren. Auf dem Holzsektor ist es ebenfalls so. Auf dem Schleifholz- und Grubenholzsektor ist es im wesentlichen stabil geblieben, weil man in den Gruben auf die Eisenkonstruktionen übergeht. Aber es ist erfreulich, meine lieben Freunde, daß es in der Zeit der sozialistischen Regierung gelungen ist, wenn auch so vieles kritisiert wird, daß bis jetzt noch kein steirischer Landwirt auf Grund unserer Regierung bzw. auf Grund der Landwirtschaftsführung unter den Hammer gekommen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Lackner das Wort.

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Herr Präsident Koiner hat eingangs von der Erhaltung und der Förderung der Landwirtschaft gesprochen. Ich möchte den Faden zuerst ganz kurz weiterspinnen. Es geht nicht nur um die Förderung und Erhaltung der Landwirtschaft, sondern es geht auch um die Erhaltung des ländlichen Raumes schlechthin, wo mitten drinnen die Landwirtschaft eingebettet ist, die praktisch überhaupt erst die Voraussetzung dazu bringt. Der Staat ist in der glücklichen Lage, 33 Milliarden aus dem Fremdenverkehr einzunehmen, dadurch werden erst die Finanzen im Haushalt gesund. Es ist nicht übertrieben, daß an 60 % von diesen Einnahmen die Landwirtschaft direkt oder indirekt Anteil hat, ob das die Vermietung ist oder die Zurverfügungstellung des Raumes, der lebendig gehalten und bewirtschaftet wird. Es ist daher notwendig, daß auf dieser Seite alles nur mögliche überhaupt getan wird. Es darf für den Staat überhaupt keine Frage sein, ob man die Landwirtschaft erhalten soll oder nicht. Es ist selbstverständlich. Die Bauern dürfen in Zukunft nicht mehr als Almosenempfänger tituliert werden oder als Landschaftsgestalter degradiert. Das wäre der Untergang. Der Kollege Preitler hat gesagt, daß es nicht nur ein steirisches oder österreichisches, sondern ein europäisches Problem ist. Ich muß sagen, die Deutschen oder die Franzosen haben die Zeiten schon übersehen. Da gibt es schon Hunderte Hektar, die brach liegen und wo der Staat Milliarden von D-Mark oder Franc aufbringen muß, damit nur das Unkraut abgemäht wird oder aufgeforstet werden kann. So weit darf es bei uns nicht kommen. Wenn die Leute haben wollen, daß die Lebensmittel billiger sind — gerne. Wir Bauern müssen aus der Produktion der Lebensmittel unseren Lohn erstellen. Aber wenn sie billig sein sollen, dann muß der Staat die Lebensmittel entsprechend stützen. Aber nicht, daß es so ist, daß man selber einen Großteil dieser Stützung dazu beitragen muß.

Herr Dr. Strenitz hat vorgestern so nett und begeistert davon geredet, wie viele Autos und Fernsehapparate wir mehr bekommen. Ich freue mich für jeden, der mit einem Auto fahren kann, wenn er auch keinen Parkplatz bekommt. Ich freue mich auch für jeden, der einen Fernseher hat, wenn er

auch einen schlechten Empfang hat oder nur das 1. Programm. Das macht nichts.

Wir haben auch noch eine traurige Bilanz. Genau in der Zeit des Wohlstandes geht es in der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr zurück. Wir sind jetzt bei einem Bevölkerungsanteil von 12 % angelangt. Bei den Betrieben, die wir noch haben, nimmt die Verschuldung immer mehr und mehr zu. Der Herr Kollege Strenitz hat die Förderung der Landwirtschaft angekündigt. Ich habe diese Kunde mit Begeisterung gehört. Ich bin zwar ein christlicher Mensch, aber beim Glauben hapert es hier ein bißchen. Bis jetzt ist allerhand versprochen, aber nicht gehalten worden. Ich kann mich noch erinnern, zu Zeiten der ÖVP-Regierung da ist von der SPÖ-Seite sehr deutlich die Subventionspolitik der ÖVP als sogenannte Gießkannenpolitik kritisiert worden. Ich bin auch nicht für die Gießkannenpolitik. Aber die erste Tat ist voriges Jahr gewesen 300 Schilling für jeden Bergbauern als Bergbauernhilfe. Inzwischen dürfte es bis zum Landwirtschaftsminister durchgedrungen sein, daß das ein Blödsinn gewesen ist. Jetzt gibt es 2000 Schilling oder 34 Millionen insgesamt. Als das verkündet worden ist, da haben die der Landwirtschaft nicht Nahestehenden gleich gesagt, da schaut, wie die den Bauern das Geld hineinstopfen. Und dabei hat man die Bergbauern noch einmal in Bergbauern unterteilt und jetzt beginnt man teilweise mit der Aufteilung. Ich bin aber überzeugt, daß heuer die angekündigte Beihilfe der sogenannten Bergbauernhilfe von 2000 Schilling pro Bergbauer mit einem Katasterkennwert über 150 Punkte nicht mehr ausbezahlt wird.

Der Milchpreis. Ich muß sagen, die Milchpreiserhöhung ist nicht befriedigend. Kein Stand würde sich in Österreich die Behandlung gefallen lassen, die sich die Bauern als selbstverständlich gefallen lassen müssen, die nicht 42 Stunden, sondern eine 80-Stunden-Woche zu bewältigen haben.

Herr Kollege Zinkanell, ich werde nicht sagen, daß du eine Zinkanell-Show gemacht hast, sondern ich werde sagen, du bist ganz wild im Temperament gewesen und hast für deine Partei wirklich gut gesprochen. Es gibt für jedes Für ein Wider. Es ist richtig, daß es eine Zeit in der ÖVP-Regierung gegeben hat, wo die Milch um 1 Schilling teurer geworden ist, ohne daß die Bauern einen Groschen bekommen haben. Stimmt. Genau zu der Stunde, wo das passiert ist, haben die Bauern um 15 Groschen weniger bekommen. Ist auch passiert. Aber du hast nicht gesagt, warum der Zustand gewesen ist. (Abg. Zinkanell: Oh, ja!) Die Erhöhung um 1 Schilling war notwendig, weil die Molkereiarbeiter zweimal in dem Jahr eine Lohnforderung gestellt haben und das zur Zeit der Milchschwemme, wo wir schon fast ertrunken sind in der Milch und der Krisengroschen eingeführt werden mußte, um überhaupt die Ordnung in der Milchwirtschaft, die so wunderbar vom Minister Thoma aufgebaut worden ist, zu erhalten. Das war damals der Grund, warum die Schwierigkeiten aufgetreten sind und warum die Bauern nicht mehr bekommen haben. Inzwischen war eine Milchpreiserhöhung. Wir hinken sowieso hinten nach. Wenn die Rücknahmeverpflichtung weggefallen ist — die

Rücknahme, die seinerzeit auferlegt worden ist, war eine bäuerliche Selbsthilfe, um die Ordnung zu erhalten —, ist dies kein Verdienst der SPO, sondern der chronische Rückgang der Milchlieferung. Mir kommt die ganze Geschichte folgenderweise vor: ich möchte 2 Beispiele bringen. Als unter der Klaus-Regierung die Preise bis zu 3 % gestiegen sind, hat man der Regierung Klaus die Unfähigkeit ausgesprochen. Wenn man jetzt die Preise von der Sozialistischen Partei kritisiert, dann ist nicht der Kreisky schuld, sondern dann ist die Weltmarktentwicklung schuld. So kann man das irgendwie darlegen. Was? (Landesrat Bammer: „Die Sozialistische Partei hat nur einen Preis. Das ist der Mitgliedsbeitrag, der gleich geblieben ist!“) Wirklich? Weil ihr soviel Geld habt. Sei froh. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Er ist schon vorher zu hoch gewesen!“) Kollege Zinkanell, wenn du sagst, daß es eine Studien-, eine Lern-, eine Heim-, eine Familiengründungsbeihilfe und weiß ich was alles gibt, sind wir glücklich darüber. Aber bekommen das nur die Bauern? Das bekommen alle Österreicher. Nur damit man ein bißchen zusammenkratzen kann und sagen kann, was die Landwirtschaft alles bekommt, reden wir von dem. Warum? Das müßte bei jedem Referat gesagt werden. Die Arbeiter und die Gewerbetreibenden, alle bekommen das. Das paßt nicht hinein. (Abg. Brandl: „Die Bauern in viel stärkerem Ausmaß!“ — Abg. Zinkanell: „Wir sind ja so dafür! Wir sind ja dafür!“) Das geht auch. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Zinkanell, dem Lackner glaube ich mehr als dir!“) Wenn man jetzt ehrlich sein und sagen würde, was die Landwirtschaft wirklich bekommt, dann würden wir das Gruseln lernen. Sogar die Leute auf der Straße, die mit der Landwirtschaft nichts zu tun haben, würden das gleiche sagen. Man geht her und redet von den gesamten Mitteln, die im Grünen Plan verankert sind, ob das die ganzen Pflichtaufgaben für die landwirtschaftlichen Schulen oder die Gehälter vom Sektionschef bis zum Portier sind. Alles ist da drinnen, alles ist Grüner Plan. Das bekommen ja auch alle anderen Beamten, daher ist das irgendwie verwischt. Das was wirklich übrigbleibt für die Landwirtschaft ist sehr spärlich und bescheiden. Wie es halt geht. Das Wetter ist nicht immer schön.

Auf jeden Fall möchte ich eines noch einmal sagen. Ich wiederhole mich wahrscheinlich jetzt. Aber alles, was der Staat für die Landwirtschaft tut, ist die billigste Investition, die er überhaupt tätigen kann.

Wegebau: das muß einmal sein. Ohne Weg zum Haus tut's nicht. Die Güterwegmittel sind gekürzt, der AI-Kredit langt nicht aus, der Schrei nach einem Telefon im ländlichen Raum ist groß — der Abgeordnete Reicht ist nicht da —, es sind sicherlich Schwierigkeiten, das weiß ich — da ist er —, aber die Post, das heißt das Telegraphenbauamt ist doch ein hochaktives Unternehmen, da müßt ihr doch besser hineinsteigen, wenn es uns gelingt, ein Sonderwohnbauprogramm zu erstellen, müßte es auch möglich sein, ein Telefonbausonderprogramm zu verwirklichen, oder wir machen eine Anleihe. Das wäre kein Konkursunternehmen, haben doch auch die Bauern einen Anspruch, an

das Telefonnetz angeschlossen zu werden. (Abg. Zinkanell: „108.000 Vollanschlüsse für das Jahr 1973!“) Was sagst? Ja, aber pagare, die Richtung muß stimmen da, aber nicht einen Unsinn verlangen, den kein Mensch zahlen kann. (Landesrat Bammer: „Jetzt bist du ein bisserl bei der Löwinerbühne.“) Na, na. Und dann, der Herr Kollege Zinkanell hat es gesagt, die Altenversorgung, da dürfen wir unsere alten Bauern und Bäuerinnen nicht vergessen, denn sie sind stille, namenlose Pioniere, die praktisch alles getragen und geschaffen haben, damit wir in der glücklichen Lage sind, daß es uns so gut geht. Sie haben einen wesentlichen Teil dazu beigetragen. Und zugleich ist die Forderung der Jugend nicht zu vergessen. Wir sind in der glücklichen Lage, eine Reihe von gut ausgerichteten Landwirtschaftsschulen zu haben und unsere bäuerliche Jugend hat die Möglichkeit, daß sie sich entsprechend weiterbilden kann. Aber es ist halt noch allerhand nachzuholen, ein Nachholbedarf an verschiedenem, Grabnerhof z. B., ich bitte darum, daß dem auch stattgegeben wird und tragen wir ja dazu bei, daß wir der Jugend den Glauben nicht nehmen für die Zukunft und ihr vor allem die Chance geben, daß sie sieht, daß es wert ist, auch in Zukunft noch Bauer zu bleiben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Haas. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Haas: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mich außer-tourlich zum Wort gemeldet habe, so hat mich der Beitrag des Herrn Kollegen Zinkanell dazu veranlaßt, ein paar Feststellungen hier nun zu treffen, die vielleicht in seinen Ohren nicht ganz so wohl-tuend klingen, wie es die gewiß sehr sachlichen und sehr besonnenen Ausführungen unserer beiden Herren Präsidenten waren, die der Herr Kollege Zinkanell dazu uminterpretiert hat, daß nunmehr von unserer Seite die sozialistische Agrar-politik als gar so hervorragend empfunden würde. (Abg. Zinkanell: „Ich habe nur einen Unterschied gemacht zwischen hier und Bauernbundklima!“) Aber, Herr Kollege Zinkanell, du hast für Reiz-klima gesorgt und darum gestatte, daß ich also hier zu diesen deinen Ausführungen doch einiges hinzufüge. Du hast es mit sehr viel Geschick verstanden, die Taten oder auch Unterlassungen der sozialistischen Regierung als politische Glanzlei-stungen für die österreichischen Bauern uns hin-zustellen. Aber Herr Kollege Zinkanell, ich glaube, es kann deiner Aufmerksamkeit und deinem Scharf-sinn doch nicht entgangen sein, daß dieses Bun-desbudget 1973 doch ein echtes Verlustbudget ist. (Abg. Zinkanell: „Rechnen, Kollege Haas, rech-nen!“) Echt ein Verlustbudget! Daß die Land-wirtschaft schlecht abschneidet, daß sie am schlech-testen von allen Ressorts abschneidet, das wird uns von der gesamten unabhängigen Presse bestätigt und ich bin gern bereit, dir hier eine ganze Reihe von Zahlen zu präsentieren, die dir das bestätigen. Etwa, wenn ich dir sage, daß der landwirtschaft-liche Wasserbau um 2 Millionen gekürzt ist, die landwirtschaftliche Regionalförderung, auf die man

sich soviel voriges Jahr zugute hielt, von 70 auf 45 Millionen zusammengestrichen wurde, daß die ländliche Verkehrserschließung, für die wir im Lande ein Sonderprogramm entwickelt haben, um 26,5 Millionen Schilling gekürzt worden ist, die Elektrifizierung um 2,5 Millionen und ich könnte das also noch gerne fortsetzen. Ich habe fast ein bisserl den Eindruck, daß die Bauern ein bisserl bestraft werden sollen dafür, daß sie voriges Jahr bei den Bauernkammerwahlen so schlecht für euch und so gut für uns gewählt haben und daß sie den großen Parteivorsitzenden Kreisky so arg enttäuscht haben. (Abg. Zinkanell: „Reden wir lieber nicht von den Bauernkammernwahlen! Ich habe das anständigerweise ausgeklammert!“) Aber Herr Kollege Zinkanell und meine sehr geehrten Herren von der sozialistischen Fraktion, ein paar Worte noch zur Milch. Es hat mir der Kollege Lackner schon einiges vorweggenommen, aber gestatten Sie doch noch ein paar Worte zu diesem so harmlos ausschauenden weißen Saft, der — glaube ich — nach dem Nitroglyzerin so ziemlich die gefährlichste und explosivste Flüssigkeit ist. Erstens einmal möchte ich die Feststellung treffen, daß im heurigen Budget, im Budget 1972, eindeutig zu wenig Mittel veranschlagt worden sind für die Stützung, daß bereits 73 Millionen Schilling an Krisenfondsgeldern, die die Bauern einbringen, dazu verwendet werden müssen, um das Milchgeld für die Monate November und Dezember überhaupt auszahlen zu können. Zweites Argument. Wir wissen, daß für das Jahr 1973 um 130 Millionen Schilling zuwenig veranschlagt sind (Abg. Zinkanell: „Nachtragsbudget!“), das heißt also, daß wir im nächsten Jahr entweder die Molkereien aushungern müssen, über Notopfer oder daß wir die Konsumentenpreise neuerlich erhöhen oder daß wir drittens den bäuerlichen Produzenten wieder zur Ader lassen müßten. Was also nun den neuen Milchpreis selbst angeht, den man so sehr als SPO-Glanzleistung hervorhebt, so möchte ich zuerst einmal sagen, daß es nicht 15 Groschen sind, sondern nur 13,02 Groschen. Man darf nämlich nicht übersehen, daß 15 Groschen nur für die Güteklasse I gegeben werden, für die Güteklasse II es nur mehr 10 Groschen sind und für die Güteklasse III 3 Groschen. Im Schnitt 13,2 Groschen. (Abg. Zinkanell: „Aber 90 % für die Güteklasse II!“) Als die Molkereiarbeiter im heurigen Jahr ihre Forderungen angemeldet haben — die sie dann auch durchgesetzt haben — in der Weise, daß eine Erhöhung von 15 % bewilligt wurde, haben wir Bauern das verstanden, haben wir Bauern das auch unterstützt, haben auch die bäuerlichen Funktionäre der Molkereien dieses Anliegen unterstützt. Dieses Anliegen, das angesichts der Preisflut durchaus verständlich erschien. Aber wir Bauern haben gemeint, daß wir das gleiche Verständnis auch bei der Hohen Bundesregierung für unser Anliegen finden würden, daß also auch wir zu einer 15%igen Erhöhung unseres Lohnes kämen, das wären also genau jene 38 Groschen gewesen, die als Antrag der Bundesregierung vorgelegen sind. Aber Sie wissen, daß es keine 38 Groschen geworden sind, es waren zunächst überhaupt nur viereinhalb Groschen, die man uns anzubieten wagte. (Abg. Zinkanell: „Das

hat der ‚Bauernbündler geschrieben!‘) Nein, nein, am 16. November in der amtlichen Preiskommission wurden uns 4,5 Groschen als Erhöhung des Produzentenpreises angeboten. Wir haben das als einen sehr schlechten Witz empfunden. Genauso, wie wir es auch als einen sehr schlechten Witz empfunden haben, als der Herr Bundeskanzler sich äußerte, daß im Hinblick darauf, daß die Landwirtschaft der „Hauptnutznießler“ der Milchpreiserhöhung sei, darum auch die Landwirtschaft dafür zu sorgen habe, daß den Rentnern und Pensionisten verbilligt Milch abgegeben wird. Wahrhaftig ein schlechter Witz. (Abg. Zinkanell: „Die ÖVP! Die verlangen Preiserhöhungen, sie sollen auch sagen, wo sie herkommen sollen!“) Aber Herr Kollege Zinkanell, ich bin schon am Ende, ich möchte das nur hier eingeflochten haben. Ich möchte dir nicht nahetreten, im Gegenteil, ich schätze dich als einen sehr klugen Mann, aber manchmal muß ich sagen, tust du mir echt leid. Wenn ich mir vorstelle, wie schwer es für dich sein muß, die politischen Kapriolen des Herrn Parteivorsitzenden Kreisky als sozialistische Agrarpolitik zu verkaufen. (Abg. Zinkanell: „Kapriolen ist sehr unpassend!“ — Landesrat Bammer: „Nicht so schwer, wie sich die ÖVP beim AAB tut!“) Ich bin der Meinung, daß dein Einsatz wahrhaftig einer besseren Sache wert wäre, als es die Agrarpolitik der Herren Doktoren Kreisky und Weihs ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schaller das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus! In der Gruppe 7 Landwirtschaft macht das landwirtschaftliche Schulwesen einen wesentlichen Teil aus, so daß man doch auch ein Wort dazu sagen muß. Ich brauche Sie Gott sei Dank nicht mit sehr großen Problemen beschäftigen, weil das landwirtschaftliche Schulwesen in recht geordneten Bahnen läuft. Ich darf Ihnen nur in aller Kürze sagen, daß unsere Schulen voll sind. Auch heuer wieder. Wir haben insgesamt nahezu 1000 Burschen und Mädchen in den Fachschulen und 2000 in den Berufsschulen, ca. 500 in den Haushaltungsschulen, also nahezu 4000 Burschen und Mädchen im Ausbildungsprozeß. Wenn ich gesagt habe, wir haben keine großen Probleme, heißt das nicht, daß alles im alten Trott läuft. Im Gegenteil, wir sind immer wieder bemüht, unser Ausbildungssystem den neuen Erfordernissen anzupassen. Es ist Ihnen auch bekannt, daß gegenwärtig drei Schulversuche laufen, um neue Modelle abzutasten. Ein Versuch läuft bereits das dritte Jahr mit sehr viel Erfolg, nämlich die landwirtschaftliche Handelsschule. Die zweijährige Haushaltungsschule das zweite Jahr. Einen interessanten Schwerpunkt bildet der bäuerliche Fremdenverkehr. Wir können jetzt schon sagen, daß das ein sehr zukunftssträchtiger Typ ist. Offen ist noch die Frage der Einrechnung der Schulzeit in gewerblichen Ausbildungszeiten. Diesbezügliche Anträge liegen in Wien. Ich hoffe, daß uns die Regierung hier entgegenkommt.

Wenn ich heute die SPO-Agrosuperleistungsshow des Kollegen Zinkanell gehört habe und nicht wüßte, wie die Dinge wirklich sind, würde ich

glauben, der Bauernhimmel ist schon sehr weit heruntergezogen. (Abg. Zinkanell: „Hängt voller Geigen!“) Lieber Freund Zinkanell, ich hätte noch ein Problem, das zu lösen du vielleicht mithelfen könntest. Das ist die Frage der gesetzlichen Regelung des landwirtschaftlichen Schulwesens. Es wäre recht schön, wenn nämlich die Blockierung der SPÖ in dieser Frage nach zehn Jahren endlich gelöst würde. Das wäre etwas Konkretes, was du wirklich sagen könntest, das ist eine Leistung, wo wir wirklich mitgeholfen haben.

Nun zum Schluß möchte ich nur auf etwas hinweisen, das eine sehr zukunftssträchtige Sache ist. Wir sind bemüht, unsere landwirtschaftlichen Schulen auch zu Mittelpunkten der Erwachsenenbildung auszubauen und hier wiederum ausgerichtet auf die bäuerliche Bevölkerung. Ich darf Ihnen sagen und mit Recht große Dankbarkeit vermerken, daß sich ein Vorhaben sehr gut entwickelt hat, und zwar das Nachhollernen, welches Landesrat Jungwirth eingeleitet hat. Wir haben in unseren Schulen und ganz bewußt konzentriert Kurse laufen, wo ein Handelsschulabschluß, ein Hauptschulabschluß und auch der Abschluß der höheren Schule in Zusammenarbeit mit einer Fernschule erreicht werden kann. Ich darf Ihnen sagen, daß der Großteil der Interessenten aus der Landwirtschaft kommt. Wir führen deshalb die Kollegtage auch in unseren Schulen und mit unseren Lehrern durch. Damit glaube ich, daß wir in diesem Bereich der Erwachsenenbildung einen Schwerpunkt setzen können, der sehr wichtig ist, nämlich die Weiterbildung der bäuerlichen Bevölkerung auch über die eigentliche Berufs- und Fachausbildung hinaus. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Es hat sich der Abgeordnete Ing. Koiner zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Ing. Koiner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß mich noch einmal zu Wort melden, und zwar zum Kollegen Zinkanell. Es ist an und für sich mir etwas bedauerlich erschienen, die Debatte in der Form durchzuführen, daß man sagt, „ich will nichts sagen“ und es dann doch sagt. Das hat mir nicht gefallen. Ich muß das in aller Deutlichkeit sagen. (Abg. Zinkanell: „Ich habe sehr vieles, was ich sagen wollte, nicht gesagt!“) Wenn man solche Andeutungen macht, dann soll man es ruhig aussprechen. Ich habe gerne eine so spritzige Rede Herr Kollege Zinkanell, aber nicht, daß Sie sagen, wir würden in den Zeitungen des Bauernbundes Aussagen treffen, die die Stimmung bei den Bauern anheizen. (Abg. Zinkanell: „Das behaupte ich!“) Für wie dumm halten wir unsere Bauern, daß sie sich über den Bauernbund sagen lassen müssen, wie es ihnen geht. Sie spüren das ganz deutlich selber. (Beifall bei der ÖVP.) In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit in aller Kürze. Nur 15 Groschen. Ich stehe zu diesen „nur 15 Groschen“ und du wirst sehr genau darüber informiert sein, wie in der Amtlichen Preiskommission verhandelt worden ist. (Unverständliche Zwischenrufe.) Dann kann ich auch das noch mit ein paar Worten sagen. Wenn der Herr Abgeordnete Loidl sehr deutlich erwähnt hat, wie die Baupreise in

die Höhe gehen und daß es ihm nicht paßt und wenn die Amtliche Preiskommission dann feststellt, sie nimmt zwar die Baupreise von 1970, den Kälberpreis aber vom Amstettener Markt mit dem Ergebnis von 45 Schilling, dann muß ich sagen, dann kommt so eine Kalkulation heraus. Es ist sehr gut bekannt, daß letzten Endes auch nicht die Kalkulation der Amtlichen Preiskommission für die Milchpreisfestsetzung entscheidend ist, sondern daß der Minister mit Verordnung festsetzt. Auch das ist in diesem Kreis sehr genau bekannt. Ich bleibe bei diesen nur 15 Groschen, weil ich der Meinung bin, daß in Abgeltung der gestiegenen Kosten und das können wir nachweisen im Kalkulationsschema, das nur 15 Groschen sind und nicht weiß ich was für eine Bevorzugung. (Beifall bei der ÖVP.) Nur 15 Groschen.

Nun ein Wort, weil du so deutlich auf das Jahr 1967 hingewiesen hast, Herr Kollege Zinkanell. Es ist nicht unbekannt, daß das eine Tatsache ist. Man soll dann aber auch alles dazu sagen. Wir haben in dieser Zeit Milchüberschüsse gehabt wie nie und es ist sehr gut bekannt, daß es Stützungsbeiträge erfordert hat, um das abzusetzen, die weit über das Maß hinausgegangen sind, was heute erforderlich ist. Es war damals ein Verdienst des Schleinzer, die Umlenkung der Milch auf die Fleischproduktion durchgeführt zu haben. Das ist heute sehr angenehm auch für den Minister Weihs. Eine Tatsache, die überall anerkannt ist. Die Überschüsse, die damals mit hohen Zuschüssen abgesetzt werden mußten, sind faktisch mit Budgetüberschreitungsgesetzen abgedeckt worden. Auch in Zeiten der ÖVP-Alleinregierung. Was hat der Finanzminister im vorigen Jahr gemacht, Herr Abgeordneter Zinkanell? Sie wissen das auch sehr genau. Im Jahr 1972 sind für die staatlichen Milchpreisstützungen 52 Groschen je Liter vom Staat gegeben worden, und zwar aus sehr klaren Gründen, weil er interessiert daran ist, daß der Konsumentenpreis um diesen Beitrag des Staates zurückgeht. Das heißt niedriger ist, als er es nach den Erzeugerpreisen wäre. Er hat nicht für 100 % der Milch diese 52 Groschen zur Verfügung gestellt, sondern nur für 93 % und die 7 % hat er aus den Mitteln genommen, die er uns in der Form über den Krisengroschen aus der Tasche genommen hat. (Beifall bei der ÖVP.) Das heißt... (Abg. Zinkanell: „Das war abgesprochen! Nicht aus der Tasche gezogen, abgesprochen!“ — Abg. Brandl: „Abgehandelt!“) Herr Kollege Zinkanell, die staatliche Milchpreisstützung ist für diese 7 % aus den Absatzförderungsbeiträgen der Bauern bezahlt worden. 73 Millionen. Nicht abgesprochen. Ein Irrtum. Nicht abgesprochen. Erst durch die Vereinbarung ÖVP—SPÖ ist dort festgelegt worden, daß es das in Zukunft nicht mehr gibt. Was ist für das Jahr 1973 der Fall? Im Budget sind ebenfalls wieder nur 93 Millionen für diese Milchpreisunterstützung vorgesehen. Das werden wiederum 10 % weniger sein. Wenn man heute Ihren Landwirtschaftsminister Weihs fragt, „was werden Sie tun, um dieser Sache gerecht zu werden“, dann zuckt er die Achseln und sagt: „Ich weiß es nicht.“ (Abg. Zinkanell: „Ein Nachtragsbudget wird notwendig sein!“) Wir lassen uns überraschen. Ich

muß auch dabei bleiben, es ist ein Verlustbudget. Ich brauche das nicht noch einmal näher ausführen. Es ist in den drei Posten zusammengezogen ein Minus von 7 Millionen.

Die Landeslehrer sind in diesem Vergleich heuer nicht drinnen und waren voriges Jahr nicht drinnen. (Abg. Zinkanell: „Das ist nicht richtig!“) Das spielt gar keine Rolle. Tatsächlich sind es um 7 Millionen weniger. Es nimmt keine Rücksicht darauf, so sehr wir begrüßen diese Aufstockung der Möglichkeit, die AIK weiterzugeben. Ich garantiere Ihnen, Herr Abgeordneter, daß wir bis April in der Lage sind, zu sagen, es gibt keine AIK mehr. Das ist vorzusehen. (Abg. Zinkanell: „Da sind in der Landwirtschaftskammer die Schleusen offen!“) Die sind immer offen gewesen, selbstverständlich, immer sind sie offen gewesen. Und schauen Sie, ich will also jetzt nicht noch näher darauf eingehen, aber deine Rede war aufgeschlüsselt auf diese aufschlußreiche Bilanz in eurer Agrarzeitung. Ja, genau da war sie aufgeschlüsselt. Und da müßte man jetzt einen Posten nach dem anderen durchgehen, ich meine, zu sagen, was man für die Weinwirtschaft getan hat, ist in Ordnung, aber, man muß auch dazusagen, was die Mehrwertsteuer dem steirischen Weingebiet bringen wird. Und ich glaube, auch darüber bist du dir sehr im klaren und die Gebiete unten, die von der Natur aus so benachteiligt sind, die im Bergweingebiet ganz andere Verhältnisse haben und die praktisch auf keine andere Kulturart überhaupt ausweichen können, weder auf den Getreidebau noch auf die Grünlandwirtschaft, weil es so steil ist, für die hat man also mit dieser Art der Besteuerung ein echtes Problem gebracht. Ein echtes Problem gebracht. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Da ist bestens vorgesorgt!“) Ja, ich könnte das so fortsetzen, aber in Anbetracht der Zeit nur eines, Herr Kollege Zinkanell. Ich möchte bitten, bei aller Notwendigkeit und bei allem Bedürfnis spritzig und interessant und auch mit einem gewissen Temperament zu reden, man soll es nicht so tun, man soll es nicht so tun, darzustellen, als wäre die Bauernschaft eine Rasse von Menschen, die erst durch uns aufgehetzt werden müsse. Das ist ein gefährliches Unterschieben. Ich würde davor warnen vor dieser Art. (Beifall bei der ÖVP.)

Abg. Zinkanell: Bitte, nur einen Zwischenruf.

Präsident: Bitte, ein Zwischenruf.

Abg. Zinkanell: Ich möchte nur sagen, es ist zwischen Präsidentenkonferenz und Landwirtschaftsministerium ein Übereinkommen bezüglich des gleichenden Absatzförderungsbeitrages. Bei mehr als 6 % wäre der Krisenfonds in Aktion getreten, das wissen Sie, das ist nicht geschehen!

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Wünscht der Herr Abgeordnete Koiner auch einen Zwischenruf? Wenn das nicht der Fall ist, erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Krainer das Wort.

Landesrat Dr. Krainer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat in seiner Rede davon gesprochen, daß das

Wetter von gestern auf heute umgeschlagen habe in diesem Haus. Ich glaube, daß er ehrlicherweise Bezug genommen hat auf die Äußerungen der Herren aller drei Fraktionen, die Wert darauf gelegt haben, sich jener Schläge unter die Gürtellinie, von denen vor allem auch der Herr Bürgermeister Götz gesprochen hat, zu enthalten. Und ich meine, daß er sich durchaus an diese Regel gehalten hat. Es ist nur andererseits verständlich, daß er, und ich möchte das auch nicht polemisch sagen, sich in einer Situation befindet, als Agrarsprecher seiner Fraktion, in der er nicht übersehen kann und das auch ehrlich sagt, daß die Entwicklung des Agrarbudgets im Lande eine positive gewesen ist, vor allem auch für das Jahr 1973, daß es ihm aber nicht ganz leicht fällt, festzuhalten, daß die Agrarbudgetentwicklung im Bund diese erfreuliche Entwicklung leider nicht zeigt. (Zinkanell: „Das ist Ihre Meinung.“) Ich möchte dazu einige Ziffern geben. Wir haben mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die Mittel zur Verkehrserschließung im Bundesbudget um 15,3 Millionen Schilling gekürzt wurden. Wir haben ebenso mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die landwirtschaftliche Regionalförderung um 25 Millionen gekürzt wurde, daß für die Elektrifizierung um 12,5 Millionen weniger ausgegeben wird und für Geländekorrekturen um 3 Millionen weniger. Es ist im Bundesbudget kein Beitrag für den Telefonausbau im ländlichen Raum vorgesehen und es wurden die Zuschüsse für die Vergbilligung landwirtschaftlicher Betriebsmittel nicht erhöht, obwohl Sie sehr genau wissen, daß der Handelsdünger durch die Einbeziehung in die Mehrwertsteuer enorm steigen wird und ab 1. Juni 1973 der Dieseltreibstoff um weitere 40 Groschen erhöht wird.

Von der Besteuerung im speziellen hat auch noch der Präsident Koiner gesprochen. Ich wollte das ruhig und ohne polemischen Hintergrund hier feststellen.

Für die steirische Landwirtschaft ist ja dieses vergangene Jahr — wie Sie sehr genau wissen — leider in vieler Hinsicht, von ganz wenigen Regionen abgesehen, ein echtes Katastrophenjahr gewesen. Der Abgeordnete Trummer in seiner unvergleichlichen und großartigen bäuerlichen Art hat uns geschildert, in welcher Situation sich das Grenzland befindet und man kann das für die West-, man kann das für die Oststeiermark und für die Obersteiermark, wie das gestern der Herr Abgeordnete Pichler getan hat, leider genauso sagen. Das bedeutet, daß wir vor allem beim Getreide etwa 20%ige Ernteauffälle in der Steiermark haben — wir haben jetzt die genaue Übersicht —, die mit etwa 80 Millionen Schilling zu beziffern sind. Die Maiserträge sind um mehr als 20 % geringer, dort liegen die Ausfälle bei 160 Millionen Schilling. Die Tabakbauern und vor allem in unserem südoststeirischen, im weststeirischen und südsteirischen Raum haben ca. 60 % der Ernte verloren, was einem Ernteaufschlag von 5,5 Millionen Schilling entspricht. Bei den Speckkartoffeln waren die Ernteaufschläge zwischen 20 und 100 % und die Ertragshebungen weisen etwa 55 % der Normalernte aus. (Ein Ertragsaufschlag von 100 Millionen Schilling.) Im Weinbau beträgt der Ausfall 54 Millionen Schil-

ling. Insgesamt beträgt der Ertragsausfall für die gesamte Steiermark etwa 400 Millionen Schilling.

Gerade auch auf diesem Hintergrund sind meine vorhin dargelegten Vorstellungen nicht ohne Bedeutung. Wir freuen uns daher, daß wir für das Landesbudget mit 268,7 Millionen im ordentlichen und einschließlich des Sonderwegbauprogramms mit 53 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt einen beachtlichen Zuwachs zu verzeichnen haben. Sie haben das auch festgestellt. Meine Damen und Herren, die Aufwendungen für den ländlichen Raum, das hat auch der Herr Abgeordnete Wimmeler angesprochen, wenn ich die Äußerungen einbeziehen darf in eine kurze Zusammenfassung, sind ja nicht nur zugunsten der Landwirte und der Forstwirte in unserem Lande ausgegeben, sondern sie kommen dem gesamten ländlichen Raum zugute, direkt und indirekt und damit ja auch jenen Bevölkerungsschichten unseres Landes, die wir übereinstimmend als jene ansehen, die sich jedenfalls in einem Gefälle des Wohlstandes und nicht selten auch der kulturellen Entwicklung befinden, ohne eigene Schuld, trotz vieler Bemühungen, trotz ehrlicher Förderungen, die in den letzten Jahren möglich gewesen sind.

Wir kommen auch nicht darum herum, gerade in unserer Förderungspolitik echte Schwerpunkte zu setzen, wenn nicht, wie gesagt wurde, mit der Gießkanne umgegangen werden soll. Obgleich auch da — und das wissen Sie sehr wohl und daher haben Sie es auch nicht angesprochen, sondern eher wieder ein Branchenfremder, obwohl es eben auch in der Förderung in der Land- und Forstwirtschaft nicht nur mit klaren Schwerpunkten geht. Wo denn schon? Aber im wesentlichen muß man sich einer Schwerpunktbildung in der Landwirtschaftsförderung verbunden wissen und muß sie vertreten. Wir können sagen, daß auch dieses Landwirtschaftsbudget in der Steiermark der landwirtschaftlichen Bildung im weitesten Sinne Vorrang einräumt, der Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller, der verdienstvoll in diesem Bereich tätig ist, hat uns dazu Wichtiges gesagt, daß wir mit besonderem Akzent die Besitzfestigung weiter fördern wollen, der Herr Landeshauptmann ist ja der zuständige Referent für dieses ganz spezielle Problem, daß wir der Zusammenlegung unsere Aufmerksamkeit schenken, den Meliorationen, neuerdings der Förderung der Telefonanschlüsse im ländlichen Raum, die wir mit 1 Million Schilling dotiert haben. Ich habe schon im Finanz-Ausschuß gesagt, nicht gigantisch, zwar nicht ein Tropfen auf den heißen Stein, aber auch nicht sehr viele; einige Tropfen auf den heißen Stein. Wir wollen vor allem Interessentengemeinschaften fördern und im Einzelfall dann helfen, wenn eben die Streulage es bedingt.

Wir haben vor allem für unsere Bäuerinnen in der Forcierung der Familienbeihilfe und in der Förderung der Erntekindergärten und landwirtschaftlichen Betriebshelfer einen deutlichen Schwerpunkt unserer Förderung im Landwirtschaftsbudget ausgeprägt.

Das Sonderwegbauprogramm zur Verkehrerschließung auf dem Land ist ein besonderes Verdienst des Herrn Landeshauptmannes, dem er sich ganz besonders angenommen hat. Wir kommen hier

einen Schritt voran, obwohl wir genau wissen, daß immer noch ganz große Probleme vorliegen. Zunehmend deshalb, weil im ländlichen Raum durch den erfreulich zunehmenden Verkehr und Fremdenverkehr die Wege eben auch von Menschen befahren werden, die nicht mit der Land- und Forstwirtschaft zu tun haben.

Wir haben den Forstwegbau besser dotieren können, die Aufforstung in Hochlagen, die Förderung von Forstschutzmaßnahmen und schließlich den Ausbau des Tiergesundheitsdienstes und bemühen uns um die Schaffung eines tierärztlichen Sonn- und Feiertagsdienstes.

Daß wir den Großteil der Förderungsmittel der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung gestellt haben, liegt unter anderem darin, daß die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft bedeutend erhöhte Personalausgaben hat, weil sie derselben Automatik unterliegt wie das Land Steiermark. Es ist keine Frage, daß die Kürzung von Förderungsmitteln seitens des Bundes es notwendig macht, daß wir in die Bresche springen.

Bei der Landarbeiterkammer haben wir eine Aufstockung der Mittel deshalb vorgenommen, weil einerseits wiederum die Personalkosten gestiegen sind und weil andererseits durch den Wegfall der Bundesförderung für die Eigenheimbau- und Familiengründungsbeihilfen ein unmittelbarer Minuspunkt zu verzeichnen gewesen wäre, den wir nicht zulassen wollten.

Alle haben sich zu diesem Kapitel kurz gehalten. Ich glaube, daß die Bedeutung dieses Kapitels damit nicht unterbewertet sein wollte. Ich nehme auch an, daß das Hohe Haus, die Damen und Herren, die nicht unmittelbar mit der Land- und Forstwirtschaft in Verbindung stehen, sich dem anschließen, was wir immer wieder sagen: Landwirtschaft dient allen. Agrarpolitik ist nicht nur ein Problem einfacher Interessenpolitik der Bauern dieses Landes. Agrarpolitik ist heute eine ganz wesentliche Aufgabe für die Erschließung des Erholungsraumes in einer fortschreitend urbanisierten Welt. Dieses kostbare Gut, das wir in diesem Land haben, für das wir vieles einsetzen müssen, gerade vorbeugend einsetzen müssen, wenn wir nicht in späterer Zukunft von uns sagen wollen, wir hätten echte Versäumnisse geduldet.

Daher danke ich den Damen und Herren des Hohen Hauses abschließend dafür, daß sie diesem Landwirtschaftsbudget ihre Zustimmung gegeben haben. Ich danke den Herren Mitarbeitern in der Abteilung 8, der AtA, den ABBs und vor allem den Damen und Herren der Lehrerschaft. Ich habe ein bestens geführtes Referat, das darf ich auch noch einmal sagen, vom Herrn Landeshauptmann Doktor Niederl übernehmen können und es ist möglich gewesen, im Laufe dieses Jahres gute Arbeit zu leisten.

Auch einige Damen und Herren dieses Ressorts gehen in den Ruhestand. Es sind dies Herr Hofrat Dr. Gottl, Herr Regierungsrat Hauser, Frau Schulrat Temm und Herr Direktor Alfons. Ich möchte ihnen und allen Damen und Herren meines Ressorts, die in den Ruhestand treten, einen uneingeschränkten und sehr herzlichen Dank aussprechen. Ich darf sie bitten, diesen Dank weiterzugeben. Herzlichen

Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Damit haben wir die Debatte über den ersten Teil der Gruppe 7 Land- und Forstwirtschaft abgeschlossen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pözl: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe einen Antrag aller 56 Abgeordneten dieses Hauses, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Landes (Steiermärkisches Bezügegesetz) einzubringen.

Auf Grund ihrer Regierungserklärung vom 27. April 1970 und vom 5. November 1971 hat die Bundesregierung eine Kommission, deren Mitglieder vom Bundeskanzler ernannt wurden, eingesetzt und ihr die Aufgabe übertragen, Vorschläge betreffend die Politikerbesteuerung zu erstatten. Mitte Dezember 1970 hat diese Kommission ein Gutachten über die Besteuerung der Bezüge der Organe der Gesetzgebung, bestimmter oberster Organe der Vollziehung, des Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes und einige damit im Zusammenhang stehende Fragen erstattet. Unter Verwertung dieser Überlegungen hat die Bundesregierung dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Bundes (Bezügegesetz) und einen Gesetzesentwurf über die steuerrechtliche Behandlung der Bezüge der Organe der Gesetzgebung, bestimmter Organe der Vollziehung, des Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes sowie der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes und über im Zusammenhang damit stehende Vorschriften zugeleitet.

Nach einigen durch den Finanz- und Budget-Ausschuß vorgenommenen Änderungen hat der Nationalrat am 9. Juli 1972 den Gesetzesentwurf über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Bundes (Bezügegesetz) sowie den Gesetzesentwurf über die steuerrechtliche Behandlung der Bezüge der Mitglieder der Organe der Gesetzgebung, bestimmter oberster Organe der Vollziehung, des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Rechnungshofes sowie der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes und über im Zusammenhang damit stehende Vorschriften verabschiedet. Die Kundmachung erfolgte im 83. Stück des Bundesgesetzblattes vom 27. Juli 1972, BGBl. Nr. 273 bzw. 274.

Bei der Festsetzung der Bezüge wurde eine Relation zu den Bezügen eines Beamten der Allgemeinen Verwaltung der Dienstklasse IX für die Mitglieder des Nationalrates hergestellt. Von diesen ausgehend wurde auch eine bestimmte Relation für die Präsidenten des Nationalrates und die obersten Organe der Vollziehung sowie den Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes festgelegt.

In steuerrechtlicher Hinsicht wurde von der Überlegung ausgegangen, die bisher einkommensteuerfreigestellten Bezüge gewisser Funktionäre in Hinblick der Lohnsteuer (Einkommensteuer) zu unterwerfen, hiebei aber ein im geltenden Einkommensteuerrecht (§ 9 Abs. 2 Einkommensteuergesetz

1967) für die Besteuerung der Bezüge von Bürgermeistern, Vizebürgermeistern und Stadträten geltendes System zu verallgemeinern.

Durch diese beiden Bundesgesetze, insbesondere durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 274/1972, das zwingend eine landesgesetzliche Regelung vorschreibt, ist es nunmehr erforderlich geworden, auch für den Bereich des Landes Steiermark eine gesetzliche Regelung über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Landes vorzunehmen.

Der vorliegende Gesetzesentwurf lehnt sich im wesentlichen an die bundesrechtlichen Vorschriften — unter Berücksichtigung der bisherigen Verhältnisse — an. Von der in den bundesrechtlichen Vorschriften vorgesehenen Progressivität der Bezüge der Abgeordneten und Regierungsmitglieder (Biennalvorrückungen) wurde jedoch Abstand genommen, weil der Grundsatz der Gleichheit aller Volksvertreter auch in einheitlichen Ansätzen zum Ausdruck kommen und die Unterschiede lediglich durch die Funktionstätigkeit gekennzeichnet sein sollen.

Zu den einzelnen Bestimmungen ist folgendes zu bemerken:

Zu Artikel I:

Abgeordneten und Regierungsmitgliedern gebühren nunmehr Bezüge und nicht wie bisher Entschädigungen bzw. Amtseinkommen. Die Anpassung auch in der Terminologie ist durch die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes erforderlich. Diese Bezüge sind nunmehr grundsätzlich steuerpflichtig.

Zu Artikel II:

Der Bezug eines Mitgliedes des Steiermärkischen Landtages entspricht dem Bezug eines Mandatares des Bundesrates, allerdings unter Zugrundelegung der Bezugsansätze für Landesbeamte der Dienstklasse IX, Gehaltsstufe 6.

Den Bezügen der Mitglieder der Landesregierung — ausgenommen den Landeshauptmann, dessen Bezüge durch § 6 des Bezügegesetzes des Bundes geregelt sind — liegen dieselben Bezugsansätze zugrunde wie den Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages, wobei diese Bezüge dem Bezug eines Staatssekretärs für die Landeshauptmannstellvertreter und für die übrigen Mitglieder der Landesregierung 90 v. H. des Bezuges eines Staatssekretärs gleichkommen.

Der bisherigen Regelung folgend werden sich die Amtszulagen für Funktionen der Präsidenten des Steiermärkischen Landtages nicht ändern. Es wird für die zweiten und dritten Präsidenten auch keine Erhöhung der Amtszulage von bisher zwei Dritteln der Entschädigung auf 90 %, wie es der Bund vorsieht, eintreten. Entgegen den Bestimmungen des Bundes wird eine Amtszulage für die Obmänner der Klubs nicht eingeführt.

Der Pensionsbeitrag wird für die Abgeordneten wie für die Mitglieder der Landesregierung mit jeweils einheitlich 7 % des Bezuges festgelegt. Die Einrechnung von Zeiten, die Abgeordnete oder Mitglieder der Landesregierung in anderen gesetzgebenden Körperschaften oder in anderen Funktionen erbracht haben, erfolgt nach den Bundesrichtlinien. Demnach hat auch die Entschädigung bei einem Aus-

scheiden aus einer Funktion den Bundesvorschriften entsprechend zu erfolgen.

Zu Artikel III:

Neben reinen Formalvorschriften, wie etwa über die Auszahlung der Bezüge, treten die Bestimmungen über die Zuerkennung einer Amtswohnung und eines Dienstwagens für die wichtigsten Funktionen, wobei einschränkend zu bemerken ist, daß, obwohl der Bund allen Präsidenten einen Dienstwagen und eine Amtswohnung zur Verfügung zu stellen hat, nach dem vorliegenden Entwurf nur dem Ersten Präsidenten des Steiermärkischen Landtages ein Dienstwagen zur Verfügung steht. Amtswohnungen werden, ausgenommen die Mitglieder der Landesregierung, überhaupt nicht zur Verfügung gestellt, es tritt an deren Stelle auch keine Entschädigung. Ähnlich wie beim Bund, werden die zusätzlichen Aufwendungen, die Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages und der Steiermärkischen Landesregierung erwachsen, in der Form abgegolten, daß den Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages eine Entfernungszulage in der Höhe von 10, 15 oder 20 v. H. ihres Bezuges bzw. eine Jahresfahrkarte für öffentliche Verkehrsmittel im Bereiche Steiermark, die auch mit einem Pauschale abgegolten werden kann, zusteht. Den Mitgliedern der Landesregierung wird für Dienstreisen innerhalb des Bundeslandes auf der Grundlage der Bundesrichtlinien eine pauschalierte Dienstreisekostenentschädigung gewährt, wobei festzuhalten ist, daß entgegen den Bestimmungen des Bundes den Mitgliedern der Landesregierung keine Jahresfahrkarte für öffentliche Verkehrsmittel für den Bereich Steiermark zur Verfügung gestellt wird.

Zu Abschnitt II:

Abschnitt II des gegenständlichen Gesetzesentwurfes enthält in den Artikeln IV und V die Bestimmungen hinsichtlich eines Anspuches auf Ruhe(Versorgungs)bezug. Auch diese Bestimmungen gleichen im wesentlichen denen des Bundes, wobei allerdings auf die bisherige Regelung hinsichtlich der Voraussetzungen für den vollen Anspruch auf Ruhebezug Rücksicht zu nehmen war. Enthalten diese Bestimmungen für Abgeordnete wie bisher einige Begünstigungen in der Anrechnungsmodalität gegenüber dem Bund, so muß gleichermaßen darauf hingewiesen werden, daß für die Erfüllung der Voraussetzungen für den vollen Ruhebezug bei Mitgliedern der Landesregierung im wesentlichen dieselben Bestimmungen wie bisher übernommen wurden, die allerdings wesentlich nachteiliger sind als für die obersten Organe des Bundes.

Zusammenfassend darf sohin festgestellt werden:

Ein Mitglied des Steiermärkischen Landtages erhält während der Ausübung seines Mandates

1. den Bezug eines Mandatars des Bundesrates auf der Grundlage des Gehaltes eines Landesbeamten der allgemeinen Verwaltung, Dienstklasse IX, Gehaltsstufe 6, einschließlich der Sonderzahlungen und Teuerungszulagen (§ 3);
2. eine (ablösbare) Jahresfahrkarte für alle Eisenbahn- und Autobuslinien in der Steiermark (§ 12);
3. eine Entfernungszulage, die 10, 15 oder 20 v. H. des Bezuges beträgt (§ 13).

Die Präsidenten des Steiermärkischen Landtages erhalten neben ihren Bezügen als Abgeordnete eine Amtszulage (§ 5), die wie folgt gestaffelt ist:

Präsident	100 v. H.
Zweiter und Dritter Präsident	66 v. H.

ihres Bezuges. Weiters gebührt dem Ersten Präsidenten ein Dienstwagen.

Von den Mitgliedern der Landesregierung erhalten die Landeshauptmannstellvertreter den Bezug eines Staatssekretärs, die übrigen Mitglieder der Landesregierung 90 v. H. des Bezuges eines Staatssekretärs auf der Grundlage des jeweiligen Gehaltes eines Landesbeamten der Allgemeinen Verwaltung, Dienstklasse IX, Gehaltsstufe 6, einschließlich Sonderzahlungen und Teuerungszulagen (§ 4).

Weiters gebührt den Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung für ao. Auslagen eine Vergütung, wie sie einem Mitglied der Bundesregierung zusteht (§ 6). Die Entschädigung für Dienstreisen innerhalb des Bundeslandes Steiermark ist mit 12. v. H. des Bezuges pauschaliert festgesetzt (§ 10 Abs. 2). Desgleichen gebührt ihnen eine Amtswohnung und ein Dienstwagen. Bei Nichtbeistellung der Amtswohnung gebührt eine Entschädigung in der Höhe von 15 v. H. des Bezuges (§ 11 Abs. 2).

Mitglieder des Steiermärkischen Landtages haben eine ruhebezugsfähige Gesamtzeit von mindestens neun Jahren aufzuweisen, um einen Anspruch auf Ruhe(Versorgungs)bezug zu begründen. Für den Fall der Unfähigkeit zur Funktionsausübung gelten im wesentlichen dieselben Bestimmungen wie für den Fall der Dienstunfähigkeit von Landesbeamten. Der Ruhebezug beträgt nach Erfüllen der Anspruchsvoraussetzungen 50 v. H. des Bezuges und erhöht sich für jedes Jahr der ruhebezugsfähigen Gesamtzeit unter Berücksichtigung eines erhöhten Pensionsbeitrages um 4,5 v. H. Der Ruhebezug darf 80 v. H. des Bezuges nicht übersteigen. Der Ruhebezug gebührt frühestens von Vollendung des 55. Lebensjahres an. Die Versorgungsbezüge der Witwen und Waisen richten sich im wesentlichen nach den Bestimmungen des für Landesbeamte geltenden Pensionsgesetzes.

Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung gebührt nach wenigstens acht Jahren der Funktionsdauer ein Ruhebezug, der 50 v. H. des Bezuges beträgt und für jedes weitere Jahr der Funktionsdauer um 6 v. H. des Bezuges sich erhöht. Der Ruhebezug darf ebenfalls 80 v. H. des Bezuges nicht übersteigen.

Hinsichtlich der Zurechnung von Zeiten einer Funktionsausübung bei anderen Gebietskörperschaften gelten sinngemäß die Bestimmungen des Bundes.

Zu Abschnitt III:

Abschnitt III enthält das Inkrafttreten dieses Gesetzes mit 1. Juli 1972 und Übergangsbestimmungen für ehemalige Mitglieder des Steiermärkischen Landtages und der Steiermärkischen Landesregierung sowie deren Hinterbliebene.

Bei Erfüllung der nunmehr neu gesetzlich festzulegenden Normen hinsichtlich der Anspruchsberechtigung ist für die Empfänger von Ruhe(Versorgungs)bezügen die Überleitung in die neuen Bestimmungen vorgesehen und für ehemalige Mitglie-

der des Landtages und der Landesregierung bzw. deren Hinterbliebene, so sie bisher keinen Anspruch auf Ruhe(Versorgungs)bezüge gehabt haben, die Gewährung solcher Bezüge unter den darin festgelegten Bedingungen möglich.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzesentwurf über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Landes (Bezügegesetz) wird genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.

Der Herr Präsident wird ersucht, den Antrag mit Gesetzesentwurf dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß sowie dem Finanzausschuß zur Vorberatung zuzuweisen.

Präsident: Sie haben den Initiativantrag, der die Unterschriften aller Abgeordneten des Hohen Hauses trägt, gehört. Ich weise diesen Antrag auf Grund des § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung zunächst der Landesregierung zu. Nach Erledigung durch die Landesregierung weise ich den Antrag mit der Einl.-Zahl 561 dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß und sodann dem Finanz-Ausschuß zu.

Weiters gebe ich bekannt, daß außerdem nachträglich die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 559, betreffend den Ankauf von Grundstücken in Loipersdorf bei Fürstenfeld,

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 560, betreffend über- und außerplanmäßige Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1972 — 2. Bericht, und die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 53, betreffend das Gesetz, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird, eingebracht wurden.

Ich weise die Einl.-Zahlen 559 und 560 dem Finanz-Ausschuß und die Beilage Nr. 53 dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß zu.

Besteht gegen diese Zuweisungen ein Einwand?
Das ist nicht der Fall.

Da auch bei den eben bekanntgegebenen Zuweisungen eine dringliche Erledigung erforderlich ist, unterbreche ich nunmehr die Sitzung, um der Landesregierung und dem Finanz-Ausschuß und dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß Gelegenheit zu geben, die Geschäftsstücke zu behandeln.

Bei positiver Beschlußfassung durch die beiden Ausschüsse werde ich gemäß § 27 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages vorschlagen, diese als dringlich auf die Tagesordnung zu setzen.

Ich unterbreche zum Zweck des Zusammentritts der Landesregierung und der Ausschüsse die Sitzung ungefähr eine Stunde, in der Hoffnung, daß bis dorthin die Stücke erledigt sein werden.

Abg. Dr. Helmut Heidinger: Zur Geschäftsordnung. Ich bitte abzustimmen, daß von der Auflagefrist Abstand genommen wird.

Präsident: Ich habe noch keine Vorlage hier. Der Landtag tritt wieder um 14.30 Uhr zusammen.

Unterbrechung der Sitzung: 13.30 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 14.30 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen jetzt zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung.

Als erster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Klobasa: Hohes Haus! Beim Landesfremdenverkehrstag hat der zuständige Referent, Herr Landeshauptmann Wegart, berichtet, daß im heurigen Fremdenverkehrsjahr in der Steiermark 8 Millionen Übernachtungen zu verzeichnen waren. Das bedeutet, daß gegenüber den letzten zehn Jahren in der Steiermark eine Zunahme von rund 100 % zu verzeichnen ist. Es hat sich aber eine wesentliche Verschiebung der Übernachtungsziffern zugunsten des Nordens unseres Landes ergeben. Vor zehn Jahren führte bei den Übernachtungen der Kurort Bad Gleichenberg. Er wurde wesentlich überholt von den Fremdenverkehrsorten der Obersteiermark, nämlich von Ramsau, Mitterndorf und anderen. Betrug die Zunahme in Bad Gleichenberg nur 21 % in den letzten zehn Jahren, so konnten wir feststellen, daß Mitterndorf rund 280 % und die Ramsau 240 % zu verzeichnen hatten.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian hat am Parteitag der steirischen SPO die Leitlinien der Steiermark der breiten Öffentlichkeit bekanntgegeben und sie als Diskussionsgrundlage zur Verfügung gestellt. Der Punkt 10 befaßt sich mit dem Fremdenverkehr. Darin heißt es unter anderem: „Ihr Ziel muß die Förderung der bestehenden Fremdenverkehrszentren und die Entwicklung neuer Erholungsgebiete sein.“ Dabei kommt zum Ausdruck, daß die klimatischen und geographischen Gegebenheiten des Landes und der Landschaft für die Erfordernisse der Zukunft zu berücksichtigen sind. Das heißt, daß Landschaftsgebiete, die geeignet sind, den Fremden etwas zu bieten, eine entsprechende Berücksichtigung bei der Erschließung für den Fremdenverkehr finden sollen. Wenn ich diesen Gedankengang auf die Oststeiermark ummünze, so müßte man sagen, daß es höchste Zeit ist, ein Fremdenverkehrskonzept und ein Fremdenverkehrsförderungsgesetz zu schaffen, das auch die Gebiete berücksichtigt, die dazu angetan sind, den Fremden etwas zu bieten und auf der anderen Seite wenig Aussicht haben, sich auf einen intensiveren anderen Wirtschaftszweig umzustellen.

Unsere geographische Lage und die Bodenbeschaffenheit unseres Gebietes gestatten kaum eine stärkere Industrialisierung durchzuführen, gibt aber auf der anderen Seite wieder die Gewißheit und die Voraussetzung, daß hier der Fremdenverkehr noch gefördert werden könnte. Wir haben in der Oststeiermark den neuen Stubenbergsee. Er ist wunderbar. Er kostete 27 Millionen Schilling. Ein zweiter Badensee soll auf der Teichalm errichtet werden. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Dort ist es aber zu kalt!“) Sie haben es in Schielleiten selbst bekanntgegeben. Sie sagten auch noch in diesem

Zusammenhang, daß der Urlaub in erster Linie zur Erhaltung der Tat- und Schaffenskraft für unsere Menschen sein soll. Wo gibt es schönere Gebiete als gerade in unserer Oststeiermark? Gewiß üben Gebiete mit höheren Bergen vielleicht auf manche Leute eine größere Anziehungskraft aus, aber unsere lieblichen Hügel und fruchtbaren Hügelketten üben genau diese Anziehungskraft auf den Fremden aus.

Nennen wir nun den renommierten Kurort Bad Gleichenberg. Eine Tageszeitung schrieb vor einiger Zeit einen Artikel, der zu gewissen Sorgen Anlaß geben müßte, und Sorgen haben die Betriebe in Bad Gleichenberg. Warum? Erstens, ein neuerichtetes Kurheim hat endgültig geschlossen. Es wird nun durch die Berufsschule als Heim benützt. 144 Betten hatte dieses Kurheim zu verzeichnen. Zweitens, ein zweites Heim wird in absehbarer Zeit den Betrieb einstellen. Ca. 140 Betten waren dort zu vergeben. Drittens weisen die meisten Beherbergungsbetriebe ein verhältnismäßig hohes Alter auf. Sie waren früher schöne und gute Häuser. Sie entsprechen heute kaum noch. Es unternehmen wohl die Besitzer alles, um die Gaststätten und Fremdenzimmer zu renovieren und so zu gestalten, daß auch jetzt die Fremden sie noch besuchen. Dazu ist aber Geld notwendig in Form von langfristigen Fremdenverkehrskrediten, wie dies in den Fremdenverkehrsländern Italien, Frankreich und der Schweiz der Fall ist, wo Kredite mit einer Laufzeit von 25 bis zu 30 Jahren gewährt werden.

Kredite mit einer kürzeren Laufzeit werden kaum gefragt und sie können auch die Betriebsinhaber nicht befriedigen. In Schielleiten wurde aber auch noch mitgeteilt, welche Orte Hallenbäder erhalten sollen. Und ich glaube, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben vergessen zu erwähnen, daß auch die Stadt Feldbach konkrete Beschlüsse für den Bau eines Hallenbades gefaßt hat und auch die Planung schon konkrete Formen angenommen hat. Sowohl der Fremdenverkehrsverein als auch die Stadtgemeinde haben die Bitte an Sie gerichtet, doch dieses Vorhaben zu unterstützen, wo, wie Sie sagen, die Zusammenwirkungen zum Bau eines Hallenbades gerade in der Stadt Feldbach alle vorhanden sind. Nämlich wir haben die Pflichtschulen, wir haben polytechnische Schulen, wir haben die Berufsschule, eine Handelsschule, eine Handelsakademie und in nächster Zeit wird eine allgemeinbildende höhere Schule dort eröffnet werden. Ebenso ist dort das Bundesheer stationiert, wir haben Sportvereine, ein Sportverein besitzt eine Schwimmsektion und was steht eigentlich einer Förderung durch das Land zur Errichtung des Hallenbades in Feldbach noch im Wege. Es sind aber auch noch in der Umgebung die Übernachtungsziffern, die Sie mit 100.000 bezifferten, vorhanden, denn, wenn ich Kirchbach selbst, Fehring sowie Riegersburg nehme, bringen wir diese Zahl leicht zusammen. Ich bitte Sie daher, bei einer der nächsten Vorsprachen der Herren vom Fremdenverkehr und der Gemeinde sie doch in ihrem Vorhaben zu unterstützen.

Auf ein Problem möchte ich noch kurz aufmerksam machen. Wie ich heute die „Tagespost“ auf der dritten Seite angesehen habe, mußte ich feststellen, daß nicht immer auf den Fremdenverkehrs-

referenten des Landes gehört wird, denn es ist hier wieder zu sehen, daß im Gebiete der oberen Enns ein neues Apartmentferienhaus im Bau ist. Nun, wir in der Oststeiermark werden kaum Gefahr laufen, solche Häuser zu erhalten, aber dennoch kommen andere Dinge vor, vielleicht haben die Herren der Landwirtschaft mit mir weniger Freude, aber es werden Silos gebaut und riesige Stallungen, die nicht immer gerade die Landschaft des Gebietes verschönern. In einem Fall muß ich sagen, daß sogar ein Riesenstall, der momentan ca. 30.000, in späteren Zeiten bis 70.000 Hühner beherbergen soll, ohne ein Ansuchen an die Gemeinde errichtet und erbaut wird. Ich glaube, hier müßte man doch auch etwas schärfer vorgehen.

Ich möchte noch auf eine Sache aufmerksam machen, und zwar: Es wurde die Brücke in Mariatrost beim Straßenbau erwähnt, wenn man aber vom Wirt Gruber nach Graz, Richtung Mariatrost fährt, dann hat man auf der rechten Seite, ich glaube, sieben bis neun Werbetafeln, die immer noch dort stehen und gerade dort sind drei wunderbare schöne Villen, deren Vorgärten mit wunderbaren Blumenanlagen geschmückt sind. Ich glaube, daß ist nicht gerade fremdenverkehrsfördernd, wenn man auch über die Wahlzeiten hinaus diese Tafeln stehenläßt.

Nun, meine Damen und Herren, ich habe einige Dinge angeschnitten und ich bitte Herrn Landeshauptmannstellvertreter, daß auch Sie dafür Sorge tragen, daß auch die Stadt Feldbach die Unterstützung zum Bau des Hallenbades erhält. (Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Helmut Heidinger: Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Abschnitt 78 Förderung der Industrie, der Unterabschnitt 793 Förderung wirtschaftlich entwicklungsbedürftiger Gebiete und vor allem im außerordentlichen Haushalt die Posten 78/10 bis 30 geben mir Gelegenheit zu einem der erfreulichsten Vorschlagsposten des steirischen Landesbudgets Stellung zu nehmen. Erstmals 1967 wurden — wie Sie sich erinnern werden — im ao. Haushalt Beträge, und zwar 100 Millionen für die Gründung von Arbeitsplätzen und die Schaffung von Betrieben eingesetzt. Wir halten diesmal bei 280 Millionen Schilling, und ich glaube das ist bemerkenswert, bei einem Drittel des gesamten außerordentlichen Haushaltes des Landesbudgets. Und ich darf in diesem Zusammenhang anmerken, daß die gesamten ERP-Beträge für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft, für Rationalisierung, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze 800 Millionen betragen und im Moment eine sehr unangenehme Situation eingetreten ist, weil nämlich die Vergabe von ERP-Krediten gesperrt wurde und ich könnte mir vorstellen, daß man jetzt versucht, auf die Landeskredite auszuweichen und wenn dann die ERP-Kreditsperre aufgehoben wird, ist die Finanzierung dieser Vorhaben durch ERP-Kredit in der Steiermark nicht mehr möglich, weil eine Umschuldung nicht statthaft ist. Wenn also schon eine Sperre unumgäng-

lich ist aus monetären Gründen, dann müßte diese Bestimmung gelockert werden und ich darf bitten, in dieser Richtung auch seitens der Landesregierung vorstellig zu werden. Denn es kann nicht der Sinn sein, daß wir ein Landesbudget mit Kreditmitteln — wie der Herr Landesfinanzreferent ja unterstrichen hat — finanzieren und wieder Kredite geben und auf der anderen Seite dann die ERP-Kredite nicht bekommen und sie in andere Bundesländer gehen.

Und nun darf ich Ihnen kurz sagen, was seit 1967 geleistet wurde auf dem Gebiet der Schaffung von Arbeitsplätzen. Es wurden 8600 neue Arbeitsplätze gefördert, 2500 gefährdete Arbeitsplätze gesichert. Die Ausgabensummen in diesen Budgetpositionen waren 165 Millionen an Beihilfen, vornehmlich zur Aufschließung an Gemeinden und 875 Millionen Schilling an Darlehen. Ich glaube, daß, wenn man diese Zahlen in Relation setzt zur Zahl der Arbeitskräfte in der steirischen Industrie rund 100.000 und die Zunahme in den letzten beiden Jahren 1970 rund 4000 zusätzliche Industriearbeiter, 1971 rund 3000 zusätzliche Arbeitskräfte, man doch sagen kann, daß die Wirtschaftsförderung erfolgreich gewesen ist.

Und hier ist der Punkt, wo ich mich mit der Budgetrede des Landesfinanzreferenten auseinandersetzen möchte. Er hat wörtlich auf Grund einiger Interpretationen von Steuerstatistiken, ich werde später noch ausführlicher darauf zurückkommen, erklärt: „Es ist offenbar so, daß die bisher von der Steiermark getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht dazu geführt haben, das Einkommen der selbstständigen Erwerbstätigen und das Lohn-einkommen der Unselbstständigen in der Steiermark in der Relation zu anderen Bundesländern nachhaltig zu verbessern. Die Zahlen zeigen vielmehr, daß eine Verschlechterung eingetreten ist.“ Ich glaube nicht, daß dies bezogen auf die steirische Wirtschaftsförderung, insbesondere die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Aussage des Fachmannes Landesrat Dr. Klauser ist. Ich glaube schon gar nicht, daß es die Aussage des ehemaligen Bürgermeisters von Deutschlandsberg ist, der sehr wohl weiß, daß durch die Ansiedlungspolitik der Landesregierung eine Region aus einer Krisensituation herausgeführt werden kann, sondern ich glaube, es ist eine parteipolitische Aussage, eine Aussage im Sinne des Leitthemas am letzten SPÖ-Parteitag: Die SPÖ muß die Mehrheit erhalten und dazu muß man die bisherige ÖVP-Mehrheit im Lande angreifen. Nun, worauf stützt der Herr Landesfinanzreferent seinen Schluß, daß die bisherige Wirtschaftsförderung in der Steiermark nicht zielführend gewesen sei. Er zitiert dabei das relative Absinken von Steuereinkünften in der Steiermark gegenüber anderen Bundesländern. Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, einige Überlegungen und Zahlen.

Zunächst zur Einkommensteuer: Die Einkommensteuer ist in ihrem Gesamtaufkommen indexmäßig von 1967, also genau dem Jahr des Beginns unserer Wirtschaftsförderungsmaßnahmen im großen Stil bis 1970, das sind die letzten publizierten Zahlen, im österreichischen Schnitt von 100 auf 106 gestiegen. Aber im Burgenland — und auch von dort wissen wir, daß große Anstrengungen zur Schaf-

fung von Arbeitsplätzen im gewerblich-industriellen Bereich geschehen, von 100 auf 96 Indexpunkte gesunken. Im Bundesland Tirol ist das Aufkommen gleich geblieben, in Oberösterreich und in der Steiermark ist der Index auf 104 gestiegen, Salzburg und Wien hat sich auf 107 verbessern können. Die Ursachen sind sicher mannigfaltige, eines aber ist bei Fachleuten unbestritten, die Tatsache, daß anlaufende Betriebe, selbst wenn sie gut geführt, überlegt geplant sind und auch richtig in ihrer Marktwahl liegen, betriebsmäßige Verluste aufweisen. Einfach durch die Kosten für die Einschulung der Arbeitskräfte, durch die unvermeidlichen Anlaufreaktionen und schließlich durch die Inanspruchnahme von Abschreibungen in den ersten Jahren der Errichtung der neuen Betriebsstätten. Eine Erhöhung des Einkommensteueraufkommens durch Investitionsmaßnahmen wird erst eintreten, wenn die Betriebe einige Jahre tätig sind.

Dann darf ich auf noch etwas aufmerksam machen. Die meisten der geförderten Betriebe — und auch das weiß der Herr Landesfinanzreferent aus seiner Heimatgemeinde — sind Kapitalgesellschaften, und zwar solche, die ihren Sitz nicht einmal in der Steiermark haben und daher ist das Körperschaftsteueraufkommen der Steiermark, die im übrigen ausschließlich Bundesabgabe ist, kein Indikator. Ich darf Ihnen aus der in den jüngsten „Statistischen Nachrichten“ veröffentlichten Zahl über die Aktiengesellschaften folgende bemerkenswerte Relation zitieren. Es gab nun 23 Aktiengesellschaften im Jahr 1970, die ihren Sitz in der Steiermark hatten. Diese hatten ein Kapital von 1,363 Milliarden. Es gab aber 41 Aktiengesellschaften, die ihren Hauptbetrieb in der Steiermark hatten und die hatten ein Aktienkapital von 4,345 Milliarden. Jetzt, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, werden Sie verstehen, warum wir keine Freude haben mit der Fusion der VOEST und es ist uns auch nicht gleichgültig, wo die Verwaltungsschreibstische stehen, sondern wir würden uns sehr freuen haben, wenn bei der Gelegenheit etwas mehr in die Steiermark kommen würde. Vielleicht gelingt es. Lassen wir uns überraschen!

Es ist noch etwas festzustellen, bezüglich der Lohnsteuer. Hier ist die Situation noch anders. Die Lohnsteuer wird bekanntlich dort abgeführt, wo die Lohnverrechnung erfolgt. Das hohe Lohnsteueraufkommen in Wien, das auch überproportional gegenüber der Bevölkerung ist, liegt doch darin, daß alle Bundesbeamten und Bundespensionisten im Zentralbesoldungsamt Wien abgerechnet werden und selbstverständlich wird auch in Wien die Lohnsteuer abgeführt. Es ist erfreulich und in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung feststellbar, daß in den letzten Jahren die Beamtengehälter stark gestiegen sind, wodurch dem Progressionseffekt entsprechend, die Lohnsteuerzahlungen dieser Einkommensempfänger überproportional gestiegen sind. Ich möchte nur ein einziges Beispiel anführen, das sich in den vergangenen Jahren ereignete und wo Sie sehr deutlich sehen, wie sich die Dinge auswirken. Wir hatten früher die Heeresbesoldungsstelle in Graz und nun wird für alle Bundesheerangehörigen auch die Lohnverrechnung in Wien

durchgeführt und damit die Lohnsteuer in Wien abgeführt. Früher wurde sie vom Heeresbesoldungsamt Graz beim Finanzamt Graz abgeführt. Wir kennen diese Vorgangsweise zufällig. Wir wissen aber nicht, wie viele große Betriebe möglicherweise ihre Abrechnung auf die EDV gelegt und damit von ihren Betrieben in die Zentralen nach Wien verlagert haben. Die Verlagerungseffekte bei der Lohnsteuer sind so wesentlich, daß die Zahlen, die ich Ihnen nun über das Lohnsteueraufkommen indexmäßig vorbringe, durchaus verständlich sind. Von 1967 bis 1970 ist das durchschnittliche Lohnsteueraufkommen in Österreich auf 141 Punkte gestiegen. Im Burgenland auf 142, während Kärnten 135, Vorarlberg 132, die Steiermark und Niederösterreich 135 Punkte erreichen konnten.

Zur Umsatzsteuer: Diese wird sehr wesentlich beeinflusst von der Frage, welcher Art die Umsätze sind, ob es sich um steuerpflichtige oder steuerfreie Umsätze etwa in der Stahlindustrie handelt. Hier gibt einen tieferen Einblick die Umsatzsteuerstatistik 1968, die leider erst vor kurzem veröffentlicht wurde und die scheinbar dem Finanzreferenten bei seinen Überlegungen nicht vorlag. Aus den dort veröffentlichten Zahlen kann man errechnen, daß die steuerfreien Umsätze in Österreich 30 % der erfaßten Umsätze von 655 Milliarden betragen. Von besonderer Bedeutung darüber hinaus ist aber, daß in allen Statistiken die Umsatzsteuer netto ausgewiesen wird. Die Beiträge für die Umsatzsteuerrückvergütung für Exporteure sind aus keiner veröffentlichten Statistik ersichtlich. Die Steiermark mit ihrem hohen Exportanteil bei Holz, Papier, aber auch bei Eisen und Maschinen hat hier eine ganz andere Situation als die westlichen Bundesländer, die vornehmlich in indirekter Form des Fremdenverkehrs ihren Export abwickeln. Also meine ich, daß man sich zuerst mit Statistik beschäftigen, sie von allen Seiten betrachten muß, um dann eine vorsichtig formulierte Aussage zu treffen. Einseitig beleuchtete Zahlen scheinen mir dazu zuwenig.

Vielleicht abschließend zu diesem Kapitel darf ich eines festhalten, nämlich die Kraftfahrzeugsteuer. Das Kraftfahrzeug ist heute ein Wohlstandsindex und läßt Rückschlüsse auf die verfügbaren Einkommen zu. Das hat sich 1967 bis 1970 wie folgt entwickelt. Im österreichischen Schnitt Index 123, Wien lediglich 118, Kärnten 124, Oberösterreich 125, Niederösterreich, Steiermark, Tirol aber 126 Punkte des Aufkommens. Wir liegen deutlich spürbar über dem österreichischen Schnitt.

Betrachte ich die Aussage aus der Budgetrede „Der wirtschaftspolitische Weg der Steiermark war nicht zielführend“ oder, um es jetzt schärfer zu formulieren, er war falsch — scheinbar bewiesen durch die unzureichend interpretierten Zahlen —, so scheint mir dies nach der Argumentation von Palmström zu gehen, den Morgenstern sagen läßt „Und also schließt er messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf“, nämlich ein Erfolg der Wirtschaftspolitik der Landesregierung, die mehrheitlich von der Österreichischen Volkspartei gestellt wird.

Eine zweite wirtschaftspolitische Aussage muß ich in diesem Zusammenhang kritisch beleuchten.

Der Herr Landesfinanzreferent sagte zum Problem der Kreditaufnahme und Schulden wörtlich: „Womit wir einsam an der Spitze aller Bundesländer marschieren“ oder, um es in die Worte des Mannes von der Straße zu übersetzen — eine Zeitung hat das getan —, die Steiermark und die steirische Landesregierung an der Spitze der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl sind die größten Schuldenmacher unter den Bundesländern. Hier irrt der Herr Landesrat, denn er hat das sozialistisch verwaltete Bundesland Wien, unsere Bundeshauptstadt, vergessen. Sie marschiert absolut mit 7,5 Milliarden Verbindlichkeiten, auch relativ einsam an der Spitze der Bundesländer und wird diesen ersten Platz behalten. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Da schau her!“) Zum zweiten darf man derartige Vergleiche — und hier ist mein Respekt vor dem Fachmann Dr. Klauser viel zu groß, als daß ich nicht glaubte, daß auch er das genau weiß — nicht als absolute Vergleiche über Schulden und Kredite als Aussage heranziehen.

Schließlich — und ich nehme an, daß dies ein unbeabsichtigtes Versehen war — hat der Herr Finanzreferent beim Bundesland Niederösterreich die Schulden um eine Milliarde reduziert. Ich glaube, der niederösterreichische Finanzreferent wäre überglücklich, wenn die Zahl aus der Budgetrede des steirischen Finanzreferenten stimmen würde.

Ich darf zu diesem Komplex eine Überlegung anstellen. Kreditbelastungsvergleiche sind doch nur in zwei Richtungen sinnvoll und werden in der öffentlichen Wirtschaft auch immer wieder in dieser Richtung angestellt. Der eine Vergleich betrifft die Frage der Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung. Der zweite und aussagekräftigere ist die Verschuldung im Vergleich zum Ausgabenrahmen des Budgets. Auch dazu darf ich dem Hohen Landtag zur Beurteilung der Frage, ob das Schuldenmachen gar so verwerflich war, einige Zahlen nennen. Ich stütze mich hier auf eine unbestechliche Unterlage, nämlich die Zusammenstellung über die Finanzwirtschaft in Österreich bis 1970. 1970 war die Gesamtverschuldung im Bund pro Kopf der Bevölkerung 6654 Schilling, in Wien bei der respektablen Höhe von 4573, fiel dann in Tirol auf 1965, in Niederösterreich auf 1135, Salzburg hat auch noch die Tausendergrenze überschritten, während der österreichische Bundesländerschnitt bei 699 Schilling liegt, und erst dann kommt die Steiermark mit 435 Schilling und das Burgenland mit 327 Schilling folgt. Sie sehen also, wir liegen unter dem Bundesländerdurchschnitt, wir liegen aber ganz gewaltig unter der Bundesverschuldung und der Verschuldung von Wien. Nimmt man aber den Verschuldungsgrad nach dem Budgetrahmen, so liegt wiederum der Bund mit 46,3 % an der Spitze, treulich gefolgt von Wien mit 45,8 % und dann sinken die Zahlen wieder. Tirol und Niederösterreich 35 %, Salzburg 23 %, im österreichischen Bundesländerschnitt ohne Wien liegen sie bei 18 %, in Burgenland bei 11 und in der Steiermark sind es 10 %. Sie liegt also ganz unten in dieser Skala. Ich glaube also, daß unsere Verschuldung durchaus nicht übertrieben ist, schließlich möchte ich zu diesem Fragenkomplex — und ich nehme an, daß die Damen und Herren auf den sozialistischen Bänken dafür besonderes Verständ-

nis haben — die SPO-Leitlinien für die Steiermark nach der „Neuen Zeit“ zitieren. Es heißt hier: Für langfristige Investitionen, deren wirtschaftlicher Erfolg auch den nachfolgenden Generationen nützen soll, kann der Kreditweg beschritten werden. Das ist eine durchaus klassisch konservative Formulierung, die in jedem Lehrbuch der öffentlichen Finanzen zu lesen ist. Und ich schließe mich dieser Auffassung gerne an. Und ich sage Ihnen nun, daß die Schulden, die das Land Steiermark laut Aussage des Herrn Landesfinanzreferenten, Ende 1971 mit 657 Millionen Schilling hatte und wir können das ja auch in den Unterlagen zum Budget lesen, allein Darlehensforderungen des Landes, eben aus der Wirtschaftsförderung von über 600 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Wir haben bisher, zumindest aus den Rechnungsabschlüssen gesehen, und das wird wohl auch 1973 so sein, daß in der Steiermark kein Kreditschilling zur Bedeckung öffentlicher Konsumausgaben ausgegeben wurde, sondern lediglich für Investitionen, die weit in die Zukunft hineinreichen, in Schulen, in Straßen und eben in die Wirtschaftsförderung. Noch vieles ließe sich zu diesem Kapitel sagen, zum Beispiel, daß die Gebarung der Vergangenheit zumindest viel günstiger war, als die Voranschläge.

Ich möchte in einem mich aber durchaus der Meinung des Herrn Landesfinanzreferenten anschließen. Er hat am Schluß seiner Budgetrede vor der Überforderung der öffentlichen Hand gewarnt. Ich möchte diese Formulierung durch ein pikantes Detail aus der Berichterstattung über diese Budgetrede ergänzen. Eine Grazer Tageszeitung überschrieb ihren Bericht vom 28. November 1972 in Doppelbalken auf der Titelseite. Erstens, die Steiermark am meisten verschuldet. Ich mußte und konnte Ihnen darlegen, daß das ein Irrtum ist, und zwar für uns ein durchaus erfreulicher Irrtum. Und zweitens die gleichzeitige SPO-Forderung, Antrag, Land soll die Kindergärtnerinnen bezahlen. Sehr geehrte Damen und Herren, damit kein Irrtum entsteht, ich habe nichts gegen das Kindergartenwesen, ganz im Gegenteil, ich habe selbst Anträge zu diesem Kapitel eingebracht und wir haben Anträge unterstützt, aber man muß sich in diesem Zusammenhang bewußt sein, daß es ein Unterschied ist, ob man Schulden für laufende Ausgaben, für öffentliche Konsumausgaben oder für öffentliche Investitionen macht. In diesem Fall kann eine stärkere Verschuldung eben zum Aufholen von Rückständen und der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur sinnvoll sein. Was wir uns zu diesen Fragen gedacht haben, haben wir im „Modell Steiermark“ formuliert. Erstens weitere dezentralisierte Schwerpunktförderung in zentralen Orten. Ich darf als Beispiele Siemens/Deutschlandsberg, Philips/Lebring, Pegulan in Hartberg anführen. Wir stellen uns weiter vor, daß die Umstrukturierung in alten Industriegebieten weiter vor sich gehen muß und nenne als Beispiele Junior/Köflach, Schrack in Kindberg, Siemens in Fohnsdorf. Und wir stellen uns schließlich vor, daß Industrieparks errichtet werden sollen, der Herr Landeshauptmann hat der Stadt Graz in dieser Richtung ein Angebot gemacht, von dem ich höre, daß es angenommen wurde. Und wir glauben vier-

tens, daß die Forschung, gestützt auf unsere hohen Schulen in Graz und Leoben gefördert werden soll. Diese Überlegungen sind für uns der Grund, warum wir den bezüglichen Kapiteln aber auch ihrer überwiegenden Finanzierung durch Kreditaufnahmen guten Gewissens zustimmen. (Beifall der ÖVP.)

Zweiter Präsident Heschitz: Zum Worte gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident! Hohes Haus, meine Damen und Herren! In den Abschnitten 75, 77 und 78 der Gruppe 7 gibt es die verschiedenen Posten der Wirtschaftsförderung in dem nunmehr zu beschließenden Landesbudget. Ich glaube, man muß dazu zunächst die Frage erheben, ist diese Wirtschaftsförderung notwendig und ist diese Wirtschaftsförderung sinnvoll? Ich brauche Ihnen, meine Damen und Herren, nicht den Beweis zu führen, daß die steirische Wirtschaftsstruktur eine kleinstrukturierte ist, das heißt, daß praktisch 99 Prozent aller steirischen Handelskammerbetriebe Klein- und Mittelbetriebe sind. Ich muß dazu gleich die Frage erheben, weil damit die Sinnhaftigkeit der Förderung zum Ausdruck kommt, ist diese Kleinstrukturiertheit der steirischen Wirtschaft ein Nachteil für die steirische Wirtschaft oder ist diese Kleinstrukturiertheit der steirischen Wirtschaft überhaupt erhaltungswürdig? Ich darf zunächst zur Frage, ob es ein Nachteil sei, vielleicht folgendes sagen. Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung auch unseres Landes und nicht nur unseres Landes, aber vor allem auch unseres Landes in den Jahren 1966 bis 1968, in einer Zeit einer internationalen wirtschaftlichen Depression, hat jedenfalls eindeutig bewiesen, daß die Depression in jenen Volkswirtschaften eine geringere ist, wo die Wirtschaft kleinstrukturiert ist. Es ist auch bei uns eindeutig nachgewiesen, daß die Klein- und Mittelbetriebe überhaupt keine — ich betone überhaupt keine — Arbeitnehmer in dieser Zeit freigestellt haben, während es ausschließlich nur die Großbetriebe waren, die dies zum Teil tun mußten. An sich eine sehr verständliche Sache, weil eben die kleineren Betriebe viel mobiler sind, um ihre Auftragslage zu halten. Ich möchte weiters feststellen, daß diese klein- und mittelbetriebliche Strukturiertheit unserer Wirtschaft den qualitativen Wohlstand für unsere Gesellschaft sichert. Den quantitativen Wohlstand allein könnte uns durchaus auch eine Wirtschaft sichern etwa mit nur Großbetrieben. Die kleinen Betriebe sind es aber, die die Qualität des Wohlstandes, gerade in einer Wohlstandsgesellschaft sicherzustellen vermögen. Ich muß leider darauf hinweisen, daß diese sozialistische Bundesregierung für diese Klein- und Mittelbetriebe sehr, sehr wenig übrig hat und ich werde in einigen Belangen darauf noch zu reden kommen müssen. Nun, wie sieht es mit der Zukunft dieser Klein- und Mittelbetriebe aus? Niemand kann bei wirtschaftlichen Prognosen für die Zukunft Prophet sein. Man kann aber zumindest Vergleiche mit jenen Volkswirtschaften anstellen, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung schon weiter vorangeschritten sind als Österreich, etwa die Vereinigten Staaten von Amerika, die Bundesrepublik oder Ja-

pan. Wobei ähnlich struktuierte Situationen, historisch gewachsen ähnlich, Japan und Deutschland haben wie wir, während es in Amerika so ist, daß man es dort mit einer jungen Volkswirtschaft zu tun hat, daß man aber dort darangeht, ich möchte fast sagen künstlich und mit allen nur erdenklichen staatlichen Mitteln gefördert, die kleinen und mittleren Betriebe zu fördern bzw. neue Klein- und Mittelbetriebe hervorzubringen durch die Small Business-Organisation in Washington, die sehr viele staatliche Kredite, günstige Kredite für solche Klein- und Mittelbetriebe ausgibt. Die Zukunft dieser Klein- und Mittelbetriebe liegt zweifelsohne in der Spezialisierung im gesamten Dienstleistungsbereich, nicht nur im Fremdenverkehr, im Vorlieferantensystem und schließlich in den Kooperationsformen aller Art, die in der Wirtschaft nur erdenklich und möglich sind. Voraussetzung dafür, daß die derzeitige Struktur sich auf die neue Situation umstellen kann, ist der geistig und damit wirtschaftlich mobile Unternehmer. Jede Form der Förderung kann niemals zum Ziel haben eine Versteinierung der vorhandenen Branchenstruktur, sondern kann nur zum Ziel haben, zu fördern den geistig und damit wirtschaftlich mobilen Unternehmer. Es gibt letzten Endes in einer Wirtschaft niemals statische Wirtschaftszweige, sondern höchstens statische Unternehmer. Es gibt nicht Wachstumsbranchen, sondern Wachstumsunternehmungen oder das Gegenteil. Deswegen müssen wir alles dazutun, um diese Förderung auf den Unternehmer auszurichten, auf den geistig und wirtschaftlich mobilen Unternehmer. Es war eine bahnbrechende Leistung nicht nur für die Steiermark, sondern bereits vorbildlich für ganz Österreich, unseres Gewerbereferenten in der Landesregierung, Landesrat Peltzmann, daß er hier ein Konzept entwickelt hat, um diese geistige Mobilität mit verschiedenen Institutionen, die da zu gründen waren und zum Teil noch sind, zu fördern. Ich nenne hier nur mit wenigen Worten Exportring, Umschulungszentrum, Gewerbeunterstützungsverein, Verein für praktische Betriebsberatung, Gesellschaft für Jungunternehmerförderung, Lehrlingsunterstützungsverein. Selbstverständlich laufen daneben alle Aktionen des Wirtschaftsförderungs-institutes, der gesetzlichen Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft, der Handelskammer. Ich möchte von diesen Organisationen nur in erster Linie auf die Gesellschaft für Jungunternehmerförderung eingehen, die vor einigen Wochen ins Leben gerufen wurde und die jungen Unternehmern, die Betriebe gründen oder übernehmen, an die Hand gehen wird in beratender Weise mit Schulungen und schließlich auch mit Kreditstarthilfe, weil diese jungen Unternehmer zu einem wesentlichen Teil auch auslaufende Betriebe übernehmen sollen. Die ÖVP-Abgeordneten haben daher vor Monaten in diesem Hohen Haus einen Antrag eingebracht, in dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, eine Gesetzesvorlage dem Landtag vorzulegen und wie ich höre, wird das sehr bald geschehen, Jungunternehmer-Existenzgründungskredite zu schaffen für Jungunternehmer bis zum 40. Lebensjahr. Bei Betriebsübernahmen maximale Kredithöhe 200.000 Schilling, Kredite zu 3 Prozent und einer Laufzeit von 10 Jahren. In diesem vorliegen-

den Budgetentwurf für das Jahr 1973 sind erstmals 3 Millionen für diesen Zweck unter Post 751,705 vorgesehen.

Auf dem Kreditsektor für die gewerbliche Wirtschaft müssen wir festhalten, daß unbestritten sein dürfte, daß die Baukostensteigerung eine enorme ist und daß gerade in die Zeit dieser Baukostensteigerung die Kreditrestriktionen des Bundes hineinfallen und der Wirtschaft sehr, sehr weh tun. Ich betone, daß es selbstverständlich Restriktionsmaßnahmen der Bundesregierung geben muß. Die Frage ist nur, wo man Prioritäten setzt. Daß Stabilisierungsmaßnahmen gesetzt werden müssen, das hat die ÖVP auf Bundesebene schon vor einem Jahr gefordert und erst vor einem Monat ist die sozialistische Bundesregierung darangegangen, einiges glaublich nachzuholen. Ich betone aus voller Überzeugung, daß es so, wie es geschehen ist, verspätete Stabilisierungsversuche dazu noch zu Lasten einiger weniger sind. Zu Lasten solcher, die parteipolitisch der SPÖ nicht weh tun, weil von den österreichischen Unternehmern 90 Prozent nicht diese sozialistische derzeitige Regierungspartei wählen. Ich betone, daß man Stabilisierungsmaßnahmen zuerst dort setzen sollte, wo unproduktive Ausgaben eingeschränkt werden können. Das ist natürlich bei der derzeitigen SPÖ-Regierungspolitik oder Gefälligkeitspolitik nicht möglich. Mit Stabilisierungsmaßnahmen sollte man sicher nicht dort beginnen, wo die Ausgaben für das weitere Wirtschaftswachstum am produktivsten und besten angelegt sind. Und die Kredite für diese Klein- und Mittelbetriebe sind die, die am produktivsten und besten angelegt sind. Glauben Sie mir, das sind jene Investitionen, die für das weitere Wirtschaftswachstum am besten in die Wirtschaft hineingesteckt sind. Das Wirtschaftswachstum, das wollen wir uns in einer Zeit erhalten, in der wir alles zugegebenermaßen dazutun müssen, um die inflationäre Entwicklung zu bekämpfen. Das Wachstum wollen wir uns erhalten. Aber das können wir uns nur erhalten, wenn man nicht produktive Investitionen in die Wirtschaft einschränkt. Dieses ist geschehen. Unproduktive Investitionen kann und will man nicht einschränken, weil das der Regierungspartei nicht gut täte. Auf Grund der Zwischenrufe, die in den letzten Tagen immer wieder gemacht wurden, darf ich vielleicht die Frage aufwerfen, ob Wirtschaftswachstum überhaupt ein Gegensatz für die Stabilität ist. Ich darf feststellen, daß in den freien westeuropäischen Volkswirtschaften in jenen Jahren, das war die zweite Hälfte der fünfziger Jahre und Anfang der sechziger Jahre, als die Stabilität relativ am besten war, daß in jenen Jahren der relativ besten Stabilität das Wirtschaftswachstum am relativ höchsten war. Das beweist uns, daß diese einfachen Formeln, die zwischen hineingefunkt werden, nicht richtig sein können.

ÖVP-Abgeordnete haben am Beginn dieser Landtagssitzung vor zwei Tagen einen Antrag eingebracht, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, bei der Bundesregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß für die derzeit bestehende Bundesförderungskreditaktion, wie z. B. Bürgeskredite und Zinsenzuschüsse nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz mehr Mittel als bisher

zur Verfügung gestellt werden und daß von Schwerpunkten als Positivkriterien für die Erlangung dieser Förderungskredite abgesehen wird.

Ich darf nur eine Zwischenbemerkung aus persönlicher Sicht mir erlauben. Diese Schwerpunkte sind schon alte, die haben mit der jetzigen Stabilisierungspolitik nichts zu tun und waren immer ein ganz gelungener Ausweg für Handelsminister Staribacher, wenn er zu wenig Geld gehabt hat, dann Schwerpunktbildung. Bei Bürges hat das und das, weiß ich aus genauer beruflicher Kenntnis, zu einer Negativauslese der Positivverledigungen geführt. Also eine völlig verkehrte Handhabung.

Und drittens, daß die bereits ausgesprochene Sperre der ERP-Mittel und Großkredite für unerledigte Ansuchen nicht gelten soll, weil Gewerbetreibende, die im Hinblick auf den gestellten und unter Umständen positiv bearbeiteten ERP-Kreditantrag ihre Investitionen begonnen haben, in eine echte finanzielle Notlage geraten könnten.

Es ist nicht zufällig gewesen oder von ungefähr, daß heute in der Milchbar ein sehr guter steirischer Unternehmer aufgetaucht ist und gebeten hat, den Herrn Landeshauptmann sprechen zu dürfen, weil er sogar in der Region Aichfeld-Murboden einen sehr bedeutsamen Betrieb zusätzlich gekauft und übernommen hat. Er hat um ERP angesucht, hat alle Voraussetzungen erbracht. Das Ansuchen liegt Monate draußen und jetzt kommt die Sperre. Jetzt hat er investiert und was soll er jetzt tun? Jetzt kann er mit seinem bestens geführten anderen Betrieb möglicherweise Pleite gehen, wenn es daraus keinen Ausweg gibt.

Glauben Sie mir, daß das keine billige Polemik gegen die derzeitige Bundesregierung ist, sondern daß meine Überzeugung ist, daß man es so nicht machen kann. Ich betone auch, daß diese Stabilisierungsmaßnahmen, die ich hier erwähnt habe, nichts mit dem Sozialpartner-Stabilisierungsabkommen zu tun haben. Überhaupt nichts, sondern daß der Finanzminister und Handelsminister allein für Bürges zuständig sind und daß die ERP-Kreditaktion in das Ressort des Herrn Bundeskanzlers fällt und, wie bereits bekannt ist, bei der nächsten ERP-Sitzung diesbezüglich mit SPÖ-Mehrheit beschlossen werden wird. Wir wollen hoffen, daß gerade in dieser Frage letzte Entscheidungen vielleicht doch noch nicht gefallen sind. Ich betone noch einmal. Wachstum der Wirtschaft wollen wir weiterhin. Die Inflation muß man jedenfalls mit echten antiinflationären Maßnahmen bekämpfen. Tut man dies nicht, glaubt man diese Entwicklung mit wachstumshemmenden Maßnahmen, sprich in diesem Fall übertriebenen Kreditrestriktionen, bekämpfen zu müssen, dann müssen auch — wieder sage ich das, ohne Prophet zu sein, aber ich würde mir wünschen, wenn ich hier falsch prophezeien würde — stagflationistische Erscheinungen die Folge sein. Eine Stagnation trotz Inflation. Ich betone das aus Überzeugung und nicht aus einer polemischen Absicht heraus. Das wäre ein Ergebnis sozialistischer Gefälligkeitspolitik. Es wäre traurig, wenn es soweit kommen müßte. Dann offenbar, Herr Kollege Pichler, werden auch Sie erkennen, das muß ich Ihnen auf Grund Ihrer mehrfachen diesbezüglichen

Zwischenrufe sagen, daß die Alternative zur Inflation nicht die Arbeitslosigkeit sein muß. Wenn Pichler und Reichert etwa gesagt haben, und ich fasse das fast als Ironie auf, die ÖVP will Arbeitslosigkeit, ich kann nur sagen, das ist eine Gespensterbeschwörung. Wenn man uns aber vorwirft, daß wir Bedenken haben, schwere Bedenken haben, daß 7 Prozent — und es sind schon mehr — Lebenskostenindexsteigerung gegeben sind und bekämpft werden müssen mit echten Maßnahmen, nicht mit solchen, dann müssen wir uns jedenfalls sagen lassen, das sei Preishysterie, wobei heute jeder ernstzunehmende Wirtschaftsfachmann leider schon voraussagen muß, daß die Lebenskostenindexsteigerung 1973 die 10-Prozent-Marke erreichen wird. Gar nicht reden will ich davon, daß das Warenkorb-bündel, das der Errechnung des Lebenskostenindex zugrunde liegt, nicht mehr den Lebensgewohnheiten des heutigen Durchschnittsösterreichers entspricht, das heißt, daß de facto diese Steigerung dann noch höher sein werde.

Abg. Dr. Strenitz hat in der Generalrede von einer Wirtschaft im Aufschwung geredet. Sicher war die Wirtschaft in den vergangenen Jahren im Aufschwung, sie ist im Aufschwung, man kann sagen seit Anfang 1969. Das sei unbestritten. Aber es ist keine Hochmütigkeit oder ähnliches, wenn ich behaupte, daß dieser Wirtschaftsaufschwung zu einem ganz ganz wesentlichen Teil auf höchst unpopuläre wirtschaftspolitische Maßnahmen der vergangenen ÖVP-Bundesregierung zurückzuführen sind. Beginnend mit jenen Wachstumsgesetzen, die, ich würde sagen, klassenkämpferisch verteufelt worden sind, ich könnte Ihnen auswendig diesbezügliche Sätze offizieller Sozialistenfunktionäre hier vortragen, wenn Sie wollen, bis hinüber zu allen Maßnahmen des Koren-Planes, Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, Kreditbürgengemeinschaften in den einzelnen Ländern, Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, Arbeitsmarktförderungsgesetz, dann die höchst unpopulären, aber staatspolitisch notwendigen Steuererhöhungen vor allem des Jahres 1968. Meine Damen und Herren, man braucht kein Künstler zu sein, um zu sagen, diese Dinge wirken sich natürlich nicht in einem Jahr aus. Es hat 1969, sicher auch begünstigt durch eine internationale Konjunktur-entwicklung, begonnen und es hat sich echt erst ausgewirkt in den Jahren 1970 und 1971. Wie anders könnte man sonst erklären, daß im Dezember 1969, als noch eine ÖVP-Mehrheit das Budget für 1970 beschlossen hat, die Oppositionsabgeordneten dem damaligen Finanzminister Koren vorgehalten haben, der präliminiere die Einnahmen viel zu hoch, in Wirklichkeit sei das Defizit viel höher, als Koren dies voraussage in seinem Budgetentwurf und jetzt haben wir natürlich längst den Rechnungsabschluß 1970 und aus dem Rechnungsabschluß sehen wir, daß er also nicht ein parteipolitisches oder wahltaktisches Budget gemacht hat, sondern, daß um etwa 2 Milliarden mehr eingegangen sind, als Koren präliminiert hat, also genau das Gegenteil von dem, was man ihm vorgehalten hat! Außerdem müßte man dazu sagen, daß zu allen diesen unpopulären Maßnahmen die SPÖ seinerzeit dagegengestimmt hat, bitte, soll sie es, aus der Opposition heraus schärfstens dagegen angekannt ist, die Dinge

aber bis heute nicht abgeschafft hat, sondern davon profitiert hat. Als Vertreter der Profitierer dieser zweifellos staatspolitischen Wirtschaftspolitik hat der Generalredner Dr. Strenitz etwa auch gesagt, diese Bundesregierung hat nach der Erstarrung einer vierjährigen konservativen Regierung Maßnahmen gesetzt wie noch keine Bundesregierung. Bitte, erstarrt ist vor 1970 einiges, das weiß ich, aber ich würde meinen, erstarrt ist damals die nackte Gefälligkeitspolitik.

Und Maßnahmen sind seit 1970 sehr viele geschehen, auch sehr viele Maßnahmen, die man meinetwegen, ohne viel herumzureden, als Augenauswischereien dieser Bundesregierung bezeichnen könnte. Oder, wenn Dr. Strenitz sagt, dieses Einkommensteuergesetz sei sozial gerechter, ja, meine Damen und Herren, was ist denn da sozial gerechter, wir reden von den Klein- und Mittelbetrieben, die wir hier fördern in der Gruppe 7, die Abschaffung des Freibetrages für die mittätige Ehegattin, ist das eine sozial gerechtere Lösung gerade für die Tausende kleinen und Mittelbetriebe? Das ist für diese Betriebe nachgewiesenermaßen ein echter Nachteil, zu sagen, man könne jetzt die Gattin anstellen, ist auch finanziell gesehen, abgesehen von allem anderen, überhaupt nicht möglich bzw. trotzdem ein Nachteil. Und daß dieses Einkommensteuergesetz echt familienfeindlich ist, hat schließlich auch der familienpolitische Beirat beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung beschlossen, ohne daß die dort dabeisitzenden Sozialisten ein echtes Gegenargument bringen hätten können. Die derzeitige Kreditrestriktionspolitik, das betone ich noch einmal, der Bundesregierung ist ein Weg des geringeren Widerstandes aus rein parteipolitischer Sicht, weil es eben leichter ist, einige Wirtschaftstreibende, die keine SPO-Wähler sind, in ihrer Mehrheit zu verärgern als Gefälligkeitspolitik der Masse gegenüber in irgendeiner Form einzuschränken, obwohl es nur dort wirksam und echt notwendig wäre. Meine Damen und Herren, wir alle leben von der Produktivität der Wirtschaft. Die Wirtschaft sind wir alle. Wenn in der Wirtschaft irgend etwas schiefliegt, sind die ersten, die da spürbar draufzahlen, die kleinen Einkommensempfänger, nur wird man in der Argumentation das immer so hindrehen, und das sind wir ja geradezu schon gewohnt, daß natürlich niemals die derzeitige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung schuld wäre. Die Folge dieser Kreditrestriktionen auf Bundesebene ist, meine Damen und Herren, daß ein ungeheurer Druck auf die naturgemäß viel kleineren Kreditlandesfonds gegeben ist. Im Fonds für gewerbliche Darlehen geschieht das Möglichste. Ich darf mit Hochachtung vor unserer Landesregierung und ihren zuständigen Referenten, die diesen Betrag, ich möchte sagen, hineingekämpft haben, feststellen, daß der vorliegende Budgetentwurf 10 Millionen Schilling Landeszuschuß für 1973 vorsieht. Ihren Anteil wird selbstverständlich auch die Handelskammer Steiermark dazuzahlen. Trotzdem war es im laufenden Jahr etwa nicht möglich, diese kleinen Anträge, 100.000 Schilling, was ist das schon, überhaupt zu befriedigen. Man mußte kürzen, man mußte zum Teil sogar liegen lassen und kann die Dinge erst nach dem 1. Jänner erledigen.

Meine Damen und Herren, und nun noch einiges zu einem Anliegen, das ich habe für die Fremdenverkehrswirtschaft auf dem Kreditsektor. Notwendig wäre für den Fremdenverkehr eine Kreditaktion für die Küchenbetriebe. Es gibt auch bei uns in der Steiermark schon vor allem kleinere Fremdenverkehrsorte, aber nicht uninteressante Fremdenverkehrsorte, in denen es überhaupt keinen öffentlichen Gast- und Schankgewerbebetrieb mehr gibt, der auch auskocht. Bekanntlich ist der Küchenbetrieb sehr wenig rentabel, macht sehr viel Arbeit, das Personal fehlt und man muß, um diese Grundlage des Fremdenverkehrs, die Küche, zu retten, hier zusätzliche Aktionen starten und ich darf sehr ersuchen, die Landesregierung genauso wie dann die Bundesebene, wo wir diesbezügliche Bemühungen noch starten werden, daß diese Küchenbetriebe mit günstigeren Krediten ausgestattet werden und sie bekommen können. Der Fremdenverkehr ist für unsere wirtschaftliche Entwicklung gerade in den ländlichen Gebieten von grundlegender Bedeutung. (Abg. Pözl: „Herr Präsident, läuten Sie für den Dr. Dorfer? Ich habe gedacht, vielleicht ist es unangenehm, was er sagt!“)

Ich möchte nur mit einem Satz erwähnen, daß der Fremdenverkehr von existentieller Bedeutung für unsere kleine und außenhandelsorientierte Volkswirtschaft ist, weil nur durch diesen Fremdenverkehr unsere Zahlungsbilanz ausgeglichen sein kann. Die Handelsbilanz ist es bekanntlich nie bei uns.

Die Frage, ob ein Fremdenverkehrsgesetz, von uns betrieben, bald beschlossen werden soll oder nicht, bin ich nicht in der Lage eindeutig, meine Damen und Herren, mit ja oder nein zu beantworten. Denn fest steht eines, daß diese Frage genau geprüft werden muß. Ein Fremdenverkehrsgesetz allein bringt noch lange keinen Vorteil für die steirische Fremdenverkehrswirtschaft. Ich würde aber trotzdem den zuständigen Referenten, Landeshauptmannstellvertreter Wegart, bitten, sich der Dinge anzunehmen und die Wirkungen eines steirischen Fremdenverkehrsgesetzes überprüfen zu lassen.

Nicht weiter erwähnen brauche ich, weil es von Wegart immer bestens vertreten wird, die Notwendigkeit, daß wir die Voraussetzungen für unseren Fremdenverkehr erhalten. Die Voraussetzung dafür ist unsere Erholungslandschaft. Und die Apartmenthausseuche, die auch bei uns schon um sich greift, ich würde vorsichtig sagen, müssen wir zumindest auch gesetzlich in den Griff bekommen. Es wäre ein Unsinn zu behaupten, wir müssen jeden Apartmenthausbau abschaffen.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, weil ich annehme, daß ich in dieser Sitzung das letztmal reden kann, darf ich vielleicht, wie es heute schon Landesrat Dr. Krainer getan hat, meiner Verwunderung ein bißchen darüber Ausdruck geben, daß über die Art der Diskussionen und Auseinandersetzungen hier in diesem Hohen Haus offensichtlich mit einem doppelten Maß gemessen wird, wobei ich das weder jemandem nachtrage noch der Meinung bin, daß man die Dinge überbewerten soll.

Wie ich mich überhaupt für meine Person niemals beleidigt gefühlt habe und ich jeden sehr ersuchen würde, mir nachzuweisen, wann ich jemandem gegenüber persönlich geworden wäre oder bin.

Ich möchte aber feststellen, daß ich kein Sozialistenfresser bin und daß ich mit ruhigem Gewissen die Fragen einiger sozialistischer Kollegen in diesem Hohen Haus heute in der Früh, welchen Sozialisten ich heute zum Frühstück gegessen hätte, beantworten kann und zwar, daß es keiner gewesen ist. Ich werde morgen oder übermorgen, falls ich ihn treffe, den Kollegen Zinkanell nicht fragen, welchen Bauernbündler er morgen oder übermorgen zum Frühstück gegessen haben wird. (Abg. Zinkanell: „Wenn, dann nur in Essig und Öl!“) Das überlassen wir, glaube ich, der Zukunft. Außerdem, Zwischenrufe und Hinweise auf das Jahr 1934 finde ich völlig unverständlich! Ich wurde 1935 geboren! Ich glaube, daß es gut ist, daß der Wettersturz vorbei ist, daß das Reizklima vorbei ist. Persönlich bin ich auch nicht für ein föhniges Klima, denn da bekommt man leicht ein bißchen Kopfweh. Da ist mir schon lieber ein frisches obersteirisches Klima, wenn Sie es so haben wollen.

Ich würde aus echter Überzeugung sagen, erlaubt, meine Damen und Herren Sozialisten, darf nicht nur das sein, was den Sozialisten gefällt, wenn ich mir auch darüber im klaren bin, daß es nicht das gleiche ist, wenn zwei das gleiche tun — im öffentlichen Leben und in der Politik. Darüber könnte man Hunderte Beweise in den letzten Jahren der politischen Geschichte unseres Landes führen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abg. Stoiber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Stoiber: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe zur Gruppe 7 Wirtschaftsförderung zu sprechen und kann mir einiges ersparen, nachdem der Kollege Dr. Heidinger ganz ausgezeichnet über die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Land gesprochen hat. Ich möchte nur die Posten für das Wirtschaftsförderungsinstitut, die heuer mit 1,5 Millionen dotiert sind und für die praktische Betriebsberatung mit 3,5 gegenüber 2,3 Millionen im Vorjahr erwähnen.

Im außerordentlichen Haushalt wurden 2 Millionen für das Umschulungszentrum in Leoben dotiert. Ebenso wurde ein beachtlicher Betrag für den Exportring dotiert. Der Exportring ist für die Kleingewerbetreibenden, die versuchen, auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen, eine ganz bedeutende Hilfe.

Das Wirtschaftsförderungsinstitut ist eine Organisation der Handelskammer und hat als solche in diesem Jahr über 900 Betriebsberatungen durchgeführt. Ebenso an die 250 Rationalisierungsaktionen in Bau-, Fremdenverkehrs- und Holzbearbeitungsbetrieben. Es wurden über 1000 Kurse mit 23.000 Besuchern durchgeführt. Es waren dies technische Kurse, Betriebswirtschaftskurse und volkswirtschaftliche Kurse. Ebenso wurden besonders im heurigen Jahr über die Mehrwertsteuer Kurse durchgeführt, bei denen fast 50.000 Betriebsinhaber mit ihren Mitarbeitern dabei waren. Es wurden auch vom Wirtschaftsförderungsinstitut in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt in den letzten zwei Jahren vier Umschulungskurse durchgeführt, bei denen die Söhne aus der Landwirt-

schaft, die in die Industrie überwechseln müssen, zu Drehern, Schweißern, Maschinenschlossern und Werkzeugmachern umgeschult wurden. Und zwar sind das bereits über 70 Leute, die heute als beste Facharbeiter in Wirtschaft und Industrie tätig sind. Bei diesen Umschulungskursen ist geplant, auch solche für Tischler durchzuführen und auch für technische Zeichner.

Das nächste ist der Verein für praktische Betriebsberatung. Er wurde im Vorjahr gegründet und hat bisher bereits über 3200 Betriebsbesuche durchgeführt, bei denen über 18.000 Beratungswünsche, besonders in betriebswirtschaftlicher Hinsicht, geäußert wurden. Es ist ein derart einschlagender Erfolg, daß eine Ausweitung unbedingt notwendig ist. Man denkt daran, drei weitere Leute für den Außendienst und für den Innendienst eine Person aufzunehmen. Alle diese Maßnahmen dienen der Strukturverbesserung der steirischen Wirtschaft und der Existenzsicherung. Dies ist sehr notwendig, wenn wir uns die Zahlen betrachten, wie viele Gewerbetreibende in den letzten Jahren bereits ihre Existenz aufgegeben haben. In der Steiermark sind es in den letzten 15 Jahren über 13 Prozent gewesen. Die Zahl der Gewerbetreibenden ist von 37.000 auf 32.000 zurückgegangen. In ganz Österreich ist der Schwund von 300.000 auf 254.000. Das sind über 15 Prozent. Das ist ganz sicher eine allgemeine Erscheinung und liegt in der Entwicklung der Industrie und Wirtschaft und der Organisation in der Wirtschaft begründet. Von den übriggebliebenen 32.000 Gewerbetreibenden in der Steiermark sind über 80 Prozent Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten oder mit keinem Beschäftigten. Das sind immerhin 25.000 Leute. Mit ihren Familienangehörigen ist das ein Personenkreis von etwa 80.000. Diese werden in letzter Zeit sehr unsicher. Ein Kaufmann wird unsicher, wenn er sieht, daß im Nachbarort sein Kollege zusperrt, weil er vom Umsatz und vom Gewinn, den er erzielt, nicht mehr leben kann, oder wenn sich im nächsten größeren Ort ein anderes größeres Geschäft seßhaft macht, das auch seine Existenz gefährdet.

Ein Handwerksmeister wird unsicher, wenn er nicht mehr in der Lage ist, sich eine neue Maschine zu kaufen oder wenn er den Lohnforderungen nicht mehr nachkommen kann. Das ist eine Entwicklung der Wirtschaft. Aber diese Gewerbetreibenden werden auch verunsichert. Die Kleingewerbetreibenden werden verunsichert durch Äußerungen von führenden sozialistischen Funktionären. Wenn z. B. Vizekanzler Häuser erklärt, es ist nach wie vor der Sinn des Sozialismus, alle Wirtschaftsunternehmen zu verstaatlichen. Oder wenn Otto Probst erklärt, die SPO lehnt die westliche Marktwirtschaft ab. Sie will einen Weg zwischen westlichem und kommunistischem System. Dieser Weg wäre die demokratische Kontrolle der Wirtschaft. Das verunsichert unsere Gewerbetreibenden. (Abg. Gross: „Aus welcher Zeitung stammt das, was Sie da sagen?“) Im Juli 1971 erklärte das der Vizekanzler Häuser beim OGB-Kongreß in Wien. Otto Probst, Zentralsekretär und 3. Präsident des Nationalrates, hat dies erklärt bei einer Bezirksversammlung in Wien-Favoriten, ebenfalls im Juni 1971. Das liegt etwa einhalb Jahre zurück. (Abg. Prensberger: „Aber

Dr. Kreisky hat die Erklärung abgegeben, daß nicht verstaatlicht wird!") Das glaube ich Ihnen. Aber wenn man nun . . . (Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Man kann sagen, daß das Ausrutscher sind. Wenn wir aber nun das sozialistische Wirtschaftsprogramm hernehmen, so liest man bereits in der Einleitung: „Der Mangel an Dynamik ist eine bedauerliche Erscheinung vieler Teile unserer Privatindustrie. Österreich braucht mehr unkonventionell denkende Unternehmer.“ (Abg. Loidl: „Das ist wahr!“) Natürlich. Es ist eine Pauschalverdächtigung der österreichischen Unternehmer. Oder: „Eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung der österreichischen Industrie ist die Stärkung des verstaatlichten Sektors. Zweifellos kann die verstaatlichte Industrie wieder der Motor der industriellen Entwicklung werden. Nur sie kann der Mittelpunkt eines Industrieblocks sein, der auch eigentumsmäßig und in der Führung österreichisch ist.“ Oder: „Die Dringlichkeitsstufen für die staatlichen Investitionspläne: 1. Bund, 2. Länder, 3. größere Gemeinden, 4. Wohnbau, 5. Energiewirtschaft, 6. verstaatlichte Industrie, 7. Konzernunternehmungen der Banken und 8. andere führende Unternehmungen einzelner Branchen.“ — Ich frage Sie, wo bleiben hier die Mittel- und Kleinbetriebe, die sind einfach nicht vorhanden im sozialistischen Wirtschaftsprogramm. Oder über Kreditvergabe: „Für die Kreditvergabe der Zukunft dürfen nur gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein. (Abg. Zinkanell: „Da haben Sie den falschen Abschnitt aufgeschlagen!“) Oder leistungsfähiger Konsumentenschutz (Abg. Zinkanell: „Den Gewerbeabschnitt haben Sie nicht drinnen!“): „Wird zunächst die administrative Preispolitik verbessert.“ Wir sehen es jetzt bereits. Verbraucherrat, man vergißt dabei aber, daß die Wirtschaft selbst ja der größte Konsument ist. Oder hier — „Wegen dieser Zurückgebliebenheit der österreichischen Industrie und der gewerblichen Wirtschaft müssen die protektionistischen Schutzbestimmungen fallen.“ (Abg. Zinkanell: „Steht nicht in eurem Programm!“) Es sind hier eine Menge von Dingen, wenn man die weiß, werden auch die Maßnahmen, die zur Zeit getroffen werden auf diesem Gebiete, irgendwie klar. Das neue Einkommensteuergesetz beispielsweise. Der Abg. Dorfer hat bereits darüber gesprochen, daß gerade das Fallenlassen, das ersatzlose Fallenlassen des Freibetrages der mittätigen Ehegattin gerade die kleinen Gewerbetreibenden trifft, den kleinen Handwerksmeister draußen, den kleinen Kaufmann oder wo der Betrieb so klein ist, daß die Gattin oder der Gatte einer anderen Nebenbeschäftigung nachgeht, diese Leute trifft es am ehesten. Oder soll vielleicht ein Ehepaar, wo beide schon über 50 sind, soll der Mann seine Frau anmelden, damit sie dann Pensionsversicherungsbeiträge zahlt, die sie gar nicht mehr nützen kann, weil sie nicht mehr die Jahre zusammenbringt? Es macht die kleinen Gewerbetreibenden, die wirklich schwerstens arbeiten und damit wesentlich beitragen zum Gedeihen der österreichischen Wirtschaft, auch irgendwie unsicher, wenn sie die ganze Gefälligkeitsdemokratie hören und sehen. Überall ist Nulltarif (Abg. Zinkanell: „Wo ist denn ein Nulltarif?“), wo man hinschaut und das muß natürlich bezahlt

werden. Ja, durch unsere Steuern, Herr Kollege Prensberger. Das muß alles bezahlt werden (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.), ja natürlich von uns allen, auch von Ihnen, nicht nur von uns. Die steigenden Verwaltungskosten des Bundes sind ja schon ein schlagender Beweis dafür. Über 50 Milliarden Schilling werden heuer bereits in der Verwaltung des Bundes ausgegeben. Ein bekanntes Detail dabei sind 11 Prozent Zuschüsse und Gehaltsnebenkosten. Das sind fünfeinhalb Milliarden, das ist um einiges höher als das Wehrbudget in diesem Jahre, nur so am Rande bemerkt. Und besonders verunsichert sind die Gewerbetreibenden und die Unternehmer durch die Preisbeschuldigungen durch Ihre führenden Funktionäre, vom Bundeskanzler über den Finanzminister angefangen bis über die Gewerkschaftsfunktionäre. Und auch Ihr Generalredner hat erklärt, die Unternehmer erhöhen die Preise und sie wurden dazu aufgefordert. Das ist eine Unterstellung und dagegen möchte ich mich hier im Namen der Unternehmer schärfstens verwahren. (Beifall bei der ÖVP.) Der Kollege Loidl hat heute erklärt, 2 bis 3 Prozent Gewinn wären für Bauunternehmen lange Zeit genug gewesen und jetzt sind sie bereits auf 8 bis 10 Prozent oben. So, meine Herren, Herr Kollege Loidl, Sie haben gesagt, jetzt sind bessere Zeiten, jetzt werden wir die Gewinne erhöhen, ja natürlich muß das ein Unternehmer machen, denn ein Unternehmer, der Pleite macht, bekommt keine Arbeitslosenbeiträge. (Abg. Loidl: „Sie sind ein Tischler, aber bei einem Bauarbeiter oder Maurer ist das ganz anders! Der Umsatz ist nicht so schnell! Ich habe von den Bauunternehmungen gesprochen!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sie haben ja keine Vorstellung von 2 bis 3 Prozent!“)

Jetzt darf ich Ihnen noch etwas sagen. Ich darf den Herrn Präsidenten Ileschitz zitieren, der in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ . . . (Zweiter Präsident Ileschitz: „40 bis 50 Prozent Lohnerhöhungen!“), mit 2, 3 Prozent Gewinn kann doch kein Betrieb leben, Herr Kollege, ist doch unmöglich. Darf ich noch zu den Preiserhöhungen etwas sagen? Der Herr Präsident Ileschitz hat in einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ erklärt, daß er in den letzten zwei Jahren für seine Branche 40 bis 45 Prozent Lohnerhöhungen durchgesetzt hat. Und ich muß das für unsere Gegend hier bestätigen und ich möchte auch ausdrücklich dazu sagen, ich freue mich für diese Arbeitnehmer, daß sie das durchsetzen konnten, weil wir hier in dieser Gegend tatsächlich einen Nachholbedarf haben. Ich möchte aber dazu auch bemerken, da können wir stolz auf unsere Unternehmer sein, die in der Lage waren, eine 40- bis 45prozentige Lohnerhöhung mit nur 10 bis 12 Prozent Preiserhöhungen wettzumachen. (Abg. Ritzinger: „Das ist halt ein Unternehmer!“) Ich glaube, dafür gebührt diesen Leuten ein ganz besonderes Lob. Und überhaupt, die Preise, es heißt immer, der Unternehmer setzt einfach die Preise in die Höhe oder er macht da Phantasiepreise. Ich glaube, in den Gewerkschaftsschulen wird ja überall sehr genau Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft gelehrt. Da werden Sie wissen, daß sich ein Preis aus Kosten zusammensetzt. Im wesentlichen sind das drei Arten, und zwar Mate-

rialkosten, Lohnkosten und die sogenannten Gemeinkosten und was darüber ist, ist Gewinn. Wenn nun die Grundmaterialien steigen, so muß auch zwangsläufig der Endpreis steigen. Und wenn die Lohnkosten steigen und man will das abfangen, dann muß man rationalisieren. Und zum Rationalisieren braucht man Geld (Abg. Pözl: „Und Gewinn vorher!“) und Gewinn vorher. Und dieses Geld, wenn man es selbst nicht hat, kommt sehr teuer, wenn man es bei einer Bank ausborgt. Und unter diesen Gemeinkosten sind also die Investitionen und die Steuern und die Zinsen und andere ganz wesentliche Kosten, vor allen Dingen auch die Steuern. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch sagen, jeder Unternehmer, der das nicht berücksichtigt und keinen Gewinn macht, den finden Sie jeden Tag in den Zeitungen in der Rubrik Insolvenzen als Konkurs oder als Ausgleich. Ist Ihnen dies etwa lieber? Denn wenn ein Betrieb in Konkurs oder Ausgleich geht, ist das für die ganze Volkswirtschaft einen Schaden und nicht nur für den einzelnen Unternehmer und für die dort beschäftigten Arbeitnehmer. Wenn nun ein Unternehmer insolvent wird, hat er sein Leben lang zu zahlen und wird bis zu seinem Existenzminimum gepfändet. Ein Angestellter oder ein Manager in einem solchen Betrieb, der Pleite macht — und wir haben so was schon erlebt und es wurde auch schärfstens kritisiert von Ihrer Seite —, der kommt dann mit seiner Abfertigung sogar bei der Konkursmasse unter bevorrechtigte Forderungen hinein und bekommt eine Arbeitslosenversicherung auch noch. (Abg. Pözl: „Und wird Generaldirektor irgendwo.“) Dieses Sicherheitsnetz hat der freie Unternehmer nicht und wenn er da einmal wirklich, was ihm nahezu im frischen Wind der Konkurrenz ja gar nicht möglich ist, 1 oder 2 Prozent mehr Gewinn macht, damit er ein bißerl einen Speck für magere Zeiten hat, das muß man ihm doch wohl zugestehen.

Eine Eigentumsbildung an Produktionsmitteln ist in der heutigen Zeit sowieso nicht mehr möglich und sehr problematisch. Wenn Sie die Bankleute fragen, wird Ihnen jeder bestätigen, daß die Verschuldung der österreichischen Industrie beinahe schon bei 70 Prozent angelangt ist.

Ich möchte nur noch sagen, daß sich über die Unternehmer, die einen Schilling mehr ungebührliche Preiserhöhungen machen, nur der Finanzminister freuen kann, denn drei viertel Schilling kassiert er ja sowieso in Form von Steuern. Außerdem möchte ich noch sagen, daß die Unternehmer bei diesen Preiserhöhungen in guter Gesellschaft sind, in guter Gesellschaft mit der verstaatlichten Industrie, in guter Gesellschaft beim Konsum und vor allen Dingen beim Finanzminister. Wenn Sie so wollen, sind die Steuern der Preis für die Dienstleistungen, die der Staat uns bietet. Diese Steuern wurden bis jetzt noch alle erhöht. Das war schon früher so. Da hat es eine 10prozentige Sondersteuer gegeben. Die hat der jetzige Finanzminister auch nicht mehr aufgelassen. Er hat dann noch durch die Inflationsrate eine zusätzliche Steuereinnahme gehabt. Das können wir alle in den vergangenen Finanzberichten lesen. Ich meine, man sollte damit aufhören, bei den Preiserhöhungen die Schuld nur den Unternehmern zuzuschreiben.

Ich möchte zum Schluß noch sagen, Sie und wir, die Wirtschaft sind wir alle. Lassen wir diese Wirtschaft in Ruhe arbeiten. Sie ermöglicht ja, sämtliche Forderungen, die im Nationalrat für den Bund, die hier in diesem Haus für das Land und in den zahlreichen Gemeinden draußen gestellt werden, erfüllt werden können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abg. Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ein Diskussionsredner hat beim letzten Fremdenverkehrstag diesen Tag als die Heerschau des steirischen Fremdenverkehrs bezeichnet. Wir konnten dort mit Freude erfahren, daß die Nächtigungsziffer in der Steiermark im abgelaufenen Jahr wieder beachtlich gestiegen ist und sowohl für die Sommer- als auch für die Wintersaison den Bundesdurchschnitt überschritten hat. Dazu tragen für die Sommersaison nicht zuletzt die neu geschaffenen Freibäder bei und wir freuen uns, daß auch der Stubenbergsee mit seinen vielen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung schon im ersten Jahr eine so beachtliche Frequenz aufweist. Ich möchte hoffen, daß der Antrag, den die Sozialisten hier eingebracht haben, nämlich die Bettenaktion für das Gebiet um den Stubenbergsee, die entsprechende Unterstützung erfährt.

Waren es die Bäder für die Sommersaison, so sind es in der Wintersaison in erster Linie die Seilbahnen und Lifte, die zur Belebung dieser Saison beitragen. Ich möchte heute von dieser Stelle aus der Steiermärkischen Landesregierung danken, ganz besonders aber dem Landesfinanzreferenten herzlichen Dank dafür sagen, daß er den wirtschaftlichen Problemen des oberen Ennstales so viel Verständnis entgegenbringt. Ich darf anführen, daß mit Hilfe des Landes die Planeiseilbahn den Probetrieb bereits aufgenommen hat und daß wir zu Weihnachten mit dem ordentlichen Betrieb beginnen werden. Ich erwähne ferner die Förderung für die Reiteralmilfe und den Galsterberglift und ich darf erwähnen, daß auch das Projekt Riesneralm in Donnersbachwald die Unterstützung des Landes finden wird. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Bravo Wegart!“) Ich habe der Landesregierung gedankt. Der Herr Landeshauptmann Wegart ist selbstverständlich in den Dank eingeschlossen. Aber er kommt extra. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ich bin zutiefst gerührt!“) Ich darf ferner meiner Freude Ausdruck verleihen, daß erst vor wenigen Tagen der Doppelsessellift auf die Hochwurzten durch die Unterstützung des Landes realisiert werden konnte.

Es waren im Jahr 1972 viele Mittel eingesetzt für den Bäderbau, für den Bau von Hallenbädern und für den Bau von Badeseen. Es wurden insgesamt bis heute rund 11 Millionen vom Land ausgegeben. Es sind auch die Ansätze für 1973 — und, Herr Landeshauptmann Wegart, herzlichen Dank für Ihren Einsatz — erhöht worden. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, Sie haben gestern gesagt, daß in den letzten Jahren ein beachtliches Bäderprogramm aus dem Boden gestampft wurde. Gestatten Sie mir eine Anmerkung.

Manche Gemeinde hat von dem Stampfer nur einen leichten Tritt verspürt oder mit anderen Worten, Sie haben manche Gemeinden etwas stiefväterlich behandelt mit dem Hinweis, daß das keine Fremdenverkehrsgemeinden sind. Ich bin überzeugt, daß in Ihrer Brust auch das Herz des Sportreferenten der Steiermärkischen Landesregierung schlägt und daß Sie für die Volksgesundheit auch für solche Gemeinden, die keine ausgesprochenen Fremdenverkehrsgemeinden sind, entsprechende finanzielle Mittel übrig haben. Wenn nun die Finanzkraft solcher Gemeinden herangezogen wird, so möchte ich feststellen, daß solche meistens Industriegemeinden sind oder, wie die Eisenbahnergemeinde Selzthal, beachtliche Pflichtaufgaben zu erfüllen haben. Ich denke an Schulbauten, Wohnbauten, Kanalbauten, Wasserleitungsvorhaben usw. In der letzten Landtagssitzung wurde St. Gallen erwähnt, daß diese Gemeinde auf eine Million Schilling verzichtet hat. Es ist richtig, Sie haben ein Schreiben bekommen, in dem mitgeteilt wurde, daß im Hinblick auf die finanziellen Schwierigkeiten der Marktgemeinde Sankt Gallen dieses Bädervorhaben zurückgestellt werden soll. Sie haben sich bereit erklärt und das möchte ich mit Freude feststellen, eine Million für das Freibad zur Verfügung zu stellen, allerdings mit einem kleinen Wermutstropfen, auf vier Jahre aufgeteilt.

Herr Landeshauptmann, ich möchte Sie ersuchen, daß Sie die Vergabe der Mittel, also der Subventionen für 1973, gewissenhaft überprüfen und daß auch solche Gemeinden, die sich zu Recht benachteiligt fühlen, eine entsprechende Förderung bekommen. Mit anderen Worten, daß Sie vom Stiefvater zum sorgenden Nährvater werden. Sie heißen zwar nicht Josef, aber auch Franz von Assisi war ein guter Mensch, der sehr viel Gutes getan hat. (Beifall. — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ich freue mich, daß das ein Bibeltext ist!“ — Heiterkeit.)

Ich habe noch ein zweites Anliegen vorzubringen. Sie wissen, daß der Wirtschaftszweig Fremdenverkehr mehr und mehr verschärften Wettbewerbsbedingungen unterliegt und daß die Zeit längst vorbei ist, wo man den Fremdenverkehr oder die Arbeit für den Fremdenverkehr als Nebenberuf in der Freizeit, sozusagen als Hobby, machen konnte. Es ist längst Tatsache, daß die einzelnen Fremdenverkehrsleistungen eines Ortes oder eines Gebietes als Ware oder Produkt anzusehen sind, die in der modernen Wirtschaft mit Mitteln und Methoden des neuzeitlichen Marketings und eines umfangreichen Managements verkauft werden müssen. Es gibt in der Steiermark zahlreiche Orte, in denen Fremdenverkehrsvereine, Reisebüros, Zimmernachweise und Informationsstellen errichtet wurden. Manchmal führen diese Arbeiten auch die Gemeinden durch. Ich möchte hier betonen, daß die dort Beschäftigten mit viel Idealismus ihrer Aufgabe nachkommen und daß sie ihre Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen und nach bestem Können erfüllen. Immer deutlicher wird die Erkenntnis, daß diese Arbeit doch gewisse Grundkenntnisse und fachliche Eignung voraussetzt und daß es daher eine Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeit für alle im Fremdenverkehr haupt- oder nebenberuflich Tä-

tigen geben muß. Der Kurdirektor von Bad Ischl, der als Gast beim steirischen Fremdenverkehrstag in Schielleiten war, hat auf dieses Problem hingewiesen. Da es auch im Fremdenverkehr eines qualifizierten Nachwuchses bedarf, möchte ich die zuständigen Stellen dringend ersuchen, Vorarbeiten dahingehend durchzuführen, daß in der Steiermark eine Fachschule für Fremdenverkehr errichtet wird, wo in Seminaren und Kursen alle, die ehrenamtlich oder hauptamtlich tätig sind, aber auch Kommunalpolitiker die Gelegenheit haben, sich wichtige Kenntnisse für diesen Wirtschaftszweig anzueignen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Götz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Die Wirtschaft ist bereits Gegenstand einiger der letzten Debattenbeiträge gewesen und ich darf mir daher erlauben, vorerst auf einige Ausführungen zurückzukommen, die ich als Generaldebattenredner der freiheitlichen Landtagsfraktion abgegeben habe. Es handelt sich dabei primär um die EWG-Verträge und ich möchte mir ersparen, von vorgestern auf heute zu wiederholen, daß diese EWG-Verträge nicht im Augenblick, sagen wir eine sehr kurzfristige, sondern leider Gottes eine sehr lange Geschichte haben und eine, die nicht immer in der Entwicklung erfreulich ist. Vor allem eine, mit deren Federn sich weder die jetzige Regierung noch die frühere Regierung schmücken könnte über einen Zeitraum von über 10 Jahren hinaus, als die Freiheitlichen als einzige von den Herren der sozialistischen Fraktion und der Österreichischen Volkspartei als EWG-Partisanen bezeichnet wurden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Oje!“) Aber, meine Damen und Herren, na, das Oje, geb' ich Ihnen vollkommen recht, nur haben wir das schon vor zehn Jahren gesagt, Herr Abg. Fuchs, Sie haben halt ein bißchen länger gebraucht, aber das macht ja nichts. Aber eine Feststellung, leider Gottes macht es was. Als es nach der Paraphierung dieser Verträge zu Informationsrunden zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien gekommen ist, haben die Funktionäre der Freiheitlichen Partei in diesem Gespräch zwei Forderungen erhoben. Forderungen, von denen wir meinen, daß sie die Schwierigkeiten, die Anpassungsschwierigkeiten, erheblich zu mindern in der Lage wären. Das war erstens einmal die Forderung nach einer EWG-Eröffnungsbilanz, die auch im Zeitablauf der bisher durchgeführten Schillingeröffnungsbilanz mit rund 15 Jahren, diesmal wären es etwas mehr gewesen, durchaus am Platze gewesen wäre und das zweite, die Forderung, entweder nach einem Bundesfonds, um für die kleinen und mittleren Betriebe im besonderen Maße die Umstellungsfinanzierung durchführen zu können, oder, wenn der Bund selbst nicht in der Lage wäre, dies zu schaffen, zumindest eine Bundesbürgschaft für derartige Kreditaktionen von Kreditanstalten. Leider sind beide Forderungen nicht, eine zur Gänze nicht, wenngleich der Finanzminister Androsch angekündigt hat, daß so etwas zu einem späteren Zeitpunkt denkbar wäre, und das war die Eröffnungsbilanz und das

zweite noch nicht erfüllt. Bedauerlicherweise ist aber auch ein diesbezüglicher Resolutionsantrag der freihheitlichen Abgeordneten hier in diesem Landtag auf keine Gegenliebe gestoßen und ich bedauere das um so mehr, als ich den Ausführungen des Abg. Dorfer in Bereichen, die sich auf den Klein- und Mittelbetrieb beziehen, ebenso wie die des Herrn Abg. Stoisser weitgehend recht geben muß. Ich möchte nur etwas noch hinzufügen. Meine Damen und Herren, ich hoffe — und deswegen sage ich es —, daß hier die offene Sprache, das Aufzeigen dessen, was vor uns steht, nicht gleichgesetzt wird mit dem Wunsch, es möge so werden. Warum ich das sage? Es ist der österreichischen Bauernschaft — und darüber war ja im ersten Teil dieser Budgetgruppe die Rede — auch jahrelang, auch von seiten und besonders seitens Ihrer Berufsvertretung, nicht klar gesagt worden, wie die wirtschaftliche Entwicklung geht und darum lege ich Wert auf jene Worte, die Dr. Dorfer in der Frage, wo liegen die Chancen der Klein- und Mittelbetriebe, Dienstleistungen, Spezialisierung und Kooperation? Aber ich möchte mir erlauben zu ergänzen, nicht weil es mir Spaß macht oder weil ich meine, daß das gut so ist, sondern weil es eine Realität sein wird, daß über 30 Prozent der Klein- und Mittelbetriebe mit der Integration in die europäische Wirtschaft und in die Weltwirtschaft einer absoluten Gefährdung ausgesetzt sind und diese Gefährdung nur dort überwunden werden kann, wo eben die Hilfe, und zwar die besondere Hilfe in der Spezialisierung, in der Umstellung dieser Betriebe, in der Finanzierung des know how erfolgt, eine Finanzierung, die bekanntlicherweise von den Geldinstituten allein nicht durchgeführt wird.

Meine Damen und Herren, Dr. Dorfer hat dann noch etwas gesagt, auch sehr richtig, daß mit dazu und neben allen diesen finanziellen Grundlagen auch und im besonderen Maß die Mobilität des Unternehmers zu rechnen ist. Zweifellos richtig. Ich möchte sogar noch hinzufügen, nicht nur die Mobilität des Unternehmers, ebenso die Mobilität seiner Mitarbeiter. Nur, meine Damen und Herren, eine sehr offene Frage, geht das, was wirklich im Bereich der öffentlichen Körperschaften, geht das, was wirklich von Staats oder Landes wegen geschieht, parallel mit der ständig erhobenen Forderung nach mehr Mobilität? Ist es wirklich so, daß der Unternehmer ebenso wie der Arbeitnehmer in der Mobilität die berufliche Chance sieht, oder sieht er heute nicht viel mehr darunter die existentielle Bedrohung? Und so lang er also den Wechsel des Arbeitsplatzes auf der einen Seite als Arbeitnehmer, oder den Wechsel eines Betriebszweiges, eines Produktionszweiges, einer Erzeugung als Unternehmer als Gefährdung und nicht als Chance für die Zukunft sieht, so lange ist, glaube ich, noch viel, sehr viel, leider, zu tun, um diese geistige Einstellung zu wandeln und wirklich die Chance aufzuzeigen, die da ist, aber die auch genutzt werden muß. Die auch die Bereitschaft voraussetzt, auf allen Seiten, aus eingefahrenen Bahnen und Vorstellungen auszubrechen und die Herausforderung des Wettbewerbs anzunehmen und in diesem Wettbewerb zu bestehen und nicht die Hoffnung zu haben, daß es irgendwo schon welche Behörden

oder staatliche Apparate geben wird, die einen davor beschützen, daß der Wettbewerbswind einem um die Ohren weht. Das, meine Damen und Herren, möchte ich hinzugefügt haben und gestatten Sie mir, daß ich zum zweiten Teil, zum Problem des Fremdenverkehrs, einiges sage.

Es ist sicher erfreulich, wenn wir heute im Vorschlag feststellen können, daß sich im Gegensatz zum Vorjahr allein in der ordentlichen Gebarung die Mittel des Fremdenverkehrs um rund 10 Millionen Schilling, also rund von 80 auf 90 Millionen Schilling erhöht haben, nimmt man noch den Kongreßhausansatz, der zwar nicht in die Gruppe 6 gehört, aber zumindest eigentlich dazuzurechnen wäre und das Kurmittelhaus dazu, dann sind es in der außerordentlichen Gebarung auch noch 10 Millionen, dann sind die 100 Millionen überschritten, wonach der Fremdenverkehrsreferent, wenn ich es so sagen darf, schon etliche Zeit girt. Aber, meine Damen und Herren, man muß auch einiges zu den einzelnen Posten sagen. Ich möchte es zu einem Posten tun. Und ich sage ausdrücklich, jetzt nicht, in diesem Fall nicht als Vorwurf gegenüber dem Referenten, sondern als Hinweis darauf, daß bei der österreichischen Fremdenverkehrswerbung, wo der anteilmäßige Betrag der Steiermark immerhin in diesem Budget 2,5 Millionen Schilling ausmacht, nicht alles ganz so läuft, wie es die Steiermark als Fremdenverkehrsland erwarten kann. Beispielsweise ist es unbestritten, sagen wir das vielleicht zuerst, es ist unbestritten, überall dort, wo der unmittelbare Kontakt etwa Land, Kammer, Stadt, Außenstelle der Fremdenverkehrswerbung hergestellt wird, daß dort natürlich diese Stellen funktionieren. Aber die Frage ist, funktionieren sie dann, wenn nicht der unmittelbare Kontakt da ist? Nun, man hat sich schon abgefunden und das ist passiert, daß also steirische Plakate nach dezenter Entfernung des Wortes Steiermark und Ergänzung desselben oder Ausbesserung desselben durch das Wort Tirol, zur Auslagengestaltung verwendet wurden — auch von der österreichischen Fremdenverkehrswerbung. Aber es ist einigermaßen peinlich, wenn einem ein Katalog in die Hände flattert, der in dieser Art ein komplettes Anbot über den Winterfremdenverkehr in Österreich bringt. Geschehen ist dies durch die österreichische Fremdenverkehrswerbung in Stockholm, die für dieses Anbot verantwortlich zeichnet. Fluginklusive-touren — und zwar sind das zum Teil recht günstige Arrangements über Alpach, Hintertglemm, Kitzbühel, Maria Alm, Reith, Brixlegg, Saalbach, Neustift, Kaprun, Obertauern, Obergurgl, Zell am See, Innsbruck, Lienz, Wagrain, Wien, Söll, Feistenau, Fuschl, Sankt Anton. Nur die Steiermark existiert darin überhaupt nicht. Nun muß ich sagen, wenn man die Bemühungen um die zweite Saison kennt, wenn man die Anstrengungen der Fremdenverkehrsregionen, im Bereich des Ennstales im besonderen der Planei, der gesamten Schladminger Gegend, von Tauplitz, Turrach kennt, dann muß man sich die Frage stellen, ob hier nicht der Beitrag des Landes, der etwas mehr als ein Anerkennungsbeitrag ist, auch rechtfertigt, daß die Steiermark neben den privilegierten traditionellen Fremdenverkehrsländern auch eine entsprechende Berücksichtigung dort findet, wo ganz

konkrete Angebote, ganz konkrete Offerte gestellt werden. Und zwar unabhängig davon, ob nun schwedische Gäste in größerem oder kleinerem Ausmaß auf Grund eines solchen Angebotes die Steiermark besuchen. Es ist nur so, daß jedes derartige Werbemittel den Bekanntheitsgrad der ohnehin bekannten Wintersportzentren verstärkt und unseren Nachholbedarf an diesem Bekanntheitsgrad dann schwächt, wenn die Steiermark keine Aufnahme findet. Ich würde den Referenten ersuchen bzw. auch die Abteilung, dafür zu sorgen, ich weiß nicht, ob das ein Einzelfall ist, aber es ist zufällig einer, den ich vor kurzem in die Hand bekommen habe, daß die Bundesländer im gleichen Ausmaß von der österreichischen Fremdenverkehrswerbung betreut werden.

Ich möchte noch etwas sagen, was die Wirtschaftsüberlegungen zum Fremdenverkehr in der Steiermark betrifft. Ich habe schon anklingen lassen, daß die freiheitlichen Abgeordneten nicht die Auffassung teilen, daß die Jagd nach Nächtigungsziffern zentraler Maßstab der Fremdenverkehrswirtschaft sein sollte. Ich möchte sagen, warum wir glauben, daß das nicht richtig ist. Wenn Sie die Entwicklung in bestimmten Teilen, u. zw. durchaus zentralen Fremdenverkehrsgebieten von Kärnten verfolgt haben, wo das Bestreben besteht, Nächtigungsziffern noch und noch zu heben, also Beherbergungsbetriebe aus dem Boden zu stampfen, so hat dies schon vor Jahren dazu geführt, daß die Verköstigungskapazität erheblich hinter der Beherbergungskapazität zurückgeblieben ist. Als weitere Folge ist der qualitative, sprich auch zahlende Gast oder mehr ausgebende Gast in den Hintergrund getreten und heute der weniger zahlende Gast, der außerdem noch unzufrieden ist, weil er ständig Schwierigkeiten mit der Verköstigung hat, die Norm eines zentralen Fremdenverkehrsgebietes in Kärnten geworden. Es ist berechtigt vorzusorgen, daß nicht in der Steiermark in bestimmten Gebieten eine gleiche Entwicklung Platz greift. Dazu gehören auch die schon wiederholt vorgebrachten, aber immer wieder wiederholten Forderungen, doch im Rahmen eines Fremdenverkehrsgesetzes, eines Fachbeirates jene gezielten Investitionen des Fremdenverkehrs zu tätigen, die wir meinen, daß sie in jenen ausgewiesenen und nach allen Gesichtspunkten hin mit den Vorteilen von Fremdenverkehrsgebieten behafteten Gegenden der Steiermark nötig sind. Ich glaube, daß dieser Fachbeirat sich auch darüber zu unterhalten hätte und auseinanderzusetzen hätte, wo denn solche Einrichtungen des Fremdenverkehrs, die heute schon eine zwingende Notwendigkeit darstellen, die das Angebot eigentlich erst vollständig machen — das geht von den Bädern bis zu den verschiedenen Freizeiteinrichtungen —, wo denn derartige Einrichtungen der Reihe nach gesetzt werden sollten. Ein Beitrag hat zumindest darauf hingewiesen. Natürlich ist heute das Bestreben da, überall Hallenbäder, wo überall möglich Schipisten, Pflegegeräte, Sauna und was noch alles dazu gehört, Kegelbahnen, kurz Freizeiteinrichtungen der verschiedensten Art, zu errichten. Aber ich glaube, daß es doch entscheidend ist, daß wir in den Zentren des österreichischen Fremdenverkehrs, richtiger des steirischen Fremdenverkehrs, diese Einrichtun-

gen komplett schaffen, bevor wir sie in anderen Gegenden zum Teil schaffen. Diese Schwerpunktbildung und die Prüfung, wo denn die Schwerpunkte richtig gesetzt sind, das wäre Aufgabe jenes Beirates, der im Zuge des unmittelbar vor der Tür stehenden Fremdenverkehrsgesetzes zu entscheiden hätte. Ich hoffe, daß bereits die nächste Generaldebatte keine Notwendigkeit bringt, dieses Thema neuerlich zur Sprache zu bringen. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Abg. Aichhofer das Wort.

Abg. Aichhofer: Hohes Haus! Wir haben derzeit in der Steiermark 699 freiwillige Feuerwehren und 58 Betriebsfeuerwehren mit einem Mannschaftsstand von über 32.000. Diese Feuerwehren erfüllen nicht mehr nur den Zweck, Feuer zu löschen. Sie werden jetzt sehr vielseitig eingesetzt. Sei es im Zivilschutz, in der Bergung, in der Wasserwehr und noch vieles mehr. Daher war es wichtig, daß die Steiermärkische Landesregierung beschlossen hat, in Lebring die Landesfeuerweherschule zu bauen. Seit 1969 ist diese wirklich sehr moderne Feuerweherschule in Bau und wir hoffen, daß sie im Jahr 1973 in Betrieb genommen werden kann. Aber trotz des Baues sind die Feuerwehren auf dem breiten Land in dieser Zeit nicht benachteiligt worden. Die Mittel für den Bau wurden zusätzlich aufgebracht.

Verehrte Damen und Herren, aber Geldmittel und die schönste Feuerweherschule würden nichts nützen, wenn nicht die rund 33.000 freiwilligen Helfer ihren Dienst freiwillig für den Nächsten täglich, man kann auch sagen bei Nacht, leisten würden.

Diese Feuerwehrmänner fragen nie, wie soll geholfen werden oder was bekomme ich für meinen Einsatz, denen geht es nur darum, da zu sein für den Nächsten, wenn er in Not gerät. Und daß wir eine gut ausgebildete und ausgerüstete Feuerwehr dringend brauchen, hat auch die Naturkatastrophe 1972 gezeigt. Durch den raschen Einsatz war es möglich, Millionenwerte zu retten, die sonst wahrlich der Mur entlang hinuntergeschwommen wären. Trotzdem war es nicht möglich, die Überschwemmung Hunderter Hektar Felder aufzuhalten, aber es war möglich, die überschwemmten Häuser und Keller so schnell als möglich wieder auszupumpen und wohnbar zu machen. Meine Damen und Herren, dieser Einsatzfreudigkeit und Einsatzbereitschaft gebührt voller Dank. Diesen Dank möchte ich hier im Hohen Haus diesen braven Männern aussprechen. Wir haben auch gehört, daß wir 870 Jugendliche haben, die sich bereitgestellt haben, Dienst für den Nächsten zu tun. Verehrte Damen und Herren, ich möchte dazu sagen, dies in einer Zeit, wo praktisch der Idealismus vom Materialismus langsam verdrängt wird. Verehrte Damen und Herren, wir haben eine gute Jugend, wir müssen sie nur mit Aufgaben betrauen. Die Jugend ist meines Erachtens so gut, wie sie vom Elternhaus entlassen wird.

Verehrte Damen und Herren, nochmals recht herzlichen Dank allen Feuerwehrleuten für den heurigen Einsatz bei dieser großen Katastrophe. (Allgemeiner Beifall.) Ich möchte aber auch dem Herrn Landes-

rat Peltzmann sagen: Herr Landesrat Peltzmann, Ihre Legionen, auf die können Sie stolz sein. Ich danke schön. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gross das Wort. Der nächste Redner ist der Herr Abg. Ritzinger.

Abg. Gross: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe grundsätzlich nicht die Absicht gehabt, mich zu diesem Kapitel zu Wort zu melden, aber ich bin eigentlich durch zwei Wortmeldungen dazu gebracht worden. Das waren die Wortmeldungen des Kollegen Dr. Dorfer und des Kollegen Ing. Stoißer. Ich möchte zuerst einmal zur Feststellung des Kollegen Ing. Stoißer bezüglich einer Aussage des Vizekanzlers Häuser auf dem OGB-Kongreß, bezüglich des Versprechens, eine Verstaatlichung im großen Ausmaße anzustreben, etwas sehr deutlich sagen: Ich habe hier nicht das Original. Ich wage aber zu behaupten, daß es sich um eine nicht richtige Ziterung handelt. Ich beton, sehr vorsichtig. Häuser wurde nämlich am Bundeskongreß des OGB darauf konkret angesprochen, was er damit gemeint habe. Und Häuser hat erklärt, es wäre zu erwägen, ob man nicht prüfen sollte, die Elektrizitätswirtschaft in diesen Verstaatlichungskomplex einzubeziehen. Das war seine einzige konkrete Aussage in diesem Fall, er hat aber gleichzeitig gesagt, wir denken nicht daran, andere Wirtschaftszweige auch in eine solche Verstaatlichung mit hineinzunehmen. Das sage ich deshalb so deutlich, weil man unterschwellig uns Sozialisten versucht zu unterchieben, wir versuchen einfach alles in diesem Lande zu verstaatlichen, so sind die Dinge also nicht zu sehen.

Und nun hat der Kollege Dorfer, der hier von einem Redner in einem Zwischenruf, glaube ich, als Sozialistenfresser bezeichnet worden ist, in einem Zwischenruf festgestellt, er ist ein Feinschmecker; ich müßte darauf sagen, da müßte er dann wirklich immer nur die Sozialisten fressen, wenn er ein Feinschmecker ist. Und ich glaube, meine Damen und Herren, wir sind es diesem Hohen Haus schuldig, daß wir versuchen, hier einige Dinge in aller Ruhe und Sachlichkeit klarzustellen. Es sind im Rahmen der Debatte, das hat schon bei der Generaldiskussion begonnen, Dinge gefallen und Worte, die mir als Gewerkschafter nicht sehr angenehm sind. Es sind hier Worte gesagt worden, wie die größte Teuerungskampagne aller Zeiten, die alles in den Schatten stellt, Lohnforderungen, die einfach die Preissituation anheizen und andere Dinge mehr, Tarifierhöhung der öffentlichen Hand willkürlich vorgenommen, schrankenlos, all das bringt uns auf dieses Niveau. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Es ist aber leider wahr!“)

Nun darf ich dazu vielleicht, Herr Kollege Schaller, folgendes sagen. Wir halten heute bei einer Teuerung im Index von 7,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresindex. Hier ist betont worden, daß wir uns damit bereits in der Spitze befinden. Meine Damen und Herren, das ist für uns keine Beruhigung, wenn ich sage, auch nicht als Gewerkschafter und Sozialisten, aber die Spitze stimmt nicht. Wir befinden uns derzeit noch im Mittelfeld. Schauen

Sie sich Statistiken an, nehmen Sie zum Beispiel die Schweiz, die bereits im Vorjahr, als eines der stabilsten Länder bekannt, bei 7,3 Prozent gehalten hat. Und, meine Damen und Herren, jeder von Ihnen, der diese Dinge sehr ernst nimmt, muß doch zugeben, daß das keine Entwicklung ist, die wir allein in Österreich hier mitmachen. Man soll daher, glaube ich, Wörter wie hausgemachte Inflation vermeiden. Ich glaube nicht, daß das in diesem Ausmaß zutrifft und es gleichzeitig dann mit der Feststellung koppeln, die Regierung hat nichts getan, um diese Preispolitik in den Griff zu bekommen. Lassen Sie mich sachlich nur ein paar Dinge sagen, was diese Regierung sich bemüht hat zu tun. Ich werde versuchen zu sagen, wieweit es gelungen ist, Sie können anderer Meinung sein. Diese Regierung hat zuerst versucht, auf gesetzgeberischem Wege diese Dinge besser in die Hand zu bekommen. Ich darf Sie daran erinnern, daß sowohl die Gewerkschaften als auch die Regierung der Meinung waren, daß die derzeitige Gesetzgebung nicht ausreichend befunden wurde, um jene Leute in der Wirtschaft, die über das Maß dessen hinaus, was vertretbar ist, Preise erhöhen, wirklich ernsthaft zur Rechenschaft ziehen zu können. Wir meinen hier das Preistreibergesetz und wir meinen hier das Preisregelungsgesetz. Beide Gesetze sollten im Parlament novelliert werden. Wie Sie wissen, sind Preisgesetze Verfassungsgesetze und können nur mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. (Abg. Ing. Stoißer: „Aber nicht beim Preisregelungsgesetz!“) Die ÖVP und FPÖ haben gegen die Novellierung dieser Gesetze gestimmt. Nachdem man das getan hat, Herr Kollege Ing. Stoißer, und der Regierung die gesetzliche Möglichkeit hier entzogen hat, ernster einzugreifen, ist man hinausgegangen und hat erklärt, die Regierung macht nichts auf diesem Gebiet. Die Regierung hat dann versucht, durch flankierende Maßnahmen diese Preisauftriebstendenzen abzufangen. Erste Maßnahme: 10⁰/oige Autosondersteuer, Sie wissen, fällt also weg, Auswirkung für den Konsumenten praktisch null. (Abg. Ing. Stoißer: „Die Autos sind billiger geworden!“) Nächste Maßnahme: flankierende Maßnahmen bei Gütern, die wir vor allem aus dem EWG-Raum bekommen haben. Entfall für das Budget: rund 480 Millionen Schilling. Auswirkungen für den Konsumenten praktisch null. Und hier noch eine besondere Delikatesse, wenn Sie wollen. Wir sind im September auf Oktober im Preisindex hinaufgeschwungen auf 7 Prozent. Und gerade diesen Zeitraum September und Oktober hat die Regierung durch Zollerleichterung verstärkt versucht, billiger Obst und Gemüse in dieses Land hereinzubekommen. Und wissen Sie, was vom September auf Oktober die stärkste Preissteigerungsrate ausgemacht hat, die Steigerungsrate bei Gemüse, nämlich 31 Prozent. (Abg. Ing. Stoißer: „Das ist ein Beweis, daß es vom Ausland her doch nicht beeinflußt wird!“) Doch, wesentlich, Herr Ing. Schaller, Sie wissen das genau, daß wir nicht eine Insel der Seligen sein können. Österreich ist ein exportorientiertes Land und wir sind sehr wohl vom westeuropäischen Markt hier abhängig. Diese sozialistische Regierung hat auch das Abkommen mit der EWG, das Interimsabkommen, das ab 30. Oktober wirksam geworden

ist, mit einer 30prozentigen Zollermäßigung erreicht. Zollermäßigung wird oft verwechselt mit Preisermäßigung. Wir haben durchgerechnet, daß bei diesen Waren aus den EWG-Staaten, die unter diese Zollermäßigung fallen, eine Senkung für den Konsumenten zwischen 2 und 4 Prozent eintreten müßte. Wir hoffen sehr, daß das noch kommt. Momentan ergaben Überprüfungen der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes, daß leider auch diese Zollsenkungen an die Konsumenten zum Großteil nicht weitergegeben werden. Man sagt, man hat noch alte Lagerbestände und wartet vielleicht auf die Mehrwertsteuer, wo man sich einiges richten kann. Bei der Mehrwertsteuer wird der Regierung der Vorwurf gemacht, sie hätte zu rasch gehandelt, unüberlegt die Dinge gemacht. Ich kann Ihnen nur empfehlen, das stenographische Protokoll des Nationalrates aus dem Jahr 1968 nachzulesen. Da hat der damalige Finanzminister Koren erklärt, wenn wir in diesem Jahr, das war 1968, in die EWG kommen würden, wäre es bereits für uns zu spät. Jetzt am 1. Jänner 1973 erklärt derselbe Mann, das ist viel zu früh, das ist unüberlegt. An das soll man sich auch erinnern, damit es nicht in Vergessenheit gerät. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist völlig verdreht!“)

Aber, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen auch noch eines sagen. Sie wissen ganz genau, daß in einer florierenden Wirtschaft, in einer Wirtschaft, die sich in einer Hochkonjunktur wie nie zuvor befindet, Preisauftriebstendenzen einfach vorhanden sind. Ich bin so loyal, Ihnen zuzugeben, daß wir allein mit Gesetzen diese Dinge nicht in den Griff bekommen können. Für Sie war es eine Selbstverständlichkeit in der Diskussion heute, daß das alles so ist in Österreich. Aber eines sage ich Ihnen als Gewerkschafter. Wir schlagen uns lieber herum mit 1, 2 oder 3 Prozent Preissteigerungen auf oder ab als mit 5 bis 6 Prozent Arbeitslosen in diesem Land. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist ein billiger Bauernfang. Das ist keine Alternative!“) Kollege Dr. Dorfer, darf ich Ihnen dazu sagen. In derselben Zeit, wo Sie sagen, das ist ein billiger Bauernfang, das war bereits im Vorjahr so, haben die prosperierenden EWG-Länder eine Arbeitslosigkeit gehabt von 2 Millionen. Die Regierung Heath in England, eine konservative Regierung, welche die Restriktionsmaßnahmen durchgeführt hat, hat den teuersten Preis gezahlt mit einer Million Arbeitslosen und die größte Preissteigerungsrate mit 9,1 Prozent. Das ist Ihr Rezept für diese Dinge. (Landesrat Peltzmann: „Jetzt widerlegt er sich selber!“) Herr Landesrat, ich werde sofort einige Zahlen auch noch sagen. (Abg. Stoiber: „Nach Ihrer Rechnung ist die österreichische Gewerkschaft ganz phantastisch gegenüber der britischen Gewerkschaft!“) Danke vielmals. Darf ich Ihnen jetzt einige Zahlen von der OECD sagen. Diese wurde hier so oft zitiert. Ich nehme an, daß sie hier als neutral gelten kann, wenn sie als Beweis angeführt und zitiert wird. Die OECD sagt in ihrem letzten Bericht und prognostiziert für alle westeuropäischen Industriestaaten im letzten Jahresviertel 1972 eine Inflationsrate von durchschnittlich 8 Prozent. Bitte lesen Sie das in diesem Bericht nach. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Es ist traurig, wenn ein Gewerkschafter Beschwichtigungspolitik spielen muß!“) Herr Dr. Dorfer, ich möchte hier keine Wech-

selgespräche machen, aber eines sage ich hier in diesem Haus im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit als Gewerkschaftsfunktionär. Wir werden die Interessen der Arbeitnehmer dieses Landes gegenüber jeder Regierung, auch einer sozialistischen, vertreten. Das können Sie gerne verwerten, wenn Sie wollen. (Beifall bei der SPO. — Landesrat Peltzmann: „Wann ist es soweit?“) Wenn Sie mich fragen, wann es soweit ist, Herr Landesrat, darf ich Sie gleich erinnern. Wir haben bei der Haftpflichtversicherung bei der Vorlage des Finanzministers eine andere Auffassung gehabt als die Regierung. Wir haben in der Steuerreform bis drei Wochen vor dem Abschluß auch eine andere Auffassung als die Regierung gehabt. Wir sind kein Anhängsel der Regierung. Wir haben 2½ Millionen Arbeitnehmer zu vertreten. Aber diese Regierung ist verantwortlich für 7 Millionen Menschen in diesem Land und das sollten wir auch berücksichtigen. (Beifall bei der SPO.)

Wenn Sie immer kommen, wie schlecht es geworden ist in der Zeit der sozialistischen Regierung, dann sage ich Ihnen nüchterne Zahlen, und zwar Zahlen Ihrer Regierungszeit und dann einer Regierungszeit, die von den Sozialisten bestimmt wird. 1967 9,4 Prozent Lohnsteigerung im Durchschnitt, amtliche Zahlen, Statistisches Zentralamt. 4 Prozent Preissteigerung, also 5 Prozent ohne Steuerprogression. 1968 6,7 Prozent Lohnsteigerung im Schnitt und 2,8 Prozent Preissteigerung. Eine Reallohnerhöhung von 3,9 Prozent und diese ist für uns als Gewerkschafter entscheidend. 1969 7,7 Prozent Lohnsteigerung und 3 Prozent Preissteigerung, macht 4,7 Prozent Reallohnerhöhung aus. 1970, und hier darf ich sagen, das ist noch ein Budget, das wir von Ihnen übernommen haben, daß Sie nicht sagen, da habt ihr schon regiert dabei. 1970 also 7,9 Prozent bei den Löhnen und 4,4 Prozent Preissteigerung, eine Reallohnsteigerung von 3,5 Prozent. Jetzt nehmen wir das Jahr 1971, das Budget, das eine sozialistische Regierung zum erstenmal beschlossen hat. Hier haben wir eine Preissteigerungsrate, das geben wir offen zu, im Jahr 1971 von 4,8 Prozent, aber wir haben eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 12 Prozent. Das heißt eine Steigerung des Realeinkommens von 7 Prozent. Das hat es in den letzten 10 Jahren in diesem Land noch nicht gegeben. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Was ist mit den Rentnern und Pensionisten?“) Herr Ing. Schaller, ich werde Ihnen gleich noch etwas dazu sagen. Sie können sagen und was fällt durch die Steuerprogression weg. Die Steuerprogression wird durch die größte Steuerreform, die je in der Zweiten Republik durchgeführt worden ist und die mit 1. Jänner wirksam wird und diesem Staat über 5 Milliarden kostet, eine wesentliche Milderung erfahren. Die OVP-Regierung hat ebenfalls eine Steuerreform durchgeführt im Jahr 1968. Sie erinnern sich daran vielleicht noch alle. Ich darf Ihnen sagen, diese Steuerreform hat eines glanzvoll bewirkt, das können Sie an Zahlen nachlesen, sie hat das Verhältnis der Lohn- zur Einkommensteuer fast umgedreht. Das war eine soziale Steuerpolitik, wie Sie sie vorgesehen haben und das wird die sozialistische Regierung reparieren. Wir haben alle Lasten zu tragen, aber wir werden sie gerechter ver-

teilen, als Sie das getan haben. (Beifall bei der SPO. — Abg. Ing. Stoißer: „Das war jetzt polemisch!“) Jetzt sind wir endgültig in jenem Stadium angelangt, wo jeder sagt, was können wir noch tun, wo man auf Regierungsebene und der Ebene der Sozialpartner sich bemüht, eine gewisse Stabilisierung zu erreichen. Ich bekenne mich als Gewerkschafter wirklich zu diesen Vereinbarungen, die wir getroffen haben. Wenn wir von einer Durststrecke gesprochen haben und das wird uns wiederholt angekreidet, vielleicht wird es morgen die „Wahrheit“ wieder tun, wir stehen trotzdem dazu. Wir glauben, daß wir im Hinblick auf die EWG, auf den großen europäischen Markt, wo wir anpassungsfähig sein wollen, auch ein Jahr auf uns nehmen werden müssen, wo wir keinen Reallohnverlust erleiden, aber nicht mehr in jenem Ausmaß eine Reallohnsteigerung erleben, wie vielleicht im Jahr 1971/72, der sich jetzt in einem Kaufkraftzuwachs von 6 Prozent naturgemäß ausgewirkt hat.

Ich glaube also, meine Damen und Herren, wir sollen in dieser Situation jetzt, es ist wirklich 5 vor 12, alle uns gemeinsam bemühen, hier diese Stabilität zu sichern. Wir Sozialisten als Gewerkschafter sind dazu bereit, die Sozialpartner haben sich dazu bekannt, und wir hoffen, daß wir also durch diese Vereinbarungen die Dinge besser als bis heute in den Griff bekommen.

Meine Damen und Herren, wir haben hier in diesem Haus Österreich, wenn ich so sagen kann, in Zeiten der Opposition oft sehr viel kritisiert. Und es ist das Recht der Opposition, es steht mir gar nicht zu, es zu verurteilen, das ist selbstverständlich das Recht einer staatstragenden Partei überhaupt. Wir haben gleichzeitig oft auch Vorschläge gemacht, wie man die Dinge anders machen kann. Und ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren, wir haben Verständnis, daß man Unruhe in dieses Haus bringt, vielleicht sehr große Unruhe, aber wir werden dann nicht mehr zuschauen, wenn wir den Verdacht nicht los werden, daß es sogar darum geht, dieses Haus ein wenig anzuzünden. Da stehen wir zu sehr auf dem Boden der Republik und für diese Republik Österreich. Das möchte ich Ihnen auch sagen. (Beifall bei der SPO.)

Und ich darf zum Generalredner der OVP, Ing. Hasiba, noch etwas sagen. Er hat zum Beispiel erwähnt: „Na, Sie kritisieren zuviel den ORF, na, diesem ORF haben Sie es ja zu verdanken, daß Sie zwei Wahlen gewonnen haben.“ Ich möchte es abwandeln und sagen: Welch großes Vertrauen besitzen wir Sozialisten in der Bevölkerung, daß wir trotz des ORF zwei Wahlen gewonnen haben. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Dr. Eichinger das Wort. Der nächste vorgemerkte Redner ist der Abg. Brandl.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Gross, wenn Sie als Gewerkschafter vor einigen Jahren so geredet hätten, dann wären Sie heute glaubwürdig, aber so sind Sie vollkommen unglaubwürdig. Da möchte ich zum Vizekanzler Häuser sagen, er hat schon so oft Dinge geredet, die er zurücknehmen mußte, daß wir

immer wieder annehmen, der spricht das, was im Geheimkonzept für die nächste Zukunft drinnen ist. (Abg. Fellingner: „Aber nein!“) Er nennt die Dinge beim Namen und Sie haben heute noch Angst, das zuzugeben. Wir sind aber gewarnt und wir sind auf der Hut. Und wenn heute hier von 7,4 Prozent gesprochen wurde, Herr Gewerkschafter Gross, so eine Preissteigerung hat es noch nie gegeben, so eine Geldentwertung in diesem Ausmaß hat es noch nie gegeben und das ist zurückzuführen auf eine verfehlte Regierungspolitik. Und ich kann auch noch feststellen, wir haben zu flankierenden Maßnahmen Stellung genommen, wir haben Vorschläge unterbreitet, nur haben Sie sie ja nicht angenommen. Der Herr Hannes Androsch war ja zu großmütig, ihr habt es ja nicht notwendig, von der OVP ein Rezept anzunehmen; nur heute, wo es brennt, heute redet man sich aus auf das Ausland, wobei es ja eine Tatsache ist, daß wir vor einer richtigen hausgemachten Inflation stehen. Wir stellen aber auch objektiv fest, daß selbstverständlich Auslandseinflüsse mit eine Rolle spielen. Ich habe oft mit Gewerkschaftern gesprochen und sie gefragt, sagt's einmal ehrlich, was hättet ihr getan, wenn wir jetzt eine OVP-Regierung hätten? Na, ich kann sagen, die haben ganz klar erklärt, dann würden wir in den Betrieben eine Sprache führen, daß der OVP Hören und Sehen vergeht. Und ich glaube, meine Herren Gewerkschafter, Sie haben es wirklich schwer, denn innerlich werden Sie ja ganz anders denken, innerlich werden Sie selbstverständlich kochen, aber Sie dürfen ja nicht, Sie dürfen ganz einfach nicht, weil Sie heute die Befehle von oben haben und weil Sie die ganz einfach berücksichtigen müssen. Schauen Sie, das sagen Kollegen, wenn man mit ihnen spricht und da sagen sie auch die Wahrheit. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Und noch eines möchte ich sagen, Herr Kollege Gross, Sie reden vom Jahr 1970 und 1971. Schauen Sie, Sie haben Glück gehabt, Sie haben von unserer Regierung etwas übernommen (Abg. Gross: „Schulden!“), wo Sie sagen können, das war in Ordnung. Wir haben Ihnen einen Staat übergeben, da war bereits die Vollbeschäftigung, da ist es bereits aufwärts gegangen, meine Herren, das sind auch Tatsachen. Und sind Sie froh, daß Sie kein Rezessionsjahr 1967 zu meistern haben, denn das hätten Sie nie zustande gebracht, wie wir es gemeistert haben. Das wage ich hier ganz klar und eindeutig zu sagen. Und wenn dann hier die Rede vom Herrn Gewerkschafter Gross kommt, ja, wir wollen keine 5 bis 6 Prozent Arbeitslosen haben, Herr Kollege Gross, da kann ich Ihnen eines sagen. Wir haben eine Regierungspolitik geführt, die sich so ausgewirkt hat, daß wir in Österreich keine Arbeitslosen hatten. (Abg. Hammerl: „Warum sind Sie dann abgewählt worden?“) Und was haben Sie hier gesagt, 150.000, 200.000 Arbeitslose wird es in Österreich geben. (Abg. Gross: „Wer hat das gesagt?“) Sie, von Ihrer Seite ist das gekommen, 150 bis 200.000. (Zwischenruf von der SPO: „Bei Ihnen hat es die Gesundheitskrumpfung gegeben!“) Sie müssen zuhören, es ist auch nicht zum Gesundheitskrumpfen gekommen, wir haben auch nichts zugesperrt, sondern wir haben gezeigt, daß wir diesen Staat übergeben haben in einem blühenden Zustand, meine Herren. Das muß

einmal klar gesagt werden. (Beifall bei der ÖVP.) Und noch etwas, meine Herren. Schauen Sie, Herr Dr. Kreisky hat doch erklärt, jetzt kommt die Zeit, wo es in Österreich keine Armen mehr geben wird. Wenn Sie heute hinaussehen, dann werden Sie bemerken, die Armen sind in Wahrheit ärmer geworden. Leider Gottes! Und wenn Sie, meine Damen und Herren, schauen, wie es heute dem Sparer geht, so wird ganz offen gesprochen: Was man heute betreibt, das ist Betrug am österreichischen Sparer. (Abg. Preamsberger: „Aber, aber! Das hat die CDU auch gesagt!“) Das hat es noch nie gegeben und wir hätten uns in der ÖVP-Zeit wahrlich geschämt, so eine Wirtschaft zu führen, die die Sparer am meisten schädigt. Soweit zu Herrn Kollegen Gross, zu seinen Ausführungen, die so polemisch waren, daß es notwendig war, ihm diese Dinge zu sagen. Aber, Herr Kollege Gross, ich habe Verständnis für Sie, Sie müssen ja heute so reden, Sie dürfen ja gar nicht anders, das ist mir ja vollkommen klar. Und so geht es natürlich anderen auch. Und wenn wir noch zum ORF kommen, Herr Kollege Gross, na, warum sind Sie heute gegen den ORF? (Abg. Zinkannell: „Weil wir die Wahl gewonnen haben!“ — Weitere Zwischenrufe.) Weil Ihr Sonnenkönig nicht mehr so glanzvoll dasteht, weil man merkt, daß es hier schon sehr dunkle Flecken drinnen gibt, daß seine Glanzzeit bereits vorüber ist, daß die österreichische Bevölkerung daraufgekommen ist, der Mann hat viel versprochen, aber sehr, sehr wenig gehalten. (Zwischenrufe von der SPÖ: „Ja, ja!“)

Und nun zu dem Thema, das ich eigentlich besprechen wollte. Herr Kollege Gross hat ja so provozierend geredet, daß es notwendig war, das einmal klarzustellen. Ich weiß es selbstverständlich. Meine Damen und Herren, wenn Sie in der letzten Zeit die Rechenschaftsberichte der größeren Firmen gelesen haben, dann werden Sie überall herausgehört haben, die Rohstahlproduktion nimmt zu, leider Gottes sinken aber die Erträge, wird die internationale Konkurrenz immer stärker. Und das ist heute mit ein Grund, daß es in der Obersteiermark zu einer außerordentlichen Unruhe gekommen ist. (Abg. Pichler: „Wo?“) Generaldirektor Steinbauer, ich werde es Ihnen gleich sagen, Herr Kollege, ich komme noch dazu, hat erklärt, wir verkaufen heuer unter Vorjahrspreisen. Von der Alpine kann man lesen, der Umsatz wurde zwar größer, aber der Ertrag wurde kleiner. Das ist ein Grund der Unruhe. Der zweite Grund, das ist die große Angst vor der Fusion. Nun möchte ich gleich sagen, wir bejahen sie. Wir haben dazu auch in der Regierung Stellung genommen, wir haben dazu draußen Stellung genommen und haben erklärt, sie öffnet uns Chancen für die Zukunft. Nur eines darf nicht passieren, daß die Steiermark benachteiligt wird. Wenn man hineinhört in die arbeitende Bevölkerung der Obersteiermark, dann spürt man, daß die Leute Angst haben. Sie fühlen, daß bei diesem Abkommen die Steiermark zu kurz kommt. Ich darf an meinen Ort Kindberg erinnern. Auch hier herrscht im Betrieb ein außerordentliches Unbehagen. Man befürchtet Härte, man verlangt Ersatzbetriebe. Das, was ich gesagt habe, das war in einem SPÖ-Dringlichkeitsantrag, der in der Gemeinde Kindberg eingebracht wurde. Man spürt, daß die Politik, so wie

sie jetzt durchgeführt wird, durchaus nicht zum Segen für die Obersteiermark und zum Segen für die Alpine ist. Das ist die Antwort dazu. Kollege Ileschitz, befragt in einem Interview, hat erklärt, das, was sich heute abspielt mit den großen Erfolgen der Kommunisten, das ist ein Alarmzeichen. Herr Präsident, ich unterstütze das. Sie haben das richtige Gefühl zum Ausdruck gebracht. Die Bevölkerung fürchtet dort, daß sie bei dieser Fusion ins Hintertreffen kommt. Warum ist es so weit gekommen? Ich darf Ihnen sagen, eine Schuld liegt darin, daß der Böhlerbetrieb ein Konzept herausgegeben hat, in dem drinnenstand, daß man, wenn man rationell denkt, den großen Hochofen in Linz erbauen soll. Mit anderen Worten, Alpinegewerkschafter haben erklärt, das ist ein Dolchstoß gegen die Alpine. Das wäre furchtbar für Donawitz. Es wäre auch furchtbar für Kindberg, wenn dieser Plan zur Durchführung kommen würde. Da beginnt die Unruhe und Angst. (Abg. Preamsberger: „Darf ich Sie an ein Gutachten erinnern?“)

Wenn ich Sie noch erinnere an den steirischen Erzberg. Kollege Schön hat darüber gesprochen, daß die jungen Menschen auswandern, weil sie kein gutes Gefühl mehr haben. (Abg. Preamsberger: „Der redet was zusammen!“) Zur Zeit der ÖVP-Regierung hat es diese Unruhe in der verstaatlichten Industrie nicht gegeben. Damals haben wir Sorge getragen, daß der Abbau am Erzberg weitergeht. Heute bangt man wieder, weil man weiß, daß der Mann, der in Linz dirimiert, für uns und unseren Erzberg zu einer Gefahr werden kann. Das ist eine Tatsache. (Abg. Gratsch: „Herr Kollege, warum haben Sie die Wahl verloren?“) Herr Kollege Gratsch, Sie sind natürlich nervös. Ich verstehe es ja, weil Sie die Betriebsratswahlergebnisse zur Kenntnis nehmen müssen. Oder wenn Sie zur Kenntnis nehmen müssen, daß der ORF objektiv berichtet und damit Ihre Fehler aufzeigt. Nun möchte ich Ihnen einen Rat geben. Es gibt so oft Betriebsversammlungen, die vor den Wahlen stattfinden. Was machen Ihre Vertreter dort? Zwei bis drei Stunden lang spricht man bei diesen Versammlungen gegen den Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund, gegen die Christlichen Gewerkschafter. (Abg. Sponer: „Waren Sie schon bei einer dabei?“) In den Betrieben gibt es auch Christliche Gewerkschafter, die genauso ihre Beiträge bezahlen und da müßte man annehmen, daß in solchen Zeiten auch dem ÖAAB ein Lebensraum gegeben wird. (Beifall bei der ÖVP.) Um diesen bißchen Lebensraum bitten wir Sie. Unsere Leute haben Angst. (Abg. Gratsch: „Die haben Angst, daß sie diese Wahl auch nicht gewinnen!“) Aus Erfahrung kann ich sagen, es ist nicht leicht für sie. Ich habe sie nicht und ich sage es jederzeit. Es ist wahrlich nicht leicht, sich in einem solchen Betrieb zu uns zu bekennen. Da muß man manches mitmachen. Es gibt so viele Dinge, wie man Leute fertigmachen kann im stillen, aber mit Auswirkungen, die furchtbar sind, meine Herrschaften. Vielleicht wäre es besser, man würde den ÖAAB nicht so bekämpfen und würde dorthin schauen, von wo die echte Gefahr kommt, das ist von der kommunistischen Seite. Die ist zu befürchten. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Preamsberger: „Man müßte Sie bei uns als Lehrer einsetzen!“)

Wenn Sie eine offene Diskussion durchführen würden in den Betrieben, wenn Sie keine Geheimniskrämerei betreiben und die sogenannte Transparenz üben würden, dann wäre es für so manchen Betriebsangehörigen leichter, die Zusammenhänge zu verstehen. Darf ich Ihnen ein Beispiel bringen, das in der „Neuen Zeit“ zu lesen war? Da stand „Alpine-VOEST-Konflikt“. Worum ist es da gegangen? Alle Betriebsräte, die vom ÖAAB und auch die Sozialisten, haben sich bitter beklagt und haben schwerstens dagegen protestiert, daß man in Linz bereits Organisationspläne ausarbeitete, die keine Arbeitsplatzsicherung für diese Leute boten.

Dann darf ich noch auf einen weiteren Artikel hinweisen. Es war bei einer Jubilarehrung, ich glaube in Donawitz oder Eisenerz, da hat Generaldirektor Sernetz . . . (Landesrat Gruber: „Er kennt ja niemand, aber reden tut er!“) Herr Kollege Gruber, da können Sie unbesorgt sein. Ich kenne die alle. Daß man sie kennt, ist selbstverständlich. Ich kenne Generaldirektor Steinbauer und alle diese Herren. Man interessiert sich letzten Endes. Wir dürfen nicht alles ihnen überlassen. Da liegt es nicht immer in den besten Händen. (Landesrat Gruber: „Das ist Ihr großer Irrtum!“) Dieser Herr Generaldirektor Sernetz hat erklärt: „Ich bitte euch, helft mir in diesen schweren Wochen und glaubt an das, was ich durchführe.“ Meine Damen und Herren, das ist in der „Neuen Zeit“ zu lesen. Wenn der Generaldirektor das sagt (Landesrat Gruber: „Dann müssen Sie es glauben, das ist klar!“), dann weiß er, daß es für ihn nicht einfach sein wird.

Einige Zeit später liest man vom Arbeiterbetriebsratsobmann in Donawitz, der gesagt hat: „Wir wollen keine Worte haben, sondern wir wollen richtig einmal erfahren, was los ist.“ Das sagt Ihr Mann. Deshalb habe ich eine Bitte an Sie von der sozialistischen Seite. Helfen Sie in verstärktem Ausmaß mit, daß es zu einer Lösung kommt, bei der die Interessen der Alpine nicht zu kurz kommen. Das ist eine Bitte von mir, aber im stillen ein Auftrag aller Arbeitnehmer, die in der Alpine beschäftigt sind. Deshalb der Wunsch, den ich ausspreche. (Landesrat Gruber: „Ich kann mich nicht erinnern, daß euch so viele gewählt haben, daß sie euch einen Auftrag gegeben haben!“) Herr Landesrat Gruber, nicht dirigieren lassen von Wien, sondern eigene steirische Politik. Herr Landesrat Gruber, nicht umfallen in Wien, sondern geradestehen. Nicht eine doppelte Sprache ausführen, sondern eine klare steirische Sprache. Herr Landesrat Gruber, diese steirische Sprache müßte heißen . . . (Landesrat Gruber: „Da brauche ich Ihre Demagogie, um irgendwo zu stehen, da werde ich noch was von Ihnen lernen! Sie haben ja von den Betrieben keine Ahnung!“) Herr Landesrat! Herr Landesrat! Wenn ich an das Böhlerkonzept denke, wo Sie Mitwisser waren, da möchte ich Ihnen sagen, schweigen Sie bei dieser Alpinefrage. Schweigen Sie! Es ist viel besser für Sie! Jawohl, das möchte ich sagen. (Landesrat Gruber: „Sie sind ja in der Schule ein guter Lehrer, aber von den Betrieben verstehen Sie nichts, da kommen halt Ihre Belehrungen nicht an!“)

Nachdem ich an Sie appelliert habe, endlich steirische Interessen wahrzunehmen und richtig zu ver-

treten, damit es bei den Betriebsratswahlen zu anderen Ergebnissen kommt, bitte ich Sie noch darum, für einen Betrieb einzutreten. Es ist der Betrieb Schoeller-Bleckmann. Bei Schoeller-Bleckmann in Hönigsberg-Mürzzuschlag sind . . . (Landesrat Gruber: „Habt ihr schon ein Mandat erhalten bei den Betriebsratswahlen?“) Ja, wir haben ein Mandat bekommen, obwohl man uns bekämpft hat bis aufs letzte. Aber diese Leute sind dagestanden und haben bewiesen, daß sie trotzdem ihren Mann stehen. (Landesrat Gruber: „Toll, ein durchschlagender Erfolg!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Und nun bitte ich zum Schluß, Herr Landesrat Gruber, für Schoeller-Bleckmann in Mürzzuschlag einzutreten, schon deshalb, weil wir erreichen möchten, daß es in Mürzzuschlag zur selben Beruhigung kommt wie in Krieglach. (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist Professor Eichingers Märchenstunde!“) Denn in Krieglach ist in der Zeit, wo die ÖVP allein die Verantwortung getragen hat, selbst gegen große Widerstände, das Streckreduzierwalzwerk errichtet worden. (Landesrat Gruber: „Großartig!“) Und dieses Streckreduzierwalzwerk garantiert die Arbeitsplätze. Es war immerhin eine Investition von 140 bis 150 Millionen. Herr Landesrat, tun Sie das nur nicht heruntersetzen, das haben Sie nicht notwendig! (Landesrat Gruber: „Ich habe gedacht, Sie kommen zum Schluß!“) Und zum anderen, ich möchte Ihnen nur eines sagen, wir haben uns (Landesrat Gruber: „Hat die ÖVP das durchgesetzt? Antworten Sie mir!“), ja, eine Antwort, aber natürlich (Landesrat Gruber: „Hat die ÖVP diese Investition beschlossen? Ich frage Sie, geben Sie mir eine Antwort!“). Na hören Sie mich doch an, Sie reden ja immer weiter, ich werd's Ihnen gleich sagen, ja lassen Sie mich doch reden (Landesrat Gruber: „Wer hat sie beschlossen, diese Investition?“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „So lassen Sie ihn doch ausreden!“), noch immer nicht, noch immer nicht (Landesrat Gruber: „Sie sind so ein guter Lehrer, ruinieren Sie nicht Ihren Ruf!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Leer, Lehrer, Oberlehrer!“), ja, ich möchte eine Antwort geben, Herr Landesrat. Auch damals hat es Bestrebungen gegeben, dieses Reduzierwalzwerk woanders zu errichten, aber da haben wir uns durchgesetzt und es wurde in Krieglach gebaut. (Landesrat Gruber: „Schon während der ÖVP-Alleinregierung ist beschlossen worden, daß man nicht ausweicht in die Finalindustrie bei der Alpine!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Von wem?“) Das ist wieder was anders, da kann ich auch etwas sagen dazu, natürlich, aber Herr Landesrat, auch dazu ein Wort. (Landesrat Gruber: „Wollen Sie es schriftlich haben?“) Ich glaube, jetzt wird es ruhiger. (Glockenzeichen: „Ich bitte, den Redner weiterreden zu lassen!“) Und jetzt wirklich abschließend, möchte ich sagen, es wurde gesprochen. (Abg. Dr. Strenitz: „Zum dritten Mal machen Sie jetzt Schluß!“) Ja, ich wurde ja gefragt, Herr Doktor, und dann wurde ich noch etwas gefragt. Ja was hat die Steiermärkische Landesregierung mit der Industrieförderung getan? Auch hier eine Antwort. Man hat z. B. in der Obersteiermark geholfen, daß die Firma Schrack in dieses Gebiet kommt und es werden etwa 350 bis 400 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist ein Zeichen, daß die ÖVP-Landes-

politik vorausschauend ist, eben (Landesrat Bamer: „Hallo! Die Firma hat die Gemeinde gebracht, der Bürgermeister von Kindberg hat das gemacht, die haben allein verhandelt in Wien!“), selbstverständlich auch die Gemeinde Kindberg. Und ich darf dazu sagen, in dieser Gemeinde Kindberg, in der wir ein Verhältnis von 12 zu 13 haben, vertreten wir gemeinsam die Meinung, wir müssen diese Fabriksgründung, hochgeschätzter Herr Landesrat, fördern. Wir waren nicht hinten nach, sondern wenn Sie diesen Bericht von Schrack lesen, dann werden Sie auf Seite 2 oder 3 lesen können, daß über Intervention und Vorsprache von Herrn Landesrat Peltzmann zum erstenmal auf diesen Betrieb die Sprache gekommen ist. Dies zur Klarstellung, geschätzter Herr Landesrat.

Nun wirklich zum Abschluß. (Gelächter von der SPO. — Abg. Dr. Strenitz: „Zum viertenmal!“) Ja, ich werde ja dauernd unterbrochen und gefragt, nicht wahr. Diese Unkenrufe, die hier über die Landespolitik gesprochen wurden, entsprechen nicht den Tatsachen und die Politik, die wir nach unserem Modell Steiermark führen, wird zum Nutzen dieses Landes sein. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Strenitz: „Wie gut Sie waren, geht daraus hervor, daß während Ihrer Rede Ihre ganze Regierungsfraktion draußen war!“) Ich habe ja für euch gesprochen.

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Brandl das Wort. Der nächste ist der Abgeordnete Ritzinger.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist unbestritten, daß der Fremdenverkehr in Österreich, aber auch genauso in unserem Bundesland Steiermark einen Volkswirtschaftszweig ersten Ranges darstellt. Es ist ebenso unbestritten, daß dieser Volkswirtschaftszweig, wenn die Prognosen stimmen, auch sehr große Entwicklungsmöglichkeiten hat. Der Fremdenverkehr ist jedoch keine Einbahnstraße in eine Richtung, es muß ein vielfältiges Angebot vorliegen, denn für den Gast sind es zwei Überlegungen, die für ihn sehr entscheidend sind. Die erste Überlegung, seine persönliche Vorstellung von der Urlaubsgestaltung und die zweite Frage, seine finanziellen Möglichkeiten, wieweit er seine eigenen Vorstellungen von einer Urlaubsgestaltung entsprechend verwirklichen kann. Ich möchte mich ganz kurz jenem Bereich von Gästen, von Urlaubern zuwenden, die sich nicht in einer Vollpension binden lassen wollen, sondern die für sich irgendwie in ihrer Gestaltung frei sein wollen. Wir wissen, daß wir heute rund ein Drittel, wenn es nicht etwas mehr sind, von Nächtigungen in Privatzimmern haben, wir wissen auch, daß 5 Prozent der Nächtigungen auf Campingplätzen verbracht werden. Bei den Privatzimmern müssen wir feststellen, daß dies eine sehr notwendige und zum Teil eine sehr erwünschte Nebenerwerbseinnahme ist, sowohl im Bereich unserer kleineren Siedler als auch vor allem im Bereich der Landwirtschaft, ich denke vor allem an die Aktion „Ferien am Bauernhof“ und dergleichen mehr.

Es wird vielleicht notwendig sein, daß wir auch auf diesem Gebiet größere Anstrengungen machen, um zu einer gewissen Qualitätsverbesserung unserer Privatzimmer zu kommen. Ich habe mir daher gestattet, den Vorschlag im Finanz-Ausschuß zu machen, daß wir auch in Steiermark ein Privatzimmervermietungs-gesetz schaffen bzw. hier beschließen sollten. Es wurde mir von seiten der Österreichischen Volkspartei gesagt, daß dies nicht möglich ist, weil es Bundessache wäre. Ich wohne ja bekanntlich an der niederösterreichischen Grenze, meine Nachbargemeinde Mitterbach ist eine niederösterreichische Fremdenverkehrsgemeinde und ich weiß, daß Niederösterreich ein eigenes Landesgesetz auf diesem Gebiet hat. Dieser Resolutionsantrag kommt hier nicht zur Sprache, er hat im Finanz-Ausschuß nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir sind auch der Meinung, daß wir bei den Privatzimmervermietern doch etwas tun sollen, um eine gewisse Hilfsstellung zu leisten. Eine Hilfsstellung in der Form, daß man mit Kurzseminaren auch jenes Wissen vermitteln könnte, das dann auch beitragen soll, zu einer gewissen Qualitätsverbesserung zu kommen.

Der zweite Bereich, Campingplätze, kann ich auch hier sagen, daß wir in Steiermark sehr viele und sehr schöne Campingplätze haben und daß sich aus der Erfahrung heraus auch Investitionen auf diesem Gebiet lohnen. In meiner Gemeinde, in Sankt Sebastian, ist ein solcher Campingplatz am Erlaufsee. Wir haben uns hier angestrengt, haben also Investitionen vorgenommen und es ist uns gelungen, in einem Jahr die Einnahmen um 40 Prozent zu steigern. Das ist der Beweis dafür, daß auch auf diesem Gebiet manches noch geschehen kann. Und nun zu einem weiteren Bereich, der in jüngster Zeit sehr aktuell gewesen ist, der zum Teil das Lieblingsthema unseres Landesfremdenverkehrsreferenten, des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Wegart, ist. Das Thema ist leicht zu erraten. Es sind die Apartmentbauten. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, nicht allein die Frage und das Problem der Apartments, sondern wir müssen... (Landeshauptmann: „Kein Lieblingsthema! Es muß unter Anführungszeichen gesetzt werden!“) Ich bin vielleicht falsch verstanden worden. Ein oft aufgezeigtes Thema. Ich würde in diesem Zusammenhang sagen, überhaupt das Problem der Ferienwohnungen. Ich glaube, daß es auch hier notwendig ist, nicht eine gefühlsbetonte, sondern eine sachliche Feststellung zu machen. Es ist nun einmal, und das ist verständlich, das Bestreben vieler Städte, hinauszukommen aus ihren Steinwüsten und irgendwo in der natürlichen Landschaft die Möglichkeit zu haben, ihr Wochenende zu verbringen, den Urlaub zu verbringen. Die Fremdenverkehrsgemeinden wissen ein Lied davon zu singen. Sie wissen, wie stark der Andrang ist und wie an allen möglichen und unmöglichen Stellen versucht wird, durch Parzellierungen hier wesentlich beizutragen, daß unser Landschaftsbild sehr stark auch auf dem Gebiet gestört wird. Es sind Parzellenabverkäufe, wo es sehr schwer für die Baubehörde möglich ist, irgendwie dagegen einzuschreiten und wo es zum Teil für die Natur- und Landschafts-

schutzbehörden schwierig und problematisch ist. Die Bürgermeister kennen das Problem. Wenn ich in der Zeitung richtig gelesen habe, hat der Bürgermeister von Spital am Semmering das Problem am Landesfremdenverkehrstag aufgezeigt. Er liegt auch in dem Einzugsbereich aus dem Wiener Raum und weiß genau, was auf ihn zukommt. Ich möchte sagen, daß es hier in erster Linie eine Frage der Raumordnung, eine Frage der Flächennutzung ist, weil es selbstverständlich ist, daß es hier gewisse Grenzen geben muß.

Es wird auch zum Teil gesagt oder die Behauptung sehr häufig aufgestellt, daß nun diese Apartmentseuche hereinbricht. Ich möchte dazu sagen, wo es eine Seuche gibt, dort muß ein Bazillus sein. Das ist selbstverständlich. Das ist der Ausgangspunkt. Es hat angefangen im Westen; sehr stark in Tirol, sehr sehr stark in Salzburg und natürlich auch in Kärnten, überall dort an den schönsten Plätzen und Orten unserer Fremdenverkehrsgebiete, zum Teil in Dimensionen, die weit über das hinausgehen, was noch natürlich verkraftbar ist. Ich möchte hier, ohne im Detail allzu lange zu sein, zusammenfassend folgendes sagen. Wenn man sich die Dinge sehr genau und sachlich überlegt, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß man sowohl bei den Apartments als auch bei den Ferienwohnungen kein generelles Ja, aber auch kein generelles Nein sagen kann. Ich glaube, das ist eine sehr entscheidende Frage. Es erscheint mir auch nicht ganz zweckmäßig, daß an die Bürgermeister gewisse Drohungen ausgesprochen werden, sie werden dann keine Förderungsmittel bekommen. Damit ist das Problem nicht gelöst.

Ich möchte hier versuchen, ganz kurz ein paar Punkte aufzuzeigen, wo ich glaube, daß wir hier zu einer richtigen und vernünftigen Entwicklung kommen könnten. Erstens. Der Schutz unserer Erholungslandschaft hat unbedingt Vorrang. Ich glaube, da sind wir einer Meinung hier in diesem Haus. Keine willkürlich ausgesuchten Bauplätze für Ferienwohnungen in den schönsten Gegenden unseres Landes. Das bedingt, daß wir natürlich raschestens Vorsorge durch gesetzliche Maßnahmen sowohl in der Raumordnung als auch im Landschaftsschutz treffen müssen. Es ist durchaus vertretbar, daß man in dafür geeigneten Gemeinden eben Bauflächen in geordneter Form für Ferienwohnungen zur Verfügung stellt.

Dann noch eine zweite Frage. Bei der Einreihung geplanter Ferienwohnungsprojekte vor der Erteilung der Widmungs- und Baugenehmigung Beratungen im Gemeinderat durchzuführen, um hier auf breiter Basis zu einer Diskussion zu kommen, diese Frage im gesamten im Gemeinderat abzusprechen, um nicht nachher die Schwierigkeiten innerhalb des Gemeinderates und die Schwierigkeiten nach einer Entscheidung des Bürgermeisters als Baubehörde erster Instanz zu haben.

Dann bin ich drittens der Meinung, daß auch die Bürgermeister heute schon als Baubehörde erster Instanz verschiedene Möglichkeiten haben, die gesetzlich fundiert sind, daß sie bei Vorliegen solcher Projekte vorsorgen dafür, daß die Gemeinden nicht belastet werden, daß ihnen all diese Dinge, von

denen man redet, mit dem Ausbau der Infrastruktur nicht nachher auf den Kopf fallen, sondern daß man vorher schaut, daß eine entsprechende Absicherung getroffen wird.

Viertens könnte ich mir vorstellen, daß auch der Hohe Landtag jenen Gemeinden, in denen Ferienwohnungen bereits bestehen oder in weiterer Zukunft entstehen werden, dadurch helfen könnte, daß er sich entscheidet, durch ein eigenes Gesetz eine Abgabe für Ferienwohnungen festzulegen.

Ich habe versucht, in diesen Ausführungen zu einem Problem Stellung zu nehmen, das mit dem steigenden Wohlstand immer stärkere Bedeutung, immer stärkere Auswirkungen bekommen wird. Ich habe auch versucht, einige Lösungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet vorzuschlagen. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Stoiber hat sich zu einer kurzen tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm nach der Geschäftsordnung § 37 das Wort.

Abg. Ing. Stoiber: Der Herr Abgeordnete Gross hat vorhin erklärt, daß meine Zitierung des Vizekanzlers Häuser nicht richtig wäre. Ich stehe aber weiterhin zu meiner Behauptung und zitiere die „Salzburger Nachrichten“ vom 25. September etwas erweitert als vorhin: „Zwar trete er und seine Partei nur für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ein, doch könnte sich unter Umständen die Notwendigkeit für eine weitere Verstaatlichung ergeben.“ Als Beispiel meinte er nicht, wie hier vom Kollegen Gross gesagt wurde, die Elektroindustrie, sondern die Arzneimittelerzeugung.

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ritzinger das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fluggastfrequenz des Grazer Flughafens Thalerhof nimmt einen sehr guten Verlauf. 1971 war die Fluggastfrequenz 56.000, 1972 bis jetzt ca. 75.000. Die Frachtrate ist von 1971 auf 1972 um 280 Prozent gestiegen. Diese Zahlen beweisen, daß der Bau der Verlängerung der Landebahn eine unerläßliche Notwendigkeit ist.

Aber etwas anderes noch, meine Damen und Herren. Der Flughafen Graz-Thalerhof hat uns hier im Hohen Haus und auch die Öffentlichkeit in letzter Zeit doch bereits einige Male befaßt und beschäftigt. Eigentlich immer mehr oder weniger negativ. Zuerst war es der aufwendige und protzige Bau des Flughafengebäudes, im Anschluß daran waren es dann die aufgetretenen Baumängel, dann ging es um den Luftkrieg zwischen Wien und Graz und zwar wegen des grenzüberschreitenden Luftverkehrs, später war es dann und zwar vor nicht allzulanger Zeit haben wir Gelegenheit gehabt, aus der Presse pikante Details zu entnehmen über die Praktiken des Geschäftsführers und seine Tüchtigkeit, Eignung und Fähigkeit und zum Schluß war es die Vorgangsweise bei der Verlängerung der Landebahn, nämlich bei den Grundablösen. Was ich aber heute hier in diesem Hohen Hause erfahren möchte, ist folgendes. Im Sommerflugplan

1971 der Lufthansa war bereits eine Ankündigung vorhanden, daß eine Linie eröffnet wird und zwar von Frankfurt direkt nach Graz und zurück. Die Lufthansa hat aber auch 1971 einen Prospekt aufgelegt mit dem Slogan „Willkommen in Graz, im weltweiten Lufthansa-Netz“. Das war, das werden wir doch alle zugeben, für uns erfreulich und wir haben eigentlich immer gewartet, bis also die erste Lufthansa-Maschine dieser Linie in Graz landet. In der Zwischenzeit sind Monate vergangen und keine Maschine ist noch gelandet. (Abg. Dr. Heidinger: „Das war anscheinend eine Bruchlandung!“)

Ich möchte also fragen und zwar ganz konkret, warum diese Linie nicht zustande gekommen ist. Diese Linie und das Nichtzustandekommen soll — so hört man — darauf zurückzuführen sein, daß man sie von österreichischer Seite abgelehnt hat. Außerdem weiß ich aber konkret, daß es die Steiermärkische Landesregierung nicht war, daher frage ich jetzt, war es der Herr Verkehrsminister, waren es die Verantwortlichen der Stadt Graz, oder wer war es sonst? Ich ersuche, mir diesbezüglich Antwort zu geben und ersuche gleichzeitig die Steiermärkische Landesregierung, Aktivität zu entwickeln, damit die Lufthansa mit einer direkten Linie Graz anfliegt. Das wäre eigentlich das wesentliche meiner Wortmeldung gewesen, aber ich muß eines sagen, der Herr Kollege Gross hat ja so wunderbare Ausführungen gebracht, daß man also nicht umhin kann, doch ganz kurz etwas dazu zu sagen. Kollege Gross, ich kann mir vorstellen, in welcher ungunstigen Situation Sie sich als Gewerkschafter befinden, jetzt sozusagen die Bundesregierung und alles das zu verteidigen. Eines steht auf alle Fälle fest, daran können wir rütteln, wie wir wollen. Ich sage Ihnen noch etwas vorher. Wir bedauern es, daß es so ist und zwar, weil es uns ja genauso geht. Es steht fest, daß Österreich heute in der Preisentwicklung im Spitzenfeld steht. (Abg. Gross: „Das stimmt nicht!“) Und wenn Sie hier sagen, Sie haben flankierende Maßnahmen getroffen, Ihre Regierung, so ist das richtig, aber ich sage Ihnen, Sie haben zuerst die Tarife erhöht und dann viel zu spät diese flankierenden Maßnahmen beschlossen. Nicht wahr, wie es zu spät war. (Abg. Gross: „Sieben Jahre habt ihr beim Strompreis nichts gemacht.“) Ja, aber der Zeitpunkt, Kollege Gross, war nicht in Ordnung, das müssen Sie doch selbst zugeben. Und jetzt das nächste, schauen Sie, Sie haben eine wunderbare Vernebelungstaktik, ich wundere mich überhaupt, daß es Leute gibt, die Ihnen das glauben. Ich muß Ihnen das ehrlich sagen. Es ist eine Vernebelungstaktik, wenn man sagt, uns sind lieber, so sagen Sie es doch, 2 bis 3 Prozent Preissteigerung als auf der anderen Seite 2 bis 3 Prozent Arbeitslosigkeit, Herr Kollege Gross, bitte, ich mein' wir sind doch letzten Endes alle nicht so dumm, Sie wissen es ja letzten Endes auch, daß wir in unserem Lande über 200.000 Fremdarbeiter haben, da kann man doch nicht mit dem Feuer der Arbeitslosigkeit zündeln (Abg. Loidl: „Das geht schneller, als du denkst!“), wenn auf der anderen Seite Arbeitskräfte gebraucht werden. Das glaubt Ihnen doch niemand. (Abg. Prensberger: „Wie wollen Sie die Bundesbahn modernisieren, wenn das Defizit immer größer wird, der Bacher verlangt beim

Rundfunk auch eine Erhöhung!“) Ja, Herr Kollege, entschuldigen Sie, Sie kriegen es ja doch über das Bundesbudget, oder nicht?

Und zum dritten, folgendes: Der Kollege Gross, das muß man auch noch sagen, Sie sind ein redlicher Bursche und ein mutiger Mann, aber er hat von seinem großen Herrn und Meister schon sehr viel gelernt. Nämlich, große Ankündigungen zu machen und ganz kleine Taten folgen zu lassen. Er hat also gesprochen von der großen Lohnsteuerreform. Ja, Herr Kollege Gross, alles recht und schön, erstens darf ich Ihnen sagen, auch als Gewerkschafter jetzt, sie ist zu spät, sie wäre schon längst 1970 fällig gewesen, ganz offen gesprochen. Zweitens, daß sie was kostet ist richtig, aber auf der einen Seite geben Sie und auf der anderen Seite nehmen Sie. Geben ist richtig mit der Lohnsteuerreform, der Einkommensteuerreform, aber nehmen tun Sie mit der Endverbrauchsteuer, mit der Mehrwertsteuer, indem Sie anstatt 14 Prozent 16 Prozent verlangen.

Und abschließend, Herr Kollege Gross, folgendes. So großzügig und so wie Sie und Ihre Partei tut, ist diese Lohnsteuer- und Einkommensteuerreform nicht, das wissen Sie selbst ganz genau. Und zwar werde ich Ihnen das in zwei Sätzen charakterisieren. Alles das, was die Steuerreform dem Arbeitnehmer als Vorteil bringt, wird vom Herrn Androsch und Ihrer Regierung stabilisiert und alles das, wofür der Arbeitnehmer zu zahlen hat und zwar laufend zu zahlen hat und was ihm zum Vorteil gereicht, wird dynamisiert. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gross: „Der Bundesvorstand des OGB hat die Steuerreform gutgeheißen, auch mit den Stimmen der ÖVP!“)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Buchberger. Als nächster Redner ist der Abgeordnete Loidl vorgemerkt.

Abg. Buchberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war in der letzten Zeit immer wieder möglich, dank der Unterstützung der Landesregierung in verschiedenen dezentralen Gebieten unseres Landes neue Betriebe und Arbeitsstätten zu schaffen. Und es ist vor allem auch in der letzten Zeit immer wieder gelungen, bereits bestehende Betriebe entsprechend aufzustocken und auszubauen oder ihnen die Möglichkeit eines Ausbaues zu gewähren. Und ich darf auch in dem Zusammenhang eines sagen, daß ich als Weizer die Feststellung machen kann, daß es auch im Laufe der letzten Jahre, nicht erst der letzten zwei Jahre, sondern der letzten drei, vier Jahre möglich war, auch die Situation im Werk der Elin Weiz entsprechend zu konsolidieren. Und Sie kennen ja die Situation im Werk Weiz, wo man versucht hat, dort eine Arbeitsteilung zu treffen, insofern, daß man den Kleinmotorenbau nach Wien abgeschoben hat und der Meinung war, der Großmotorenbau, der wäre in Weiz am richtigen Platz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie ist jetzt die Situation? Wir müssen leider die Feststellung machen, daß der Kleinmotorenbau in Wien, der von der Elin Weiz nach Wien verlegt worden

ist, dort nicht konkurrenzfähig ist und daß wir am Sektor des Großmotorenbaus in der Elin in bezug auf die Generatoren und Transformatoren nun die paradoxe Situation vorfinden, daß wir auf dem Sektor des Abtransportes dieser Großmaschinen die größten Schwierigkeiten haben. Es ist interessant, daß man erst jetzt auf diese Umstände draufkommt. Man muß jetzt die Feststellung machen, daß man diese Großmaschinen durch den Tunnel Richtung Graz nicht durchbringt. Und man kommt jetzt drauf, daß die Traglast des Oberbaues auf der Wechselbahnstrecke zu schwach ist. Und Versuche und Überprüfungen haben ergeben, daß es notwendig sein wird in der nächsten Zeit, das wird eine Lebensfrage des Elinwerkes in Weiz sein, nun diesen Oberbau entsprechend auszubauen. Und ich danke dir, Herr Landeshauptmann, daß du diesbezüglich Initiativen entwickelt hast und ich möchte dich im Interesse der Arbeitnehmer des Elinwerkes und der dort wohnenden Bevölkerung bitten, beim Minister Frühbauer wiederum vorstellig zu werden (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Habe ich bereits getan!“), daß die notwendigen Mittel, man schätzt ungefähr 200 Millionen Schilling, für diesen Zweck in der nächsten Zeit freigestellt werden. Herr Landeshauptmann, ich darf dir dafür recht herzlich danken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin kein Betriebsrat in der Elin, aber ich hätte eine Bitte, ich hätte gar nicht die Chance, wenn ich auch beschäftigt wäre in der Elin, als Betriebsrat kandidieren zu dürfen, weil ich nicht die richtige Farbe habe, meine sehr Verehrten. In der Elin in Weiz ist es nur zwei Fraktionen seit eh und je möglich gewesen und nur diesen zweien, alle anderen, die es versucht haben, sind hinausgeflogen. Ich könnte Ihnen Namen der Reihe nach nennen. (Abg. Gross: „Namen nennen!“) Buchgraber Ernst. Er hat versucht, eine Liste aufzustellen. Ihm war es möglich, 25 Unterschriften zu erreichen. Die restlichen fünf waren nicht mehr möglich, weil man in der Elin erfahren hat, daß einer von uns unterwegs ist, die Unterschriften zu sammeln. Dann hat man gesagt, wer noch unterschreibt, der muß mit allen Dingen rechnen. Der von uns genannte Spitzenkandidat hat beim Marko in Weiz in aller Bescheidenheit anfangen müssen. 24 Jahre war er in der Elin beschäftigt. Ein zweiter, der genauso gegangen worden ist, hat angefangen in der Anatomie im Landeskrankenhaus in Graz. Was dort für Arbeitsbedingungen sind, wie schwierig dort eine Arbeit ist, das können Sie sich vorstellen. Seinerzeit auch schon einer, meine sehr Verehrten. Der ist in St. Peter seit zehn Jahren beschäftigt. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Aber, aber, hören Sie doch auf damit!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Traurig, traurig!“)

Ich hätte eine Bitte, meine sehr Verehrten. Unterstützen Sie die in Bedrängnis geratene sozialistische Fraktion in der Elin in bezug auf den Lohnausgleich mit den Beschäftigten in Wien. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt ja wenige Fälle, daß man Betriebsräte einfach aus einem Betrieb hinauspikt. Herr Präsident, weil ich Sie gerade vor mir sehe, wenn ich an den Fall Knoll denke. Das war ein frei gewählter Betriebsrat. Der ist auch hinausgeflogen. (Zwei-

ter Präsident Ileschitz: „Lieber Freund, das war ein Gerichtsverfahren; das ist doch eine unerhörte Frechheit so etwas!“) Solche Dinge findet man, wenn man will. Ich sage das im Interesse der Arbeitnehmer der Elin in Weiz, weil dort keiner die Möglichkeit hat, diese Frage aufzuzeigen. (Beifall bei der ÖVP. — Zweiter Präsident Ileschitz: „Das war ein Gerichtsverfahren! Das ist eine unerhörte Frechheit!“)

Ich darf Ihnen sagen, bei uns im Raum Weiz gibt es keine Berufsinteressen oder politischen Meinungsdivergenzen. Bei uns ist es so, wenn einer das Vertrauen hat, wird er auch von den Sozialisten gewählt, wenn ich an verschiedene Gemeinderatswahlen denke. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn schon ein in der Elin Beschäftigter nicht die Möglichkeit hat, die Meinung zu sagen, so fühle ich mich dazu berufen, diese Meinung weiterzugeben. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Lieber Freund, jetzt sage ich Ihnen etwas, wir halten uns an eine gerichtliche Entscheidung!“ — Landesrat Bammer: „Eine Verleumdung ist das!“) Ich hätte noch eine Bitte. (Landesrat Bammer: „Nur nicht bitten, verleumdet hast du uns vorher!“ — Zweiter Präsident Ileschitz: „Er fordert zu einem offenen Rechtsbruch heraus!“) Abschließend hätte ich noch eine Bitte. Ich möchte die sozialistische Fraktion im Landtag ersuchen, ihre in Bedrängnis geratenen Kollegen in der sozialistischen Fraktion im Betriebsrat in der Elin zu unterstützen in bezug auf den Lohnausgleich mit den Beschäftigten in Wien. Meine Herren, unterstützen Sie die sozialistische Fraktion, ansonst passiert es bei den nächsten Betriebsratswahlen, daß sich die Kommunisten im Betriebsrat bis zum Obmann installieren. Wir wollen dies doch gemeinsam verhindern. (Beifall bei der ÖVP. — Landesrat Bammer: „Vor zwei Tagen habt ihr die Kommunisten beklatscht!“) Es ist eine Zumutung, wenn Sie sagen, daß wir die Kommunisten unterstützen. Ich verwahre mich dagegen! (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Bei Festreden werden die Gewerkschaften gelobt! Dort aber dürfen sie nicht reden!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Loidl das Wort.

Abg. Loidl: Meine Damen und Herren! Ich finde es eigenartig, daß ein Vertreter der Landwirtschaft... (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Ich möchte mich jetzt auf dieses Gebiet nicht begeben. Ich könnte Ihnen als Vertreter... (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Ich könnte Ihnen als Vertreter einer Gewerkschaft, die mit keinem verstaatlichten Betrieb zu tun hat, wo es sich ausschließlich um Privatunternehmer handelt, eine ganze Reihe von Fällen zeigen, wo mit rücksichtsloser Brutalität verhindert wird, daß überhaupt ein Betriebsrat erstellt wird. Es würde mir nie einfallen, für eine solche Vorgangsweise etwa den Wirtschaftsbund, die Industriellenvereinigung oder die Innung oder gar die ÖVP verantwortlich zu machen. Dafür sind die betreffenden Unternehmerpersönlichkeiten zur Verantwortung zu ziehen und wir tun das auch im Rahmen unserer Möglichkei-

ten. Das möchte ich zu dieser Sache sagen. Das sind Tatsachen, die eben vorhanden sind. Ich möchte noch ein paar Worte... (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Genauso wie es da und dort einen üblen Unternehmer gibt, hat es da und dort einen Betriebsrat gegeben, der sich nicht so benommen hat, wie es sich für einen Demokraten geziemt!“ — Landesrat Bammer: „Das war eine Verleumdung!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das war keine Verleumdung!“) Wir gehen in einem solchen Fall zum Einigungsamt, das dafür zuständig ist und wir beugen uns dann dem Spruch des Einigungsamtes. Ebenso muß sich der Unternehmer diesem Einigungsamtspruch beugen.

Nun zu Ihnen, Kollege Stoißer, weil Sie uns angesprochen haben und gesagt haben, wir hätten zu wenig Verständnis für die Sorgen und Nöte der Gewerbetreibenden. Ihr Betrieb würde, wenn er organisiert wäre, zu uns gehören. Ich weiß, welche Schwierigkeiten auch gerade die Gewerbetreibenden haben.

Wir führen alle zwei Jahre Lohnverhandlungen. Wir sitzen Tage und Nächte beisammen. Wir sind sehr geduldig. Der Kommerzialrat Urban braucht drei Stunden, um uns anzujammern, wie schlecht es ihm geht und wie furchtbar es ist, wieder etwas geben zu müssen. Wir haben die Übung, daß wir nach diesen zwei Stunden ins Geldtascherl greifen und ihm einen Schilling hinüberschieben über den Tisch und er kassiert das lächelnd ein. (Landesrat Peltzmann: „Ihr jammert beide! Der eine will mehr haben, der andere will nichts hergeben!“) Natürlich. Tatsache ist, daß es ihnen, ob nun Gewerbetreibender oder Industrieller oder auch Arbeiter, das weiß ich auch ganz genau, noch nie so gut gegangen ist im allgemeinen gesehen, als das derzeit der Fall ist. (Abg. Ing. Stoißer: „Ich habe nicht gesagt, daß es uns schlecht geht, ich habe darauf hingewiesen, daß die kleinen Gewerbetreibenden verunsichert werden!“)

Und wenn man Ihnen zugehört hat, ich stelle mir vor, das ist ein Zuhörer, der es ausgehalten hat hier drei Tage lang, der muß doch das Gefühl haben, daß in Österreich die größte Mißwirtschaft herrscht, daß es drunter und drüber geht und daß es den Leuten noch nie so schlecht gegangen ist als jetzt; nie so schlecht den Unternehmern, nie so schlecht den Bauern und nicht so schlecht letzten Endes den Arbeitern. Ich will mich da orientieren, weil ich etwas wirre geworden bin, wie es nun wirklich aussieht. Und was mache ich, ich nehme die Wirtschaftsberichte des Institutes für Wirtschaftsforschung, im Vorstand sitzt der Herr Landeshauptmann drinnen, es sitzen also Repräsentanten aller Parteien, der Präsident Sallinger, der Präsident Hrdlicka sitzt drin, es ist das bestimmt eine objektive Berichterstattung und in jedem Monat überschrieben: „Die Wirtschaftslage in Österreich“. Und da habe ich mir jetzt herausgesucht drei Monate im zweiten Jahr der OVP-Alleinregierung mit absoluter Mehrheit und drei Monate der SPO-Alleinregierung mit absoluter Mehrheit. Und zwar August, September, Oktober, das ist das aktuellste. Aber ich möchte noch etwas sagen. Ich bin nicht der Auffassung, daß alles, was damals schlechter oder

schlecht war, die alleinige Schuld der Österreichischen Volkspartei ist. Ich wage auch zu behaupten, daß nicht alles, was jetzt so gut ist, oder wir es als gut bezeichnen, nur das alleinige Verdienst der sozialistischen Regierung ist. Was ich will, ist, nur klarzustellen, ob das stimmt, was Sie sagen, daß es jetzt so schlecht ist, schlechter, als es jemals zuvor war (Abg. Jamnegg: „Das ist ein Irrtum!“ — Abg. Stoißer: „Ich habe nicht gesagt, daß es uns schlecht geht, ich habe darauf hingewiesen, daß die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden verunsichert werden!“) Aber schauen Sie, gut und schlecht, das ist ja alles relativ, uns geht es beileibe noch nicht so gut, wie wir uns das wünschen, vielleicht Ihnen auch nicht. Sie können doch nicht behaupten, daß jetzt eine Mißwirtschaft betrieben wird, denn wenn das so wäre, wie Sie es behaupten, dann müßte es uns schlecht gehen. (Abg. Dr. Dorfer: „Eine Gefälligkeitswirtschaft!“) Was ist eine Gefälligkeitswirtschaft? Ist es eine Gefälligkeit, wenn man Schulfreifahrten gibt, ist es eine Gefälligkeit, wenn man eine Steuerermilderung macht, ist es eine Gefälligkeit, wenn man für die Gesundheit etwas tut, ja, sagen Sie, was man nicht tun soll, wo wir nicht gefällig sein sollen, gerade Sie, wo Sie ununterbrochen lizitieren und noch mehr lizitieren auf allen Gebieten, die nur möglich sind. Aber ich möchte Ihnen jetzt das gegenüberstellen, ganz ruhig und sachlich und Ihnen dann selbst das Urteil überlassen, oder dem Zuhörer, der also nicht befangen ist.

Da haben wir den August 1967, ich sage noch einmal, nicht alles Schuld der OVP. Konjunktur unverändert schwach, stagnierende Industrieproduktion, schrumpfendes Stellenangebot, Arbeitslosigkeit nur wenig höher als im Vorjahr, die Nahostkrise war damals und hat den Groß- und Einzelhandel belebt, die Zahlungsbilanz trotz geringerer Erträge im freien Verkehr weiter aktiv, Verbraucherpreise infolge Verteuerung der Saisonprodukte 4,3 Prozent höher als im Vorjahr, das haben Sie nicht gemerkt. Kommen wir zu 1972 (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist ein schlechter Vergleich!“) August 1972: Höchststand der Beschäftigten 2,430.000, starke Zunahme der Fremdarbeiter, geringere Abwanderung in die Bundesrepublik, kräftige Industrieproduktion und anhaltender Bauboom, schwächerer Energieverbrauch, Belebung der Exporte, verstärkter Preisauftrieb, günstige Entwicklung der Bundesabgaben, lebhafte Spartätigkeit, also wie es Leuten, die mehr kaufen und auch noch mehr sparen können, schlecht geht, das müssen Sie mir nicht erklären — starke Expansion usw.

September 1967, Wachstum weiterhin 2 Prozent, meine Damen und Herren, sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften, Konsum und Investition anhaltend schwach, Verteuerung von Saisonprodukten überdeckt Beruhigung des Preisauftriebes und eine geringe Lohnbewegung. September 1972, also machen Sie den Sprung mit uns. Bruttonationalprodukt wächst kräftig weiter, erstmals mehr als 200.000 Gastarbeiter, lebhafter Konsum, Belebung des Außenhandels, starke Zunahme der Währungsreserven, Beschleunigung des Preisauftriebes und kräftige Tariferhöhungen. Das waren die Tarif-

erhöhungen, von denen hier schon so oft gesprochen wurde. Und nun haben wir den Oktober 1967: weitere Abschwächung der Konjunktur, Industrieproduktion niedriger als im Vorjahr, höhere Arbeitslosigkeit, so schnell, meine Damen und Herren, kann es mit den Arbeitslosen gehen, Verteuerung zahlreicher Dienstleistungen, erhöhter Verbraucherpreisindex und vor neuer Lohnwelle.

Meine Damen und Herren, und jetzt kommt das Jahr 1972, Oktober 1972 der SPÖ-Alleinregierung: saisonwidrige Zunahme der Beschäftigung, kräftige Industrie- und Baukonjunktur, Belebung der Industrie- und Exportnachfrage, Exportzuwachs übertrifft erstmals seit zwei Jahren Importzuwachs, günstige Entwicklung der Bundesabgaben, Preisauftrieb auf den Verbrauchermärkten ungebrochen. Meine Damen und Herren, ich glaube, man braucht dem nichts mehr hinzuzufügen, man wird sich eben damit abfinden müssen, daß die sozialistische Regierung keine Mißwirtschaft betreibt. Wir können Sie nicht daran hindern, meine Damen und Herren der ÖVP, daß Sie überrascht sind, aber daß Sie das bedauern, ist doch nicht gut möglich, weil ja davon die ganze Bevölkerung betroffen wäre und was Ihnen bleibt — und das haben Sie auch zur Genüge versucht hier zu tun — das ist, sich wie ein Ertrinkender förmlich an einen Strohalm zu klammern, dieses weltweite Problem der Teuerung. (Abg. Jamnegg: „7,4 Prozent! Das ist kein Strohalm mehr!“) Meine Damen und Herren, uns Gewerkschaftern glaubt bestimmt jeder, daß wir uns ununterbrochen damit beschäftigen und bereit sind, das Menschenmögliche zu tun, um die relative Stabilität zu erreichen, wir sind ja am meisten daran interessiert.

Aber, meine Damen und Herren, wenn man Ihre Propaganda, wenn man Ihre Lizitationspolitik, die Sie überall in einem noch nie dagewesenen Ausmaß betreiben, betrachtet, so kommt einem einfach der Verdacht, daß Sie innerlich hoffen, daß die Stabilisierungsmaßnahmen nicht den erwünschten Erfolg haben, denn, meine Damen und Herren von der ÖVP, sonst könnten Sie nichts anderes mehr tun als in dem vielen, was in der kurzen Zeit gemacht wurde, jeweils ein Haar in der Suppe zu suchen und natürlich auch manches Mal eines zu finden. Aber das ist halt zu wenig für eine so große Partei. Und bis jetzt sind Sie uns auch den Beweis schuldig geblieben und das haben auch die heutigen Debatten nicht geändert, daß Sie die Stabilisierungsmaßnahmen wirklich und aus innerer Überzeugung unterstützen werden. Aber glauben Sie mir, die Wähler wissen es ganz genau, von wem und wie letzten Endes die Verbraucherpreise gemacht, bestimmt und beeinflußt werden. Ich bin zwar persönlich davon überzeugt, daß ein Großteil der Wirtschaftstreibenden so vernünftig sein wird, um die Stabilisierungsmaßnahmen, die die Sozialpartner ausgehandelt haben, zu unterstützen, daß die Regierung die begleitenden Maßnahmen setzt und daß das dann hinsichtlich des Preisauftriebes auch Erfolg haben wird. Das ist mehr wert, meine Damen und Herren, als hier den einzigen politischen Schlagertext bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage unseres Landes zu haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte der letzten halben Stunde würde mir Stoff für eineinhalb Stunden geben und ich würde mich mit wirklichem Vergnügen mit verschiedenen Punkten auseinandersetzen. Nachdem ich jetzt schon in der zweiten Periode diesem Hohen Hause angehöre, weiß ich, daß regelmäßig um diese Zeit und bei dieser Gruppe wir etwa in dieses Fahrwasser kommen, da erregen sich die Gemüter ungemain und am Schluß kommt man dann dazu, daß man sagt, es war ja alles nicht so gemeint und es ist halt so ein bißerl, das muß man so sagen. Ich bitte vielmals, Sie sagen, der Abgeordnete Loidl war der Letzte, der gesagt hat, Sie werfen uns, also der Regierung, Mißwirtschaft vor und einer, der herkommt, möchte also meinen, alles ist schlecht in Österreich. Ja, lieber Kollege Loidl, und was tun denn Sie, wenn Sie von der Landesregierung und der ÖVP in diesem Lande reden. Ich habe auch nur gehört, daß alles schlecht ist und ich möchte also nicht zum zweitenmal noch das zitieren, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter am Parteitag gesagt hat über die Politik in diesem Land Steiermark. Wenn man sich das anhört, so sind unsere Äußerungen der Bundesregierung gegenüber recht zahm und harmlos und noch dazu, wo er also wirklich seit zwölf Jahren in der Landesregierung sitzt und, soweit ich weiß, immer sein Prätzel mitgehoben hat, wenn es darum gegangen ist, etwas zu beschließen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie machen mich immer um ein halbes Jahr älter!“) Also elfeinhalb Jahre, Herr Landeshauptmann, bei Ihrer Erfahrung hätte ich also glatt geglaubt, daß Sie schon zwölf Jahre dort sind, so überlegen sind Sie immer. Es ist sicher so, daß man über die Wirtschaftspolitik verschiedener Meinung sein kann. Und es ist auch so, glaube ich, daß man natürlich verschiedener Meinung ist und es wäre traurig, wenn wir diese verschiedenen Meinungen hier nicht äußern dürften. Man soll nur nicht, glaube ich, oder von mir aus kann es auch so weit gehen, nur tut man damit der Sache keinen guten Dienst, wirklich in die unteren Ladeln hineingreifen und so ein paar Sager herausholen, die sich zwar wahnsinnig gut anhören, aber von denen man halt selber nicht einmal überzeugt sein kann, wenn man es sagt. Denn der Abgeordnete Gross hat also hier gesagt, uns ist lieber 1 bis 3 Prozent mehr Preise und dafür nicht 5 bis 6 Prozent Arbeitslosigkeit. Ja, Herr Kollege Gross, die Alternative gibt es nicht, Sie wissen es ganz genau, es geht auch nicht um 1 bis 3 Prozent, sondern es geht im Moment um 7,4 Prozent und es geht auch nicht um ein halbes Prozent Arbeitslosigkeit, sondern es geht einfach darum, daß man sich doch wohl noch als Abgeordneter fragen darf, ob die Bundesregierung wirklich alles im richtigen Zeitpunkt eingeleitet hat, was sie hätte einleiten sollen. Als Kronzeugen für diese meine Behauptung, daß die Bundesregierung vielleicht doch nicht alles zum richtigen Zeit-

punkt eingeleitet hat und nicht alle die Maßnahmen ergriffen hat, die sie hätte tun können, darf ich zwei Politiker anführen, die, glaube ich, auch bei Ihnen unbestritten sind. Der eine ist der Herr Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky und der zweite ist der Herr Landesrat Dr. Klausner, die beide übereinstimmend erklärt haben und zwar innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen, daß die Bundesregierung tatsächlich in ihrer Beurteilung der Konjunktur des heurigen Jahres von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist und nicht das Richtige getan hat. Der Herr Landesrat Gruber war in Kapfenberg bei dem Vortrag, den dort der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky gehalten hat, bei dem ich auch war, weil er vor dem Rotaryklub gehalten wurde. Ich habe den Herrn Landesrat dort freundlich begrüßt. Der Bundeskanzler hat gesagt zur Frage der Preissteigerung: „Meine sehr geehrten Herren, wir haben im vergangenen Jahr die Situation anders beurteilt, als sie sich dann herausgestellt hat.“ Wenn ein Bundeskanzler das zugeben kann, dann dürfen doch wir vielleicht sagen, daß die Preissteigerungen nicht nur vom Ausland gekommen sind und daß das nicht nur die Versäumnisse der letzten ÖVP-Regierung waren, sondern daß vielleicht auch die derzeitige Regierung ein bißchen dazu beigetragen hat. Ich werde Ihnen etwas sagen. (Zwischenruf von der SPO: „Das waren die Prognosen vom Wirtschaftsforschungsinstitut!“) Eine Regierung, die sich auf ein Institut ausreden muß, hat es verwirkt zu sagen, die Erfolge gehören mir und die Mißerfolge sind die vom Wirtschaftsforschungsinstitut. Das ist zu billig, meine Herren. Das funktioniert nicht. Genauso wie es nicht funktioniert, daß man sich hieher stellt, Herr Abgeordneter Gross. Wir wissen, daß fast alle Gewerkschafter sehr vernünftig in wirtschaftlichen Fragen denken und in den Betrieben kommen wir auch immer auf eine gemeinsame Meinung. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Müssen wir uns das gefallen lassen?“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ich habe gesagt, fast alle. Es ist heute so viel gesagt worden auch von Ihrer Seite, daß man nicht sagen darf, der hat das gesagt und der dieses. Aber, daß Sie sagen 1 Million in Großbritannien, einer konservativen Regierung und dann sich hinstellen und schreien: „Das ist Ihr Rezept.“ Herr Abgeordneter, das ist nicht unser Rezept. Das ist eine demagogische Behauptung, wenn Sie sich so an uns wenden und sagen: „Das ist Ihr Rezept.“ Und so haben Sie es gesagt. (Beifall bei der ÖVP.)

So wird es im Protokoll zu lesen sein. Wenn es im Protokoll so nicht zu lesen ist, dann werde ich verlangen, daß man mir das Tonband vorspielt, weil ich habe diese Worte mitgeschrieben. Sie haben gesagt: „Das ist Ihr Rezept.“ Das ist nicht unser Rezept, auch nie gewesen und Sie wissen das in Wirklichkeit ganz genau. (Zwischenruf des Abgeordneten Gross.) Herr Abgeordneter Gross, das ist nicht wahr. Jetzt will ich Ihnen etwas anderes erzählen. Die Regierung hat das EWG-Arrangement vollzogen und soweit ich weiß, hat die Volkspartei dem zugestimmt und wenn Sie wollen, sogar Applaus gespendet. Das war eine Politik, die wir fast so lange wie der Abgeordnete Dr. Götz, aber

zumindest sehr lange verfolgt haben. Er tut sich in den Frage etwas leichter, weil seine Partei um die Zeit vielleicht nicht ganz die Verantwortung gehabt hat wie damals die Koalitionspartei. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Götz: „Man hat nur zugesehen, was passiert!“) Es tut mir ja leid, daß ich die sozialistischen Regierungsmitglieder in Schutz nehmen muß. Man kann leicht behaupten, das muß sein. Wir waren sehr dafür. Sie wissen, daß der Landeshauptmann Krainer immer dafür war, es war die ÖVP immer dafür. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Götz: „Sie wissen genau, daß die Bundeswirtschaftskammer dagegen war und daß Raab dagegen war!“) Es hat Strömungen gegeben, die dagegen waren. Nur die Zeit ist jetzt reif. Man darf sich von diesem EWG-Arrangement nicht die Wunderdinge erwarten, die hier hingestellt wurden und jetzt plakatiert man: „Mehrwertsteuer ist Steuer zu neuen Märkten.“ Das ist ein Unsinn. (Von der SPO: „Na, na!“) Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Was müssen Sie einführen? Italien war Gründungsmitglied der EWG und hat sie bis heute nicht eingeführt. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Die führen's ja ein, die sind ja dabei!“) Warum denn nicht? Sie bringt doch nicht nur Vorteile. Wenn Sie vom EWG-Arrangement sprechen — ich sage nochmals, ich begrüße es —, aber reden Sie doch nicht immer nur von der Industrie, die den Letztverbraucher beliefert. Reden Sie von der Industrie, die dem Weiterverarbeiter die Produkte liefert. Reden Sie mit den Herren von der VOEST, mit den Herren von Schöller-Bleckmann und fragen Sie diese, was sie von der Mehrwertsteuer halten. Jeder wird sagen, es ist eine Notwendigkeit. Aber, daß man sich hinstellt und sagt, dort ist unser Glück gelegen, von dem werden alle reich und großartig und den sozialen Fortschritt bekommen. Das ist nicht der Fall. (Abg. Preamberger: „Ein hoher Wirtschaftsexperte von Ihrer Seite hat gesagt, das ist die moderne Steuer!“) Sie ist die modernere Steuer. Die Mehrwertsteuer ist zweifelsohne eine moderne Steuer, sie ist eine gerechte Steuer. Aber ob sie allen Betrieben und gerade den Betrieben, die Ihnen angeblich auch am Herzen liegen, gut tun wird, das möchte ich dahingestellt sein lassen. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Es gibt ja kein Patentrezept!“) Gibt es ja nicht. Ich habe nie gesagt, daß es so schlecht ist. Aber Sie plakatieren, daß es so gut ist. Wahrscheinlich noch mit Steuermitteln wird das plakatiert. Denn es ist nicht von der sozialistischen Partei, sondern das ist ein Plakat der Bundesregierung. Aber dafür habe ich ein Verständnis. Ich möchte nur gesehen haben, was Sie gesagt hätten, wenn wir solche Plakate aufgehängt hätten. Das Geschrei! Was ist denn da geschrieben worden von der mißbräuchlichen Verwendung von Steuergeldern. Das ist kein Mißbrauch? Das ist es doch, meine Herren. (Unverständliche Zwischenrufe.) Jawohl. (Abg. Preamberger: „Das Volk muß aufgeklärt werden!“) Herr Kollege Preamberger, das Volk muß aufgeklärt werden. Aber bitte gestatten Sie uns auch, und jetzt beziehe ich mich auf die Ausführung von Dr. Strenitz, gestatten Sie der Opposition auch, daß sie dem Volk sagt, wie sie über die Dinge denkt.

Ich bitte, ich werde Ihnen eine kleine Aneinanderreihung von Maßnahmen der Regierung vorlegen und dann überlasse ich Ihnen zu sagen, ob diese Regierung wirklich in allen Dingen so vorausschauend, weise und vorsorglich gehandelt hat, wie Sie es uns gerne immer darstellen möchten. Wofür ich auch wieder Verständnis habe, aber es ist halt nicht ganz richtig.

Wir haben die Mehrwertsteuer eingeführt mit einer zwölfprozentigen Besteuerung der Investitionen, die stufenweise abgebaut wird. Wir haben ein EWG-Arrangement vollzogen und haben dann als flankierende Maßnahme, die nicht von Ihnen vorgeschlagen wurde, sondern in einer Parteienverhandlung nach Vorschlägen der Bundeshandelskammer von Ihrer Regierung akzeptiert wurde, eine 30prozentige Abschreibung auf die Dauer von drei Jahren eingeführt. Das sind an sich zwei Maßnahmen, die einander widerstreiten. Ist ganz klar. Eine Investitionssteuer auf der einen Seite und eine Sonderabschreibung auf der anderen Seite. Das sind Dinge, die sich irgendwo aufheben oder gegenseitig widerstreitend beeinflussen. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Das ist zeitlich begrenzt!“) Aber dem nicht genug. Das Gesetz ist noch nicht beschlossen worden, das ist nur versprochen worden. Man hat schon wieder gesagt, jetzt müssen wir das machen, was uns der Herr Abgeordnete Gross gerne unterschreiben möchte, jetzt müssen wir drosseln. Was machen wir? Wir senken die Kreditmöglichkeiten, wir erhöhen die Bankrate. Das dritte, was dagegen ist. Wir haben innerhalb von wenigen Wochen drei Maßnahmen der Bundesregierung gesehen, eine gegen die Investitionen, eine für die Investitionen und wieder gegen die Investitionen. Dann erwarten Sie von uns, daß wir uns hinstellen und dieser weisen Bundesregierung unseren Applaus spenden. Das ist wirklich nicht drinnen. (Zweiter Präsident: „Darf ich kurz unterbrechen?“) Bitte gerne, Herr Präsident. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Das ist eine Regierung, die sich etwas sagen läßt. Man hat sich mit der Nationalbank und mit der Bundeswirtschaftskammer zusammengesetzt und hat das neuerlich durchgesprochen. Ist das ein Fehler, wenn man rechtzeitig einen Fehler verhindert?“ — Abg. Koiner: „Wollen Sie damit sagen, die Bundeskammer hat der Bundesregierung einen Blödsinn eingeredet?“ — Abg. Pözl: „Wenn der Kopf einmal ab ist, hat es nicht viel Sinn, ihn wieder aufzusetzen!“ — Präsident: „Das genügt für einen Zwischenruf!“) Ich werde Ihnen etwas sagen. Wenn einmal eine Regierung unrecht gehabt hat in der Beurteilung wirtschaftlicher Gegebenheiten und wenn sie sich dann von einer Opposition nachweisen lassen muß, daß sie vielleicht doch nicht das Richtige gemacht hat, dann schnell eine Gegenmaßnahme trifft, so eine Regierung ist ein bißchen unglaublich geworden in wirtschaftlichen Angelegenheiten, ohne daß ich damit sage, daß alles schlecht ist. Aber manches ist nicht richtig. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Bei jeder Geburt gibt es Wehen! Bei einer so umfassenden Reform kann nicht auf den ersten Anhieb alles recht gemacht werden!“) Herr Präsident. Es geht nicht um unsere Wünsche. Es geht nicht darum, allen alles richtig zu machen, sondern es geht vielleicht darum, daß auch Ihre

Regierung nicht alles richtig gemacht hat. Wenn wir so reden, dann verstehen wir uns auch und brauchen uns nicht streiten. Es ist ein Fehler gemacht worden. Dann hat man den Fehler ausgebügelt und jetzt hat man etwas Drittes gemacht. Sie wissen, daß ich selbst ein Unternehmer bin. Wir haben heute, ungefähr 22 Tage vor Einführung der Mehrwertsteuer, noch keine Formulare, wir haben keine Durchführungsbestimmungen und wir und die Finanzämter wissen noch nicht genau, wie man es machen muß. Wenn man sich das erlaubt zu sagen und wenn man dazu sagt... (Abg. Doktor Dorfer: „Das ist sozialistische Planung!“ — Zweiter Präsident Ileschitz: „Bleiben Sie hinter dem Mond mit Ihren Bemerkungen, Herr Dr. Dorfer! Ich möchte Sie einmal bei Verhandlungen auf Bundesebene sehen!“ — Abg. Pichler: „Den könnt's ihr gerne einmal zu Haus lassen!“ — Präsident: „Herr Abgeordneter, bitte weiterzusprechen!“) Herr Präsident, ich bin nicht so stimmungsgewaltig wie der Abgeordnete Gross und ich mag nicht so schreien hier. Ich tue das nicht so gern.

Wenn man sagt, daß eine Regierung etwas überhastet beschließt, indem sie eine sechsmonatige Übergangsphase erlaubt für eine Steuer, die nach ihrer eigenen Aussage die größte Änderung im Steuersystem der letzten 50 Jahre war und wenn man 22 Tage vor Inkrafttreten dieser Steuer noch keine Durchführungsbestimmungen hat, was ist denn überhastet? Das ist doch lächerlich. Wie sollen wir in den Betrieben mit den Dingen zu Rande kommen, wenn wir die Unterlagen nicht bekommen und dann ab 1. Jänner mit einem neuen System operieren sollen, das in großen Konturen nur vorgezeichnet ist?

Ich bin damit am Ende. Ich habe meine Zeit ohnehin überzogen. Es wird mir nicht gelingen, Sie zu überzeugen. (Abg. Brandl: „Wahrscheinlich nicht!“) Es hat mich gedrängt in dieser Phase der Diskussion, doch meinen Beitrag auch zu leisten. Wenn man glaubt und das werden mir die Kollegen Ileschitz und Premsberger auch bestätigen, daß gesetzgeberische Maßnahmen, etwa wie ein Preistreibereigesetz oder dergleichen in der Lage sind, vom Index auch nur ein halbes Prozent hinunterzukommen, dann hat man sich groß getäuscht. Man kann doch nicht sagen, wir sind für die Wirtschaftspolitik, wir sind für die soziale Marktwirtschaft. Wir haben die Dinge alle studiert und wir können durch Verordnungen dies und das beschließen. Die Bundesregierung hat sich bemüht, durch Festsetzung der Entlastungssätze bei den einzelnen Produkten bei Einführung der Mehrwertsteuer sozusagen vom Preis überall etwas hinunterzukommen. Für die Dinge, die ich in meinem Betrieb überblicke, hat man einen Satz gewählt, der um 1,4 Prozent höher liegt als das, was tatsächlich gegeben ist. Die wirklichen Preise werden diktiert davon, wie das Angebot ist und die Nachfrage. Da können Sie mit gesetzgeberischen Dingen überhaupt nichts erreichen. Das Gesetz, das Sie beschließen wollten, war ein reines Alibigesetz.

Wenn der Herr Abgeordnete Gross sagt, mit solchen Spannen, dann bitte, Herr Abgeordneter Gross. Wir haben in Österreich bei den Betrieben,

ob es Einkommen- oder Körperschaftssteuer ist plus Gewerbesteuer, eine Besteuerung um die 70 Prozent. Wo sind dann die großen Gewinne? Dann rufen Sie nach Investitionen, nach Forschung und dann rufen Sie immer nach verstärkten Exporten und dann sagen Sie, zwei bis drei Prozent Gewinn ist auch genug. Dann rechnen Sie mir vor, wie ein Betrieb mit 10 oder 100 oder 200 Millionen Umsatz nur eine angemessene Investition durchführen soll, ohne sich ständig weiter zu verschulden, mit Ihren großen Spannen, Herr Abgeordneter Gross. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Peltzmann: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion über die Wirtschaft hat sich eine Weile hingezogen, ich darf mir aber doch erlauben, Sie erst einmal über das Feuerwehrwesen einige Minuten in Anspruch zu nehmen. Meine Damen und Herren, wenn sich der Herr Bürgermeister meldet, brauchen wir öfter was zum Löschen, es ist zwar meist ein Strohfeuer, aber es könnte auch durchaus was passieren. Wir haben doch in der Steiermark das Glück, 32.818 freiwillige Feuerwehrleute in den freiwilligen Orts- und Betriebsfeuerwehren ständig bereit zu haben, um dann in die Bresche zu springen, wenn Menschen in Not sind. Der heurige Einsatz hat sieben Todesopfer gefordert. Es war das der Oberfeuerwehrmann Hugo Wolfsberger aus Preg, ein Vater von drei Kindern, und es war der Feuerwehrhauptmann Karl Meißlinger aus Großlobming, ein Vater von fünf Kindern. Meine Damen und Herren, wir können nur versuchen das materielle Leid der Frau und der Kinder zu lindern. Das persönliche Leid, das sie durch den Verlust des Mannes und Vaters erleiden mußten, können wir ihnen nicht abnehmen. Die Abgeordneten zum Landtag Ritzinger, Eichinger, Marczik und Schrammel haben einen Antrag eingebracht, der jetzt in Bearbeitung steht. Ich bitte um Verständnis des Hohen Hauses, wenn dieser Antrag über die Regierung als Vorlage zur Abstimmung kommt. Es wird hier eine Ehrenpension vorgeschlagen, errechnet aus der Differenz zwischen der vom Sozialversicherungsträger tatsächlich zu leistenden Hinterbliebenenpension und dem Durchschnittseinkommen der letzten Jahre. Ich möchte jedoch darauf aufmerksam machen, daß hier den Hinterbliebenen zu wenig Gerechtigkeit zuteil wird. Man müßte doch den Mut haben, nicht das Durchschnittseinkommen, sondern das Einkommen, das er erreichen hätte können, sofern ihm das Leben geblieben wäre, als Grundlage der Berechnung zu nehmen. Als zweites wäre noch zu klären, wieweit die Einrechnung einer solchen Ehrenrente von seiten der Sozialversicherung erfolgt. Ich glaube, daß ich heute schon sagen kann, daß der Steiermärkische Landtag, der seine Feuerwehrfreundlichkeit in all den Jahren bewiesen hat, diesem Vorschlag die Zustimmung gewähren wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz kurz noch zur Landes-Feuerwehr- und Zivilschutzschule. Wir hatten nach unserer Planung vor, im Spätherbst 1972 in Betrieb zu gehen. Durch das Auslassen einer größeren Lieferfirma ist es zu Verzögerungen beim Bau gekommen, so daß wir erst im März 1973 diese, ich will nicht sagen die modernste, aber doch sehr moderne Schule für die Ausbildung unserer Feuerwehr- und Zivilschutzleute in Betrieb nehmen können. Die Eröffnung derselben werden wir anlässlich des Bundesfeuerwehrtages, der 1973 in der Steiermark anfällt, machen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz kurz noch — zu soviel Gescheitem und weniger Gescheitem, ich will versuchen das weniger Gescheite nicht auch noch in die Länge zu ziehen — zu den Wirtschaftsfragen, die aufgeworfen wurden. Ja, meine Damen und Herren, ich habe gestern schon gesagt, ich habe das menschliche Verständnis für die linke Reichshälfte im steirischen Landtag. Aber, wenn man letztendlich alles für gut und als das Beste bezeichnet, was von Wien kommt, so weit haben wir uns von der rechten Reichshälfte zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung nicht degradieren lassen. (Abg. Brandl: „Jeden Blödsinn, haben Sie vor zwei Tagen gesagt!“) Da können Sie im Protokoll nachschauen, meine Damen und Herren. Und gegen was wehren wir uns von der Wirtschaft? Schauen Sie, wir sehen heute die verfehlte Tarifpolitik der bestvorbereiteten Regierung aller Zeiten mit ihren 1400 Experten, Forschern, Künstlern. Ich weiß nicht, was sie noch alles gehabt haben, nur sind die alle eines plötzlichen Todes gestorben, von einem Massenbegräbnis haben wir allerdings nichts gehört. Dort, wo gearbeitet wird, werden auch Fehler begangen. Was wir dieser bestvorbereiteten Regierung vorwerfen, ist, daß man nicht den Mut hat, diese Fehler zuzugeben, sondern immer die Schuld den anderen gibt. So wie der kleine Hanserl, der die Fensterscheiben eingehaut hat, Mutti, ich war's nicht, der Peterl war's. So ähnlich kommt mir dieses Spiel hier vor. (Landesrat Bammer: „Er ist schon wieder auf die Freiheitlichen losgegangen!“ — Heiterkeit.) Herr Bürgermeister Götz, das war eine Unterschiebung, Sie wissen, daß ich das nicht getan habe. Meine Damen und Herren, ich will die Tarifierhöhungen gar nicht heranziehen, Sie wissen das selbst am allerbesten. Ob das die Strom-, die Bahn-, die Fernheizwärme- in Graz (Abg. Gerhard Heidinger: „Haben wir ja mitgemacht bei den Landesbahnen!“), die Gastarife waren, auch die haben angezogen. Aber, meine Damen und Herren, mir wäre es bei diesen Auseinandersetzungen, ganz gleich in welchem Rahmen und vor welchem Forum, noch nie eingefallen, den Arbeitnehmern die Schuld zuzuschieben an Preiserhöhungen. Nein, sind Sie mir nicht böse, natürlich haben Sie genauso das Recht, etwas mehr zu verlangen, meine Damen und Herren, der gesunde Egoismus ist überhaupt die Triebfeder einer florierenden Wirtschaft und ich stehe auf dem Standpunkt, wenn wir heute alle sagen, es reicht, wir brauchen nicht mehr, wir wollen nicht mehr, na, vor 100 Jahren wären wir wieder beim Lendenschurz angelangt! Aber das

Mehrwoollen mit dem Mehrleisten in Einklang zu bringen, das sind die Schwierigkeiten und das hat der Kreisky nicht erreicht („Haha!“ von der SPÖ.), da können Sie machen, was Sie wollen. Nur liegt sein Fehler nicht am Wollen, sondern am Nichtkönnen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. — Unverständliche Zwischenrufe.) Nein, das magische Dreieck ist ja ein Fünfeck und aus dem Kreis kommt ihr nicht heraus, denn ein Dreieck könnten wir im Bann halten, beim Kreis rasselt man herum.

Schauen Sie, meine Damen und Herren, nun frage ich Sie alle, in wessen Händen ist die Stahlerzeugung, von der Urproduktion bis zum Vormaterial? Wo sind die Privaten? In der Steiermark fangen wir an. Ich schätze sehr den Herrn Großschädel, aber ich glaube, er hat nicht einmal 1%, und 99 Prozent der Erzeugung liegt in den Händen einer Industrie, die uns gehört. Natürlich, die verstaatlichte Industrie, aber der Eigentumsvertreter ist nach dem Gesetz der große, weise Kanzler Kreisky und warum... (Abg. Gerhard Heidinger: „Er qualifiziert sich ja selbst mit dem Blödsinn!“) steigt zum Beispiel allein das Flacheisen um 6,5 Prozent, aber nicht nur von Erzeugung her. Die Greinitz gehört ja auch der Alpine, daß Ihnen nichts wehtut, mit dem Märchen kommen Sie jetzt nicht an im privaten Handel oder daß es weniger als 9,2 Prozent gestiegen ist. Ich habe meinen Kollegen Gruber schon einmal gefragt, aber er hat mir keine Antwort gegeben; er sagte mir, er wird meine Ausführungen bei den nächsten Lohnverhandlungen als Grundlage nehmen, gelt Sepperl, da kannst mir nicht erzählen, daß du euren Preiskatalog nicht kennst, allein die Hartmetallwerkzeugsteigerung bei Böhler möcht' ich nicht in Prozenten anführen, weil das für eine Weltfirma nicht gut wäre, wenn man das nennen würde. (Abg. Prensberger: „Das ist so bekannt!“) Bei der Generaldiskussion, da wart ihr ja so stark da in bezug auf die Wirtschaft, nur heute habt ihr eine sehr lange Anlaufzeit gebraucht. Aber bitte den Konsum habt ihr eingeworfen. Ich kenne das ja vom Kollegen Bammer. Er hat so nach einem neuen Referat geschnappt, jetzt hat er's, ich würde es ihm nicht mehr abnehmen, da könnt' er mir was zahlen dafür. Jetzt soll er doch beweisen, was man für Gesetze machen kann, warum nicht alles billiger wird, seitdem der Herr Landesrat Bammer von der SPÖ der Preisbehörde des Landes Steiermark vorsteht. (Landesrat Bammer: „Den Preis haben wir gut gemacht beim Fleisch!“ — Abg. Prensberger: „Beim Fleisch haben wir ganz gut abgebremst!“) Meine Damen und Herren. Wir haben einen geduldigen Präsidenten, lassen Sie mich weiterreden, bevor der Herr Präsident zu Klingeln beginnt. Ich habe am 5. Dezember ca. von 10 bis 12 Uhr die öffentlich ausgezeichneten Preise von Fleischwaren in Graz abschreiben lassen. Rindfleisch, Hinteres 88 Schilling, 86 Schilling, 75 Schilling, 69 Schilling. Die zwei teuren Preise sind von der Konsumfleischhauerei. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe es auch fotografieren lassen, damit nichts passieren kann. (Von der ÖVP: „Was sagt die Frau Ruper?“ — Abg. Gross: „Ich kann Ihnen 16 Fleischhauer nennen, bei denen das gleiche passiert ist!“) Meine lieben Freunde von der SPÖ... (Landesrat

Bammer: „Warum hast du denn nicht angezeigt?“) Ich habe mir vier von einem Grazer nennen lassen, der nicht gewußt hat, um was es geht und dort haben wir diese Aktion durchgeführt.

Schauen Sie, meine Frau schenkt mir zu Weihnachten eine neue Brieftasche. Sie wird etwas hintuntun. Ich lasse sie vergrößern, dann schenke ich jedem von Ihnen eine als Weihnachtsgeschenk. Was wollte ich damit sagen. Ich will Sie nicht angreifen. Will ich ja gar nicht. Das ist eine volkswirtschaftliche Weisheit, wenn die Kosten eines Betriebes steigen, ganz gleich ob er dem Staat gehört oder einem Privaten, muß sich das letzten Endes auf die Preise niederschlagen. Ich habe heute ein Loblied gehört auf viele Beamte. Dann muß ich eine schlechte Abteilung haben, denn lauter glänzende Beamte habe ich nicht. Ich habe ein paar ausgezeichnete Beamte, ein paar mittelmäßige und ein paar Nieten. Deswegen werde ich nie sagen, das sind Nieten. Wir verwahren uns dagegen, wenn der eine oder andere vielleicht in Gewinnsucht eine Handlung setzt, die nicht schön ist und man sagt dann: „Die Wirtschaft!“ Jetzt frage ich die Herren von der Gewerkschaft. Legen Sie die Hände auf das Herz. Haben Sie nicht auch hie und da einen dabei, von dem Sie sagen, ich schäme mich, daß ich den vertreten muß. Dort liegen die Dinge. Die Verallgemeinerung ist es, die das Klima in diesem Land vergiftet, meine Damen und Herren. Von dem sollen wir uns hüten. (Beifall bei der ÖVP.) Die soll man aufzeigen und die werden wir nicht schützen. Das können Sie mir glauben.

Der Landesrat Bammer hat die Möglichkeit, den gesamten Aktengang der Preisbehörde der letzten zehn Jahre zurückzuverfolgen. Dort liegen doch die Dinge.

Ganz kurz zur Mehrwertsteuer. Meine Vorredner haben die Dinge so klar dargelegt, daß ich nur mehr ein paar Scheffel Wasser in die Mur tragen kann. Ich sage Ihnen eines. Ich habe mich, seit die Mehrwertsteuer in Österreich zur Diskussion gestellt wurde, zur Mehrwertsteuer bekannt. Zu einer Zeit, wo ich in der Kammer dazu gestanden bin und andere hintenherum gezeigt haben, der ist blöd. Ich habe meine Gründe gehabt. Ich bin ganz gleicher Ansicht wie Ihr Finanzminister Androsch. Aber nur, wie er sie 1968 gehabt hat, aber zu der steht er heute nicht mehr. (Beifall bei der ÖVP.) Er sagte, ich zitiere eine sozialistische Zeitung, „Der Selbständige“, vom 31. Mai 1968. (Abg. Brandl: „Das ist ja schon verjährt!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) So schnell gehen bei euch die Wirtschaftsansichten über die Bühne? Er greift niemand an. Dort spricht Androsch als Fachmann und er greift niemanden an. Gehen Sie nicht gleich so in die Höhe. Nicht einmal die eigenen Genossen wollen sie hören, wenn man sie ihnen zitiert. Schämen Sie sich nicht. Er ist ein guter Mann. Dort sagte er: „Die Erfahrung zeigt aber, daß bei einer Umstellung sehr sorgfältig auf die kulturelle Situation Bedacht genommen werden muß, um nicht recht unerwünschte Nebenwirkungen auszulösen.“ Obwohl in Deutschland die Beratungen über das neue System sich über einen sehr langen Zeitraum erstreckt hatten, war zuletzt die Vorbereitungszeit vor allem für die Unternehmer zu kurz. Meine

Herrschaften, in der Bundesrepublik Deutschland hat man den Unternehmern 18 Monate gegeben und uns sechs. Und Sie haben heute schon gehört, bei den Durchführungsbestimmungen wissen wir nicht, wie sie ausschauen. Die bekommen wir erst. Lesen Sie doch die „Arbeiterzeitung“ vom 25. Juni 1968. Ich will sie Ihnen nicht vorlesen, weil Sie Ihrer eigenen Zeitung auch nicht glauben. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Um das geht es. Meine Damen und Herren. Ich darf noch einmal sagen, es hat keinen Sinn, die Dinge zu verallgemeinern. Wir haben Ihnen den Vorwurf gemacht, daß Sie die Wirtschaft krankjammern. Wir wollen sie nicht krankjammern. Wir bitten Sie, diese Wirtschaft nicht krankzuverwalten. Das ist unsere Bitte. (Beifall bei der ÖVP.) Lassen Sie uns den Freiheitsspielraum, den wir brauchen, laßt uns die Luft, die wir brauchen, um existieren zu können. Wir wollen niemanden krankjammern. (Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt schreit er wie ein Messeausrufer!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Schauen Sie, eine Zeitung, die sich selbst klein nennt, hat gestern geschrieben, beim Schreien hat mich der Gruber schon überholt. Das lasse ich mir nicht gefallen. Ich möchte auf die teilweise guten Ausführungen von euren Abgeordneten kommen. Wenn ich den Kollegen Gross anschau, dann denke ich mir, wenn er da redet, ist ja ganz klar... (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wenn er beim Wirtschaftsbund wäre, wäre das schön!“) Wir würden ihn nehmen. So engherzig sind wir nicht. Das würden wir machen. Solche Kapazitäten, wenn wir sie bekommen könnten, lassen wir nicht laufen. Ich weiß genau, er sagt das um der Parteidisziplin willen, was er selbst nicht glaubt. („Haha!“ von der SPÖ.) Das ist mir vollkommen klar. (Abg. Doktor Dorfer: „Das ist ein gläubiger Mensch, der Gross!“) Nun, in einem gebe ich Ihnen recht. Wir stehen sogar gegen die Ansicht meiner Partei. Als 1970 von der FPÖ verlangt wurde, das Preistreibe- und das Preisregelungsgesetz zu novellieren, war ich dafür und habe mich das öffentlich zu sagen getraut. Wissen Sie warum? Wenn ihr glaubt, mit den Gesetzen die Preise in Ordnung zu bringen, dann soll er sagen: Hansi Bammer, versuch's, du kriegst einen goldenen Sessel von mir, wenn es dir gelingt. (Von der SPÖ: „Bravo!“) Ich habe mit diesen Dingen zu tun gehabt. Mir ist es nicht gelungen. Schauen Sie, ich kann eine gewisse Warengruppe zwingend einbinden. Ich kann eine Preisbindung sofort vollziehen, wenn ich Bezugsscheine ausbebe, das heißt, wenn ich keinen freien Warenlauf zulasse. Wir haben es selber erfahren. Ein Paar Schuhe auf dem Bezugsschein haben 2,5 Mark gekostet, am Schwarzmarkt hat man 12 Mark bezahlt und hat sich auch nicht aufgeregt darüber. So sind die Dinge. Sie liegen im Zusammenwirken aller volkswirtschaftlichen Kräfte, im Erkennen, daß die heutige Volkswirtschaft halt ein gemeinsames Boot geworden ist. Wenn wir hineinfallen, ersaufen Sie als Arbeitnehmer genauso wie wir als Arbeitgeber. Ersaufen wollen wir doch alle nicht. Ich kann gar nicht schwimmen. Das kommt auch noch dazu. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Warten Sie auf die Engländer, die werden absaufen!“) Lieber Landeshauptmann-

stellvertreter! Jetzt kommt er auch wieder mit den Engländern. Mein Gott, mein Gott. Wir von der Wirtschaft anerkennen die Struktur. Wir halten sie für notwendig. Wir sagen immer, wenn es sie nicht gäbe, sie müßte sofort geschaffen werden, die meiner Ansicht nach vorzüglich organisierte Gewerkschaftsbewegung in Österreich. Ich habe in der Gewerkschaftszeitung von einer Studienreise von Gewerkschaftsfunktionären gelesen, die in England waren. Das Urteil — ich hätte es fachlich nicht so aussprechen können, weil ich es nicht so verstehe — war hinreißend. Es will keiner nachmachen. Eines muß euch auch klar sein. Einmal Industrie verstaatlichen, einmal entstaatlichen, dann wieder verstaatlichen, das hält keiner aus. Die ÖVP hat sich seit 1945 zur verstaatlichten Industrie bekannt. (Zweiter Präsident Ileschitz: „Wir auch!“) Ja warum streiten wir dann darum. Meine Damen und Herren, um was geht es uns? Und ich könnte mir vorstellen, wenn heute die Regierung XY — nur dürfte sie nicht rot sein — in Wien sitzt und man würde den Zirkus machen, den man heute mit der Verstaatlichung macht, mit Recht würden Sie auf die Straße gehen, nur heute dürfen Sie es nicht, das ist der Unterschied. (Beifall bei der ÖVP. — Zweiter Präsident Ileschitz: „Die Fusion ist doch miteinander beschlossen worden!“)

Meine Damen und Herren, ich möchte eines noch ins richtige Licht stellen und zwar nur, weil es hier etwas verzerrt dargebracht wurde und der ehemalige Bürgermeister aus Kindberg dem Kollegen Bammer darüber nicht Einsagen machen will, die nicht stimmen und die Sie im Eröffnungsprotokoll des Schrack-Werkes nachlesen können. Sonst sag' ich gar nichts, weil es einem Regierungsmitglied nicht ansteht, zu sagen, ich habe das gemacht. Wir sind für alle da, für Kindberg, für Wartberg, für Knittelfeld und Judenburg, wir sind für dieses Land da und wir haben auf die Verfassung dieses Landes einen Eid abgelegt; aber zu sagen, wir waren die ersten, ist ja auch etwas kindisch, wenn man es genau weiß, daß es anders war. Meine Bitte, meine Damen und Herren, verlieren wir doch bei diesen Dingen bei aller politischen Auseinandersetzung — und was wäre denn eine Demokratie ohne Partei? —, sie muß ja sein und sie soll sein — nicht das Bindende und ich möchte meine Worte schließen mit einem Ratschlag, den mir der damals bereits todkranke Dipl.-Ing. Figl, Landeshauptmann von Niederösterreich, gab. Wir hatten eine Veranstaltung und ich durfte als eines der jüngsten Regierungsmitglieder damals den Landeshauptmann, Bundeskanzler a. D., von der niederösterreichischen Seite auf die steirische Seite herüberführen. Da blieb er stehen und wir redeten über das eine und das andere und er sagte, zu einem darf es nicht mehr kommen, daß die Politiker, ganz gleich aus welchem Lager, sich in diesem Land auf keiner menschlichen Ebene mehr finden. Das wäre der Untergang der Zweiten Republik. (Beifall.)

Präsident: Ich gratuliere dem Herrn Landesrat Peltzmann, daß er heute, an seinem 52. Geburtstag, sich uns mit dem Temperament eines 25jährigen präsentierte. (Beifall.) Ich möchte mit dieser Gra-

tulation die Glückwünsche des Hohen Hauses unserem lieben Freunde ausgesprochen haben. Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Verehrte Damen und Herren! Wenn die Budgetdebatte in die Zielgerade gelangt, kommt naturgemäß auch der Fremdenverkehr an die Reihe. Wenn ich so ein wenig im Saale herumblicke, dann verstehe ich, daß Sie das Bedürfnis nach Erholung haben und dann verstehe ich, daß Sie sagen, jetzt ist einmal bald Zeit, daß es aus ist, daß wir wieder in unsere heimatlichen Gefilde zurückkehren können. Aber Ihnen kann ich es trotzdem nicht ersparen, daß ich noch, etwa in der gleichen Kürze wie es Toni Peltzmann gemacht hat, zu ein paar Fragen des steirischen Fremdenverkehrs Stellung nehme. Ich möchte aber zunächst einmal gewohnheitsmäßig auf das eingehen, was in der Diskussion von mehreren Rednern heute hier angemeldet und zum Ausdruck gebracht wurde.

Herr Abg. Klobasa, Sie sind der Meinung, es sei zwingend notwendig, ein Fremdenverkehrsgesetz und, wenn ich es richtig verstanden habe, ein Fremdenverkehrsförderungsgesetz hier im Hohen Hause zur Beschlußfassung vorzulegen. Ich darf Ihnen zunächst einmal sagen, wir haben uns mit der Frage eines solchen Entwurfes schon längere Zeit beschäftigt. Wir haben auch das Fremdenverkehrsgesetz von Salzburg, von Kärnten studiert, ich habe auch Gelegenheit gehabt, mit Kollegen dieser Bundesländer einen Gedankenaustausch zu führen, auch mit Bürgermeister von Fremdenverkehrsgemeinden in beiden Bundesländern und soweit ich jetzt mir einen Überblick darüber verschafft habe, möchte ich zumindest sagen, die reine Glückseligkeit ist ein Fremdenverkehrsgesetz jedenfalls nicht. (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber die Vorstufe dazu!“) Jedenfalls gibt es dort so viele Stimmen, die sagen, solange Sie es verhindern können, sollten sie es verhindern. Und zwar mit einer sehr wichtigen Argumentation. Solange der Fremdenverkehr sich in Aufrüstung befindet, soll man ihm nicht gesetzliche Fesseln anlegen. Das ist die Meinung. Man soll den Zeitpunkt hierfür richtig tempieren. Das, glaube ich, werden wir auch in diesem Falle bei uns in unseren Überlegungen für die Vorlage eines solchen Gesetzes ins Auge fassen. Und was das Förderungsgesetz anlangt, so glaube ich zumindest so viel Phantasie zu besitzen, um zu wissen, was Sie damit verfolgen werden oder möchten. Sie sind der Meinung, es wäre zweckmäßig, dem Referenten eine gewisse Fessel anzulegen, wie er etwa die Mittel einteilt. Ich möchte dazu folgendes sagen: Ich kann persönlich keinen Groschen ausgeben, eigenmächtig, den nicht die Regierung beschließt. Und die Regierung hat bisher den Ansätzen, den Vorschlägen und den Anträgen, die ich gestellt habe, jedesmal — ich kann mich nicht ein einzigesmal entsinnen, daß wir einen Mehrheitsbeschluß gefaßt hätten — einstimmig zugestimmt. Daraus konnte ich zumindest mit Berechtigung ablesen, daß das weitestgehend richtig gewesen ist, wobei ich gerne einräume, daß es da und dort sicherlich darüber einen Streit geben

könnte, ob wir es nicht vielleicht anders, in einem Fall mehr und in dem anderen Fall weniger tun hätten können. Diese Frage lasse ich gerne zu, weil ich der Auffassung bin, und ich habe das schon vor Wochen hier gesagt und jetzt wiederhole ich es. Meine Damen und Herren, es nützt ja gar nichts, wir können nicht Fremdenverkehr im Landtag und nicht auf der Regierungsbank machen. Fremdenverkehr spielt sich in den Gemeinden draußen ab, in den Betrieben, in der Privatzimmervermietung, wenn Sie wollen, auf dem Campingplatz, Fremdenverkehr spielt sich ab in der Initiative derer, die draußen bereit sind, sich mit der Sache zu befassen und die bereit sind, sich dort einzusetzen. Wenn die das wollen, wenn sie uns Vorschläge hereinbringen, wenn wir feststellen, daß Initiativen entwickelt werden, dann fällt uns die Förderung leicht. Aber es gibt auch Leute, die der Auffassung sind, wir müßten hinauskommen, wir müßten an Ort und Stelle alles besorgen, nach Möglichkeit die ganzen Förderungsbeträge hinlegen und vielleicht auch noch zusätzlich etwas anderes und dann sei eigentlich Fremdenverkehr gemacht. Das ist nicht möglich. Es gibt keine Förderung, ich stelle das ausdrücklich fest, die nicht von der Voraussetzung ausgeht, daß zuerst einmal den Löwenanteil eines Projektes derjenige tragen muß, der das Projekt dort selbst verfolgt. Ob es der Bau eines Schwimmbades ist oder der Bau eines Hallenbades, eines Tennisplatzes, um Beispiele zu nennen, gar nicht zu reden von den Betrieben, die investieren, die Voraussetzung ist, er muß einmal zuerst selber Mittel auf den Tisch legen, ehe wir bereit sind mitzufördern. Und daher würde ein Fremdenverkehrsförderungsgesetz zu gar nichts führen, denn die Budgetansätze, wenn Sie das aufmerksam durchlesen, so werden Sie feststellen, ich kann etwa mit der Schwimmbäderpost nicht Tennisplätze fördern, um nur ein Wort zu sagen, ich kann mit der Campingplatzpost nicht Wanderwege fördern, sondern ich bin schon ohnehin auf ein Geleise gestellt, auf dem ich zu fahren habe. Innerhalb dieser Bandbreite, wenn Sie wollen, braucht auch der Referent eine bestimmte Bewegungsfreiheit. Das zu dieser Frage.

Sie haben dann das Problem angeschnitten Bad Gleichenberg und daß die Landesregierung von der Pensionsversicherungsanstalt das Haus gekauft hätte. Es ist nicht Schuld der Landesregierung, wenn die Pensionsversicherung ihren Betrieb dort stillgelegt hat. Sie hat angekündigt, sie wird ihn stilllegen, ohne Rücksicht darauf, ob nun das Land oder wer immer dieses Haus kauft. Und es ist weiters festzustellen, es wurde dann die Argumentation gebracht, ja, weil die Kurkommission oder die Kur-AG nicht die Heilmittel zurücklasse im Haus selbst, ja da darf ich Ihnen jetzt sagen, in Bad Hall wird es auch aufgelassen, obwohl dort die Heilmittel im Hause sind. Ich habe das eigens deshalb prüfen lassen. Und zwar wurde eben festgestellt, wir haben hier eine Konzentration vorgenommen und daher führen wir diese Form von Betrieben nicht weiter. Es hat gar keinen Zweck daraus etwa sagen wir ein Politikum zu machen, ich glaube, wir können froh sein, das sage ich jetzt ganz bewußt, daß dieses Haus vom Land erworben wurde, daß es der Landesberufsschule für das Gastgewerbe zur

Verfügung gestellt ist und daß wir damit auch den Ansturm der Lehrlinge, der erfreulicherweise sehr groß ist, zumindest jetzt ausweiten und bewältigen können. Ich betrachte das auch für Bad Gleichenberg in weiterer Folge als einen bestimmten wirtschaftlichen Fortschritt. Jedenfalls sind natürlich die Übernachtungsziffern in einem bestimmten Umfang gesenkt. Ich weiß, daß auch die Kur-AG. sicher zu leiden haben wird. Aber andererseits muß man sagen, wenn man von einer Sache ein wenig die Vergangenheit ausleuchtet, daß Gleichenberg einen enormen Aufstieg in den letzten zehn Jahren zu verzeichnen gehabt hat, vielleicht einen Aufstieg wie keine Kur- und Fremdenverkehrsgemeinde in der Steiermark, daß jetzt eine gewisse Umstrukturierung dortselbst Platz greift. Das weiß ich deshalb sehr genau. Die Betriebe, die sich modernisiert haben, die die Qualität pflegen, die sind vollkommen in Ordnung. Die Betriebe, die geglaubt haben, man könnte es so tun, wie man es vor einer Generation getan hat, die mußten zur Kenntnis nehmen, die Rechnung geht nicht auf. Wir sehen hier, daß sie langsam draufkommen, man muß sich in diesem Zusammenhang auch den Wünschen der Gäste anpassen.

Was den Wunsch anlangt nach langfristigen Krediten — Vergleiche mit Spanien und Italien wurden angeführt —, so darf ich sagen, wir haben 20jährige Kredite. Der ERP-Kredit wird auf 20 Jahre gewährt. Es ist nur die Frage, daß wir diese Kredite nicht in dem Umfang zur Verfügung haben. Es ist kein Vorwurf. Hier reicht es nicht. Dazu kommt noch, daß wir 7 verschiedene Arten von Krediten für die Fremdenverkehrswirtschaft an und für sich zur Verfügung haben; 3 im Land und 2 bei der Kammer und neuerdings noch 2 im Bund, während wir bei den Zinsenzuschüssen jeweils zwischen dem Bund und Land gemeinsam die Zinsenzuschüsse bewältigen. Das hat sich bewährt. Ich kenne die Wünsche der Fremdenverkehrswirtschaft nach verbesserten Kreditbedingungen. Ich habe hier nur eines zu sagen: Ich bekenne mich zum Beispiel zu dem Stabilitätsabkommen, ich bekenne mich dazu, daß es nicht gut ist, wenn unentwegt nur hineingebblasen wird. Wenn wir fernab von jeder Brillenfärbung das betrachten, wenn wir den Mut hätten, das auch aus der volkswirtschaftlichen Situation zu sehen, dann müssen wir uns doch alle, jeder selber an seine eigene Brust klopfen, wieviel er dazu beigetragen hat, daß diese Auftriebstendenzen entstanden sind. Wenn jeweils geredet wird, „Kaufen Sie jetzt, denn in 3 oder 5 Monaten wird es wieder teurer“, dann entsteht der Teufelskreis, mit dem niemand mehr fertig wird. (Abg. Prensberger: „Das ist es!“) Das muß auch gesagt werden.

Wenn wir jetzt zu der Creditsituation kommen, dann glaube ich folgendes feststellen zu können: Ich sage es jedem einzelnen Kreditwerber, sie müssen sich zuerst überlegen, denn der Kredit ist kein Geschenk, sondern er ist für sie eine Belastung insofern, weil sie ihn auf den Groschen genau zurückzahlen müssen. Auch wenn sie von der Spekulation ausgehen, daß er in einer gewissen Zeit eine Entwertung erfährt, so nützt das gar nichts. Am Ende muß er ihn mit Zinsen und Zinseszinsen zurückzahlen. Es soll sich das in jener Ordnung bewegen, von

der ich glaube, daß sie volkswirtschaftlich vertretbar ist. Nämlich beim einen fängt es an, daraus entsteht eine Lawine und am Ende entsteht das, was wir alle gemeinsam ganz sicher nicht wollen. Ich gebe mich ganz bewußt nicht auf eine Betrachtungsebene, von der man sagen könnte, daß sie eine Brillenfärbung hätte, weil ich mir darüber im klaren bin, daß der Lernprozeß und die Bemerkung möchte ich mir nicht ersparen, ein großartiger Lernprozeß für unsere Demokratie ist. Das ist der enorme Vorteil . . . (Landesrat Dr. Klausner: „Aber ein Plagiat, das hat schon der Landeshauptmann Krainer gesagt!“) Es ist ein großartiger Lernprozeß deshalb, weil wir das alles in vielen Jahren in diesem Haus verteidigt haben und weil Sie jetzt zum Glück fast annähernd die gleiche Sprache sprechen, die wir vor 1970, als es um die Vertretung dieser Dinge ging, sprachen. Ich glaube, das ist ein sehr großer Fortschritt. Wenn sich die Verhältnisse ändern und sie werden sich ändern, werden wir uns viel leichter finden und treffen. Ich könnte jetzt ein Wort sagen und ich weiß, es ist sehr gefährlich, weil verschiedenes herausgelesen werden könnte. Es zeigt sich halt immer mehr und ich darf als politisch denkender Mensch auch ein politisches Argument sagen, daß eine Einparteienregierung in unserer Republik leider auf die Dauer gesehen überfordert ist. Das scheint jetzt so langsam sichtbar zu werden. Wir werden Überlegungen anstellen müssen. Das wird nicht unsere Aufgabe sein, das wird der Wähler zeitgerecht besorgen, weil er draufkommt, er hat das eine probiert, er hat das andere probiert, er hat vorher etwas Drittes probiert und er wird draufkommen, daß es vielleicht auch andere Konstruktionen gibt. Sie haben sich berufen auf den verstorbenen Landeshauptmann. Er hat nicht von ungefähr in einer sehr bitteren Stunde unserer Partei gesagt — nicht von ungefähr, da steckt eine Lebenserfahrung und eine politische Erfahrung drinnen, die sich über einen großen Bogen erstreckt —, daß es doch zweckmäßiger wäre, zu einer Regierungsform, wie sie die Schweiz hat, zu kommen. Glauben Sie, daß es auf die Dauer möglich sein wird, daß wir gegen Sie irgendwo regieren oder auf der anderen Seite Sie gegen uns? Hier sind zwei große traditionelle Lager. Wir leben miteinander. Wir müssen miteinander auskommen. Wir haben es einmal probiert, nicht miteinander auszukommen. Dann haben wir gesehen, wohin das führt. Wir haben gemeinsam diese Zeche bezahlt und aus diesem Grund wird es gut sein, wenn wir auch hin und wieder einmal, fernab von politischen Leidenschaften, ein wenig zurückkehren zu den Überlegungen und wenn Sie wollen, selber sagen, was möglich ist und was drinnen liegt. Ich habe diesen Ausflug nur unternommen, obwohl er nicht hieher gehört, aber ich wurde angeregt durch diese Wünsche. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ausflüge gehören zum Fremdenverkehr!“) Abgesehen davon, daß ich für diese Bemerkung dankbar bin, ist der Fremdenverkehr ja in der Fachsprache mit dem Begriff der Ortsveränderung verbunden.

Nun darf ich vielleicht noch Herrn Kollegen Klobasa ein Wort sagen zur Frage des Hallenbades Feldbach. Damit hänge ich alles das an, was in diesem Zusammenhang anzuhängen ist. Ich lese keinen

Vorwurf heraus. Sie wollen, daß man es fördert. Wir fördern vom Fremdenverkehr naturgemäß zuerst Hallenbäder, Freibäder, Badeseen in Fremdenverkehrsgemeinden, denn der Sinn ist, daß wir dort das Angebot verbessern. Natürlich gibt es Gemeinden, die mit dem Fremdenverkehr nichts zu tun haben, aber die auch ein Hallenbad bauen. Ich denke an eine Gemeinde, die mir einiges zu schaffen gemacht hat. Das ist Trieben. Trieben haben wir nicht so gefördert wie etwa Ramsau. Denn Trieben ist eine Industriegemeinde. Aber die Ramsau ist eine Fremdenverkehrsgemeinde, die vom Fremdenverkehr lebt. (Abg. Zinkanell: „Einzugsgebiet Hohentauern!“) Schau, da werde ich gleich etwas sagen dazu. Mit dem Einzugsgebiet, das ist ein Schlagwort. Das ist ein Schlagwort deshalb, weil wir genügend Vergleichsmöglichkeiten haben. Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß die Leute sozusagen 100 oder 50 km fahren, um in ein Hallenbad gehen zu können. Wir wissen es aus den Untersuchungen. Ich sage Ihnen ein Beispiel. Es ist so, daß die Leute, die im eigenen Haus das Hallenbad haben, es nicht benützen. Aber sie haben die Gewißheit, daß sie schwimmen können, wenn sie wollen. Wir wissen auch ganz genau, daß viele Gäste sagen, sie möchten dort schwimmen, aber sie wollen nur wissen für den Fall, daß es gewünscht wird, daß sie es können. Aber wenn es nicht dort ist, dann haben wir gewisse Schwierigkeiten.

Feldbach ist für uns nicht das, was wir eine Fremdenverkehrsgemeinde nennen. Feldbach ist eine Bezirksstadt mit Handel, Gewerbe, Handwerk, sogar mit Industrie und wir werden im Rahmen auch dieser Angemessenheit das Hallenbad von Feldbach mitfördern. Jedoch nicht in dem Umfang wie in einer Fremdenverkehrsgemeinde. Das muß auch gesagt werden.

Nun, der Kollege Dr. Dorfer wünscht begünstigte Kredite für den Küchenbetrieb und urgiert das Fremdenverkehrsgesetz. Darf ich dazu folgendes sagen:

Erstens, wir fördern mit billigen Krediten nur mehr Fremdenverkehrsbetriebe, die zwei Voraussetzungen erfüllen, erstens daß sie im eigenen Betrieb den Küchenbetrieb haben und zweitens, wenn sie Fremdenzimmer machen, daß sie den Komfort und Standard haben, den wir nicht nur für jetzt, sondern für die Zukunft brauchen, also Badezimmer, Dusche, sanitäre Anlagen, die heute Voraussetzung und gang und gäbe sind. Wenn diese Voraussetzungen der Kreditwerber nicht erfüllt, dann scheidet er bei uns mit der Förderung durch einen Kredit von vornherein aus. Nur so können wir es lenken, daß wir nicht in die berühmte Schere kommen, immer mehr Betten und immer weniger Küchenkapazität und am Ende sind wir jener Gefahr ausgesetzt, die in so vielen Fällen schon eingetreten ist. Wir kennen das aus Beispielen in Nachbarbundesländern, wo sie nicht mehr in der Lage sind, den Gast in der Form zu befriedigen, wie er es, gerade was das Essen anlangt, wünscht.

Zum Apartmentbau nehme ich noch gesondert in meinem übrigen Referat Stellung.

Und nun, Herr Abg. Laurich, auch hier, glaube ich, darf ich sagen, wir werden im heurigen Jahr nicht

im Herbst, sondern jetzt bzw. in den nächsten Wochen mit einem Seminar beginnen. Es ist ein Versuch, mehr sage ich nicht, weil ich erstens einmal selbst auf eine gewisse Erfahrung neugierig bin, die wir in diesem Zusammenhang sammeln und weil ich feststellen möchte, ob das notwendige Interesse vorhanden ist. Zuerst wird gerufen, wir möchten geschult werden, wir möchten unterwiesen werden und dann, wenn wir so ein Seminar ansetzen, möchten wir nicht vor einem gähnend leeren Saal stehen. Wir werden diesen Versuch einmal unternehmen, weil es zweifelsohne von Nutzen ist zu wissen, ob wir auf dem Gebiet etwas tun können.

Und nun, Herr Abg. Götz, was die Frage anlangt Steigerung der Qualität, Verhältnis Küche und Bettenangebot, habe ich bereits beantwortet. Was das Fremdenverkehrsgesetz anlangt, habe ich die Stellungnahme abgegeben, was den Fremdenverkehrsbeirat anlangt, so darf ich also sagen, daß ja der Landesfremdenverkehrsverband das demokratische Forum ist, in welchem wir uns laufend über Fragen, die den steirischen Tourismus bewegen, unterhalten. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, ich lade Sie ein, in diesem Vorstand mitzuwirken. Es würde dies auch eine Bereicherung des Vorstandes sein.

Und nun, meine Damen und Herren, zur Frage, die ja immer wieder unentwegt zur Diskussion geworfen wird, nämlich die Frage der sogenannten Schwerpunktbildung auf der einen und das sogenannte Gießkannenprinzip auf der anderen Seite. Jeder will den Schwerpunkt, wenn er bei ihm stattfindet, nur wehe, wenn er woanders stattfindet, dann ist der Schwerpunkt falsch, dann ist er nicht überlegt, dann ist er nicht durchdacht und was weiß ich. Also wir wissen beiläufig, daß es Projekte gibt, die ohne Schwerpunktbildung nicht möglich sind, aber ich muß es doch auch sagen, auch das Gießkannenprinzip hat seine nützliche Methode, denn viel Gemüse in diesem Lande könnte nicht gedeihen, wenn nicht die Gießkanne zur Hand genommen würde. Das gilt auch für den Fremdenverkehr. Ich muß Ihnen das sagen, denn es würden viele Wanderwege nicht gebaut, viele Ruhebänke nicht aufgestellt, viel Blumenschmuck nicht gemacht werden, nicht Tennisplätze gebaut werden, nicht Schwimmbäder, wenn nicht überall Bereitschaft da wäre, mit einem Wort da mitzutun und nur zu fördern wie halt alle diese Dinge, natürlich kann man in den Verdacht kommen, ha, das ist ein Gießkannenprinzip. Das ist das Prinzip, viele Dinge anzugehen und sie voranzutreiben; daß wir in dieser Frage richtig gelegen sind, zeigen ja auch die Ergebnisse, zu denen ich in wenigen Minuten noch etwas sagen kann.

Und nun, Herr Abg. Brandl, die Privatzimmervermietung. Die Frage eines Privatzimmervermietungsgesetzes; dazu darf ich also folgendes sagen. Ich habe immer einen Horror, wenn nur nach Gesetzen gerufen wird, denn das alles ändert ja nichts an der Situation, die Privatzimmervermietung ist eine gegebene Tatsache, sie hat sich in diesem Lande eingebürgert, sie ist auch, wenn Sie wollen, stärker im Kommen. Ich würde mir wünschen und dort haben wir leider keinen Einfluß, auch wenn wir ein Gesetz schaffen würden, haben wir keinen Einfluß, daß auch das Angebot, das die Privatzim-

mervermietung hat, ebenfalls mit dem Angebot der gewerblichen Fremdenverkehrswirtschaft in der Qualität mithält. Das können wir nicht beeinflussen, weil die Privatzimmervermietung keine billigen Kredite bekommt, grundsätzlich davon ausgeschlossen ist. Also, es würde uns das auch nichts nützen. Ich will aber das niederösterreichische Privatzimmervermietungs-gesetz genau studieren, vielleicht ist es eine zusätzliche Anregung. Das sind die Anfragen, die gestellt wurden und nun in wenigen Sätzen zur Frage des abgelaufenen Fremdenverkehrs-jahres. Meine Damen und Herren, wir haben also 1971/72 überzeugend die 8-Millionen-Übernachtungsgrenze überschritten. Davon 6 Millionen im Sommer und 2 Millionen im Winter. Aber vor allem ist in dem abgelaufenen Fremdenverkehrs-jahr eines aufgetreten und ein Umstand, auf den wir mit einiger Genugtuung sehen, nämlich die Steiermark kriegt auch langsam den Ausländerfremdenverkehr in den Griff. Wir haben im heurigen Jahr eine Zunahme des Ausländertourismus, die weit über dem Bundesdurchschnitt liegt, nämlich bei 12 Prozent. Und es ist gegenwärtig etwa so, wenn ich das Jahresergebnis etwa aufteile auf Inländer- und Ausländer-gäste, das sind 70 Prozent Inländer und schon 30 Prozent ausländische Gäste, wobei das eine Steigerung innerhalb der letzten drei Jahre von 21 Prozent auf 30 Prozent ist. Das ist also ein enormer Zuwachs, wobei ich auch sage, daß die Ausgewogenheit des inländischen und ausländischen Gastes auch von uns in unseren fremdenverkehrs-politischen Bestrebungen verfolgt wird, weil wir der Meinung sind, wir sollten dem Österreicher zu-reden, soweit als möglich seinen Urlaub auch im eigenen Lande zu verbringen, wobei wir gar nichts einzuwenden haben, wer auch in alle Welt geht, aber ich bin immer der Meinung, daß der Inlands-gast so etwas ähnliches wie eine eiserne Ration im Fremdenverkehr darstellt. Das hat sich bewährt und wir sind damit letzten Endes auch gut gefahren. Wir haben aber im heurigen Jahr auch festgestellt, daß die extremen Wetterbedingungen uns Schwierigkeiten gemacht haben. Und hier, glaube ich, ist auch eine Erkenntnis, hier setzen wir den Schwerpunkt, das darf ich Ihnen in diesem Zusammenhang ankündigen, nämlich, daß die erforderlichen Schlechtwettereinrichtungen, die wir für den Tourismus brauchen, nun auf Grund auch vor allem der Erkenntnisse des heurigen Jahres forciert werden. Sie werden nicht zuletzt auch deshalb forciert, weil es sich herausstellt, die Leute stört das gar nicht, wenn es einmal regnet, oder wenn es länger regnet und wenn das Wetter nicht berühmt ist, sie wollen nur die Möglichkeit haben, daß sie sich beschäftigen können. Und daß sie sich beschäftigen können, das bedeutet, daß wir Schlechtwettereinrich-tungen schaffen müssen.

Und nun zum Hallenbadbau. Wir haben Hallen-bäder im Bau zur Zeit in Hartberg, in Wenigzell und in Gleichenberg, Feldbach ist bereits genannt worden, wir haben vielleicht eines der schönsten Hallenbäder, das hat der Herr Landeshauptmann im heurigen August in der Ramsau seiner Bestimmung übergeben können, aber wie es schon mit einem solchen Bau eines Hallenbades ist, meine Damen und Herren, die Projektierung und alles, was wir

an Offerten gesehen haben, hat 12 Millionen Schilling ausgemacht und wie es dann fertig war, hat es leider 20 Millionen Schilling gekostet. Aber es geht nicht um die Frage des Hallenbadbaues als solches, sondern es geht immer um die Frage, ob wir in der Lage sind, die Betriebskosten eines Hallenbades zumindest abzudecken. Ein Hallenbad dieser Größenordnung kommt im Jahr auf etwa 3500 bis 4000 Betriebsstunden. Die Betriebsstunde eines 25-m-Beckens liegt nun einmal bei 200 bis 220 Schilling, man kann sich also ausrechnen, daß das nahezu 8 bis 900.000 Schilling sind, die im Jahr allein an Betriebskosten anfallen. Die Betriebskosten müssen natürlich durch die Führung des Hallenbades hereingebracht werden. Es gibt Beispiele jetzt schon zur Genüge, wo die Betriebskosten nicht mehr hereingebracht werden. Daß wir das nicht aus Förderungs-mitteln abdecken können, das muß — glaube ich — nicht näher betont werden. Deshalb gehen wir davon aus, daß ein Hallenbad nur als Zentral-hallenbad gebaut werden kann in einem Gebiet, wo mindestens 25 bis 30.000 Einwohner da sind, wenn wir es vom Tourismus her sehen, dann müssen es wenigstens 100.000 Übernachtungen pro Jahr sein, das ist, wenn Sie wollen, die unterste Grenze, von der aus man ein solches Risiko eingehen kann. Denn eines hat sich herausgestellt in Fremdenver-kehrsgemeinden, man geht immer davon aus und sagt, ja es werden ja viele Einheimische ins Hallen-bad gehen. Ich sage Ihnen die Statistik. Bei den 100.000 Übernachtungen sind 97 Prozent Gäste, die dort hingehen und nur 3 Prozent Einheimische, das ist nämlich die Wahrheit. Und mit 3 Prozent Ein-heimischen kann man kein Hallenbad führen. Wenn man es sich leisten kann, ist gar nichts zu sagen und daher muß ich also sagen, ich habe immer ein bißchen Bedenken auch im Falle Feldbach, denn das bedeutet naturgemäß in weiterer Folge für die Gemeinde, für die Stadtgemeinde eine enorme jähr-liche Ausgabe, die sie nicht so ohneweiters bedek-ken kann.

Wir haben auch den Freibadbau forciert und auch unsere Freizeitseen. Wir haben zur Zeit Freibäder im Bau in Arnfels, in Oberwölz, in Leutschach, in Gnas und in St. Georgen ob Murau, wir haben den Freizeitsee auf der Teichalm knapp vor der Voll-endung und wir projektieren den Freizeitsee in Kumberg. Das Beispiel des Stubenbergsees, der war ein solcher Schwerpunkt, was man im Fremden-verkehr zustande bringt und was das für ein Ge-biet bedeutet. Wir haben damit nicht Stubenberg wirtschaftlich aufgerichtet, sondern, man kann ruhig sagen, das befruchtet einen Umkreis von wenigstens 30 Kilometern. Es hat sich jedenfalls hier gezeigt, hier einen Schwerpunkt zu setzen war außerordent-lich nützlich.

Und nun, meine Damen und Herren, darf ich auch noch von einer erfreulichen Sache berichten, in weiterer Folge, ich hatte Gelegenheit im vergange-nen Jahr, in New York mit einer Reihe von Reise-büromanagern Gespräche zu führen, und bei der Gelegenheit bin ich auf einen Mann gestoßen, der für die Schweiz und für Holland die amerikanischen Radfahrklubs angezapft hat, und so haben wir ab dem heurigen Mai auch eine Luftbrücke New York—Zürich—Salzburg—Graz zustande gebracht und wir

haben zum erstenmal mehrere hundert Amerikaner hier gehabt aus amerikanischen Radfahrklubs, die acht Tage in Graz sich aufgehalten haben und weitere acht Tage in Bad Gleichenberg und die bei der Gelegenheit dann jene Straßen mit ihren Fahrrädern bevölkert haben, die sie ja drüben nicht in der Form zur Verfügung haben. Und ich darf Ihnen mitteilen, daß wir im nächsten Jahr wahrscheinlich eine Verdreifachung der Kapazität auf diesem Gebiet auch durchsetzen. Es hat sich gezeigt, daß wir hier also auch einen sehr großen Markt eigentlich jetzt anzapfen könnten.

Was wir im weiteren Ausbau und Aufbau des Tourismus sehen, das ist der Ausbau unserer touristischen Infrastruktur, alles das, was bereits im Budget seinen Niederschlag gefunden hat. Und wir gehen immer davon aus, daß die Hebung der Qualität eigentlich die entscheidende Basis für den Ausbau unserer weiteren Fremdenverkehrsbestrebungen ist.

Und nun, meine Damen und Herren, zu dem Problem, das ja mehrfach genannt wurde in der heutigen Diskussion und das auch in der Öffentlichkeit, glaube ich, Freunde und Gegner dieser Sache bewegt, nämlich der Apartmentbau. Wir müssen einmal zunächst bei dieser Problematik vier Dinge unterscheiden. Das erste sind einmal die Wochenend- und Ferienhäuser, die in den letzten 15 Jahren errichtet wurden und von denen ich sage, daß sie ganz entscheidend zur Zersiedelung unserer Landschaft beigetragen haben. Das muß festgestellt werden. Das zweite, das sind die Apartmenthäuser auf der Basis des Wohnungseigentums, die nicht nach dem Prinzip eines Hotels oder einer Gaststätte geführt werden, und das dritte sind Apartmenthäuser, die weitervermietet werden, und das vierte sind Apartmenthotels auf der Basis des Hotelbetriebes. Und jetzt müssen wir bitte davon ausgehen, warum und weshalb sind wir gegen eine bestimmte Form dieser Zersiedelung und vor allem dieses Apartmentbaues. Ich muß das ausdrücklich jetzt einmal doch auch heute hier etwas näher erläutern. Meine Damen und Herren, was werden wir vor allem heute und morgen im modernen Tourismus dem Gast anbieten können? Neben vielen Dingen, die er wünscht, ist und bleibt es die Landschaft. Ohne unsere Landschaft wird es keinen Tourismus geben. Und wenn wir beginnen, diese Landschaft langsam zu zerstören, dann müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, daß wir die Basis des Fremdenverkehrs zerstören und damit auch die Basis eines Wirtschaftszweiges, der heute jedenfalls zur Wachstumsbranche Nr. eins in Österreich gehört. Das ist ja allgemein bekannt. Und ich freue mich über die Einstellung, die ich auch in agrarischen Kreisen gefunden habe. Es hat mir kein Geringerer als Präsident Koiner in einem Gespräch gesagt, daß er der Meinung ist, er kann nicht gutheißen, daß ein oder zwei Mann ein Bombengeschäft machen beim Grundstückverkauf und damit einer ganzen Gemeinde die Basis dafür entziehen, daß eine Gemeinde wegen der entstehenden Zersiedelung nicht mehr die Möglichkeit hat, das zu tun, was wir für die Erhaltung der Landschaft brauchen. Warum ich das sage? Es stehen mir die letzten Untersuchungen eines deutschen Marktforschungsinstitutes über die

Fremdenverkehrswerbung zur Verfügung. Es wurden Deutsche gefragt, was sie vor allem bewegt, nach Österreich zu fahren. Und wenn Sie dann hören, daß sie sagen, die Landschaft führt mit Abstand als erstes als das Reiseziel Österreich, als das zweite, das ist erstaunlich, daß es das angenehme Klima ist und das dritte wird gesagt, das korrespondiert damit, die Ausflugsmöglichkeiten. Und wenn ich das addiere, dann sind es nahezu 95 Prozent aller Befragten, die sagen, ich fahre nach Österreich wegen der Landschaft, die ich dort antreffe. Und diese Landschaft wollen wir Zug um Zug zerstören und in Frage stellen? Das ist das eine. Das zweite, meine Damen und Herren, es muß auch gesagt werden, was bezwecken wir denn letzten Endes, wenn wir uns leidenschaftlich bemühen, den Fremdenverkehr in diesem Lande aufzurüsten. Wir haben ohnedies genug Scherereien mit unserer Industrie und sie werden nicht kleiner, sondern sie werden größer. Überall werden wir nicht einen Industriebetrieb hinbringen können, es wäre ein Unglück, wenn wir das könnten, denn die Landschaften, die sich bei uns dafür anbieten, daß wir Fremdenverkehr machen können, die werden wir eben für die Erholungslandschaft bereitstellen und wir haben den überzeugenden Beweis, dafür können wir Ihnen Ziffern nennen, daß wir mit der Aufrüstung einer solchen Landschaft über den Fremdenverkehr zu den gleichen wirtschaftlichen Ergebnissen gelangen, als wenn wir dort einen Industriebetrieb hinstellen würden. Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel demonstrieren. Die Gemeinde Ramsau hat im abgelaufenen Jahr 600.000 Übernachtungen zustande gebracht. Wenn ich 600.000 mit 200 Schilling multipliziere, Vollpension und Übernachtung und das, was ein Gast verbraucht, das ist etwa ein Mittelwert in der Ramsau, 600.000 mal 200 Schilling heißt, daß im Jahre 1972 120 Millionen Schilling in die Bergbauergemeinde Ramsau geflossen sind. Man muß sich das vor Augen halten, was das bedeutet, bei nur 1800 Einwohnern. Und es gibt noch ein weiteres, überzeugenderes Argument. Die Bergbauergemeinde Ramsau hat im Jahre 1971 eine Steuerkraftkopfquote von 2850 Schilling gehabt, die Industriegemeinde Kapfenberg von 2500 Schilling. Das heißt, die Steuerkraftkopfquote ist in der Ramsau höher, in einer Fremdenverkehrsgemeinde, als in der Industriegemeinde Kapfenberg. Es gibt keinen überzeugenderen Beweis dafür, daß der Fremdenverkehr naturgemäß für ein Gebiet auch die gleiche wirtschaftliche Möglichkeit bringt. Und das ist der zweite entscheidende Grund, warum wir uns gegen eine solche Zersiedelung wehren. Denn wer steckt denn hinter diesen Zersiedelungen? Es sind einmal zunächst Spekulanten, ich sage das hier vor diesem Hohen Hause, die Steuerfluchtkapital und anderes Kapital in unser Land bringen, die hier Häuser bauen, die sie hier verkitschen und verschneiden, die uns die Landschaft versauen und die dann der Gemeinde in weiterer Folge das zumuten, was sie selber nicht bereit sind zu besorgen. Denn, meine Damen und Herren, sicherlich, ich kann nicht bestreiten, der, der ein Grundstück verkauft, macht einmal ein Geschäft, der, der baut, macht auch ein Geschäft, aber dann ist es vorbei. Alles was darnach kommt, die Verkehrsfläche, die

Wasserversorgung, die Abwässer, die Müllabfuhr, dann die Elektroversorgung, die Steweag hat es mir ausgerechnet, für ein Apartmenthaus kostet die Zuleitung der elektrischen Leitungen in etwa 4000 Schilling und der Stromerlös liegt bei 300 Schilling im Jahr. Ja, da muß ich auch fragen, wo ist da der volkswirtschaftliche Vorteil in einem solchen Zusammenhang. Und dann kommt noch ein weiteres hinzu. Glaubt man denn wirklich, daß wir in unseren Fremdenverkehrsgemeinden, aber nicht nur dort, sondern auch überall ad infinitum Wasserverbrauch anstellen können, in der Gemeinde — ich könnte auch eine steirische Gemeinde nennen, ich nenne sie nicht aus bestimmten Gründen — Mönchkirchen, am Wechsel oben, da haben drei Zweitwohnungsbesitzer aus Wien sich eine schöne Villa gebaut und überall ein schönes Hallenbad hinein. Sie haben, als sie Ende August das Haus verlassen haben, im Hallenbad das Wasser ausgeleert, knapp vor Weihnachten sind sie aber wieder gekommen und haben die Hallenbäder vollaufen lassen und dann hat die Gemeinde Mönchkirchen, die voll besetzt war mit Gästen, 14 Tage kein Wasser gehabt und der Tourismus ist ihnen zusammengebrochen. Ja, meine Damen und Herren, wenn das so ist, daß wir sagen, no, der eine oder der andere kann's, aber die, die dort leben, die ihre Existenz dort haben, für die gilt das nicht, bitte, dann muß ich sagen, wenn das auch ein Weg ist, riskieren wir ihn, wir werden nur feststellen, die Rechnung geht nicht auf und dazu kommt ein weiteres, wenn diese Häuser die meiste Zeit des Jahres nicht besetzt sind, hat ja das auch einen weiteren Umstand, der ja die Gäste sehr schwierig macht. Und dann kommt ein Umstand noch hinzu, auf den ich nicht genug aufmerksam machen kann. Nichts darf sich in unserem Lande so gründlich organisch entwickeln wie der Fremdenverkehr. Meine Damen und Herren, es muß ja verschiedenes mitwachsen, nicht nur die Bettenkapazität und die Verpflegungskapazität, es muß ja auch das mitwachsen, was wir die Fremdenverkehrsgesinnung nennen. Es muß mitwachsen die Bereitschaft, es auf diesem Gebiet zu versuchen und zu tun, vom Bürgermeister angefangen bis über den Gemeinderat usw. usw., sie alle müssen ja bereit sein, auf dem Gebiete etwas zu tun, wenn sie das aber nicht bereit sind zu tun, dann dürfen wir uns nicht wundern, daß da nichts draus wird. Und jetzt stellen wir uns vor, wie der Versuch unternommen wurde, etwa in der Gemeinde Tauplitz, ich sage das heute, weil ich jetzt richtig in Fahrt gekommen bin, wie man so sagt. Wir haben jetzt 1900 Betten in Tauplitz und auf der Tauplitzhöhe und ich bin der Meinung, das ist schon eine obere Grenze und jetzt kommt eine sogenannte Tauplitzerschließungsgesellschaft und will uns noch einmal 1800 Betten hinbauen. Wissen Sie, was das bedeutet, ich spreche das hier im Landtag aus, das ist einem gesunden Organismus ein Krebsgeschwür injizieren. Das verkräftet die Gemeinde Tauplitz nicht. Mittlerweile hat sich ja herausgestellt, daß das sowieso nicht hinhaut, denn jetzt sagt man ja, wo nimmt der Mann 700 Millionen Schilling her, wie finanziert er das usw. usw., man ist ja schon auf der Suche nach diesen Leuten, weil sie sich mittlerweile hier abgesetzt haben. Ich will also nur sa-

gen, so können wir das nicht sehen, sondern, wenn wir dagegen auftreten, dann deshalb, weil wir der Meinung sind, Fremdenverkehr sollen die machen können, ob sie es in der gewerblichen Fremdenverkehrswirtschaft tun oder in der Privatzimmervermietung, die dort leben und für die wir eine Existenz dort absichern wollen, die ihre Landschaft pflegen und das sind die Menschen, die dort ortsansässig leben. Vom Fremdenverkehr sollen die etwas haben, die dort mit einem Wort eine andere Möglichkeit nicht sehen. Aber nicht Leute, die herkommen, uns die Gegend zersiedeln, die Landschaft schänden und futsch machen und dann uns auch noch die Basis, die wir im Fremdenverkehr haben, zerstören. Und aus diesem Grunde darf ich also sagen, daß wir nichts einzuwenden haben gegen ein Apartmenthotel, wir haben z. B. eines in Rohrmoos, das Apartmenthotel Kogler, das ist — ich würde sagen — ein Musterbeispiel, wie man es machen kann, ich bin schon etwas skeptisch bei Apartmenthäusern, die weitervermietet werden können, weil es sich aus Erfahrung herausstellt, daß das nicht immer hält, denn da gibt es ja Leute, das wissen wir aus Untersuchungen in der Bundesrepublik, da tun sich mehrere Familien zusammen, der eine kauft's auf Teneriffa, der zweite kauft's im Allgäu, der dritte kauft's in der Steiermark und der vierte kauft's irgendwo in Jesolo und dann machen sie im Ring herum und dann lassen sie einen fünften, der etwa noch hinein will, nicht mehr hinein, weil sie sagen, ich hab's einmal gekauft, ist ja ganz wurscht, ob das im ganzen Jahr leersteht oder nicht. Aber wegbringen tun wir sie nicht.

Und ich darf Ihnen jetzt ein Beispiel sagen. Ich war im vergangenen Jahr in Florida unten und ich kann das ruhig sagen, wie es sich abgespielt hat beim Bürgermeister von Miami Beach, wo man diese Apartmentwelle hat rollen lassen. Er hat mir auch Wiener genannt, die dort Apartments gekauft haben, dann habe ich ihn gefragt, was sagen Sie zu dieser Situation und dann sagt er zu mir, ich zitiere ihn jetzt: „Wissen Sie, wir waren zuerst der Meinung, mit der Apartmentwelle würden wir unser Gebiet mächtig wirtschaftlich aufrüsten. Jetzt, nachdem das fast mehr als perfekt entstanden ist, sehen wir die Katastrophe.“ Frag' ich, na, und was können Sie jetzt dagegen unternehmen, da hat er mir eine echt amerikanische Antwort gegeben, indem er gesagt hat, die einzige Möglichkeit, die es gäbe, wäre, ich würde ein Geschwader bei der amerikanischen Luftwaffe mieten. Ich darf also nur sagen, meine Damen und Herren, wenn es einmal dort steht, dann bringen wir es nicht mehr weg, dann ist es aus und das ist jetzt der Grund, warum wir etwas schärfer in dieser Frage waren. Und wenn hier gesagt wurde, lieber Herr Kollege Brandl, wir hätten gedroht, wir haben nicht gedroht. Ich weiß ja, der Bürgermeister ist in der Regel überfordert, er ist ja dem Druck ausgesetzt, nicht, da wird ihm gesagt, du wirst nicht mehr gewählt, wenn du da nicht das Bauen zuläßt und ähnliches mehr. Ich weiß auch, was sich sonst abspielt, ich höre es ja, sie kommen ja laufend herein, weil sie jetzt einfach mit dieser Sache konfrontiert sind, und jetzt müssen wir sie einmal schrecken. Jedenfalls weiß ich genau, daß die geschickten Bürgermeister sagen, sie möchten

sich's mit allen verscherzen, nur nicht mit uns, weil sie sagen, die brauchen wir doch etwas öfter. Und das hat seine Wirkung schon gehabt. Wir haben ja auch zum Glück das Grundverkehrsgesetz novelliert, das ist vielleicht ein Teil der Bremse, berühmt ist sie nicht, weil man sie unterlaufen und überlaufen kann, aber jedenfalls ist es ein Versuch. Es ist heute mehrfach in der Budgetdebatte in den Tagen angemeldet worden die Frage einer modernen Raumordnung. Ja, wir werden sicher nicht darum herumkommen, nicht allein wegen des Fremdenverkehrs, sondern überhaupt aus der Entwicklung für die Zukunft, meine Damen und Herren. Der Raum ist ja letzten Endes unser Leben und dann glaube ich, vor allem für den Fremdenverkehr das entscheidende Leben. Und aus diesem Grunde, glaube ich, hab' ich heute etwas mehr zu dieser Frage hier vor dem Hohen Hause versucht zu sagen, als es meine Zeit gestattet hat und nun darf ich in die Zielgerade kommen, um nur noch zu sagen, in unserer Werbung haben wir nicht nur das Inland berücksichtigt, sondern wir sind in die Zielpunkte gegangen, wo die Gäste herkommen. Wir sind jährlich bei der Touristenbörse in Berlin. Wir haben Holland angezapft. Ich habe von der Ostküste Amerikas berichtet. Wir zapfen den italienischen Markt an. Wir haben auch den jugoslawischen Markt angezapft. Wir haben uns um ein redliches Verhältnis bemüht, von dem ich glaube, daß es ein sehr gutes ist und wir sind interessiert, es auch weiterhin in aller Freundschaft zu pflegen, weil wir glauben, daß wir den südlichen Nachbarn brauchen und daß er auch uns braucht. Ich glaube, daß der Tourismus entscheidend dazu beigetragen hat, daß wir zu einem guten Verhältnis gekommen sind.

Ich darf am Schluß einen herzlichen Dank sagen. Zunächst einen herzlichen Dank allen in der Fremdenverkehrswirtschaft Tätigen. Ob es unsere Gastwirte oder Gastwirtinnen sind, ob es die Beschäftigten in der Fremdenverkehrswirtschaft oder in der Privatzimmervermietung sind, ob es unsere Bürgermeister sind, unsere Fremdenverkehrsobmänner und alle, die mittun, auch unsere Exekutive. Ich darf einen herzlichen Dank sagen der Presse, dem Rundfunk und Fernsehen, weil sie entscheidend mitgeholfen haben, daß der Tourismus in diesem Land auch im Gespräch geblieben ist.

Ich darf aber zum Schluß einen herzlichen Dank sagen dem Landeshauptmann und der Regierung und auch dem Finanzreferenten für das Verständnis, das ich bei meinen Wünschen gefunden habe. Dem Hohen Hause danke ich schon im vorhinein, daß Sie nun in der nächsten Minute den Ansätzen Ihre Zustimmung geben werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Hermann Ritzinger: Hohes Haus! Ich ersuche Sie, den Ansätzen der Gruppe 7 Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8: Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen. Berichterstatter ist Abgeordneter Alois Seidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Seidl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf zur Gruppe 8 berichten. Die Gruppe 8 umfaßt wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen. Im Abschnitt 83 Landesbahnen sind veranschlagt auf der Einnahmenseite 1,884.000 Schilling, auf der Ausgabenseite 31,475.000 Schilling. Im Abschnitt 85 Unternehmen der Verkehrsförderung auf der Einnahmenseite 69.000 Schilling, Ausgaben 6,650.000 Schilling, Abschnitt 86 land- und forstwirtschaftliche Unternehmen Einnahmen 17,692.000 Schilling, Ausgaben 22,660.000 Schilling, Abschnitt 87 industrielle und gewerbliche Unternehmen Einnahmen 18,425.000 Schilling, Ausgaben 6,760.000 Schilling, Abschnitt 89 sonstige Unternehmen keine Einnahmen, Ausgaben 15,506.000 Schilling. Die Gesamtsumme der Gruppe 8 lautet auf der Einnahmenseite 38,070.000 Schilling, auf der Ausgabenseite 83,051.000 Schilling. Ich darf vermerken, daß beide Ansätze auf der Einnahmen- und Ausgabenseite um ca. 6 Prozent höher sind gegenüber dem Voranschlag dieses Jahres.

Ich darf das Hohe Haus um Annahme dieser Voranschlagsansätze ersuchen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Die Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung. Berichterstatter ist Abgeordneter Josef Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Loidl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nun gilt es, die letzte Gruppe, die Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, zu behandeln und zu beschließen. Es muß immer wieder betont werden, daß diese Gruppe, wenn sich auch keine Abgeordneten zu Wort melden, in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Mit der Beschlußfassung der Gruppen 0 bis 8 haben Sie die Einnahmen der Gruppe 9 praktisch schon wieder ausgegeben. Ich darf daher annehmen, daß Sie sich mit der Gruppe 9 beschäftigt haben und ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, die Gruppe 9 anzunehmen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Klauser. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dr. Klauser: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, es dem Berichterstatter nachzutun, wenn es auch nicht in dieser Kürze gehen wird. Mir wurde vom Herrn Abg. Hasiba vorgeworfen, daß ich bei der Budgeteinbegleitungsrede vom Janusgesicht des Voranschlages gesprochen habe. Ich müsse doch als Finanzreferent hinter dem stehen, was als Verhandlungsergebnis vorgelegt worden sei und er könne

nicht verstehen, wieso ich hier sozusagen die Doppelgesichtigkeit noch unterstütze. Ich habe für diese Vorwürfe vielleicht nicht das nötige Verständnis. Wenn man die Debatte des Hohen Hauses durch drei Tage hindurch verfolgt hat, so kann man eines sagen. Nichts wird so deutlich als der Umstand, daß man die Dinge von verschiedenen Standpunkten aus sehen kann und daß sich die Dinge in verschiedenem Licht zeigen können und daß niemand hier den Anspruch erheben sollte, eine Art Absolutheitsanspruch und eine Art Ex-cathedra-Weisheit zum besten geben zu können. Daher sehe ich nicht ganz ein, Herr Kollege Hasiba, wieso ich nicht meine Meinung hier wiedergeben kann, daß dieses Budget durchaus 2 Seiten hat, daß man die Dinge von verschiedenen Standpunkten her betrachten kann, daß man sehr wohl der Meinung sein kann, die Ausweitung sei enorm, daß man dennoch die Ansicht vertreten kann, man könne noch mittun, weil immerhin durch die eingebauten Bremsen die Gewähr dafür gegeben sei, daß die Dinge nicht überzogen werden können. Nichts anderes habe ich bei der Budgeteinbegleitung gesagt.

Was die Ziffern anlangt, die der Kollege Dr. Heidinger vorgetragen hat, so muß ich darauf hinweisen, daß es zwar richtig ist, daß bei Niederösterreich ein Fehler passiert ist. Ich bitte um Entschuldigung. Es hätte mir auch auffallen sollen — dies gebe ich zu. Aber im übrigen sind die Ziffern, die Sie genannt haben und die ich genannt habe, durchaus die gleichen. Nur die Relation, in der wir sie sehen, ist anders und etwas ist auch noch anders. Ich habe die Dinge dargestellt, wie sie sind, ohne eine Bewertung vorzunehmen, die Sie mir in den Mund gelegt haben, Herr Kollege. Ich will nicht bestreiten, daß sich das, was Sie mir in den Mund gelegt haben, zu einem Großteil mit meiner Ansicht deckt. Nur haben Sie das gesagt und nicht ich, Herr Kollege.

Was die Verschuldung anlangt, so ist es unrichtig, Herr Dipl.-Ing. Hasiba, daß ich bei der Einbegleitung den Landtag sozusagen irreführt hätte, denn ich habe die Vergleichsjahre genannt. Es ist allerdings richtig, daß mir damals nicht aus allen Bundesländern die Ziffern desselben Jahres zur Verfügung gestanden sind. Für das Jahr 1973 habe ich die Voranschlagsziffern aus sämtlichen Bundesländern einschließlich der Bundeshauptstadt. Obwohl ich der Meinung bin, daß die Bundeshauptstadt deswegen nicht in diesen Vergleich einbezogen werden kann, weil im Voranschlag der Gemeinde Wien und des Landes Wien als Einheit alles drinnen ist, was zu dieser Gebietskörperschaft gehört, nicht nur jetzt, was vom Land her dazu gehört und was von der Verwaltung der Gemeinde her dazu gehört, sondern auch die ganzen Stadtwerke. Von den 7,5 Milliarden, die z. B. im Jahr 1971, und ich nehme an, das waren die Ziffern, auf die Sie sich bezogen haben, den Schuldenstand des Landes Wien ausgemacht hat, entfallen allein 5,242 Milliarden auf die Stadtwerke, so daß die 2,311 Milliarden beim Land und der Gemeinde Wien verbleiben. Es ließe sich noch darüber streiten, ob man bei Land und Gemeinde in einer einzigen Post einen echten Vergleich zu den Budgets der übrigen Länder ziehen kann, weil Sie genausogut wissen wie ich, daß einiges an Ge-

meindeaufgaben da drinnen steckt, was in den Länderbudgets der anderen Bundesländer nicht vorhanden ist.

Was die Ziffern 1973 anlangt, so sehen sie aus wie folgt: Beim Burgenland ist der im Voranschlag 1973 ausgewiesene Schuldenstand mit 73,7 Millionen enthalten, in Kärnten mit 215,5 Millionen, in Niederösterreich nur mehr mit 1.147,900.000, im Jahr 1971 waren es 1.395,300.000 Schilling, für Oberösterreich 1,330,000.000 Schilling, für Salzburg 586,5 Millionen, für Tirol 835 Millionen, für Vorarlberg 269,5 Millionen und für die Steiermark 2.740,000.000 Schilling.

Wenn Sie nun sagen, daß das keine Vergleichsziffer sei, weil naturgemäß die Verhältnisse überall verschieden sind und die Einwohnerzahl und das Aufkommen unterschiedlich ist, so kann ich Ihnen die Kopffziffern nennen, die wie folgt ausschauen: Burgenland 271 Schilling, Kärnten 410 Schilling, Niederösterreich 812 Schilling, Oberösterreich 1087 Schilling, Salzburg 1460 Schilling, Tirol 1544 Schilling, Vorarlberg 993 Schilling und Steiermark 2298 Schilling.

Wenn Sie das in Relation zu den Ertragsanteilen setzen, die in den Voranschlägen aufscheinen, so ergeben sich folgende Prozentziffern: Für das Burgenland Verhältnis des ausgewiesenen Schuldenstandes zu den ausgewiesenen Einnahmen an Ertragsanteilen 16,5 Prozent, Kärnten 22,4 Prozent, Niederösterreich 45 Prozent, Oberösterreich 58 Prozent, Salzburg 68,4 Prozent, Tirol 78,3 Prozent, Vorarlberg 46,6 Prozent, Steiermark 127 Prozent.

Sie sehen, daß ich durchaus Grund habe, die Ambivalenz des Voranschlages herauszustrreichen, wobei es mir fern liegt zu bestreiten, daß man die Dinge nicht auch von einer anderen Seite her sehen kann. Sie werden doch dafür Verständnis haben, daß derjenige, der dafür verantwortlich ist, daß dieses Budget durch ein nachfolgendes Budget abgelöst wird, das ebenfalls vom Hohen Haus vertreten werden kann und der glaubt, zu einer gewissen Vorsicht bei der Erstellung des Voranschlages und bei der Vorausschau der Entwicklung verpflichtet zu sein, daß so ein Budget naturgemäß von meiner Warte aus von vornherein mit einer gewissen Zurückhaltung bei der Beurteilung erstellt wird. Sie haben das zum Teil kritisiert. Aber wie würden wir ausschauen, wenn ein Finanzreferent dem Hohen Haus einen Voranschlag vorlegt, bei dem er selbst an die Grenzen der Erwartungen geht, die Sie an die Entwicklung knüpfen. Wo würden wir nächstes Jahr landen und wie würde die wirtschaftliche Entwicklung dann weitergehen? Es ist nun einmal so und auch das habe ich bei der Einbegleitungsrede gesagt, daß selbstverständlich von einzelnen Interessengruppen und Interessenvertretern ihre Probleme mit mehr Gewicht versehen werden oder in einem gewichtigeren oder bedeutenderen Licht gesehen werden, als dies von anderen der Fall ist und daß im wesentlichen nicht nur die Kompromisse, die bei den Budgetverhandlungen erzielt werden, sondern auch die Debatten in diesem Hohen Haus darauf hinauslaufen zu versuchen, diese unterschiedliche Beurteilung der Gewichte aufeinander abzustimmen und in Einklang zu bringen.

Deswegen, Herr Kollege Hasiba, habe ich gesagt, dieses Budget wie jedes andere ist ein Kompromiß. Selbstverständlich ist es ein Kompromiß. Ich bekenne mich zu diesem Kompromiß. Aber ich bekenne mich auch dazu, daß so ein Kompromiß nicht unbedingt meinen Idealvorstellungen von einem Landesvoranschlag entspricht. Das gehört dazu, sonst wäre es kein Kompromiß im wahrsten Sinne des Wortes. Mißverstehen Sie mich nicht, ich möchte hier nicht in den Chor jener einfallen, die die Dinge allzusehr von ihrer eigenen Warte her sehen. Ich hoffe, Sie billigen mir zu, daß ich Ihnen, meine Damen und Herren, durchaus das Recht zuerkenne, Ihre Wünsche und Forderungen für wichtiger zu halten als die mancher anderer, die hier auftreten. Aber daß es der Regierung nicht erspart bleibt, die Dinge abzuwägen und eine Art Rangordnungskatalog aufzustellen, das wissen Sie genauso gut wie ich. Wenn ich das beim Namen nenne und wenn ich herausstreiche, daß es sich daher bei diesem Landesvoranschlag um das Ergebnis dieser Reihungen, Rangfestsetzungen und Bemühungen zu einem einvernehmlichen Ergebnis handelt, so sage ich nur die Wahrheit. Ich sehe nicht ganz ein, wieso ich davon abgehen soll. Ich glaube daher, Hohes Haus, daß trotz der Doppelgesichtigkeit des Landesvoranschlages das Ergebnis vertretbar ist.

Ich möchte aber noch etwas hinzufügen, was leider bei den Verhandlungen noch nicht in diesem Ausmaß bekannt war, was aber doch zumindest heute zum Bild gehört, wenn Sie nicht von falschen Voraussetzungen ausgehen wollten oder wenn Sie hier das Hohe Haus nicht verlassen wollten in einer Vorstellung und in einer Meinung, die nicht ganz stimmt. Die stabilitätspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung und der Gebietskörperschaften, die inzwischen über die Bühne gegangen sind und die Verhandlungen auf Länderebene und Ebene der Gebietskörperschaften, die erst am vergangenen Montag in Wien stattgefunden haben und die nächsten Montag die Regierung beschäftigen werden, haben dazu geführt, daß auf dem Kapitalmarkt eine Art Panik ausgebrochen ist. In erster Linie bei den Wiener Großinstituten. Die Institute in den Bundesländern sind erstens in der Größenordnung nicht vergleichbar und zweitens vielleicht teils von der Größenordnung her beeinflußt, teils aber doch vielleicht durch eine etwas gesündere Auffassung nicht in dem Maß von diesen Eingriffen in den Kapitalmarkt betroffen, weil sie ihren Geschäftsumfang nicht mit Hilfe von Geldmitteln ausgeweitet und beinahe müßte man sagen aufgebläht haben, die durch solche Maßnahmen in erster Linie betroffen werden. Das führt dazu, daß man heute als Bundesländerfinanzreferent geneigt ist die Vermutung zu bestätigen, die der Herr Dr. Heidinger genauso ausgesprochen hat wie ich, daß manches, was zu dieser Ausweitung der Ziffern bei den Großinstituten geführt hat, ausländisches Kapital darstellt, das auf nicht ganz durchsichtige oder durchschaubare Weise hereingekommen ist. Deshalb auf einmal der Ausbruch dieser Panik. Eine Situation, die dadurch gekennzeichnet ist, daß sogar gegebene Promessen wieder zurückgerufen werden, daß Zusagen widerrufen werden und nicht eingehalten werden, daß es dem Land Steiermark so geht, daß

die Darlehenszusagen, die wir im Laufe des Jahres eingeholt haben, auf einmal fragwürdig geworden sind. Das heißt, daß alles das, was im außerordentlichen Haushalt des Landes durch Darlehensbedeckung verwirklicht werden soll, zumindest in den ersten Monaten des Jahres 1973 kaum wird in Angriff genommen werden können. Ich bin nicht so pessimistisch, daß ich glaube, daß diese etwas undurchsichtige Situation auf dem Geldmarkt sehr lange dauern wird. Aber momentan ist der Staub aufgewirbelt und es bleibt uns nichts anderes übrig, als ein wenig zu warten, bis sich die Luft wieder geklärt hat, bis man beurteilen kann, wie die Dinge weitergehen sollen.

Ich sage das, weil es keinen Sinn hat, hier an der Realität vorüberzugehen. Im Beschlusantrag zum Landesvoranschlag ist die Inangriffnahme der Vorhaben des außerordentlichen Haushalts davon abhängig gemacht, daß dem Land die Darlehen auch zugesagt sind. Ich muß hier ganz offen sagen, daß im Gegensatz zu dem Zeitpunkt der Erstellung dieses Voranschlages, wo wir solche Zusagen glaubten in der Hand zu haben, heute Widerrufe der betreffenden Kreditinstitute bei uns da sind, so daß ich für den außerordentlichen Voranschlag derzeit überhaupt keine Kreditzusage in der Hand habe und uns nichts anders übrigbleibt, als zu versuchen, solche Zusagen im Laufe des Jahres 1973 wieder zu bekommen. (Abg. Pözl: „Herr Landesrat, dürfte nicht die Bonität ein bißchen durch den SPO-Parteitag gelitten haben?“) Mir ist zwar nicht ganz klar, wie sich der SPO-Parteitag auf die Bonität des Landes Steiermark auswirken soll. Das bleibt Ihrer Beurteilung überlassen. Das hat mit der Bonität des Landes Steiermark nicht das geringste zu tun, sondern einfach damit, daß die Wiener Großinstitute und durchaus nicht nur jene, die man als rot gefärbt bezeichnen könnte, heute die Übersicht über ihre eigene Situation offenkundig verloren haben und daher zunächst eine Vollbremsung eingeleitet haben. Wie es weitergeht, habe ich schon gesagt, werden wir sehen. Die Situation können wir auch nicht ändern, Hohes Haus.

Womit ich am Schluß angelangt bin und Sie bitte, diesen Landesvoranschlag 1973 zu genehmigen einschließlich des außerordentlichen Haushalts, aber gleichzeitig zur Kenntnis zu nehmen, daß die Schwierigkeiten der Verwirklichung und der Vorausschau aus den x-fach dargelegten Gründen noch nie so groß waren, wie zum gegebenen Zeitpunkt und daß es niemandem in diesem Hohen Haus möglich ist, heute zu sagen, in welchem Umfang jene Vorhaben werden verwirklicht werden können, die nur durch Darlehen bedeckt sind. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile nun Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl das Wort.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Landtagsdebatte betrachtet, die in den letzten drei Tagen über die Bühne gegangen ist, dann erkennen wir, daß ein gewaltiges Ausmaß von Leistungen und Initiativen vom Lande ausgehen und zwar nicht nur in der Gesetzgebung in der Exekutive, sondern vor allem auch in der Voll-

ziehung. Ich glaube, wir alle haben wieder einmal einen Überblick in Erinnerung gerufen bekommen, daß die meisten Lebensbereiche dieses Landes letzten Endes auch durch die steirische Landesverwaltung berührt werden. Und wenn der Herr Landesfinanzreferent jetzt in seinem Schlußwort, ich möchte fast sagen etwas pessimistisch, aufgezeigt hat, wie es um dieses Landesbudget steht, so sollen wir doch eines klarstellen, bevor wir auseinandergehen, daß es nicht so ist, wie es vor 14 Tagen, glaube ich, noch geheißen hat, daß man im Lande Steiermark von einer totalen Verschuldung reden kann. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist sicher hier nicht gesagt worden, auch nie zum Ausdruck gekommen, aber doch waren es Pressemeldungen, die wir gelesen haben und die darauf hingewiesen haben, als sei eine totale Verschuldung hereingebrochen. Schulden macht ein sorgfältiger Kaufmann dann, wenn er weiß, daß er mit diesen Schulden etwas leisten kann und zwar mehr leisten kann, als die Verschuldung ausmacht. Und ich glaube, auf dieser Linie treffen wir uns doch. Wenn wir heute Kredite aufnehmen müssen, um Leistungen für die Menschen dieses Landes zu erbringen, so soll das seine Fortwirkung haben und wir machen es doch nicht leichtfertig, wir gehen doch nicht hin und sagen, wir freuen uns, daß wir Kredite aufnehmen, sondern wir machen es einzig und allein aus dem Grunde, weil wir wissen, daß mit den Leistungen Menschen geholfen wird. Und weil wir genau wissen und weil auch berechnet ist, daß die jährliche Rückzahlungsrate der Annuität doch so bemessen ist, daß wir sie verkraften können. Und hier treffen wir uns mit jedem privaten Haushalt. Auch ein privater Haushalt muß letzten Endes prüfen, wenn er sich etwas kauft, ob er das wirklich zurückzahlen kann und auch wir haben geschaut, ob wir das können und auf dieser Linie treffen wir uns. Wenn man von der Budgetpolitik spricht, dann muß man das Budget und den Rechnungsabschluß doch auseinanderhalten. Was ich budgetiere an Einnahmen, an Ausgaben und Kreditaufnahmen ist sicher nicht das gleiche, als letzten Endes beim Rechnungsabschluß hereinkommt. Ich möchte hier nicht leichtfertig oder leichtsinnig sein, das sage ich gleich vorweg, aber wir wissen doch, daß wir natürlich eine gewisse Sorgfalt an den Tag legen. Sie beschließen ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das Gesetz zu diesem Landeshaushalt, das gewisse Beschränkungen auferlegt. Beschränkungen auferlegt, die in den Punkten genau festgelegt sind und die uns sagen, daß wir nur dann außerordentliche Leistungen vollbringen werden, wenn es sich zeigt, daß die Einnahmen kommen. Das ist vereinbart und das werden wir auch machen. Es soll aber doch nicht so sein und das möchte ich hier auch sagen, daß wir im ersten halben Jahr in diesem Lande überhaupt nichts mehr bauen. Denn wenn es so wäre — und ich habe es fast so verstanden, Herr Landesrat Dr. Klauser —, dann müssen wir von vorne beginnen mit diesem Budget, da müßten wir sagen, hören wir auf und fangen wir wieder neu an und streichen wir ab. So kann es ja nicht sein und das wäre auch unmöglich, das wäre ja gar nicht Sinn einer Landesverwaltung, sondern der Sinn liegt

wohl darin, daß wir unterscheiden, wo die Schwerpunkte liegen müssen und wo die Schwerpunkte nicht liegen. Und ich glaube, so ist es auch gemeint gewesen letzten Endes. (Landesrat Dr. Klauser: „Dafür haben wir ja 280 Millionen Investitionsrücklage, Herr Landeshauptmann!“) Eben und damit ist doch jene Summe gegeben, die es uns möglich macht, daß wir das beginnen, was wir brauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollen auch eine Stimmung nicht aufkommen lassen in der letzten Stunde dieser Budgetdebatte, als wollten wir ein Land verschachern. Nun, Sorgfalt ist immer am Platze und wir werden gemeinsam immer wieder trachten, daß sie vorhanden ist. Wir brauchen diese Sorgfalt, damit jene auch die Möglichkeit haben, die nach uns kommen werden und die hier sitzen werden, Budgets zu erstellen. Das ist der Sinn und Zweck, den wir haben. Und wenn von Stabilitätsmaßnahmen gesprochen wird, so sind sie ja letzten Endes auch vereinbart, sie wurden kritisiert, sie wurden anerkannt, aber wir sollen doch eines sehr klar aussagen in diesem Lande, daß wir Stabilitätsmaßnahmen, wenn sie notwendig waren, auch in den vergangenen Jahren immer wieder aus dem Budget heraus gesetzt haben, vielleicht ohne viel Ankündigungen und vielleicht ohne viel zu reden.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte doch noch einmal am Schluß zusammenfassen, was uns bewegt, auch um manchen Mißklang, der während der Budgetdebatte aufgetaucht ist, zu klären. In den Vordergrund möchte ich eines stellen. Wichtig ist, daß bei aller Gegensätzlichkeit, bei allen Unterschieden der Gesinnung, doch jene Basis gefunden wird, von der aus wir für die Menschen dieses Landes das beste erreichen. Und wenn wir das Budget beschließen, glaube ich, haben wir das erreicht. Wichtig ist auch — da können wir, glaube ich, frohen Herzens zurückschauen —, daß jede persönliche Diffamierung vermieden wurde in diesem Hause. Und wir sollen uns eines auch für die Zukunft merken, jede Kritik und sei sie noch so hart, ist richtig und ist am Platze, aber sie soll im Rahmen des Respektes und der Achtung vor dem anderen bleiben. Und ein Erfreuliches ist auch herausgekommen, ich meine, fast in der Mehrheit ist es hervorgekommen und zwar die klare Erkenntnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, die eine breitere Basis gefunden hat, daß sich die Ausgaben doch noch nach den Einnahmen zu richten haben. Und wenn auch Forderungen aufgeklungen sind, so sind sie so in dem Maß geblieben und man hat anerkannt, daß diese Forderungen nur dann erfüllt werden können, wenn wir auch die entsprechenden Einnahmen haben werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Anforderungen an die öffentliche Hand wachsen und zwangsläufig wird es so sein, nicht nur in diesem Hause, sondern auch noch in der Vollziehung, daß wir eine Reihung der wichtigsten Angelegenheiten vornehmen müssen. In der Steiermark wurde das bereits eindeutig markiert, sei es in der Bildung und Kultur, sei es in der Wirtschaft einschließlich der Land- und Forstwirtschaft, sei es im Verkehrswesen, in der Sozialpolitik oder im Gesundheitswesen. Der ideale Zustand wäre es wohl, wenn Bund, Länder und Ge-

meinden übereinstimmende Ansichten bei der Beurteilung der Probleme hätten. Wenn wir zusammen das alles beurteilen könnten, was notwendig ist für die Menschen in diesem Lande. Wer aber die Wirklichkeit kennt, der weiß, daß es sich hier um ein Wunschenken handelt, daß es sich hier um eine Theorie handelt, die man gerne verwirklichen möchte. Aber eines können wir doch feststellen, daß Bund, Länder und Gemeinden sich in wichtigen Anliegen immer um einen gemeinsamen Standpunkt bemüht haben, daß sie versucht haben, diesen gemeinsamen Standpunkt durchzubringen und die Förderungsmaßnahmen darauf abzustimmen. Das ist in der Vergangenheit geschehen und das wird, bei einigem guten Willen, auch in Zukunft ohne weiteres der Fall sein. Und zwar für alles, was in diese Übereinstimmung einbezogen werden muß. Und wir sollen nicht vergessen, daß es zwischen den Zentralen in Wien, und ich meine nicht die jetzige Regierung allein, das sage ich ausdrücklich, zwischen der Landesregierung, zwischen den einzelnen Regionen und den Gemeinden natürlich viele Schichtigkeiten gibt, die nicht auf ein einziges Schema eingepreßt werden können. Wenn ich nur das Beispiel der regionalen Wirtschaftspolitik nehme. Die wirtschaftlichen Ziele werden von uns aus so beurteilt, daß die ökonomischen Daten die Richtschnur sind. Aber wir wissen — und es ist heute deutlich bei der Budgetdebatte hervorgekommen —, daß wir auch darüber nachdenken, wie wir den Menschen der betroffenen Gebiete sehen, wie wir von diesen Menschen ausgehen und auf sie eingehen müssen und zwar auch dann, wenn der Computer und auch die kühle Statistik oft etwas anderes sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Wir wissen sehr genau, daß dann, wenn etwas gewachsen ist, nicht über Nacht abgebaut werden kann. Das ist unser steirisches Problem, das wir haben. Ich war vor einiger Zeit in Finnland, wo man Industriebetriebe hineinsetzen kann, dort wo der optimale Platz ist für diesen Industriebetrieb, wenn man herrliche Wohnanlagen herum bauen kann, dann wäre es etwas anderes. Wir haben unsere Landschaft vorgegeben und sicher die Mobilität der Arbeitskräfte, aber sie soll doch nicht dazu führen, daß wir in diesem Land leere Räume haben, denn sonst würden deine Ziffern, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, keine Geltung mehr haben. Denn diese leeren Räume würden zur Wüste werden.

Wir sollen gewachsene Siedlungsstrukturen anerkennen und sie sollen ihre Lebensberechtigung haben und zwar auch dann, wenn sie nicht den Idealvorstellungen einer Theorie entsprechen. Ich sage das sehr ernst und bewußt deshalb, weil auch hier oft Meinungsverschiedenheiten in der Wissenschaft bestehen. Deshalb soll es unsere große Aufgabe sein, in diesem Hohen Landtag und in der Landesregierung zu trachten, daß wir diesen Blick immer haben für diese Dinge, natürlich auch zu trachten, daß wir den Blick für die Freiheit und Ordnung haben in diesem Land. Wir haben dafür zu sorgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß unsere Mitmenschen nicht in allen Lebensbereichen einer totalen Regelung unterworfen werden. Ich sage das nach keiner Richtung hin, son-

dern in alle Richtungen, weil wir in der Emotion einer Diskussion oft so gerne bereit sind, alles zu regeln und besonders in der Gesetzgebung, wo wir bei aller wünschenswerten Klarheit doch eines offen lassen sollen, die Beweglichkeit für die Vollziehung, die große Verantwortung zu tragen bereit ist. Wenn wir das nicht haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann werden wir die vielschichtigen Bedürfnisse des Lebens nicht entsprechend berücksichtigen können. Es ist auch notwendig, daß wir immer wieder bereit sind, jeden Fanatismus zu unterbinden, der irgendwo auftaucht, und auch keine Dinge zu verlangen, die unerreichbar sind. Wir sollen uns das sehr überlegen, wenn wir über die einen oder anderen Dinge reden. Das, was in einem Lehrbuch steht, wenn man Volkswirtschaftslehre lernt oder anderes, sind sicher Idealvorstellungen, die sehr schön sind. Aber die Wirklichkeit ist vielfach nicht erreichbar, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muß jedem klar sein, bei aller Kritik. Daher wird jede Kritik immer wieder abgeschwächt, weil wir genau wissen, daß die Wirklichkeit so selten erreichbar ist. Aber unser gemeinsames Bemühen geht dahin — und das haben wir erkannt in diesen drei Tagen —, daß wir gemeinsam bestrebt sind, das bestmögliche für dieses Land zu erreichen. Wir sollen daran denken und den eigenen Maßstab nehmen, wenn es darum geht, zugunsten oder zu Lasten des anderen, des Mitmenschen, Entscheidungen zu treffen. Wenn wir diese Gesinnung haben, dann wird es uns leichter fallen, über die einen oder anderen Dinge zu reden und wir sollen die individuelle Sphäre des einzelnen achten, ja wir sollen sie vor jenen schützen — und das sage ich etwas provokant in dieser Stunde —, wir sollen sie vor jenen schützen, die diese Steiermark nur einzig und allein mit dem Bleistift und dem Lineal bearbeiten wollen. Dazu ist das Leben in diesem Land nicht geeignet, meine Damen und Herren. (Allgemeiner Beifall.)

Was hat uns erregt bei dieser Budgetdebatte und was hat zu manchen Debatten geführt? Ich habe keinen persönlich gemeint, meine sehr verehrten Damen und Herren. Schauen Sie, es sind oft Kleinigkeiten gewesen. Ab und zu waren es auch Kleinlichkeiten neben sehr bemerkenswerten Ausführungen, die wir hören konnten. Aber was uns wohl auch bewegt hat, war die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes. Die Statistiken, die wir gehört haben, positiv oder negativ, wurden hochgespielt und binnen kürzester Frist ist es oft so gewesen, daß das Gegenteil immer wieder ziffernmäßig bewiesen wurde, zu dem, was vorher gesagt wurde. Ich will das alles nicht schmälern. Ich weiß, daß immer eine ernste Absicht dahintersteht. Aber eines sollen wir klar sehen, von diesen Dingen hat niemand etwas. Schon gar nicht die Bevölkerung. Davon können wir weder heute noch in Zukunft leben. Es geht auch darum, daß man Vergleiche heranzieht und daß man wirklich originär und originell die Dinge anfaßt. Der Herr Landesrat Dr. Klauser hat in einem Zwischenruf gemeint, das sei ein Plagiat. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann muß ich Sie fragen, ob wir nicht im Zeitalter von Plagiaten leben? Nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit und daß jene ganz selten sind, die

wirklich originäre oder originelle Gedanken zum Ausdruck zu bringen haben. Entweder sind es große Geister oder Naturtalente, die wir haben müssen, um das zu haben.

Es ist auch nicht gut, wenn man Bundesländervergleiche heranzieht; auf keiner Linie, auf keiner Basis. Wenn ich nur fremdenverkehrsmäßig orientierte Bundesländer heranziehe, wenn ich nur industriell orientierte Bundesländer vergleiche, dann wäre es genauso, als wenn ich Wien, Vorarlberg und Burgenland in einen Topf werfen würde.

Eines hat die Debatte sehr deutlich gezeigt, daß die regionale Wirtschaftspolitik in unserem Land doch Erfolge hat. Das können wir nicht bestreiten. Das wurde hier auch einheitlich ausgesagt. Daß wir eine Stärkung der Wirtschaftskraft im Westen und Osten genauso haben wie im obersteirischen Industrieraum, wo es nützlich ist, daß es anerkannt wurde, daß es notwendig ist, die Wirtschaftskraft auch dieses Raumes zu stärken. Daß wir natürlich auch Tendenzen haben, die uns Probleme machen. Das ist das Schicksal der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie, das sind das Mur- und Mürztal. Das können wir nicht allein auffangen. Das wäre unmöglich. Wir werden auch in der Zukunft nicht in der Lage sein und hier ist uns keine Schuld zuzumessen, außer man will es mit bösem Willen machen, uns hier Schuld zuzumessen. Unsere Verpflichtung ist es, das wissen wir ganz genau, daß der Bund als Eigentümer der verstaatlichten Industrie immer wieder aktiviert wird und daß wir, so wie in diesem Jahr, immer dieselbe Sprache finden, um darauf aufmerksam zu machen, was uns im Herzen in dieser Sache bewegt. Und doch möchte ich aus unserer Sicht einiges feststellen. Der strukturelle Umstellungsprozeß im Land ist voll im Gang. Das kann auch niemand bestreiten. Immer wieder haben wir vom Land aus unsere guten Dienste angeboten, soweit wir dazu in der Lage waren. Sei es im mittleren Ennstal, sei es in Guggenbach. Seit etwa 10 Jahren ist eine Bewegung eingeleitet in diesem Land, die erfreulich ist, mit unseren tüchtigen Menschen, mit der Arbeiterschaft, mit der Angestelltenschaft und mit der Unternehmerschaft. Haben wir gemeinsam die Kraft und den Mut, diese Menschen voll in unser Streben einzubauen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Arbeiter genauso wie Angestellte und Unternehmer. Es soll uns gelingen, die einzelnen Regionen in ihrer strukturellen Umschichtung weiter voranzutreiben, die Beschäftigtenzahl dort zu erhöhen, wo es notwendig ist und die Wirtschaftskraft jener Gebiete zu fördern, wo es wichtig ist.

Sorgen sind vorhanden, das wissen wir aus der kürzesten Vergangenheit. Ich möchte noch einmal sagen, sei es das mittlere Ennstal, sei es die Mur- und Mürzfurche, sei es die Grundstoffindustrie oder sei es der Bergbau. Aber ich möchte doch auch sagen, daß die Wege, die wir gehen, richtig sind und zwar mehr Investition in die Industrie. Die Steiermark ist an dritter Stelle in der Reihe der Bundesländer.

In der Konsumgüterindustrie stehen wir vor Tirol, Niederösterreich, Kärnten und auch Wien und im Fremdenverkehr, wir hörten es gerade vorher,

haben wir ganz Erfreuliches aufgeholt. Unsere großen Anstrengungen, meine Damen und Herren, haben auch der Ausgleicheung der ungünstigen Standortlage der Steiermark gegolten. Daher ein forcierter Ausbau unserer Infrastruktur, die hier eingehend diskutiert wurde und zwar deshalb, weil wir in einer Randlage sind, die wir nicht selbst verschuldet haben, in die wir hineingestellt sind und die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Und die Aussage für heute und für die Zukunft in unserem Lande soll es auch sein, unterschätzen wir den Anteil der verstaatlichten Industrie nicht. Sei es in der Zahl der Beschäftigten oder im Bruttoproduktionswert. Wir wissen, was wir hier haben und pflegen wir das auch und sind wir auch bereit, konkret und konstruktiv mitzuarbeiten, soweit wir dazu in der Lage sind. Es geht heute nicht nur um die Arbeitsplätze schlechthin, um sie zu schaffen, damit die Menschen überhaupt Arbeit haben, das wissen wir sehr genau, sondern es geht mehr und mehr darum, jene Wertigkeit auch in den Arbeitsplätzen zu finden, um den arbeitenden Menschen ein besseres Leben zu vermitteln. Und hier sollen wir doch auch bemerken, daß gerade die industrielle und gewerbliche Ausbildung die Weiterführung dieser Ausbildung, Früchte getragen hat. Das erkennen wir, wenn wir heute in Betrieben sehen, daß der Aufstieg vom Arbeiter zum Facharbeiter und weiter doch erfreuliche Erscheinungen gezeigt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer daher die steirische Wirtschaft kritisch durchleuchtet, möge doch eines beachten, die Differenziertheit unseres Wirtschaftsgefüges, auf einer breitesten Basis, wie sie sich anbietet, möchte die vielschichtigen Lebensmöglichkeiten für die Menschen dieses Gebietes sehen und auch jene Gebiete beachten, die in der Theorie oft als räumungsbedürftige Gebiete bezeichnet werden. Wir räumen sie nicht, weil es die Theorie so verlangt, sondern wir sind gemeinsam bemüht, sie so auszustatten, daß die Existenz und das Verbleiben der Bevölkerung in diesem Raume gesichert wird. (Allgemeiner Beifall.)

In der Land- und Forstwirtschaft werden wir unsere Politik fortsetzen, die schwierigen Probleme miteinander lösen, sei es der Ausbau unserer Vollerwerbsbetriebe, sei es die Förderung schwieriger Regionen des sogenannten ländlichen Raumes, sei es die Arbeitsteilung, Spezialisierung und ähnliches mehr. Und unsere Landeshauptstadt Graz liegt uns natürlich genauso am Herzen wie jede andere Region in diesem Lande. Die Budgetdebatte heute hat gezeigt, daß das nicht leeres Gerede ist, sondern daß das von jedem einzelnen Referenten dieser Landesregierung dann, wenn das Budget beschlossen wird, in der Vollziehung ernst genommen wird. In dieser Gesinnung, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich allen danken, den Jungen und Alten in diesem Lande, der gesamten Bevölkerung, aber auch jenen, die immer mitarbeiten, sei es in einer freiwillig übernommenen Pflicht als Berater, als Experten, als Bedienstete des Landes, in hohen Funktionen genauso wie als Straßenarbeiter oder als Krankenschwester. Sie alle sind in diesen Dank miteingeschlossen. Und ich möchte Ihnen als den Landtagsabgeordneten und auch den

Mitgliedern der Landesregierung danken und zwar für die Verbundenheit und für die Zusammenarbeit über viele Gegensätze hinweg. Genauso dem Landtagspräsidenten und seinen beiden Vizepräsidenten. Allen, die in den verdienten Ruhestand treten, möchte ich eines sagen. Wir wissen es sehr zu schätzen, daß diejenigen, die in den Ruhestand treten, in guten und auch in schlechten Zeiten dem Land die Treue gehalten haben. Und wenn sie nun die Pension genießen, so sei Ihnen diese vom Herzen gegönnt. Wir bitten aber weiterhin, den Anliegen unseres Landes verbunden zu bleiben.

Und noch etwas am Schluß, dieses Budget wird nur dann zum Tragen kommen, wenn wieder möglichst viele Menschen diese Ideen mit ihrem Geist und Können erfüllen zum Nutzen und zum Wohl unserer Steiermark. Und in diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Ihnen als Landeshauptmann der Steiermark ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches, gesegnetes und erfolgreiches Jahr 1973 wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Loidl: Ich verzichte auf das Schlußwort, Herr Präsident, und wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Gruppe 9.

Präsident: Ich bitte um ein Händezeichen, wenn Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.) Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen zum **außerordentlichen Landesvoranschlag**. Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im außerordentlichen Haushalt sind in den einzelnen Gruppen die Einnahmenansätze und die Ausgabenansätze gleich hoch. Ich bitte um Annahme des außerordentlichen Landesvoranschlages.

Präsident: Keine Wortmeldung. Ich bitte um Annahme des außerordentlichen Landesvoranschlages durch ein Händezeichen. (Geschieht.) Der außerordentliche Landesvoranschlag ist damit angenommen.

Wir kommen nun zu den **Beschlußanträgen des Landesvoranschlages 1973**. Herr Abgeordneter Hans Brandl, ich bitte Sie um den Bericht.

Abg. Brandl: Es liegen dem Hohen Landtag 30 Beschlußanträge vor. Ich bitte den Herrn Präsidenten, darüber abstimmen zu lassen. Ich würde vorschlagen, daß getrennt abgestimmt wird über die Anträge, die gemeinsam beschlossen wurden und dann über die anderen.

Präsident: Ich folge Ihrer Anregung und lasse die 30 Beschlußanträge in 2 Gruppen abstimmen.

Als erste Gruppe die 4 Beschlußanträge, welche von der OVP und FPO unterstützt, von der SPO jedoch abgelehnt werden. Dies sind zu Gruppe 2 die Anträge, betreffend Schaffung neuer Haupt-

schulen und Hauptschulsprengel für die Erhaltung von Kulturzentren im ländlichen Raum (Seite 3 und 4), betreffend Schaffung einer zusätzlichen Ausbildungsstätte für den allgemeinen Krankenpflege-dienst in Fürstenfeld (Seite 7), betreffend Errichtung einer Krankenpflegeschule im Bereich der Oststeiermark, der Weststeiermark und der Obersteiermark (Seite 7) sowie zu Gruppe 3 der Antrag, daß die einjährigen Haushaltungsschulen als berufsbildende mittlere Schulen weiter verstärkt gefördert und zusätzliche Schulen errichtet werden (Seite 8) des Mündlichen Berichtes Nr. 34.

In der zweiten Gruppe sodann über die restlichen 26 Anträge des Mündlichen Berichtes Nr. 34. Es handelt sich um 24 Anträge, welche von allen drei Fraktionen des Hohen Hauses unterstützt werden und um 2 Anträge mit Unterstützung von OVP und FPO, wobei die SPO mitstimmen wird.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußanträge in dieser Reihenfolge abzustimmen.

Abg. Brandl: Ich stelle diesen Antrag.

Präsident: Ich ersuche nun die Abgeordneten, die den 4 Beschlußanträgen der ersten Gruppe zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.) Die Anträge sind angenommen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die den übrigen 26 Beschlußanträgen des Mündlichen Berichtes Nr. 34 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge sind hiemit angenommen.

Wir kommen zum **Dienstpostenplan** und ich erteile dem Berichterstatter Abgeordneten Dipl.-Ing. Franz Hasiba das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Dienstpostenplan für das Jahr 1973 sind insgesamt 14.854 Dienstposten vorgesehen. Das bedeutet gegenüber 1972 eine Vermehrung um 520 Dienstposten, die zum überwiegenden Teil bei den Sanitätsanstalten liegen.

Bei den Wirtschaftsbetrieben des Landes ist erfreulicherweise wiederum durch Einsparungen bei den Landesbahnen und bei den Landesforsten eine Verminderung der Anzahl der Dienstposten zu verzeichnen.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dem Dienstpostenplan sehr eingehend befaßt und ich darf namens dieses Ausschusses den Antrag stellen, den Dienstpostenplan des Landes Steiermark für 1973 zu genehmigen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Dienstpostenplan ist angenommen.

Wir kommen zum **Kraftfahrzeugsystemisierungsplan**. Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Es liegt dem Hohen Landtag in den Erläuterungen der Bericht über die systemisierten Kraftfahrzeuge sowohl des Landes Steiermark als

auch seiner Wirtschaftsbetriebe vor. Es gibt nur geringfügige Änderungen gegenüber dem Vorjahr. Ich bitte um Annahme des Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.) Damit ist auch der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge genehmigt.

Wir haben noch über den Antrag des Herrn Hauptberichterstatters über die **Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 542**, abzustimmen und erteile hiezu dem Herrn Hauptberichterstatter das Schlußwort.

Abg. Brandl: Ich wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag.

Präsident: Sie haben den seinerzeitigen Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer mit den Anträgen und Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 542, einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.) Damit ist der Landesvoranschlag 1973, der außerordentliche und der ordentliche Landesvoranschlag 1973 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 474, über den Tauschvertrag der Realität der Republik Österreich, Einl.-Zahl 2515, KG. V Gries, gegen die Realität des Landes Steiermark, Einl.-Zahl 643, KG. Gries.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Es handelt sich bei der gegenständlichen Vorlage um einen Tauschvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Land Steiermark. Zweck dieses Vertrages ist die Herstellung geeigneterer Formen der betreffenden Grundstücke.

Ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Tausch der der Republik Österreich gehörenden Realität, Einl.-Zahl 2515, KG. V Gries, mit den Grundstücken 1215/3 und 1215/4, gegen die dem Land Steiermark gehörende Realität, Einl.-Zahl 643, KG. V Gries, mit dem Grundstück 1215/1, mit dem Tauschwert von 411.520 Schilling wird genehmigt.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 475, betreffend den Ankauf eines 2379 m² großen Grundstückes Parzelle Nr. 208/1, 652 und 207/1, KG. Mürzzuschlag.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Das erwähnte Grundstück soll zum Preis von 249.795 Schilling für das Landeskrankenhaus Mürzzuschlag angekauft werden. Ich ersuche um Zustimmung.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 479, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an Frau Hedwig Leodolter.

Berichterstatter ist Abgeordneter Prof. Dr. Karl Eichinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Die Vorlage betrifft die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an Frau Hedwig Leodolter. Die Vorlage wurde eingehend durchberaten und ich bitte um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 480, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an Frau Herta Brell.

Berichterstatter ist Abgeordnete Johanna Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jamnegg: Hoher Landtag! Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Witwe nach dem ehemaligen Distriktsarzt Dr. Günther Brell, Frau Hedwig Brell, mit Wirkung ab 1. März 1972 einen außerordentlichen Versorgungsgenuß in Höhe von monatlich 500 Schilling zuzuerkennen. Ich bitte um Zustimmung.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 481, über die Zuerkennung eines außerordentlichen Versorgungsgenusses an die ehemalige Vertragsbedienstete Helene Löffler.

Berichterstatter ist Abgeordnete Johanna Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jamnegg: Im Namen des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der ehemaligen Vertragsbediensteten Helene Löffler wird mit Wirkung ab 1. Juni 1972 ein außerordentlicher Versorgungsgenuß in Höhe von monatlich 500 Schilling zuerkannt.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 482, betreffend den Ankauf der Räumlichkeiten im 2. Stock des Hauses Dietrichsteinplatz 15 von der Firma Austro Olivetti Büromaschinen AG., Olivetti-Haus.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Es war mir ein Vergnügen, der Frau Abg. Jamnegg den Vortritt lassen zu dürfen.

Ich bitte das Hohe Haus, im Interesse einer besseren Unterbringungsmöglichkeit für die Abteilung 14 zu beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, im Namen des Landes Steiermark sämtliche Räumlichkeiten im 2. Stock des Hauses Dietrichsteinplatz 15 von der Firma Olivetti zu einem Kaufpreis von 1.444.035,18 Schilling anzukaufen und die bestehende Hypothek in der Höhe von 535.964,82 Schilling zu übernehmen. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 483, betreffend den Ankauf eines 384 m² großen Grundstreifens aus Einl.-Zahl 1146, KG. Wenisbuch.

Berichterstatter ist Abgeordneter Anton Prensberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prensberger: Die Vorlage beinhaltet den Grundstücksankauf von der Steiermärkischen Sparkasse, um die Gestaltung der Zufahrt zum Landeskrankenhaus Graz durchführen zu können. Die Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß behandelt und ich darf namens des Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen: Der Ankauf des zum Zwecke der Verbreiterung der Zufahrt zum Landeskrankenhaus Graz erforderlichen Grundstückes im Ausmaß von 384 m² einliegend in Einl.-Zahl 1146, KG. Wenisbuch — Eigentümer Steiermärkische Sparkasse in Graz —, zum Quadratmeterpreis von 380 Schilling, insgesamt somit zu einem Preis von 145.920 Schilling, wird genehmigt. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Mangels einer Wortmeldung bitte ich um ein Händenzeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 484, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1972 — 1. Bericht.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Im Namen des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, die außerplanmäßigen Ausgaben im Gesamtbetrag von 43.670.000 Schilling zu genehmigen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer dafür ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 486, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme von 10 Anrainern für das Bauvorhaben Nr. 26/72 „Selzthal—Lassing“, Abschnitt „Lassing—Moos“, der Landesstraße 276.

Berichterstatter ist Abgeordneter Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Ich beantrage, daß die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 486, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme für die Landesstraße Lassing, genehmigt wird.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und er suche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, um ein Händenzeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 487, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme von Frühwirt Alois und Rosa für das Bauvorhaben Nr. 5/72 „Unterweißenbach—Unterstorcha“ der Landesstraßen 92 und 95.

Berichterstatter ist Abgeordneter Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Hoher Landtag! Ich darf namens des Finanz-Ausschusses den Antrag stellen, der Entschädigung für die Bau- und Grundflächeninanspruchnahme für die Landesstraßen 92 und 95 mit einem Gesamtbetrag von 111.664,50 Schilling zuzustimmen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, möge die Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 489, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung von Peter Zöhrer für das Bauvorhaben „Beseitigung einer Engstelle in km 6,900“ der Landesstraße 297.

Berichterstatter ist Abgeordneter Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Für diese Vorlage darf ich gleichfalls um Zustimmung ersuchen. Sie betrifft ebenfalls die Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung für die Beseitigung

einer Engstelle der Landesstraße 297. Es ist hier eine Entschädigungssumme von 250.000 Schilling vorgesehen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, möge die Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 490, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung von Pichler Maria für das Bauvorhaben Nr. 27/72 „Strechau“ der Landesstraße 322.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dipl.-Ing. Doktor Siegfried Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Hoher Landtag! Ich stelle den Antrag, die Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung von Pichler Maria in Klamm Nr. 6 für das Bauvorhaben Nr. 27/72 „Strechau“ der Landesstraße 322, Oppenbergerstraße, im Betrag von 444.500 Schilling zu Lasten der VP. 661,54 zu genehmigen.

Gleichzeitig wolle der Zusatzantrag auf Änderung der letzten Worte „zur Kenntnis genommen“ auf „genehmigt“ ebenfalls bewilligt werden.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Keine Wortmeldung. Wer für den Antrag stimmt, möge ein Händenzeichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 491, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme von 3 Anrainern in der KG. Mellach für das Bauvorhaben Nr. 55/72 „Mellach“ der Landesstraße 85.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Hoher Landtag! Die Vorlage liegt Ihnen vor. Ebenso der dazugehörige Mündliche Bericht Nr. 37. Ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Bau- und Grundflächeninanspruchnahme von 3 Anrainern in der KG. Mellach für das Bauvorhaben Nr. 55/72 „Mellach“ der Landesstraße 85, Dörfla—Mellach—Wildon, im Betrag von 516.884,75 Schilling zu Lasten der VP. 661,54 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Wortmeldungen sind nicht der Fall. Ich schreite zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 47, Gesetz, mit dem das Blindenbeihilfengesetz geändert wird.

Berichterstatter ist Abgeordnete Julie Bischof. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Bischof: Hoher Landtag! Es erfolgt eine 2. Novelle zum Blindenbeihilfengesetz vom 12. Juli 1956. Es ergeben sich 3 Änderungen. Das Gesetz wurde im Finanz-Ausschuß gelesen. Es ist allen bekannt und ich bitte um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

16. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 494, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung von Stefanie Draxler für das Bauvorhaben Nr. 26/72 „Selzthal—Lassing“ der Landesstraße 276.

Berichterstatter ist Abgeordneter Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Die Regierungsvorlage 494 beinhaltet eine Grundflächeninanspruchnahme für die Landesstraße Selzthal—Lassing. Die Ablösesumme beträgt 1.835.000 Schilling. Dieser Betrag ist vom gerichtlich beeideten Sachverständigen als angemessen betrachtet worden und ich ersuche um die Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

17. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 495, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung von Franz und Margarethe Bauer für das Bauvorhaben Nr. 26/72 „Selzthal—Lassing“ der Landesstraße 276.

Berichterstatter ist Abgeordneter Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Die Regierungsvorlage 495 befaßt sich ebenfalls mit einer Objektseinlösung und zwar von Franz und Margarethe Bauer für das Bauvorhaben Selzthal—Lassing. Die Ablösesumme beträgt 417.000 Schilling, die ebenfalls vom Sachverständigen als angemessen betrachtet wurde. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wer mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

18. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 496, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinlösung von Franz Ritzmaier für das Bauvorhaben Nr. 26/72 „Selzthal—Lassing“ der Landesstraße 276.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dipl.-Ing. Doktor Siegfried Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, ebenfalls für eine Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinelösung bei Franz Ritzmaier in Moos Nr. 41, für das Bauvorhaben „Selzthal—Lassing“ im Gesamtbetrag von 176.460 Schilling die Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

19. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 497, betreffend den Tausch von Grundstücken zwischen dem Land Steiermark und der Gemeinde Weißenbach an der Enns.

Berichterstatter ist Abgeordneter Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Die gegenständliche Vorlage behandelt einen Grundtausch zwischen dem Land Steiermark und der Gemeinde Weißenbach. Die beiden Grundstücke sind mit 492.000 Schilling gleichwertig.

Der Finanz-Ausschuß hat diese Vorlage behandelt und ich bitte um Annahme der Vorlage.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Händenzeichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

20. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 498, betreffend den Neubau eines zentralen Amtsgebäudes der Landesregierung, Tauschvertrag mit der Stadtgemeinde Graz.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Ich bitte das Hohe Haus zuzustimmen und zwar dem Tausch zwischen der Stadtgemeinde Graz und dem Lande Steiermark bezüglich der landeseigenen Liegenschaft Landesamts- haus, Landhausgasse 7, und der gemeindeeigenen Liegenschaften Einl.-Zahl 16, Einl.-Zahl 27 und Einl.-Zahl 1374, KG. Jakomini, bei Leistung eines entsprechenden Wertausgleiches durch die Stadt Graz an das Land Steiermark.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, die zustimmen, um ein Händenzeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

21. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 502, betreffend den Tausch von Grundstücken zwischen dem Land Steiermark und der Marktgemeinde St. Gallen.

Berichterstatter ist Abgeordneter Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Diese Vorlage behandelt ebenfalls einen Grundtausch und zwar zwischen dem Lande Steiermark und der Marktgemeinde St. Gallen. Die beiden Grundstücke sind mit 962.500 Schilling bewertet. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

22. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 500, über den Erwerb der Liegenschaft Einl.-Zahl 117, KG. St. Martin, Gerichtsbezirk Bruck an der Mur, von Frau Friederike Zwerenz, Frau Rosa Schattauer und Herrn Gottfried Bohunovsky.

Berichterstatter ist Abg. Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hier handelt es sich um die Wohnversorgung einer kinderreichen Familie im Bezirk Bruck an der Mur. Es geht um den Ankauf eines Objektes im Werte von 439.000 Schilling. Ich ersuche um Zustimmung.

Präsident: Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

23. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 527, über den Ankauf der Liegenschaft Einl.-Zahl 109, KG. Pöfing, Gerichtsbezirk Eibiswald, von Frau Hedwig Sauruck.

Berichterstatter ist Abgeordneter Friedrich Aichholzer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Aichholzer: Hoher Landtag! Das Land Steiermark kauft gemeinsam mit dem Bezirksfürsorgeverband Deutschlandsberg ein Einfamilienwohnhaus im Werte von 300.000 Schilling zur Unterbringung einer kinderreichen Familie. Und zwar ist es die Familie Vollmann aus Pöfing. Das Wohnhaus bleibt im Besitze des Landes und des Bezirksfürsorgeverbandes und zwar im Verhältnis von $\frac{3}{4}$: $\frac{1}{4}$.

Ich ersuche im Namen des Finanz-Ausschusses, diese Vorlage anzunehmen.

Präsident: Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

24. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 528, über den Erwerb der Liegenschaft Einl.-Zahl 4, KG. Lassing-Schattseite, Gerichtsbezirk Rottenmann, von Frau Josefine Pernhofer.

Berichterstatter ist Abgeordneter Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Der Bezirksfürsorgeverband Liezen ist an das Land Steiermark herantreten, ein Wohnobjekt der Familie Frau Pernhofer in Lassing-Schattseite zu einem Kaufpreis von 520.000 Schil-

ling anzukaufen. In diesem Haus sollen 4 bzw. 5 kinderreiche Familien untergebracht werden.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

25. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 529, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme sowie Objektseinslösung von Neuper Johann als sichtsbehinderndes Objekt an der Landesstraße 273.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dipl.-Ing. Doktor Siegfried Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Zur Beseitigung einer Sichtbehinderung an der Landesstraße 273 in Raumberg, Gemeinde Irnding, ist ein Ankauf eines Bauobjektes sowie einer Grundfläche zum Betrag von 392.700 Schilling notwendig. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Mangels einer Wortmeldung bitte ich um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

26. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 530, betreffend den Ankauf des Erholungsheimes der Pensionsversicherungsanstalt in Bad Gleichenberg zum Zwecke der Schaffung von weiterem Schul- und Internatsraum für die Landesberufsschule Bad Gleichenberg.

Berichterstatter ist Abgeordneter Heribert Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pözl: Der Bericht behandelt den Ankauf des Erholungsheimes der Pensionsversicherungsanstalt in Bad Gleichenberg zugunsten der Landesberufsschule in Bad Gleichenberg.

Namens des Finanz-Ausschusses bitte ich um Zustimmung.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

27. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 531, betreffend den Bericht über die bisherigen Verhandlungen, Maßnahmen und Beschlüsse etc. der Landesregierung zur Übernahme der „Soltherme Binderberg 1“ in der Gemeinde Loipersdorf, Bezirk Fürstenfeld, durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Richard Piaty. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Piaty: Hoher Landtag! Die Vorlage mit Einl.-Zahl 531 beinhaltet den Bericht über die bis-

herigen Verhandlungen, Maßnahmen und Beschlüsse der Landesregierung zur Übernahme der „Soltherme Binderberg 1“ in der Gemeinde Loipersdorf, Bezirk Fürstenfeld. Die Vorlage liegt Ihnen schriftlich vor und ich darf mich darauf beschränken, den Antrag zu verlesen. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, im Namen des Landes das Bohrloch „Soltherme Binderberg 1“, Gemeinde Loipersdorf, Bezirk Fürstenfeld, entsprechend der Niederschrift der Berghauptmannschaft Graz über die Verhandlung zwischen dem Amte der Steiermärkischen Landesregierung und der Rohölgewinnungs-AG. Wien vom 30. August 1972 zu übernehmen und eine diesbezügliche Übernahmsbestätigung mit Wirksamkeit des Tages dieses Landtagsbeschlusses auszustellen.

Präsident: Wer für den Antrag ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich ziehe nun den Tagesordnungspunkt 38 vor, weil er sinngemäß zu diesem Tagesordnungspunkt gehört.

38. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 599, betreffend den Ankauf von Grundstücken in Loipersdorf bei Fürstenfeld.

Berichterstatter ist Abgeordneter Alois Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Klobasa: Hoher Landtag! Es handelt sich hier um den Ankauf eines Grundstückes in Loipersdorf bei Fürstenfeld, auf dem die Firma Rohölgewinnungs-AG. Wien Bohrungen durchgeführt hat, um Erdöl oder Erdgas zu finden. Hierbei stieß man in einer Tiefe von 1300 m auf heiße Quellen.

Der Finanz-Ausschuß hat diese Vorlage behandelt, sie liegt Ihnen vor und ich bitte um Annahme der Vorlage.

Präsident: Ich bitte um ein Händezichen, wenn Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

28. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 538, betreffend den Ankauf eines Grundstückes für die im Gemeindegebiet Lebring-St. Margarethen zu errichtende Landesfeuerwehr- und Zivilschutzschule.

Berichterstatter ist Abgeordneter Alois Seidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Seidl: Namens des Finanz-Ausschusses darf ich ersuchen, der Regierungsvorlage, die einen Grundankauf zum Inhalt hat, für die Landesfeuerwehrschule in Lebring im Ausmaß von 1073 m² zum Kaufpreis von 250.000 Schilling die Zustimmung zu geben. Ich darf um Annahme bitten.

Präsident: Wer damit einverstanden ist, möge ein Händezichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

29. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 539, über den Verkauf des Landesbahngrundstückes Nr. 642/4, KG. Kirchenviertel, im Ausmaß von 4692 m² an die Gemeinde Ratten.

Berichterstatter ist Abgeordneter Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Ich ersuche um Zustimmung für die diesbezügliche Vorlage und zwar wird hier der Verkauf eines Landesbahngrundstückes in der KG. Kirchenviertel behandelt mit einem Ausmaß von 4692 m².

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wer dafür ist, möge ein Zeichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

30. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 540, betreffend den Abschluß eines Tauschvertrages über Grundstücke zwischen der Republik Österreich und dem Land Steiermark.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Zustimmung zum Tausch der landeseigenen Grundstücke Nr. 220/1 der Einl.-Zahl 777, KG. Algersdorf, gegen die bundeseigenen Grundstücke Nr. 381/4 und 381/5 der Einl.-Zahl 989, KG. Bruck, im gleichen Wert von je 498.000 Schilling.

Präsident: Ich bitte um ein Händenzeichen, wenn Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

31. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 543, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme für das Bauvorhaben Nr. 1/72 „Mixnitz—Mautstadt“ der Landesstraße 23.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Leopold Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Hohes Haus! Es handelt sich hier um eine Bau- und Grundflächeninanspruchnahme von Raimund und Maria Ritzinger für den Ausbau der Straße 1 „Mixnitz—Mautstadt“ in einem Gesamtbetrag als Ablösesumme von 113.160 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses bitte ich um Annahme.

Präsident: Wer für den Antrag ist, möge ein Zeichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

32. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 544, über die Genehmigung eines weiteren Grundankaufes in der Katastralgemeinde Berndorf für den Neubau des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Für den Neubau des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur werden noch zusätzlich 30.000 m² zum Preis von 3.582.600 Schilling benötigt. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

33. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 545, betreffend Bau- und Grundflächeninanspruchnahme für das Bauvorhaben „Stadl—Kaltwasser“ der Landesstraße 344.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Die gegenständliche Vorlage behandelt ebenfalls eine Bau- und Grundflächeninanspruchnahme für das Bauvorhaben „Stadl—Kaltwasser“ mit einer Summe von 190.830,35 Schilling. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, ein Zeichen zu geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

34. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 53, Gesetz, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert wird.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Da nach dem Bundesgesetz Nr. 273 aus 1972 die Bezüge des Landeshauptmannes neu geregelt wurden und die Höhe vom Dienstalter abhängig ist, mußte nach Ansicht der steiermärkischen Landesregierung eine Änderung der Bestimmungen des Grazer Statuts hinsichtlich des Funktionsbezuges des Bürgermeisters erfolgen. Ich ersuche daher das Hohe Haus, folgendem Antrag zuzustimmen:

Das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130, in der heute gültigen Fassung wird wie folgt geändert:

§ 38 Abs. 1 1. Satz hat zu lauten: „Der Bürgermeister hat auf die Dauer seiner Funktion Anspruch auf einen Funktionsbezug in der Höhe des jeweiligen Bezuges des Ersten Landeshauptmannstellvertreters.“ Artikel II. Dieses Gesetz tritt mit 1. Juli 1972 in Kraft. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

35. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 51, Gesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert und einige landesgesetzliche Bestimmungen neu erlassen werden.

Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Helmut Heindinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Helmut Heidinger: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Beilage Nr. 51 liegt Ihnen vor, die eine Änderung der Landesverfassung beinhaltet. Und zwar dreht es sich um eine formelle Änderung. Der Verfassungsgerichtshof hat nämlich mit dem Erkenntnis vom 30. Juni 1972 die Bestimmung der Geschäftsordnung über das Forum bei Beschlüssen aufgehoben, weil er der Meinung war, daß verfassungsrechtlich eine Delegation nicht zulässig ist und das in der Landesverfassung verankert werden müsse. Es wurden dabei auch einige Einzelbestimmungen aufgehoben, die dadurch saniert werden sollen, daß sie im Artikel II dieser vorliegenden Beilage angeführt sind.

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß hat sich mit dieser Änderung beschäftigt, empfiehlt die Annahme und namens des Ausschusses bitte ich das Hohe Haus um Genehmigung.

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Götz das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Alexander Götz: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Berichterstatter hat richtig ausgeführt, daß es sich hier praktisch um die formelle Berichtigung handelt, die sich durch ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes als notwendig erwiesen hat. Nach Bekanntwerden dieses Urteils des Verfassungsgerichtshofes hat die freiheitliche Landtagsfraktion darauf hingewiesen, daß sie die Auffassung vertritt, daß nicht nur diese Bestimmung der Landesverfassung Gegenstand von Überlegungen sein sollte und aus den gleichen formellen Gründen, die darin bestehen, daß man die Landesverfassung nicht mehrmals abändern soll, waren und sind wir der Meinung, daß derartige Abänderungen gemeinsam zu erfolgen haben, weshalb wir der heutigen, die nur eine Sanktionierung sein soll, nicht zustimmen.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

36. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses und des Finanz-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 561, der Abgeordneten der ÖVP, SPÖ und FPÖ, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Landes (Steiermärkisches Bezügegesetz).

Berichterstatter ist Abgeordneter Heribert Pözl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pözl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß und der Finanz-Ausschuß haben über das eingebrachte Bezügegesetz beraten.

Auf Grund ihrer Regierungserklärung vom 27. April 1970 und vom 5. November 1971 hat die Bundesregierung eine Kommission, deren Mitglieder vom Bundeskanzler ernannt wurden, eingesetzt und ihr die Aufgabe übertragen, Vorschläge betreffend die Politikerbesteuerung zu erstatten.

Mitte Dezember 1970 hat diese Kommission ein Gutachten über die Besteuerung der Bezüge der Organe der Gesetzgebung erstattet.

Im Dezember 1970 hat diese Kommission der Organe der Gesetzgebung, Nationalrat, Bundesrat, Landtage, bestimmter oberster Organe der Vollziehung, Bundespräsident, Mitglieder der Bundesregierung, Staatssekretäre, Mitglieder der Landesregierung, Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes, Präsident und Vizepräsident des Rechnungshofes und einige damit im Zusammenhang stehende Fragen erstattet. Unter Auswertung dieser Überlegungen hat die Bundesregierung dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Bundes (Bezügegesetz) sowie einen Gesetzesentwurf über die steuerrechtliche Behandlung der Bezüge dieser vorhin genannten Organe zugeleitet. Schließlich wurden diese Gesetzesentwürfe nach eingehender Beratung im Finanz- und Budget-Ausschuß des Nationalrates am 9. Juli 1972 durch den Nationalrat verabschiedet.

Bei der Festsetzung der Bezüge wurde eine Relation zu den Bezügen eines Beamten der Allgemeinen Verwaltung der Dienstklasse IX für die Mitglieder des Nationalrates hergestellt. Von dieser Basis ausgehend, wurde auch eine bestimmte Relation für die Präsidenten des Nationalrates und die obersten Organe der Vollziehung sowie den Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes festgelegt.

In steuerrechtlicher Hinsicht wurde von der Überlegung ausgegangen, die bisher im wesentlichen einkommensteuerfreigestellten Bezüge gewisser Funktionäre in Hinblick der Lohnsteuer (Einkommensteuer) zu unterwerfen, hiebei aber ein im geltenden Einkommensteuerrecht (§ 9 Abs. 2 Einkommensteuergesetz 1967) für die Besteuerung der Bezüge von Bürgermeistern, Vizebürgermeistern und Stadträten geltendes System zu verallgemeinern. Durch die Beschlüsse des Nationalrates ist es erforderlich geworden, auch für den Bereich des Landes Steiermark eine Neuregelung der Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Landes vorzunehmen.

Diese Regelung lehnt sich im wesentlichen an die bundesrechtlichen Vorschriften — unter Berücksichtigung der bisherigen Verhältnisse — an. Von der in den bundesrechtlichen Vorschriften vorgesehenen Progressivität der Bezüge der Abgeordneten und Regierungsmitglieder (Biennalvorrückungen) wurde jedoch Abstand genommen, weil der Grundsatz der Gleichheit aller Volksvertreter auch in einheitlichen Ansätzen zum Ausdruck kommen und die Unterschiede lediglich durch die Funktionstätigkeit gekennzeichnet sein sollen.

Von der vorgesehenen landesgesetzlichen Regelung ist der Herr Landeshauptmann ausgenommen, da dessen Bezüge und deren steuerrechtliche Behandlung bereits durch die eingangs erwähnten bundesgesetzlichen Vorschriften unter Bedachtnahme auf seine Stellung als Träger der mittelbaren Bundesverwaltung geregelt wurden.

Als Berichterstatter dieser zweifellos eine breitere Öffentlichkeit interessierenden Gesetzesvorlage fühle ich mich verpflichtet darauf hinzuweisen, daß die nunmehr durch dieses Gesetz effektuierten Bezüge und Entschädigungen der Mitglieder der Landesregierung und des Landtages in der Regel vor allem den buchführenden Landwirten, freiberuflich Selbständigen, Lehrern, Beamten und Unternehmern keineswegs eine materielle Verbesserung der bisherigen Entschädigungen bringen. Es wird sich noch herausstellen, daß, bedingt durch die nunmehr nach bundesgesetzlichen Vorschriften erfolgte steuerliche Behandlung dieser Bezüge und Entschädigungen, sehr häufig eine Verminderung der bisherigen Bezüge eintreten wird. Abgesehen davon, finden durch diese wirksam gewordene steuerrechtliche Behandlung dieser Bezüge und Entschädigungen nach wie vor die Aufwendungen der Abgeordneten und Mitglieder der Landesregierung für gesonderte, ihnen aus ihrer Mandatsausübung erwachsenen finanziellen Verpflichtungen, wie z. B. Klubbeiträge, Bereitstellung von Beiträgen an Vereine und Organisationen usw., keine besondere steuerrechtliche Berücksichtigung.

Ich beantrage im Namen des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses und des Finanz-Ausschusses die Annahme dieses Gesetzes.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer ihm zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

37. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 52, Gesetz über die Landesumlage.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Durch das neue Finanzausgleichsgesetz 1973 ist es auch notwendig geworden, ein neues Gesetz über die Landesumlage zu erlassen. Dieses Gesetz ist in 4 Paragraphen gegliedert. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

39. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 560, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1972 — 2. Bericht.

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Der 2. Bericht über außerplanmäßige Ausgaben im Landesvoranschlag 1972 sieht

einen Betrag von 126,279.107 Schilling vor. Die näheren Aufgliederungen finden Sie in den Bemerkungen. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer dafür ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Von einzelnen Regierungsmitgliedern wurde den Bediensteten des Landes, vor allem jenen, die mit Jahresende aus dem aktiven Dienstverhältnis ausscheiden, für ihre Mitarbeit gedankt. Auch dem Präsidenten des Landtages obliegt es, namens der Abgeordneten allen diesen Persönlichkeiten, die ihre ganze Lebensarbeit, ihr Wissen und Können dem Wohle und Gedeihen des Landes gewidmet haben und weiter widmen, den Dank der Heimat auszusprechen. Wir wissen es wohl, alles, was wir hier im Hohen Hause beschließen und beraten, hat sein Leben und seine Wirkung nur, wenn es von den Beamten weitergegeben und gewissenhaft verwaltet wird. Besonders denke ich hier auch an einen Mann, dessen Namen wir aussprechen wollen, an Herrn Oswald Schmuck, der seit 15 Jahren treu und gewissenhaft um die Ordnung dieses Hauses und dieses Saales bemüht gewesen ist. (Allgemeiner Beifall.)

Ich danke auch der Presse und dem Rundfunk und jedem einzelnen von Ihnen, meine Damen und Herren, der bemüht gewesen ist, über die Aufgaben des Landtages, seine Arbeit, seine Probleme die steirische Bevölkerung sachlich und umfassend zu informieren. (Allgemeiner Beifall.)

Einen ganz besonderen Dank spreche ich den Damen und dem Herrn aus, die mit großer Aufopferung und Aufmerksamkeit das Stenographische Protokoll geführt haben (allgemeiner Beifall) und den Damen und Herren in der Präsidialkanzlei, die in sehr mühevoller Arbeit auch diese Tagung des Hohen Hauses vorbereitet haben. (Allgemeiner Beifall.)

Zum Schluß Ihnen allen, meine verehrten Damen und Herren Abgeordneten, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, einen herzlichen Weihnachtsgruß. Möge uns auch im kommenden Jahr der innere und äußere Friede erhalten bleiben, mögen unsere jungen Menschen es schätzen und erkennen, was es heißt, in einer freien, bei allen Unterschieden und Gegensätzen, wo es um das Glück und Wohl der Menschen geht, doch einverständigen Gesellschaft zu leben.

Und zur Heraufkunft des neuen Jahres 1973, wie es die steirischen Bergleute sagen, ein herzliches „Glück auf!“ und „Gott gib's!“

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner starker Beifall.)

Schluß der Sitzung: 20.50 Uhr.